

Landkreis Nachrichten



BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

Verabschiedung von
Prof. Eberhard Trumpp

Nachrichten:

Kommunalverwaltungen
setzen auf Digitalisierung
im Einkauf

„Tag der Führung“
im Landratsamt Sigmaringen

Zweite Bildungskonferenz
im Zollernalbkreis



Personalien:

Dr. Alexis von Komorowski
neuer Hauptgeschäftsführer
des Landkreistags
Baden-Württemberg





Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 2 24 62-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Eberhard Trumpp
Jan-Ole Langemack

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.

Artikel, die mit dem Namen des Verfassers
gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

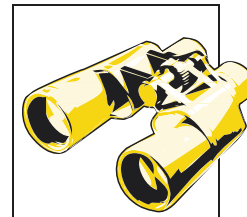
SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

BILDNACHWEIS:

Titel, S. 118, 121–123, 125, 127–129, 131–137, 150, 168: Landkreistag; S. 139, 140: LRA Enzkreis;
S. 141: Heidi Prochaska; S. 143, 145: LRA Konstanz; S. 148, 155: LRA Ostalbkreis; S. 160, 171 u., 179,
180, 190 o., 201, 210 o., 211 o.: LRA Ortenaukreis; S. 161: LRA Schwäbisch Hall; S. 162, 170, 171 o., 181:
LRA Sigmaringen; S. 164: LRA Rems-Murr-Kreis; S. 165, 166 o.: LRA Waldshut; S. 166 u.: LRA Zol-
lernalbkreis; S. 169, 185, 198: LRA Göppingen; S. 172, 183: LRA Schwarzwald-Baar-Kreis; S. 173,
207: LRA Rastatt; S. 174, 190 u., 204 u.: LRA Hohenlohekreis; S. 176, 192, 200: LRA Böblingen;
S. 177, 187, 194, 205–207, 209: LRA Karlsruhe; S. 178, 189, 197, 202: LRA Rhein-Neckar-Kreis; S. 184:
LRA Ludwigsburg; S. 186, 203, 213: LRA Lörrach; S. 188: Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord/
Jochen Decker; S. 193: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Würt-
temberg/Akademie für Natur und Umweltschutz; S. 196: proHolzBW; S. 199: AVR Umwelt-
Service GmbH; S. 204 o.: Landesamt für Denkmalpflege/Bernd Hauser; S. 210 u.: LRA Freuden-
stadt; S. 211 u., 212: LRA Bodenseekreis; S. 214: Jan Potente

Gedruckt auf umweltfreundlich,
chlorfrei hergestelltem Papier.



INHALT

THEMEN

- Editorial
- Von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp** Seite 121
- Prof. Eberhard Trumpp nach fast 25 Jahren als Hauptgeschäftsführer des Landkreistags in den Ruhestand verabschiedet Seite 122
- Laudatio, Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL Seite 125
- Dankesworte von Präsident Landrat Joachim Walter Seite 127
- Grußwort von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke Seite 130
- Rede von Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Seite 131
- Rede von Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Jens Hesse, Internationales Institut für Staats- und Europawirtschaften Seite 133
- Abschiedsworte von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp Seite 135
- Vom Plan zur Realität: Die Umsetzung des Chancengleichheitsplans im Enzkreis
Von Wolfgang Herz und Martina Klöpfer, Pforzheim Seite 138
- Sicherheit ist auch Kopfsache
Von Heidi Prochaska, Stuttgart Seite 141
- 25 Jahre professionelle Selbsthilfeunterstützung in Baden-Württemberg
Von Johannes Fuchs, Konstanz Seite 142

NACHRICHTEN

- Kommunalverwaltungen setzen auf Digitalisierung im Einkauf Seite 146
- Einsparungen von rund 70 000 Euro schon im ersten Jahr Seite 146
- Abstimmungsaufwand von wenigen Minuten pro Tag Seite 147
- Quo vadis Europa – (Gem-)einsam stark? Bürgerdialog zur Zukunft Europas im Landratsamt in Aalen Seite 148
- „Wir brauchen für den Wald in Baden-Württemberg eine Lösung aus einem Guss“ Seite 149
- Landkreistag begrüßt Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart zu kommunalen Krankenhausbeihilfen Seite 149
- Landrätekonzferenz in Donaueschingen: Breitbandausbau vorantreiben! Land muss Schulterchluss mit Kommunen beibehalten! Seite 150

- Forderungen der Landrätekonzferenz an die Landesregierung zum Breitbandausbau in Baden-Württemberg Seite 150
- Zumeldung zur Pressemitteilung des Berufsschullehrerverbands Baden-Württemberg (BLV) vom 8. Mai 2017: „Diskussion über die Oberstufe an Gemeinschaftsschulen muss aufhören – Die Beruflichen Schulen bieten die Oberstufe bereits seit Jahrzehnten erfolgreich an“ Seite 151
- Landkreis unterbreitet Vorschläge zur Krankenhauspolitik Seite 151
- Kernerwartungen an die Krankenhauspolitik in Bund und Land Seite 152
- „Keine Diffamierung der Krankenhäuser!“ Seite 154
- Young Industrial Art Award wird ausgelobt Seite 155
- Ostalbkreis startet Online-Portal für sozialen Wohnraum Seite 156
- OLG Stuttgart bestätigt Rechtmäßigkeit der Verlustausgleiche für die Kreiskliniken durch den Landkreis auch für 2012 und 2013 Seite 157
- Starke Partner in der Suchtvorbeugung – Kreissparkasse und Landkreis Esslingen engagieren sich für Kinder und Jugendliche Seite 158
- Landkreis Tuttlingen erhält Förderzuschuss für die Einrichtung von zwei E-Ladestationen am Landratsamt Tuttlingen Seite 159
- Landratsamt Ortenaukreis erteilt Baugenehmigung für „Europäisches Forum am Rhein“ Seite 160
- Robert-Bosch-Stiftung fördert Gesundheitszentrum Schwäbische Alb Seite 160
- Landrat Gerhard Bauer begrüßt Lehrer aus Zamosc (Polen) im Landratsamt Seite 161
- Landratsamt Sigmaringen veranstaltet „Tag der Führung“ unter dem Motto „Was wäre ich nur ohne meine Fehler?“ Seite 162
- Erstes Entwicklungsprogramm für Führungsnachwuchskräfte beim Landratsamt Sigmaringen abgeschlossen Seite 162
- Breitbandförderprogramm des Bundes: Rückenwind für den Ausbau des schnellen Internets im Landkreis Tübingen Seite 163
- Mit Kopf, Herz und Hand für den Klimaschutz im Rems-Murr-Kreis Seite 163
- Keiner wird vergessen – Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit hoher Bleiberechtswahrscheinlichkeit frühzeitig in den Arbeitsmarkt integrieren Seite 164
- Zweite Bildungskonferenz im Zollernalbkreis Seite 167

PERSONALIEN

Seite 168

SPEKTRUM

Seite 170



EDITORIAL

1993–2017 Danke!

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe der Landkreis-Nachrichten Baden-Württemberg verabschiede ich mich von Ihnen, da ich mit Ablauf des 31. Juli 2017 in den Ruhestand treten werde und in Zukunft mein Nachfolger im Amt, Herr Dr. von Komorowski, die Herausgeberfunktion für diese Publikation übernehmen wird.

Über 24 Jahre konnte ich zusammen mit meinem Mitarbeiter, Herrn Jan-Ole Langemack, jährlich vier Ausgaben dieser Zeitschrift vorlegen und Ihnen – so hoffe ich – stets aktuelle Artikel über das Landes- und Kreisgeschehen sowie Berichte über beispielhafte Projekte in den Landkreisen vorstellen. Aus Gesprächen mit Ihnen wurde mir immer wieder bewusst, dass die Zeitschrift bei der Leserschaft eine breite Resonanz und hohe Aufmerksamkeit erfahren hat. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.



Es bleibt zu hoffen, dass auch in Zukunft die europäischen sowie bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen den Bestand der gemeindlichen

und kreiskommunalen Selbstverwaltung nicht in Frage stellen. Nur mit dieser breiten kommunalen Selbstverwaltung, zu der gerade auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise gehört, kann eine verlässliche und bürgernahe Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Der soziale Frieden in Deutschland und in unserem Bundesland Baden-Württemberg ist ohne diese bürgerschaftliche Mitverantwortung nicht denkbar.

Ich wünsche Ihnen allen für Ihre hauptamtliche oder ehrenamtliche Tätigkeit in den Landkreisen weiterhin viel Erfolg. Bleiben Sie dem Landkreistag Baden-Württemberg und den Landkreisen gewogen.

Prof. Eberhard Trumpp,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Prof. Eberhard Trumpp nach fast 25 Jahren als Hauptgeschäftsführer des Landkreistags in den Ruhestand verabschiedet

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Prof. Trumpp hat über Jahre und Jahrzehnte hinweg die Interessen der Landkreise wirkungsvoll vertreten.“

Landkreistagspräsident Walter: „Eberhard Trumpp hat maßgeblich an der Erfolgsgeschichte der Landkreise mitgewirkt und dem Landkreistag ein hohes Renommee verschafft!“

Der Landkreistag Baden-Württemberg hat am 26. Juni 2017 seinen langjährigen Hauptgeschäftsführer, Prof. Eberhard Trumpp, in den Ruhestand verabschiedet. Vor rund 300 Gästen im Neuen Schloss in Stuttgart würdigten Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, die herausragende, den Verband prägende Persönlichkeit des scheidenden Hauptgeschäftsführers sowie die großen Verdienste, die sich Eberhard Trumpp um die Landkreise erworben hat.

Eberhard Trumpp, der zum 1. August 2017 in den Ruhestand tritt, hat das Amt des Hauptgeschäftsführers seit April 1993 inne.

„Professor Eberhard Trumpp war für die Landesregierung in all den Jahren und Jahrzehnten seiner Amtszeit stets ein kompetenter, konstruktiver und insbesondere verlässlicher Verhandlungspartner, der die Interessen der Landkreise wirkungsvoll vertreten hat“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann. „Seine Arbeit hat die Pakte, Verträge und Kompromisse, die meine Regierung in



Prof. Eberhard Trumpp und seine Frau Bärbel Trumpp



den vergangenen Jahren mit dem Landkreistag und den anderen kommunalen Landesverbänden geschlossen hat, zum Erfolg werden lassen.“

„Mit großer strategischer Weitsicht hat Eberhard Trumpp ganz maßgeblich dazu beigetragen, die Landkreise zu der Gestaltungsstärke zu führen, die sie heute auszeichnet und die sie erst jüngst



im Zuge der Flüchtlingsunterbringung wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben“, betonte der Präsident des Landkreistags, Landrat Joachim Walter (Tübingen), in seiner Dankesrede. „Die Geschichte der Landkreise in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten ist

eine echte Erfolgsstory und gerade auch die entscheidenden Kapitel zur Verwaltungsreform lassen die Handschrift Eberhard Trumpps deutlich erkennen“, erklärte Präsident Walter.

„Prof. Eberhard Trumpp ist es in seiner fast 25-jährigen Amtszeit gelungen, dem Landkreistag ein hervorragendes Renommee bei seinen Partnern in Politik und Verwaltung, in Selbstverwaltung und Wirtschaft, in Hochschule und Justiz zu verschaffen“, unterstrich Präsident Walter. „Wenn der Landkreistag heute über beste Beziehungen zu den verschiedensten Akteuren in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verfügt, dann ist dies in besonderem Maße der hohen Fachkompetenz Eberhard Trumpps sowie seiner stetigen Verlässlichkeit und Fairness zu verdanken“, so Walter.

Eberhard Trumpp wurde bei seiner feierlichen Verabschiedung am Abend des 26. Juni 2017 die nur äußerst selten verliehene Landkreismedaille in Gold überreicht. „Damit möchte der Landkreistag seine hohe Anerkennung und seinen

tiefen Dank zum Ausdruck bringen“, erklärte Präsident Joachim Walter.

Hauptgeschäftsführer Eberhard Trumpp, Landkreistag Baden-Württemberg

Prof. Eberhard Trumpp ist 65 Jahre alt (geboren am 1. Januar 1952) und verheiratet mit Rechtsanwältin Bärbel Trumpp. Sein beruflicher Werdegang führte ihn nach dem Studium der Rechtswissenschaften über das Landratsamt Esslingen und das Innenministerium zum Landkreistag Baden-Württemberg, wo er am 1. Mai 1984 seinen Dienst antrat. Seit April 1993 hat er das Amt des Hauptgeschäftsführers inne.

Als Nachfolger von Professor Eberhard Trumpp als Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg wurde am 4. Mai 2017 sein bisheriger Stellvertreter Dr. Alexis von Komorowski gewählt. Der 46-jährige Jurist tritt das Amt am 1. August 2017 an.

Lebenslauf

1. Januar 1952	Geboren in Reutlingen, verheiratet
1973 – 1977	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen Abschluss mit dem 1. jurist. Staatsexamen
1978 – 1980	Rechtsreferendar beim Landgericht Ravensburg
18. Juli 1980	Zweites jurist. Staatsexamen
1. September 1980	Eintritt in die Landesverwaltung Baden-Württemberg als Regierungsassessor beim Landratsamt Esslingen, Amtsleiter im Nahverkehrsamt (bis 31.8.1982) und im Umweltschutzamt (ab 1.9.1982)
1. Mai 1984	Beurlaubung aus dem Landesdienst zur Wahrnehmung von Aufgaben beim Landkreistag Baden-Württemberg als Dezernent für Schulen, Kultur, Verkehr, Umweltschutz, Ordnungs- und Rechtsangelegenheiten
1. Oktober 1987	Übernahme in ein Dienstverhältnis auf Lebenszeit beim Landkreistag Baden-Württemberg als Rechtsdirektor mit zusätzlichen Aufgaben wie Personal, Organisation und Kommunalrecht und Ausscheiden aus dem Landesdienst
22. April 1993	Wahl zum Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg für eine Amtszeit von 8 Jahren
September 1993 bis Januar 2014	Aufnahme einer Lehrtätigkeit bei der damaligen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg – heute Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen – als Dozent für Kommunalverfassungsrecht
Seit Juni 1996	Stv. Mitglied und ordentliches Mitglied des damaligen Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit und des jetzigen Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg
Ab April 2001	Zweite Amtszeit als Hauptgeschäftsführer beim Landkreistag Baden-Württemberg
Juli 2007	Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltung und öffentliche Finanzen in Ludwigsburg
Ab April 2009	Dritte Amtszeit als Hauptgeschäftsführer beim Landkreistag Baden-Württemberg
31. Juli 2017	Ende der dritten Amtszeit und Ruhestand zum 1. August 2017

Laudatio, Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL

I. Einleitung

Der große Europäer **Jean Monnet** hat gesagt:

„Nichts ist möglich ohne den Menschen. Nichts ist von Dauer ohne Institutionen.“

Ein schöner und wahrer Satz.

Wir brauchen gute, bürgernahe und verlässliche Institutionen. Sonst kann keine Demokratie funktionieren. Aber entscheidend sind die Menschen. Denn ohne ihre Kompetenz, ihre Ideen und ihr Engagement sind diese Institutionen nutzlos. Ich freue mich, heute einen Menschen würdigen zu dürfen, der über Jahre und Jahrzehnte hinweg die Arbeit der Geschäftsstelle des Landkreistages mitgestaltet und mitgeprägt hat. Lieber Herr Professor Trumpp, als Hauptgeschäftsführer ist man es ja nicht unbedingt gewöhnt, im Mittelpunkt zu stehen. Im Gegenteil: Ihr Metier war der Hintergrund. Und hier haben Sie wirklich hervorragende Arbeit geleistet. Und deshalb haben Sie es heute mehr als verdient, auch einmal im Vordergrund zu stehen.

II. Würdigung

Ob Ihre Zeit beim Landkreistag eine *schöne* Zeit war, das können nur Sie beurteilen. Dass diese Zeit aber eine *erfolgreiche* Zeit war, das ist objektiv unbestreitbar. Sie haben hautnah miterlebt, wie die Landkreise seit den 90er Jahren enorm an Bedeutung und Verantwortung zugenommen haben. Ich denke hier nur an die Verwaltungs-Struktur-Reform, die seit 1. Januar 2005 in Kraft ist. Ein Kraftakt, den die Kreise mit Bravour gemeistert haben. Auch und gerade mit Unterstützung durch die Geschäftsstelle des Landkreistages und durch Sie ganz persönlich, lieber Herr Professor Trumpp. Auf das Gelingen dieser Reform



können Sie und alle Beteiligten zu Recht stolz sein!

Einhäusigkeit der Verwaltung, Effizienz bei der Aufgabenerledigung, Präsenz in der Fläche, Bürgernähe bei der Arbeit vor Ort – das waren die wesentlichen *Ziele* der Verwaltungsreform. Der entscheidende *Leitgedanke* hinter dieser Reform aber war die **Subsidiarität**. Ein Gedanke, der mir sehr wichtig ist. Auch deshalb halte ich diese Reform bis heute für gut und richtig. Auch wenn ich sie in Form von selbstbewussten Landrätinnen und Landräten bei meinen Kreisbesuchen häufig zu spüren bekomme. Aber das ist in Ordnung, schließlich leisten sie und die Landratsämter in allen Bereichen hervorragende Arbeit. Ob Flüchtlingskrise oder Unwetterkatastrophe: Wenn es darauf ankommt, ist auf sie Verlass! Und dafür bin ich sehr dankbar. Sie, lieber Herr Professor Trumpp, haben die so erfolgreiche Entwicklung unserer Landkreise und des Landkreistages nicht nur *miterlebt*. Sie haben sie auch *mitgestaltet*. Begleitend, unterstützend und beratend. Das gilt zum Beispiel für die Verwaltungsreform und die Einführung

des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts. Oder für die im Koalitionsvertrag angekündigte Stärkung der Umweltverwaltung im Land. Auch in den unteren Natur- und Umweltschutzbehörden ist diese Stärkung notwendig. Sie, lieber Herr Trumpp, haben bei diesem Thema mit uns sehr konstruktiv zusammengearbeitet.

Auf diese gute Zusammenarbeit haben wir uns immer verlassen können. Auch und gerade bei den vielen Pakten, Verträgen und Vereinbarungen, die das Land und der Landkreistag in den zurückliegenden Jahren geschlossen haben.

Ich denke hier:

- an den Pakt für Familien mit Kindern,
- an den Pakt für Integration,
- an die Einigung bei der Finanzierung des Unterhalts von Bundes- und Landesstraßen,
- an die Ausgabenerstattung für die Unterbringung von Flüchtlingen,
- an die Umsetzung der Inklusion und den Ausbau der Ganztagschulen
- oder an die regelmäßigen Verhandlungen in der Gemeinsamen Finanzkommission.

Hier haben Sie, lieber Herr Trumpp, kompetent und konstruktiv mit dem Land zusammengearbeitet. Und Sie haben sich dabei stets als fairer, verlässlicher und vertrauenswürdiger Verhandlungspartner erwiesen. Als Partner, der immer in der Lage war, sich in die andere Seite hineinzusetzen. Und deren Interessen und Anliegen zu respektieren und zu berücksichtigen. Nur so kann eine gute Gesprächsatmosphäre entstehen und gute Ergebnisse zustande kommen. Das schließt zähes und geduldiges Ringen natürlich nicht aus. Schließlich ging es stets um viel Geld. Aber am Ende haben wir immer zu guten und tragfähigen Kompromissen gefunden. Kompromisse,

mit denen alle Seiten gut leben konnten und können.

Die Finanzvereinbarung für diese Legislaturperiode ist dafür ein gutes Beispiel. Sie gibt allen Seiten Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Schwierige Verhandlungen bringt man nicht durch Druck und Drohen zum Erfolg. Sondern mit Geduld und Gelassenheit. Und darin waren Sie, lieber Herr Trumpp, ein wahrer Meister. Ihr Pragmatismus und Ihre Sachkenntnis haben mit dazu beigetragen, dass solche Kompromisslinien ausgetestet und gefunden werden konnten. Und Ihre Freundlichkeit und Umgänglichkeit haben mit dafür gesorgt, dass die Gespräche zwischen Land und Landkreistag in einer angenehmen Atmosphäre verlaufen konnten. Ja, wir Schwaben können eben auch durchaus freundlich und umgänglich sein. Wenn man uns lässt und am Ende die Kasse stimmt!

Böse Zungen behaupten ja: Nachdem die Beamten die Arbeit getan hätten, müssten die Politiker und die Spitzen der Kommunalen Landesverbände nur noch den Füller zücken und unterschreiben. Das ist natürlich Unsinn und viel zu kurz gegriffen. In Wirklichkeit müssen wir uns nach den Unterschriften auch noch ausgiebig die Hände schütteln und in die Kamera lächeln. Zu diesem Zeitpunkt sitzen Herr Trumpp und die anderen Verhandlungsteilnehmer dann schon längst beim Essen. Und freuen sich darüber, wieder einmal einen für alle Seiten guten Kompromiss mit vorbereitet zu haben. Meine Damen und Herren, so sieht für manche die Gewaltenteilung in der modernen Demokratie aus!

Naja, soweit sind wir glücklicherweise noch nicht. *Noch* wirken Ministerpräsident, Landesregierung und die Präsidenten der Kommunalen Landes-

verbände von Anfang an bei den Verhandlungen mit. Schließlich tragen wir ja auch die Verantwortung für das, was bei solchen Gesprächen herauskommt. Aber die fachliche Vorarbeit und Unterstützung, die wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und in den Geschäftsstellen der Kommunalen Landesverbände geleistet. Von Menschen wie Ihnen, Herr Professor Trumpp. Und ich sage ganz offen: Ohne diese Vorarbeit und Unterstützung würde es nicht gehen.

Lieber Herr Trumpp, der Erfolg aller Pakte, Verträge und Kompromisse, die meine Regierung in den vergangenen Jahren mit dem Landkreistag geschlossen hat, ist auch ein Erfolg Ihrer kompetenten Arbeit. Und dafür danke ich Ihnen von Herzen! In Politik und Verwaltung ist jedes Gehen immer auch ein Kommen. So ist es auch bei Ihnen, lieber Herr Professor Trumpp. Sie gehen, und Ihr Nachfolger steht bereits fest.

Vor einigen Wochen wurde Dr. Alexis von Komorowski auf der Landrätekonzferenz einstimmig zu Ihrem Nachfolger gewählt. Er ist ebenfalls Jurist, kommt ebenfalls aus der Verwaltung und bringt ebenfalls bereits jahrelange Erfahrung in der Geschäftsstelle des Landkreistags mit. Er ist sogar – genau wie Sie, Herr Trumpp – Lehrbeauftragter an einer Hochschule. Also, einen besseren Übergang kann es ja gar nicht geben! Lieber Herr Dr. von Komorowski, ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zu Ihrer Wahl zum neuen Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg. Ich wünsche Ihnen alles Gute für dieses Amt. Und freue mich auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Landkreistag!

III. Schluss

Für mich ist es ein Ausdruck von Lebenskunst, sich den Sinn für das Schöne und den Sinn für das Nützliche gleichermaßen zu bewahren. Nach allem, was ich weiß, beherrschen Sie, lieber Herr Professor Trumpp, diese Kunst sehr gut. Bei aller notwendigen Disziplin und Nüchternheit, die Ihr Amt und Ihre Arbeit mit sich bringen, haben Sie sich den Blick für das Schöne und Gute im Leben stets erhalten. Für Musik, Wein und Literatur. Unser Land bietet dafür auch wirklich reichlich Stoff und Gelegenheit. Die Schönheit Baden-Württembergs zeigt sich dem Betrachter aber auch an seinen wunderschönen Landschaften und Kulturdenkmälern. Jeder Landkreis hat davon etwas zu bieten. Und jede Landrätin und jeder Landrat ist zu Recht stolz darauf. Ich bin es als Ministerpräsident auch! Sie, lieber Herr Trumpp, haben viele Landratsämter und Tagungshallen von außen und innen gesehen. Vielleicht ist der Blick für das Schöne außerhalb dieser Arbeitsstätten dabei zu kurz gekommen. Hier möchte ich Abhilfe schaffen.

Um Ihren Blick nun noch mehr vom Nützlichen auf das Schöne zu lenken, bekommen Sie zum Abschied von mir Eintrittskarten für zwei Personen für den Besuch von 24 staatlichen Schlössern, Gärten und Klöstern in Baden-Württemberg. Lieber Herr Professor Trumpp, Sie können mit Dankbarkeit und Stolz auf das zurückblicken, was Sie geleistet und geschaffen haben. Und Sie können voll Neugier und Freude auf das schauen, was nun vor Ihnen liegt. Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit und für die Zusammenarbeit mit Ihnen. Und ich wünsche Ihnen und Ihrer Frau für die Zukunft alles Gute, Glück und Gesundheit!

Dankesworte von Präsident Landrat Joachim Walter

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vorneweg von dem Dilemma berichten, in dem ich mich bei der Vorbereitung dieser Dankesworte wiederfand: Einer der markanten Charakterzüge von Eberhard Trumpp ist jene Melange aus schwäbischer Zurückhaltung und britischem Understatement, die allen, die ihn näher kennen, wohl vertraut ist. Es ist daher alles andere als trivial, Worte des Danks zu finden, die er, Eberhard Trumpp, tatsächlich annehmen kann und die eben nicht nur ein mildes Lächeln auslösen das so viel bedeutet wie: „na versucht habt ihr es ja, aber gelungen ist es euch nicht!“

In einer solchen schwierigen Situation greift man als Redner gerne auf den reichen Zitatenschatz des Weimarer Dichters zurück. Doch auch der hält nur Ernüchterndes bereit: „Leider lässt sich wahrhaftige Dankbarkeit mit Worten nicht ausdrücken“, schreibt der ansonsten so wortmächtige Johann Wolfgang von Goethe kleinlaut an Amalie Fürstin von Gallitzin.

Erlauben Sie daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich, um dem geschilderten Dilemma zu entkommen, den Weg eines sehr persönlich gehaltenen Dankeswortes wähle:

Lieber Eberhard, wenn ich versuche, eine Bilanz deiner fast fünfundzwanzigjährigen Amtszeit zu ziehen, dann sehe ich drei herausragende wesentliche Verdienste. Du hast erstens maßgeblich dazu beigetragen, die Landkreise zu der Gestaltungsstärke zu führen, die sie heute auszeichnet und auf die wir aus gutem Grund stolz sind. Die Geschichte der Landkreise in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten ist nämlich in der Tat eine echte Erfolgsstory. Und an ihr hattest du entscheidenden Anteil.



Gerade auch die dicken Kapitel dieser Erfolgsgeschichte, die mit den Überschriften „Sonderbehördeneingliederungsgesetz“, „Verwaltungsstruktur-Reformgesetz“, „Kommunale Jobcenter“, gerade diese Kapitel lassen deine Handschrift klar und deutlich erkennen.

Was war dein Erfolgsrezept? Ganz entscheidend war, denke ich, dass du die genannten Reformvorhaben wie auch die übrigen Herausforderungen für die Landkreise stets mit großer strategischer Weitsicht angegangen bist. Der langfristige, dauerhafte Erfolg war dir immer wichtiger als die dicke, aber vergängliche Schlagzeile. Dein Mantra bei allen Verhandlungen lautete stets: „Man sieht sich immer zweimal.“

Und genau deshalb hast du dich mit großer Beharrlichkeit um Lösungen bemüht, die uns Landkreise stützen und stärken, zugleich aber das Gemeinwohl klar im Auge behalten und vor allem auch keine unnötigen Revanchegefühle hervorrufen. Diese Fähigkeit, bei konsequenter Interessenverfolgung einen befriedigenden Ausgleich zu suchen und zu finden, diese besondere Fähigkeit hat mir an dir immer sehr imponiert.

Doch *allein* mit strategischer Weitsicht hättest du als Hauptgeschäftsführer nicht reüssieren können. Und daher muss ich eine andere deiner Stärken erwähnen, ohne die die Erfolgsgeschichte der Landkreise um einige Kapitel ärmer ausgefallen wäre.

Ich meine deine taktische Finesse und insbesondere dein sicheres Gefühl für das richtige Timing. Einer meiner Vorgänger im Präsidentenamt, Edgar Wais, hat dich einmal einen „Stoiker“ genannt. Das trifft es sehr gut, denn gerade aus dieser stoischen Gelassenheit heraus, wusstest du immer ganz genau, wann es an der Zeit war, einen Prozess zu beschleunigen, jemanden anzurufen, die richtige Strippe zu ziehen, um dann gewissermaßen aus der Tiefe des Raums den entscheidenden Pass zu schlagen, wie es die Fußballer ausdrücken würden.

Deine strategische Weitsicht und dein taktisch optimales Timing waren es, lieber Eberhard, die entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Landkreise heute die Gestaltungsstärke aufweisen, die sie erst jüngst bei der Flüchtlingsunterbringung wieder eindrucksvoll unter Beweis stellen konnten und gestellt haben. Und wenn es den feierlichen Rahmen dieser Verabschiedung nicht sprengen würde, dann wäre ich geneigt zu sagen, du, Eberhard, warst so etwas wie der Günther Netzer der Kommunalen Landesverbände, der Spielmacher also!

Ich komme zu deinem zweiten wesentlichen Verdienst. Dir ist es über die vielen Jahre hinweg gelungen, dem Landkreistag ein hervorragendes Standing bei unseren Partnern in Politik und Verwaltung, in Selbstverwaltung und Wirtschaft, in Hochschule und Justiz zu verschaffen. Die Vielzahl der Menschen, die heute aus den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Bereichen zu deiner



Verabschiedung gekommen sind, zeigt dies überdeutlich.

Zu diesem Renommee, dessen sich der Landkreistag heute erfreuen kann, hast du auf unterschiedliche Art und Weise beigetragen. Ich nenne zunächst deine Fachkompetenz.

So kenne ich kaum jemanden, der mit den Untiefen des kommunalen Finanzausgleichs, seiner Entwicklung über die Jahre und Jahrzehnte hinweg, den Irrungen und Wirrungen in diesem Zusammenhang so vertraut ist, wie du es bist. Du hast dir mit dieser Fachkompetenz Respekt verschafft – und dieser Respekt ist dem Landkreistag zugute gekommen.

Hinzu kommt ein weiteres: Robert Maus, dein erster Präsident, hat anlässlich deines letzten runden Geburtstages zwei ihm besonders wichtige Charakterzüge an dir gerühmt, nämlich deine Verlässlichkeit und deine Fairness. Genau diese Verlässlichkeit und Fairness waren dir auch im Umgang mit unseren Partnern immer wichtig.

Dies hat man dir ganz offensichtlich hoch angerechnet – und auch hiervon hat der Landkreistag in hohem Maße profitiert.

Wenn der Landkreistag also heute gute und beste Beziehungen zu den verschiedensten Akteuren in Staat und Gesellschaft unterhält, dann verdanken wir

dies nicht zuletzt deiner Fachkompetenz und deiner verlässlichen, fairen Art des Umgangs mit dem Gegenüber.

Deinen dritten großen Verdienst sehe ich darin, dass du über die Jahre hinweg entscheidend mit dafür gesorgt hast, dass der Landkreistag stets geschlossen auftritt, Geschlossenheit sozusagen zum Markenkern des Landkreistags avanciert ist. Diese Geschlossenheit ist beileibe keine Selbstverständlichkeit. Landkreise sind verschieden – und Landrätinnen und Landräte gottlob nicht geklont, was – es sei mir erlaubt zu sagen – immer zur Lebendigkeit der Diskussionen im Land-



kreistag beigetragen hat und auch in Zukunft beitragen wird.

Wie also hast du es erreicht, dass wir doch fast immer wie aus einem Munde gesprochen haben und sprechen?

Ich denke – und jetzt wird es noch persönlicher –, dass dies ganz stark mit deinem Auftreten als Hauptgeschäftsführer zu tun hat. Jürgen Schütz, ein weiterer deiner Präsidenten, hat dieses Auftreten als „unaufgeregt und zugleich entschlossen“ beschrieben. Helmut Jahn, der unmittelbar vor meiner Zeit mit dir das Landkreistags-Tandem gebildet hat, beschreibt dieses Auftreten seinerseits als das eines „englischen Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle“. Jedenfalls war es genau dieses dein Auftreten, das in den Gremien des Landkreistags für eine Atmosphäre gesorgt hat, die der innerverbandlichen Solidarität zuträglich war, in der der Blick auf das Verbindende geschärft wurde und aus der heraus gemeinsame Entschlossenheit, gemeinsamer Kampfgeist erwachsen konnte.

Aber es war natürlich nicht nur dein Auftreten in den Gremien, das den Zusammenhalt innerhalb des Landkreistags gefördert hat. Vielmehr ist – jenseits der Welt der Sitzungen und Beschlüsse – durch deine feine, zugewandte Art ein dichtes Netz von persönlichen, ja freundschaftlichen Beziehungen geknüpft worden. Uns als Landrätinnen und Landräte ist das Gespräch, der Austausch mit dir auch dort immer wertvoll und kostbar gewesen, wo es einmal nicht um Flüchtlingskosten, Forstkartell oder Krankenhausstrukturen ging, sondern der kulturell und gerade auch musisch interessierte, der belebte, der kulinarisch veranlagte Eberhard Trumpp zum Vorschein kam.

Und an dieser Stelle will ich, lieber Eberhard, gerne deine liebe Gattin einbeziehen. Denn du, liebe Bärbel, hast in den letzten fünfundzwanzig Jahren an der Seite von Eberhard durch deine herzliche Aufgeschlossenheit und deine hilfreiche Aufmerksamkeit zu dem gedeihlichen Miteinander, zu der positiven Atmo-

sphäre im Verband entscheidend mit beigetragen. Auch ihr beide, liebe Bärbel und lieber Eberhard, ward ein Tandem, das dem Verband mehr als gut getan hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in meiner bewusst persönlich gehaltenen Ansprache die drei wesentlichen Verdienste von Eberhard Trumpp genannt:

Eberhard Trumpp hat in beispielhafter Weise dazu beigetragen, die Landkreise zu ihrer heutigen Gestaltungsstärke zu führen, den Landkreistag in den Genuss eines hohen Renommées zu bringen und den Zusammenhalt im Verband zu vertiefen.

Bei alledem hat er sich durch eine Grundhaltung ausgezeichnet, die auch alle seine Präsidenten vor mir bereits hervorgehoben und besonders betont haben, nämlich seine tiefe, unverbrüchliche Loyalität zum Landkreistag. Und wie recht hat unser – in diesem Fall deutlich beredtere – Weimarer Dichterstürm doch, wenn er im Faust II die Chorführerin Pantalyas sagen lässt: „Nicht nur Verdienst, auch Treue wahrt uns die Person.“

Daher möchte ich dich, lieber Eberhard, nunmehr zu mir bitten. Wie du weißt, verfügt der Landkreistag über ein Ehrenzeichen, mit dem er äußerst zurückhaltend umgeht.

Die Landkreismedaille in Gold wird nur an herausragende Persönlichkeiten verliehen, die sich in ganz besonderer Weise um die Landkreise verdient gemacht haben. Herr Ministerpräsident a. D. Professor Teufel gehört zu den wenigen Trägern dieser Medaille.

Unser Präsidium hat nunmehr beschlossen, dass auch dir, lieber Eberhard, diese Landkreismedaille in Gold verliehen werden soll. Damit wollen wir dir unsere hohe Anerkennung und unseren tiefen Dank aussprechen für deine überaus verdienstvolle und treue Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg in den Jahren von 1993 bis 2017.



Dir liebe Bärbel will ich, obwohl dir sicherlich die halbe Landkreismedaille zusteht, als Dank des Landkreistags einen Blumenstrauß überreichen. Euch beiden wünschen wir viele gute Jahre in Gesundheit und Zufriedenheit. Wir wissen, euer beider Gestaltungswille wird den Ruhestand zu einem überaus interessanten und abwechslungsreichen Lebensabschnitt machen.

Wir freuen uns immer in Zukunft von Euch persönlich zu erfahren, was ihr so auf die Beine stellt; kurzum: wir wünschen uns, dass wir auch in Zukunft viele Begegnungen mit Euch haben mögen.

Alles Gute euch beiden!



Wenn einer wie Eberhard Trumpp in den Ruhestand geht, so hinterlässt er eine Lücke.

Dem Landkreistag ist es gelungen, mit Herrn Dr. Alexis von Komorowski einen Nachfolger zu finden.

Als langjähriger stellvertretender Hauptgeschäftsführer verfügt er über eine große Erfahrung, die er – davon sind wir Landräte alle überzeugt – gewinnbringend für die Landkreise Baden-Württembergs einsetzen. Ihm an dieser Stelle ein herzliches Willkommen und Glückauf für seine neue Aufgabe!

Nun werden sich manche verwundert die Augen reiben die das Programm aufmerksam gelesen haben, wenn ich nach meiner Dankesrede nun zu einem weiteren Grußwort ansetze. Dies tue ich jedoch nicht in eigenem Namen, sondern namens des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Landkreistags, Herrn Prof. Dr. Hans-Günter Henneke. Warum das so ist, erfahren Sie gleich, wenn ich Ihnen sein Grußwort zu Gehör bringe.

Grußwort von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Präsident Joachim Walter,
liebe Frau Trumpp,
lieber Eberhard Trumpp,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Eberhard Trumpp mir im November im Mainz sagte, dass der Termin seiner offiziellen Verabschiedung durch den Terminkalender des Ministerpräsidenten bestimmt werde, habe ich mich sehr über die Einladung zur aktiven Mitwirkung gefreut.

Damals konnten wir beide nicht ahnen, dass der 26. Juni, der Tag vor Siebenschläfer, im Kalender von Ministerpräsidenten wohl allgemein ein Zeitfenster freihält.

So findet nunmehr zeitgleich in Stuttgart eine Verabschiedung in würdigem Rahmen statt – und ich befinde mich auf Einladung des Ministerpräsidenten Tillich im Beisein von Kurt Beck beim ZDF in Mainz.

Diese Kollision bedaure ich sehr, freue mich aber zugleich darüber, dass der Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, Joachim Walter, als Ausweis unserer sehr guten Kooperation sogleich angeboten hat, der Festversammlung und Dir, lieber Eberhard, meine besten Wünsche und meinen aufrichtigen Dank zugleich im Namen des Deutschen Landkreistages und der Geschäftsführerkollegen aus den Landesverbänden für das hervorragende Zusammenwirken des Landkreistages Baden-Württemberg mit dem Deutschen Landkreistag zu übermitteln.

Kennengelernt habe ich den seinerzeitigen Leitenden Rechtsdirektor Eberhard Trumpp am 1. April 1993 einen Monat nach Beginn meiner Tätigkeit im Deutschen Landkreistag in einer DLT-Kulturausschusssitzung in Bad Frankenhausen im Kreis Artern, der nach der Wende in der DDR von Sachsen-Anhalt nach Thüringen gewechselt und damit einer

Kreispartnerschaft mit meinem Heimatkreis Diepholz entgangen war.

Wir befassten uns seinerzeit u.a. mit dem „Konzept der Bundesregierung zur Bildungsreform – Bildungsgipfel“ und trugen dieses Thema auch in die folgende Sitzung des Präsidiums.

Diese fand am 18. Mai 1993 in Binz auf Rügen statt und war die erste von sage und schreibe neunzig Sitzungen, an der Eberhard Trumpp bereits als Hauptgeschäftsführer mitgewirkt hat – besser: mitwirken sollte, er kam nämlich verkehrsbedingt so viel zu spät, dass die Sitzung bereits vorbei war, als er eintraf. So beschränkt sich seine Erinnerung an diese Sitzung auf den Besuch der Insel Vilm.

Fast auf den Tag genau 24 Jahre hat Eberhard Trumpp dem DLT-Präsidium angehört, bis er am 16. Mai 2017 in Belzig von DLT-Präsident Reinhard Sager ehrenvoll verabschiedet wurde.

Zwischen Binz und Belzig ist viel geschehen. Gut 24 Jahre füllen ein Zeitmaß, für das der Landkreistag Baden-Württemberg mit Robert Maus, Edgar Wais, Jürgen Schütz, Helmut Jahn und Joachim Walter gleich fünf Präsidenten benötigte, die die Arbeit des Deutschen Landkreistages ebenso wie Eberhard Trumpp maßgeblich und stets konstruktiv unterstützend mitgeprägt haben. An wenige Punkte will ich erinnern:

- an die grundlegende DLT-Positionierung zur Kreissteuerbeteiligung und zur Gebiets- und Funktionalreform vor den Kreisreformen in Ostdeutschland und den Kommunalwahlen in zahlreichen weiteren Ländern, auch in Baden-Württemberg, parallel zur Europawahl 1994;
- an den schwierigen Prozess der richtigen Organisation der Europaarbeit, bei der der Landkreistag Baden-Württemberg eine besonders drängende Rolle gespielt hat, mit manchen Entwicklungen in den 90er Jahren nicht

zufrieden war, und bei der sich Eberhard Trumpp in besonderer Weise vermittelnd eingebracht hat.

- Daneben will ich nur noch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und
- natürlich die bundesweit herausragende und bis heute einzigartige Funktionalreform in Baden-Württemberg nennen.

Nicht verschweigen will ich, dass wir bei dem so guten Grundverhältnis zwischen dem DLT nicht nur mit dem Landkreistag Baden-Württemberg, sondern auch mit der Staatsregierung zweimal ausgesprochenes Pech hatten: Bei beiden DLT-Jahrestagungen in Baden-Württemberg hat uns der Ministerpräsident jeweils kurzfristig einen Korb gegeben.

Am 30.11.1994, weil just an jenem Tag der Landtag von Baden-Württemberg nach hitziger Debatte eine Änderung des Feiertagsgesetzes beschlossen hat. In § 1 wurde das Wort „Pfingstmontag“ gestrichen; in § 4 Abs. 1 wurde geregelt:

„Am Pfingstmontag steht den bekenntniszugehörigen Beschäftigten das Recht zu, von der Arbeit fernzubleiben. Weitere Nachteile als ein Entgeltausfall für versäumte Arbeitszeit – für Schwaben ja wohl die schlimmste denkbare Sanktion – dürfen diesen aus ihrem Fernbleiben nicht erwachsen.“

Diese gesetzliche Regelung wurde zwar mit Gesetz vom 23.3.1995 bereits wieder aufgehoben und der „Pfingstmontag“ durch den „Allgemeinen Buß- und Bettag“ ersetzt, die Auswirkungen auf unsere Jahrestagung waren indes irreversibel.

Deshalb wollten wir beim nächsten Mal ganz auf Nummer sicher gehen und wählten als Termin den Januar 2010 deutlich vor der nächsten Landtagswahl. Wer konnte schon ahnen, dass die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag aus dem Oktober 2009 festgelegt hatte, Günther Oettinger als nächsten EU-Kom-

missar zu benennen und die Anhörung im Europäischen Parlament sich mit unserer Jahrestagung überschneidet, so dass auch er kurzfristig absagen musste? Beides haben wir als „unabwendbares Ereignis“ verbucht.

Enden will ich mit einem herzlichen Wort des persönlichen Dankes an das Neujahrskind Eberhard Trumpp. Wir sind einen langen, gemeinsamen Weg gegangen und dabei stets offen und loyal miteinander umgegangen. Wenn es Kritik zu üben gab, hat Eberhard Trumpp sie geübt: zielorientiert im direkten Gespräch oder am Telefon, und nicht durch Agieren hinter dem Rücken. Er war es, den das DLT-Präsidium für 16 Jahre in den Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit entsandt hat.

Er war es auch, der Helmut Jahn, lange bevor dieser maßgebliche Funktionen im Landkreistag Baden-Württemberg übernommen hat, als Mitglied des Ausschusses der Regionen vorgeschlagen hat.

Ich habe damals seiner Einschätzung vertraut, ohne Helmut Jahn persönlich zu kennen, und mir den Vorschlag gegenüber den DLT-Gremien zu eigen gemacht. Wir haben es erkennbar nicht bereut.

Eberhard Trumpp war es auch, der bei meiner Wahl zum Hauptgeschäftsführer im Jahre 2000 eine maßgebliche und sehr loyale Rolle gespielt hat. Und er war es, der vor sehr langer Zeit den Draht hergestellt hat zu Persönlichkeiten wie Heinrich Haasis und Volker

Kauder, mit denen er aus seinem Zusammenwirken in Baden-Württemberg vertraut war, und die dann zentrale Funktionen auf der Bundesebene übernommen haben.

Für all dies danke ich Eberhard Trumpp im Namen des Deutschen Landkreistages und der Geschäftsführer-Kollegen aus den übrigen Landesverbänden sehr sehr herzlich und wünsche ihm und seiner Frau für die Zukunft in jedweder Weise alles Gute.

Nächste Woche bei der Geschäftsführerbesprechung in Tübingen gibt es Gott sei Dank eine zweite Chance, dies auch von Angesicht zu Angesicht zum Ausdruck zu bringen.

„Also!“ würde Eberhard Trumpp jetzt vermutlich abschließend sagen.

Rede von Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg

Lieber Eberhard, gleich zu Beginn gestehe ich, dass ich die Aufgabe, heute für die beiden anderen kommunalen Landesverbände den Gemeindetag und den Städtetag zu sprechen, gerne übernommen habe, aber durchaus mit zwiespältigem Gefühl.

Wie Sie sich denken können, rührt das zwiespältige Gefühl daher, dass es der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Professor Eberhard Trumpp fraglos verdient hat, insbesondere von seinen Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg gewürdigt zu werden.

Auf der anderen Seite verlieren wir mit Eberhard Trumpp einen kompetenten und stets verlässlichen Partner.

Wir werden ja gern als Kommunale Familie bezeichnet. Das ist sicher richtig und wer wollte bestreiten, dass das Verhältnis zwischen den Landkreisen – und insbesondere den kreisangehörigen

Gemeinden – familiär ist. Man gehört zusammen, ob man will oder nicht. Man kennt seine Stärken und Schwächen genau, kann sich auf einander verlassen und manchmal gibt es kleinere Unstimmigkeiten. Wie in jeder richtigen Familie. Aus dieser engen Partnerschaft ist die Überzeugung entstanden, unseren Blick nicht nur nach Stuttgart und Berlin, sondern auch nach Brüssel richten zu müssen. Das gemeinsam betriebene Europabüro mit Sitz in Brüssel zeigt, dass wir gewillt sind, kommunales Wissen und kommunales Selbstverständnis bei jeder Regierungsebene zu hinterlegen. Eberhard Trumpp ist übrigens der Einzige von uns, der seit der Gründung bis zum heutigen Tag dieses Büro entscheidend mitgeprägt hat.

Unsere Auffassung gegenüber der Landesregierung zu vertreten, ist eine unserer wichtigen Aufgaben. Da kann es schon einmal vorkommen, dass auch

die Kommunale Familie nicht von Anfang an dieselbe Auffassung vertritt.

Eberhard Trumpp hat uns so manches Mal mit seiner Erfahrung, seinem profunden Wissen, und seiner heiteren





Gelassenheit den richtigen Weg aufgezeigt. Seine Devise könnte dabei gelautes haben „und ist der Weg auch hart und steinig, Hauptsache wir sind uns einig“. Seit nahezu zweieinhalb Jahrzehnten ist Professor Trumpp nun als Hauptgeschäftsführer des Landkreistags im Amt. Gibt es denn ein Erfolgsgeheimnis, um so lange an der Spitze eines Kommunalen Landesverbandes zu stehen? Ich will zumindest den Versuch unternehmen, dies zu ergründen.

Sie alle kennen ihn aus zahlreichen Begegnungen. Stets tritt uns ein großgewachsener Mann, gewandert im edlen Tuch gegenüber. Er ist umfassend gebildet, höflich, kompetent, gut vorbereitet und dabei stets gut gelaunt.

In diesen Gesprächen, manchmal werden sie auch Verhandlungen, oder wenn Ihnen ein besonderer Anstrich verliehen werden soll, auch Gipfel genannt, wird deutlich, dass sich Eberhard Trumpp eine seltene Gabe bewahrt hat, nämlich zuhören zu können. Er nimmt seine Gesprächspartner ernst, formuliert klar und verständlich. Überdies hat er ein untrügliches Gespür den richtigen Zeitpunkt für politisches Handeln zu erkennen. Sein Erfolg ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass er ein begnadeter

Netzwerker ist. Wichtige Entscheider zu finden, die Eberhard Trumpp nicht persönlich kennt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die große Bühne hat er dabei zumeist seinen Präsidenten überlassen, denn er wusste, dass Erfolg eben auch bedeuten kann im Hintergrund einen Deal einzufädeln, in der Öffentlichkeit dann überrascht zu reagieren und die Kunst des Schweigens zu beherrschen.

Ich unterliege nicht der Versuchung, alle wichtigen Themen zu nennen, über die Eberhard Trumpp für den Landkreistag mit entschieden hat, denn das ist bei zweieinhalb Jahrzehnten fast unmöglich. Maßgeblich mitgewirkt hat er aber in der Vergangenheit bei der Verwaltungsreform, aktuell beim Pakt für Integration und natürlich bei den vielen Finanzverhandlungen, die wir mit jeder Landesregierung immer wieder führen.

Daneben hat Eberhard Trumpp in diesen Runden niemals die Contenance verloren, obwohl auch deutliche Worte zu seinem Sprachgebrauch gehören. Er vermittelte auch immer den Eindruck, dass er sich auf ein weiteres Treffen freut, auch wenn der Sinn einer weiteren Diskussionsrunde mit denselben Teilnehmern zum gleichen Thema sich niemandem – auch ihm nicht – erschloss.

Neben all diesen positiven Aspekten habe ich im Gedächtnis gekramt, ob es denn auch einmal Kritik an Eberhard Trumpp gegeben hat. Die gab es aber nur in einem einzigen Fall. Ich erinnere mich noch daran, dass wir einst vor dem Dienstwagen von Eberhard Trumpp gestanden sind und der damalige Präsident Dr. Jürgen Schütz hinzugetreten ist. Beim Anblick der nicht gerade üppigen Platzverhältnisse auf dem Rücksitz kam die klare und unmissverständliche Anweisung des Präsidenten: „Eberhard, kauf jetzt endlich mal ein richtiges Auto.“

Das Bild von Eberhard Trumpp wäre

unvollständig, wenn ich nicht darauf hinweisen dürfte, dass ihm das Leben sichtlich Spaß macht und er ein Genussmensch im positiven Sinn ist. Er kann dem Leben auch dann positive Seiten abgewinnen, wenn sich dunkle Gewitterwolken zeigen.

Er ist ein Mann, dem Kunst und Kultur ein Anliegen sind, der gerne Sportveranstaltungen besucht und der an seiner Lebensfreude auch andere als formvollendeter Gastgeber teilhaben lässt. Sein Können als Maitre de Plaisir haben die Kommunalen schon verschiedentlich miterleben dürfen.

Meine Damen und Herren, der Name Trumpp hat in unserem Land einen guten Klang und das wäre nicht einmal durch eine andere Aussprache zu ändern.

Sehr geehrter Herr Professor Trumpp, lieber Eberhard, die Kommunalen danken dir für die gute und kollegiale Zusammenarbeit und ich persönlich danke Dir für ein freundschaftliches Miteinander.

An dieser Stelle begrüße ich auch deinen Nachfolger Alexis von Komorowski und freue mich darauf, lieber Herr von Komorowski, die gute Zusammenarbeit unserer Verbände fortzusetzen.

Wünsche für die Zukunft haben wir alle zwar viele. Ich will sie aber zusammenfassen: Gesundheit für euch beide, denn eine weitere Auszeichnung für unseren Professor ist seine entzückende Frau.

Liebe Bärbel, ein Hinweis sei mir erlaubt. Die Renten-debatte prägt den derzeitigen Bundestagswahlkampf. Aber da wir Kommunalen ja parteipolitisch neutral sind, für dich liebe Bärbel folgende Rentenformel: „ab sofort nur noch halb so viel Geld, aber dafür doppelt so viel Mann.“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede von Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Jens Hesse, Internationales Institut für Staats- und Europawirtschaften

Meine Herren Ministerpräsidenten, Frau Landtagspräsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, lieber Herr Trumpp,

ich habe mit Ihnen den Worten von Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann, Herrn Präsidenten Walter und denen der engeren Fachkollegen aufmerksam gelauscht und kann mich den damit verbundenen laudationes, ja Elogen auf Ihr Wirken nur vollinhaltlich anschließen. Erlauben Sie deshalb einige wenige ergänzende Worte außerhalb des vorbereiteten Textes, die eher versuchen sollen, Anekdotisches mit Grundsätzlichem zu verbinden. Im Ergebnis werden sie belegen, dass sich Eberhard Trumpp auch um das (immer leicht prekäre) Wissenschaft-Praxis-Verhältnis in der Bundesrepublik verdient gemacht hat. Ich sage das nicht nur in eigenem Namen, sondern auch im Namen zahlreicher weiterer Staatsrechtslehrer, Ökonomen und Verwaltungswissenschaftler, die mich in diesbezüglichen Gesprächen in den vergangenen Wochen dazu ermächtigt.

In einer solchen erweiterten Kennzeichnung des Wirkens Trumpps vermischen sich fachliche Zugänge, materielle Positionen und Persönlichkeitsmerkmale, die durchaus ungewöhnlich sind und die ich an zwei kurzen Beispielen deutlich machen möchte.

Das erste: Wir schreiben die frühen 2000er Jahre, ich sitze nach einer anstrengenden Interviewwoche quer durch Baden-Württemberg in der Alten Kanzlei hier am Schloßplatz und ordne meine Notizen zu einem Gutachten, das (nach einer früheren Arbeit für die FDP-Fraktion im Landtag, es waren die Döring-Jahre) vom Bund der Steuerzahler in Auftrag gegeben wurde und eine Reform



der Verwaltungsstrukturen Baden-Württembergs begründen oder sie verwerfen sollte. Dazu bereiste ich das Land und führte eine Reihe von Gesprächen: im Staats-, Innen- und Wirtschaftsministerium hier in Stuttgart, mit einzelnen Regierungspräsidenten und schließlich zahlreichen Vertretern auch der kommunalen Ebene quer durchs Land. Freilich fehlte noch etwas im Nachvollzug und der Auswertung dieser Gespräche: der die Einzelerkenntnisse verbindende Ansatz, die Abwägung der Kosten und Nutzen etwaiger Reformen, die Auflösung jener Verwerfungen, von denen mir berichtet wurde, sei es auf der Landesebene, in den Mittelinstanzen oder eben in den Städten, Landkreisen und Gemeinden.

Schließlich fiel es mir ein: es fehlte ein Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände. Zudem war es Freitagnachmittag, kein Zeitpunkt, zu dem man Verbände welcher Provenienz auch immer ansprechen sollte. Gleich-

wohl rief ich in der Panoramastraße an und siehe da: eine freundliche Dame verband mich mit einem mir bis zu diesem Zeitpunkt unbekanntem Herrn Trumpp – faktisch der Beginn einer langen und vor allem ertragreichen Zusammenarbeit. In mehreren erinnerungswürdigen Stunden half er mir, die Verwaltungslandschaft Baden-Württembergs richtig einzuschätzen und zu ordnen: geduldig, sachkompetent, offen für andere Einschätzungen oder neue Sachverhalte, zudem im positiven Sinne veränderungsbereit, wenn eine institutionelle Zuordnung oder ein tradiertes Verfahren sich als defizitär erwiesen hatten. Das Ergebnis war dann jene große Reform, die bereits angesprochen wurde und sehr zurecht mit dem Namen Erwin Teufels verbunden ist. Er las unsere Gutachten und übernahm eine Schlüsselempfehlung – die Abschaffung aller Sonderbehörden und die Zuordnung der durch diese wahrgenommenen Aufgaben (so weit sie nicht entfielen) entweder auf die Regierungspräsidien oder aber die Kreise. Im Ergebnis sind die Landkreise Baden-Württembergs seitdem die unbestreitbar leistungsfähigsten Kreise der Republik – trotz der weitgehenden Erbringung einer sog. Effizienzrendite von nicht weniger als 20 Prozent des vorgängigen Personal- und Sachmitteleinsatzes. Nicht nur in meiner Lesart stellt dies eine der wichtigsten und vor allem erfolgreichsten Verwaltungsreformen in der Geschichte der Bundesrepublik dar.

Das zweite Beispiel, die Trägerschaftsfrage nach dem SGB II, war anders gelagert, ließ aber ein ähnliches Verhalten Trumpps erkennen. Er wusste natürlich, wie gespalten seine Landräte in der Frage der Betreuung von Langzeitarbeitslosen dachten und votierte deshalb neben der

flächendeckenden Begleituntersuchung des DLT in Berlin für eine ergänzende, die besondere Ausgangslage (und entsprechende Bedürfnisse) aufnehmende Untersuchung für Baden-Württemberg. Zwar entschied sich letztlich nur eine Minderheit der hiesigen Landkreise für die Option, also die eigenständige Betreuung der benannten Klientelgruppe, doch geschah das auf einem ungleich höheren Niveau als in den anderen Flächenländern der Republik. Unsere vier Untersuchungsberichte, die wir hierzu innerhalb von zwei Jahren vorlegten, schrieben Geschichte und finden sich heute in jeder Fachbibliothek.

Auch in diesem Kontext wird das Denken Eberhard Trumpps exemplarisch erkennbar: der Einsatz der Wissenschaft nicht zur Bestärkung der eigenen Position, sondern als Anstoß zu einer breiteren (zunächst) internen Debatte, zum einen, um eine umstandslose Unterwerfung der Kreisebene unter den Allzuständigkeitsanspruch der Bundesanstalt (heute bekanntlich: Bundesagentur) für Arbeit zu vermeiden, und zum zweiten, um die spezifische Befähigung der kreislichen Ebene für ein problem-, bedarfs- und klientelnahes Vorgehen zu dokumentieren. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte dies nach einer denkwürdigen Anhörung in Karlsruhe zugestanden.

Ich könnte zahlreiche weitere Beispiele benennen, in denen Herr Trumpp und die Wissenschaft (und damit auch wir)



kooperierten oder wenigstens kommunizierten – erneut immer vertrauensvoll und offen, immer lösungsorientiert, immer auf gleicher Augenhöhe, also die Wissenschaft weder über- noch unterschätzend. Die Themenstellungen boten sich in großer Zahl an: von den explodierenden Sozialhaushalten und deren Folgen über Fragen der Direktwahl der Landräte oder die (im Übrigen gut gemachte und methodisch interessante) Polizeireform des ersten Kabinetts Kretschmann bis hin zur künftigen Stellung der Landkreise im wachsenden Europa und die höchst diskussionswürdige Entwicklung der Bund-Länder-Finzen – mir ist kein kommunal- oder föderalismusrelevantes Thema bekannt, dass nicht wenigstens zu längeren Telefonaten zwischen uns führte.

Mein Fazit: Es war ein ungetrübtes Vergnügen, lieber Herr Trumpp, in den vergangenen 20 Jahren mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Trotz vielfältiger Versuche, das Wissenschaft-Praxis-Verhältnis zu beiderseitigem Nutzen zu verbessern, sei es über meist doch etwas abgehobene Akademierunden, Professorengespräche oder Ähnliches, der direkte Kontakt und das stete Bemühen um konkrete, strikt bedarfsorientierte Problemlösungen bilden einen um vieles erfolgreicher Weg. Ihr Denken und Handeln hat das eindrucksvoll dokumentiert.

Dafür danke ich und hoffe auf weitere Gespräche – unter Einschluss guter Abendessen, noch besserer Weine und eines Salzburg-Sommers 2018 zu viert.

Abschiedsworte von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp

Sehr geehrte Herren Ministerpräsidenten,
sehr geehrter Herr Präsident Walter,
sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Aras,
sehr geehrte Damen und Herren aus der Landesregierung, aus dem europäischen Parlament, aus dem Landtag von Baden-Württemberg und von den unterschiedlichen Verwaltungsebenen des Bundes und des Landes BW, von vielen Verbänden und Organisationen, vor allem aber auch sehr geehrte Landrätinnen und Landräte,
meine sehr geehrten Damen und Herren aus nah und fern,

ich gebe es ehrlich zu: die anerkennenden und lobenden Worte von Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, von den Herren Präsidenten Walter und Kehle und von Herrn Professor Hesse haben mich sehr erfreut, zeigen sie doch, dass meine Arbeit als Hauptgeschäftsführer für den Landkreistag Baden-Württemberg über 24 Jahre hinweg Wertschätzung erfahren hat. Herrn Präsident Walter und allen Landrätinnen und Landräten danke ich für die hohe Auszeichnung, die ich erhalten habe. Ich freue mich sehr über die Verleihung der Landkreismedaille in Gold. Ich weiß, dass diese Auszeichnung höchst selten verliehen wird, umso mehr danke ich für die dadurch zum Ausdruck gekommene Würdigung meiner Person. Ganz herzlich Dank, an Sie, Herr Präsident Walter.

Ich kann Ihnen allen versichern, dass mir die Aufgabe, die mir am 22. April 1993 nach meiner Wahl durch das Präsidium des Landkreistags übertragen wurde, immer am Herzen lag, weil ich meine Verpflichtung darin sah und bis heute darin sehe, die Stellung der Landkreise innerhalb unseres Bundeslandes nicht nur zu stärken, sondern auch stets



deutlich zu machen, dass für eine funktionierende öffentliche Verwaltung, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft notwendige Dienstleistungen wahrzunehmen hat, gerade auch in Baden-Württemberg auf Grund seiner Gebietsstruktur zwingend eine übergemeindliche Verwaltungsebene gegeben sein muss. Die Landkreise in Baden-Württemberg sind deshalb unverzichtbare Partner für Land und Städte und Gemeinden bei der Umsetzung öffentlicher Interessen und bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland.

Die meisten Gäste hier im Saal werden mir zustimmen, dass das Land hinsichtlich seiner Verwaltungskraft sowohl im Bereich der unteren staatlichen Verwaltungsebene wie auch im übergemeindlichen kommunalen Aufgabenbereich ohne die Landkreise nicht vorstellbar ist. Nicht ohne Grund wurde von der Verwaltungswissenschaft deshalb immer wieder hervorgehoben, dass die Verwaltungskraft und Verwaltungskompetenz in Baden-Württemberg im Vergleich mit den anderen Bundesländern eine Spitzenposition einnimmt. Ganz anschau-

liches, aktuelles Beispiel hierfür war und ist die Unterbringung, Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge und Asylbewerber in den letzten zwei Jahren. Die Landkreise haben eindrucksvoll bewiesen, dass sie auch unter schwierigsten Umständen in der Lage sind, die Situation für das Land Baden-Württemberg nicht aus dem Ruder laufen zu lassen und jedem Flüchtling ein Dach über dem Kopf bereitzustellen.

In der Vorbereitung zu meiner heutigen offiziellen Verabschiedung aus dem Amt des Hauptgeschäftsführers habe ich mir mehrfach die Frage gestellt, was eigentlich mit dazu beigetragen hat, dass der Verband mit seiner Arbeit eine hohe Anerkennung im politischen Raum genießt und dass die Umsetzung einiger langjähriger Forderungen und Anliegen gelingen konnte.

Aus meiner Rückschau sind mehrere Faktoren maßgebend:

1. Unabdingbar sind enge Kontakte zu den Ministerien und zum Landesparlament. Sie sind eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Platzierung der Anliegen der Landkreise. Diese Kontakte habe ich immer gesucht – völlig unabhängig von der politischen Konstellation und Farbe der jeweiligen Regierungen – und auch gefunden. Nur so kann Verbands- und damit Interessenpolitik mit Erfolg umgesetzt werden. Die Gesprächspartner auf der anderen Seite des Tisches müssen erkennen, dass sie sich auf das Wort der Verbandsvertreter verlassen können.

Erlauben Sie mir, insbesondere zwei Gäste anzusprechen, die mir in meiner Amtszeit besonders großes Vertrauen entgegengebracht haben.

Es sind dies Herr Ministerpräsident Erwin Teufel und Herr Staatssekretär Wolfgang Rückert, über deren Anwesenheit ich mich heute sehr freue.

Als im Frühjahr 2003 von Ihnen, Herr Ministerpräsident Teufel, die Große Verwaltungsreform angekündigt wurde, war es u. a. meine Aufgabe, innerhalb des Verbandes sehr schnell Arbeitsstrukturen aufzubauen, damit alle 35 Landkreise bei den Fragen der Personalübernahme, der finanziellen Abgeltung und der organisatorischen Umsetzung der Reform an einem Strang und auch in die gleiche Richtung ziehen.

Die bilateralen Gespräche, die ich in dieser Zeit des Öfteren mit beiden Herren führen durfte, haben mir gezeigt, dass mir von Ihnen beiden stets Vertrauen und auch Verständnis für die Verbandspositionen entgegengebracht wurden.

Dieses Vertrauen war mit ursächlich dafür, dass damit auch die Anliegen der Landkreise, die bei dieser Reform gerade in Detailfragen nicht immer deckungsgleich mit denen des Landes waren, beachtet, ernstgenommen und häufig auch bei den vom Land zu treffenden Entscheidungen berücksichtigt wurden.

Ich habe immer behauptet und stehe auch heute noch dazu, dass diese am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Funktionalreform für beide Seiten erfolgreich umgesetzt wurde und bundesweit Maßstäbe gesetzt hat – auch wenn sich bis heute das eine oder andere Fachressort mit der vom Landtag beschlossenen Reform nicht so recht anfreunden kann.

Dieses essentielle Vertrauen erfahre ich aber auch bei den aktuellen mit dem Land zu führenden Gesprächen. So z. B. bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichs oder die Finanzierung von Aufgaben, die das Land den Gemeinden und/oder den Landkreisen überträgt. Zwar ist allen Landesregierungen, die ich in meiner 24-jährigen Amtszeit erleben durfte – es sind bis heute 6 unterschiedliche Regierungen –, gemein, dass als erster Reflex auf die Forderung nach einer angemessenen Finanzausstattung immer der Verweis auf die gute Finanzlage der kommunalen Seite erfolgt.

Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, haben aber mit dazu bei-



getragen, dass diese Gesprächsrituale – wenigstens in einigen Fällen – reduziert wurden. Gerade bei der Kostenerstattung für die vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge haben Sie sehr schnell die Brisanz erkannt, die unauskömmliche Pauschalen für die Landkreise haben können. Deshalb war es eine wichtige und richtige Entscheidung, dass Sie den Landkreisen die sog. nachlaufende Spitzabrechnung bereits im Februar 2016 zugestanden haben.

2. Eine weitere wesentliche Aufgabe des Hauptgeschäftsführers liegt in der Beratung und Unterstützung der Arbeit der Präsidenten, des Präsidiums und der weiteren Gremien des Landkreistags.

Es freut mich deshalb ganz besonders, dass alle fünf Präsidenten, für die ich tätig sein durfte, heute hier in Stuttgart sind.

Dr. Robert Maus war mein erster Präsident von 1993 bis 1997. Er war in der Kreis- und Landespolitik zu Hause wie nur wenige, da er durch sein Landtagsmandat auch beste Kontakte in die Fraktionen des Landtags wie auch in die Ministerien hatte.

Dr. Edgar Wais hat das Präsidentenamt 8 Jahre von 1997 bis 2005 ausgeübt. Er war maßgeblich an der Vorbereitung und Umsetzung der vorher angesprochenen Funktionalreform beteiligt. Seine frühere Tätigkeit im Finanzministerium hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass der Landkreistag gerade bei den

vielfältigen Finanzthemen bestens aufgestellt war.

Mit Dr. Jürgen Schütz, der das Präsidentenamt von 2005 bis 2010 wahrgenommen hat, konnte eine von mir schon seit längerem ins Auge gefasste Maßnahme in Angriff genommen werden: Das Verbandsgebäude, das in vielen Bereichen dringend renovierungsbedürftig war, konnte grundlegend saniert und renoviert werden. Er hat allen seinen Landratskolleginnen und Landratskollegen deutlich gemacht, dass hier dringender Handlungsbedarf gegeben war – schließlich tropften Heizungsleitungen und wegen der Bürotechnik flog immer mal wieder eine Sicherung hinaus.

Helmut Jahn war von 2010 bis 2013 Präsident des Verbandes. Ein Schwerpunkt seiner Präsidentschaft lag im Ausbau des europäischen Netzwerkes. Die Stärkung des Europabüros der Baden-Württembergischen Kommunen in Brüssel war ihm ein großes Anliegen, da er auch für die deutschen Landkreise zugleich Mitglied im Ausschuss der Regionen war. Sein Credo war und ist bis heute die Stärkung der europäischen Einheit.

Last but not least ist in der Präsidentenreihe natürlich mein aktueller Präsident Joachim Walter zu nennen, der seit 2013 das Präsidentenamt wahrnimmt. Mit ihm konnte der Verband in jüngster Zeit wichtige Anliegen im Finanzausgleich und in der Flüchtlingsbetreuung durchsetzen. Gerade die sog. nachlaufende Spitzabrechnung hat er mit allergrößtem Nachdruck verfolgt.

Allen fünf Präsidenten gilt mein besonderer Dank für die stets vertrauensvolle und persönlich sehr angenehme Zusammenarbeit. Ohne diese Unterstützung und ohne das verlässliche und berechenbare Miteinander wäre die Arbeit des Verbandes nahezu wirkungslos.

3. Als Hauptgeschäftsführer eines Verbandes mit vielfältigen Kontakten zu den eigenen Mitgliedern, also zu den Landkreisen, sowie zu vielen Partnern aus dem kommunalen wie auch dem sonstigen verbandlichen Umfeld hat

man ferner tagtäglich die Aufgabe, bestehende Kontakte aufrechtzuerhalten und neue Kontakte zu knüpfen. Die Anwesenheit vieler Repräsentanten aus diesem Bereich heute Abend zeigt mir, dass meine Aufgabenwahrnehmung gefruchtet und Anerkennung gefunden hat.

Es freut mich zudem ungemein, dass die kommunale Familie heute so zahlreich vertreten ist. Neben dem bereits erwähnten Präsidenten Kehle vom Gemeindetag Baden-Württemberg sind auch Herr Präsident Dr. Salomon und Frau Kollegin Heute-Bluhm vom Städte- tag Baden-Württemberg und meine Kollegen von den 12 weiteren Landesverbänden des Deutschen Landkreistags sowie nahezu allen aktiven Landräte aus Baden-Württemberg und eine große Zahl von Landräten im Ruhestand zu meiner Verabschiedung gekommen. Herzlichen Dank für dieses Zeichen der Verbundenheit.

Ich habe es nachgerechnet: insgesamt habe ich 88 Landräte im aktiven Dienst während meiner Dienstzeit erlebt. Mit allen war der Austausch fair und vertrauensvoll, mit den Mitgliedern des Präsidiums und den Vorsitzenden der Fachausschüsse und der Landrätesprengel naturgemäß intensiver. Nur einmal musste ich auf Weisung des Präsidenten mit einem Landrat wegen dessen Überlegungen zur Kreisgebietsstruktur Tacheles reden, so dass ich danach ein paar Mal von ihm hören musste, er sei zum Trumpp nach Stuttgart zum Rapport einbestellt worden. Aber ich glaube, auch solche Situationen gehören zu 24 Jahren Dienst für die Landkreise.

4. Was wäre der Hauptgeschäftsführer ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle: Er wäre total überfordert und könnte sein Amt nicht so, wie es von ihm erwartet wird, ausführen. Deshalb gilt heute auch mein besonderer Dank der gesamten Frau- und Mannschaft der Geschäftsstelle für ihre ausgezeichnete Mit- und Zusammenarbeit. Mir war immer wichtig, dass allen



Mitarbeitern bewusst ist, dass wir nicht nur an den eigenen Aufgabenbereich sondern auch an den des Kollegen denken müssen. Diese thematische Verbundenheit ist gerade in der öffentlichen Verwaltung so wichtig, weil wir es oftmals mit einer Vielzahl von Einflussfaktoren zu tun haben, sei es Geld, Personal, Organisation und Kompetenzen.

Mein besonderer Dank gilt meinen beiden früheren Stellvertretern, den Herren Dr. Wenger und Kibele und meinem aktuellen Stellvertreter, Herrn Dr. von Komorowski. Alle drei haben meine Arbeit immer fachlich hervorragend unterstützt und begleitet und waren stets auch Wegbegleiter mit dem notwendigen kritischen Hinterfragen von Vorhaben des Landkreistags.

Meiner Sekretärin, Frau Schneider, danke ich für die Erledigung aller Aufgaben in meinem Vorzimmer über 16 Jahre hinweg. Selbst wenn die Eilbedürftigkeit einmal besonders groß war, blieb sie die Ruhe selbst und hatte immer den großen Überblick. Ganz herzlichen Dank dafür.

Meinem Fahrer, Herrn Waadt, danke ich ebenso für 22 Jahre stets unfallfreies Fahren. Mit ihm war ich in allen Teilen unseres Bundeslandes sowie auch darüber hinaus in Deutschland unterwegs – von Flensburg bis Oberstdorf und von Aachen bis Frankfurt/Oder. Ganz herzlichen Dank für die gute, zügige Fahrt über nahezu 900 000 km.

5. Beim Dank für die Unterstützung meiner Arbeit gilt eine besondere Anerken-

nung meiner lieben Frau. Sie war mir in all den Jahren eine treue Begleiterin, gab mir Rückhalt und Bestärkung, aber wenn es nötig war, erfuhr ich auch durchaus Kritik. Dir liebe Bärbel, ganz herzlichen Dank für die Unterstützung und Begleitung. Du hast mir mehr als nur den Rücken freigehalten. Ich freue mich auf die neue Zeit mit dir.

Schließlich danke ich für die musikalische Begleitung bei dieser Feierstunde durch Frau Jessica Joseph von der Musikschule Leinfeld-Echterdingen. Die Musikstücke waren mitreißend und brillant dargeboten.

Die Organisatoren dieser Feierstunde haben mir damit eine große Freude bereitet – sie wussten wohl, wie sehr mir die musikalische Ausbildung junger Menschen am Herzen liegt. Deshalb gilt auch Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, mein herzlicher Dank dafür, dass Sie entsprechend meinem Wunsch die Musikschule mit einer Spende bedacht haben.

Nun bin ich am Ende meiner Rede und bedanke mich bei Ihnen Herr Präsident Walter und allen Mithelfern für die Organisation und Durchführung dieses Festaktes aus Anlass meines Eintritts in den Ruhestand. Es hat mich sehr gefreut, dass Sie alle heute hierher nach Stuttgart gekommen sind.

Ich wünsche den Landkreisen und dem Landkreistag für die Zukunft alles Gute und würde mich freuen, wenn die politischen Rahmenbedingungen sich dergestalt entwickeln, dass bestehende und neue Aufgaben überzeugend und kraftvoll für die Bürgerinnen und Bürger erledigt werden können.

Ihnen alles Gute in der vor uns liegenden – hoffentlich friedlichen – Zeit verbunden mit dem Versprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie alle in treuer und dankbarer Erinnerung zu behalten. Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. von Komorowski, wünsche ich ab dem 1. August ein herzliches Glückauf für Ihre neue Aufgabe. Möge sie Ihnen so viel Freude und Anerkennung bringen wie mir.

Vom Plan zur Realität: Die Umsetzung des Chancengleichheitsplans im Enzkreis

Von Wolfgang Herz und Martina Klöpfer, Pforzheim

Das Chancengleichheitsgesetz für Baden-Württemberg (ChancenG) ist am 27. Februar 2016 als Nachfolgeregelung des ChancenG 2005 in Kraft getreten. Ausweislich der Gesetzesbegründung soll mit dem neuen Chancengleichheitsgesetz die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg gestärkt und weiter vorangetrieben werden.

Insbesondere in Positionen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben sind Frauen vielfach noch deutlich unterrepräsentiert. Zudem soll durch eine Einbeziehung der Kommunen in den Geltungsbereich des Gesetzes das Ziel der Chancengleichheit weiter ausgebaut werden. Die Kommunen werden stärker in die Pflicht genommen, die Gleichberechtigung zu fördern und voranzubringen.

30 Jahre Gleichstellungspolitik auf Landkreisebene

„Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern hat im Enzkreis einen hohen Stellenwert“ – so steht es bereits seit 2001 im Leitbild des Enzkreises. Gleichstellungspolitik wird als Querschnittsaufgabe definiert. Sie fließt in die jährliche strategische Zielplanung der Kreisverwaltung ein und ist die Grundlage bei der Definition der Produkte zur Gleichstellung von Frau und Mann im Produktplan. Ein weiterer wichtiger Baustein der strategischen und operativen Zielplanung der Gleichstellungsarbeit ist der Chancengleichheitsplan.

Dieser Plan, den die Landkreise gemäß § 27 Abs. 1 ChancenG erstellen sollen,

besteht im Enzkreis aus zwei Teilen: der „Richtlinie zur Chancengleichheit von Frauen und Männern im Landratsamt Enzkreis“ und dem „Regionalen Aktionsplan Chancengleichheit von Frauen und Männern im Enzkreis“. Während die Richtlinie das verwaltungsinterne Aufgabenfeld abdeckt, orientiert sich der Aktionsplan hauptsächlich an der externen Aufgabenwahrnehmung und beschreibt konkrete Handlungsfelder, Zielsetzungen und Maßnahmen.

Diese vom Kreistag bereits im November 2010 beschlossene Kombination hat sich bewährt und ist das Ergebnis der kontinuierlichen Entwicklung zur Umsetzung des Chancengleichheitsplans. Der Enzkreis nutzt dabei den in § 27 Abs. 4 ChancenG eröffneten Gestaltungsspielraum. Die Gleichstellungsarbeit auf der bereits 1987 eingerichteten Stelle einer (damals) Frauenbeauftragten hatte von Anfang an sowohl eine verwaltungsinterne als auch eine externe Komponente. 1996 wurden erstmals Richtlinien zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erlassen.

Die neue Richtlinie Chancengleichheit

Seit 1. Mai 2017 ist die „Richtlinie zur Chancengleichheit von Frauen und Männern im Landratsamt Enzkreis“ in Kraft; sie ersetzt die Richtlinien von 1996 und 2009. „Chancengleichheit muss ein zentrales Anliegen und integraler Bestandteil des Verwaltungshandelns sein. Sie ist als Querschnittsaufgabe zu begreifen“, heißt es in der Präambel und weiter: „Die vorhandenen Strukturen und Rahmenbedingungen sollen so weiterentwickelt werden, dass eine paritätische Beschäftigung von Frauen und Männern, insbe-

sondere auf der Führungsebene, erreicht wird. Dabei gilt in erster Linie das Qualifikationsprinzip, das heißt Eignung, Befähigung und fachliche Leistung sind ausschlaggebend. Die Verantwortung und Arbeit im familiären Bereich soll so verteilt sein, dass die berufliche Förderung von Frauen tatsächlich wirksam werden kann.“

Konkret festgeschrieben werden in der Richtlinie Vorgaben zur Stellenausschreibung und zur Teilbarkeit von Stellen, zur Ausbildung, zu Arbeitszeit, Teilzeitarbeit und Möglichkeiten der Beurlaubung sowie Regelungen bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Ferner legt die Richtlinie die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten in Kommissionen, bei der Stellenbewertung und bei organisatorischen Veränderungen fest.

Es hat sich viel getan, seit die erste Richtlinie 1996 in Kraft getreten ist; Beispiele: Die Arbeitszeit wurde durch eine große Bandbreite an Arbeitszeitmodellen sowohl bei Voll- als auch bei Teilzeitarbeit flexibilisiert; Beurlaubungen aus familiären Gründen sind heute eher möglich; die Möglichkeit zur Telearbeit wurde erweitert; und die Frage, ob Stellen grundsätzlich teilbar sind, ist Standard der Personal- und Organisationsentwicklung. Ein weiterer (sichtbarer) Erfolg ist die Veränderung bei den Führungskräften: Von fünf Dezernenten sind heute zwei weiblich, neben 14 Amtsleitern stehen 7 Amtsleiterinnen und bei den Sachgebietsleitungen (32:31) ist die Parität bereits erreicht.

Ausgearbeitet wurde die neue Richtlinie von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Ersten Landesbeamten Wolfgang Herz. Ihr gehörten neben der Gleichstellungsbeauftragten unter anderem der Leiter des Personal- und Organisa-

tionsamts und der Vorsitzende des Personalrats an.

Bei einzelnen Themen gab es durchaus unterschiedliche Meinungen. Die Formulierung „Stellen sind grundsätzlich teilbar“ zum Beispiel wurde lebhaft diskutiert und die praktikable Umsetzbarkeit angezweifelt. Auch bei den Möglichkeiten der Beurlaubung gab es zunächst unterschiedliche Vorstellungen. Die engagierte Mitarbeit aller Beteiligten und der Wunsch nach konstruktiven Lösungen führte jedoch immer wieder zu Kompromissen und guten Ergebnissen. Auch weiterhin werden die Mitglieder aktiv sein: Bei Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr, wird die Arbeitsgruppe Chancengleichheit unter Vorsitz des Ersten Landesbeamten / der Ersten Landesbeamtin über den Stand und die Umsetzung der Richtlinie beraten.

Der Regionale Aktionsplan

Der „Regionale Aktionsplan Chancengleichheit von Frauen und Männern im Enzkreis“ wurde erstmals 2010 vom Kreistag beschlossen – einstimmig. Er sollte konkrete Zielsetzungen, Handlungsfelder und Maßnahmen definieren, damit die Pläne keine „Papiertiger“ bleiben, und eine transparente, nachprüfbare Grundlage schaffen. Dadurch dient er als Erfolgs- und Messgröße für alle daran Beteiligten: neben der Gleichstellungsbeauftragten die Verwaltung insgesamt, die politische Ebene sowie Kooperationspartner und -partnerinnen. Die Gleichstellungsbeauftragte stellt die Fortschreibung jährlich im Kreistag vor. Der Aktionsplan besteht verwaltungsintern aus dem Handlungsfeld „Personal und Organisation“ mit aktuell fünf Zielsetzungen und diversen Maßnahmen. Beispielsweise soll das Ziel „Erhöhung des Anteils von Frauen im Führungsbereich“ mit fünf Maßnahmen erreicht werden. Eine davon lautet: „Bildung und Qualifizierung von Beschäftigten, insbesondere von Frauen, für den Führungskräfte-Nachwuchs.“



Zwei Dezernentinnen und sieben Amtsleiterinnen gehören heute zum Führungspersonal des Enzkreises; 2010 gab es nur eine einzige. Von links: Rose Jelitko (Amt für Baurecht und Naturschutz), Dr. Hilde Neidhardt (Dezernentin für Landwirtschaft, Forsten und Öffentliche Ordnung), Katja Kreeb (Sozialdezernentin), Miriam Mayer (Amt für Technische Dienste), Marion Trenz (Amt für Bildung und Sport), Sabine Schuster (Sozial- und Versorgungsamt), Dr. Brigitte Joggerst (Gesundheitsamt), Evelyn Foerster (Personal- und Organisationsamt); es fehlt Iris Schlicksupp (Vermessungs- und Flurneuordnungsamt).

Der verwaltungsexterne Bereich besteht aus den Handlungsfeldern Partizipation, Erziehung und Bildung, Erwerbstätigkeit, demografische Entwicklung, Sicherheit und Gewaltfreiheit, Gesundheit und diskriminierungsfreie Darstellung, denen ebenfalls verschiedene Maßnahmen zugeordnet sind. So soll – als eine von vier Maßnahmen – die Beteiligung am Projekt „Zukunft MINT – Gewinnung von Schülerinnen für technische Berufswege“ im Bereich Erziehung und Bildung das Berufswahlspektrum von Jungen und Mädchen erweitern. MINT steht für die Schulfächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Der Regionale Aktionsplan ist prozessbezogen und wird laufend aktualisiert und ergänzt.

Chancengleichheit – Verpflichtung und Chance

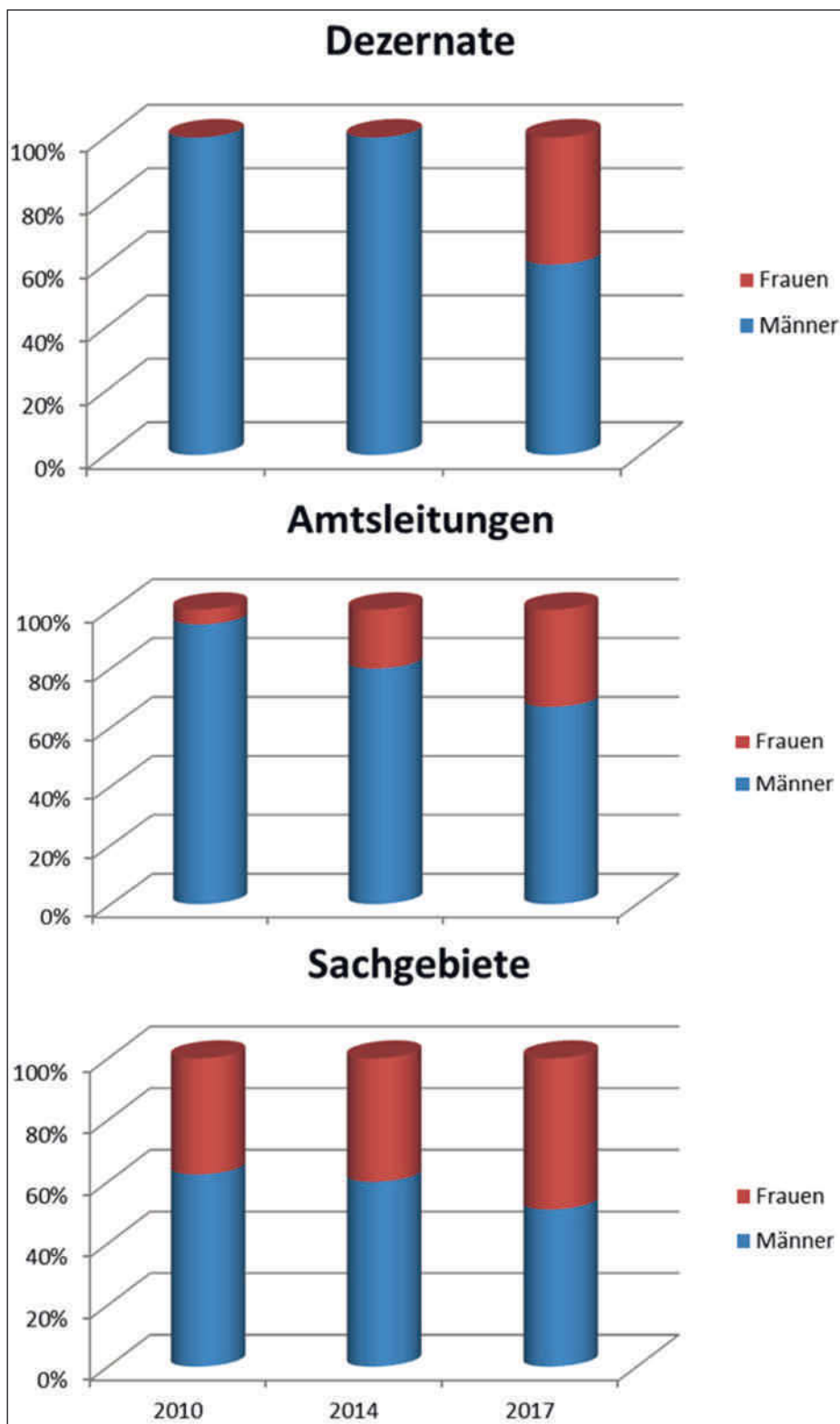
Nach § 25 Abs. 1 ChancenG werden die Stadt- und Landkreise sowie Gemeinden mit einer Einwohnerzahl ab 50 000 erstmals zur Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten verpflichtet. Die bisherigen Regelungen im Hinblick auf die freiwillige Besetzung des Amtes erschienen dem Landesgesetzgeber nicht ausreichend, um den zuneh-

menden Aufgabenkreis bewältigen zu können.

Die Kommunalen Landesverbände hatten im Gesetzgebungsverfahren teilweise grundsätzliche Bedenken angemeldet, zum Beispiel in der verpflichtenden Einrichtung der Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten einen Eingriff in die Personal- und Organisationshoheit gesehen, und einen Kostenausgleich zu 100 Prozent durch das Land wegen der Übertragung einer konnexitätsrelevanten Aufgabe gefordert.

Die letztlich Gesetz gewordene Lösung stellt einen tragfähigen Kompromiss dar. Qualifikation, Motivation und Flexibilität des Personals sowie Kundenorientierung und Effizienz der Verwaltung erfordern in Zeiten des zunehmend spürbaren demografischen Wandels und sich beschleunigender Veränderungsprozesse zukunftsweisende Lösungsansätze. An den Bedürfnissen der kommunalen Verwaltungspraxis ausgerichtete Chancengleichheitspläne können dabei wichtige Impulse geben. Die Berücksichtigung der externen Handlungsebene des Themas Chancengleichheit kann wertvolle Beiträge zu einer nachhaltigen Kommunal- und Regionalentwicklung liefern.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen benennt als eines der globalen Ziele



Deutliche Veränderung in nur sieben Jahren: Bei den Dezernenten stieg der Frauenanteil von 0 auf 40 Prozent, bei den Amtsleitungen von 5 auf 33. Bei den Sachgebieten herrscht heute Parität – auch hier lag der Anteil der „Führungs-Frauen“ 2010 mit 38 Prozent noch deutlich niedriger.

(Nr.5) für nachhaltige Entwicklung die Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen. Die Transformation ist auch in Deutschland, Baden-Württemberg und dem Enzkreis noch keineswegs abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Vorstellung des zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung im Juni 2017 war denn auch von einem Marathonlauf für die Gleichstellungspolitik die Rede. Unter www.enzkreis.de/Gleichstellung sind die Richtlinie und der Aktionsplan einzusehen. Weitere Informationen gibt es direkt bei der Gleichstellungsbeauftragten unter Tel. 07231/308-9595 oder per E-Mail an Martina.Kloepfer@enzkreis.de.

Martina Klöpfer ist seit 1992 Gleichstellungsbeauftragte des Enzkreises, Wolfgang Herz ist seit 1997 Erster Landesbeamter beim Landratsamt Enzkreis.

Sicherheit ist auch Kopfsache

Von Heidi Prochaska, Stuttgart

Pfeilschnell kommt er angeschossen. Ein Satz, der den Mitarbeiter eines Landratsamtes erst Mal sprachlos macht: „Sie haben ja überhaupt keine Ahnung“. Der Kunde schlägt mit der Faust auf den Tisch, der Kugelschreiber fällt zu Boden. Immer wieder kommt es in kundenintensiven Berufen zu solchen oder ähnlich unangenehmen Zwischenfällen.

Kunden provozieren, randalieren oder beschimpfen Mitarbeiter. Laut Statistik der Unfallkassen nimmt in Deutschland die Zahl der Gewalttaten im gewerblichen Bereich um mehr als 10 % auf mehrere tausend Fälle pro Jahr zu. Was können Beschäftigte also tun, bevor Gespräche mit Kunden aus der Bahn geraten?

Sind wir nicht geschult worden, leitet uns der gesunde Menschenverstand oder wir reagieren aus dem Bauch heraus. Das kann gut gehen, muss es aber nicht. Nicht selten steigen wir voll ein in die Provokationsspirale und ein Wort gibt das andere.

Im Job sind allzu unbedachte Äußerungen jedoch nicht gewollt. Sachlichkeit gepaart mit Freundlichkeit ist die Devise, auch wenn es schwerfällt und der Kunde respektlos ist. Aber ist reine Sachlichkeit immer das Maß aller Dinge? Gibt es noch andere Möglichkeiten Druck aus angespannten Situationen herauszunehmen?

Die Antwort ist ein eindeutiges: Ja. Die Deeskalation beginnt, noch bevor das erste Wort gesprochen wird. Überlegen Sie kurz, wie Sie drauf sind, wenn Ihr Gesprächspartner brummig guckt? Welche Gedanken gehen Ihnen da durch den Kopf? Welche Wirkung haben diese Gedanken auf Ihre eigene Mimik?

Unsere innere Einstellung kann entscheidend sein für den weiteren Verlauf des Gesprächs. Sie denken vielleicht: „Der sieht aber unsympathisch aus“ und „schon wieder einer, der kaum Deutsch spricht“, und schieben den Kunden in eine Schublade. Schubladendenken ist zunächst einmal normal. Der erste Eindruck funktioniert wie eine Art Autopilot zur Einschätzung von Menschen und Situationen.

Erste praktische Tipps

Deeskalationstipp Nr. 1: Lassen Sie die Schublade, in die sie Menschen stecken, offen. Geben Sie ihnen die Chance wieder herauszuspringen. Manch erster Eindruck verdient eine zweite Chance.

Deeskalationstipp Nr. 2: Der zweite Tipp hört sich einfach an, ist er aber nicht. Seien Sie professionell freundlich. Aus eigenem Antrieb bei jedem neuen Kunden wieder freundlich zu sein ist richtig anstrengend. Sie müssen diese Freundlichkeit nicht tief in Ihrem Inneren spüren, sondern schlüpfen Sie in die Ich-bin-freundlich-Rolle. Der Trick an der Sache: wenn Sie die Freundlichkeit lange genug durchhalten, sind Sie es schließlich auch.

Ziehen sie die Mundwinkel leicht nach oben und probieren es aus. Ein leichtes Lächeln reicht. Freundlichkeit ist ein Türöffner und wird von jedermann geschätzt.

Nun kommen wir zu einem Punkt, der für die Sicherheit unabdingbar ist. Nehmen Sie Gefahrensituationen bereits im Vorfeld wahr. Seien Sie aufmerksam. Aufmerksamkeit können Sie sich vorstellen wie einen Radar. Sie achten auf Ihr Umfeld und schenken Ihre Aufmerksamkeit nur den Dingen, die auffällig sind.

Deeskalationstipp Nr. 3: Erinnern Sie sich kurz: Bekommen Sie mit, ob Ihre Kunden große Taschen oder Gegenstände dabei haben? Sehen Sie während des Gesprächs die Hände? Spüren Sie Anspannung? Nehmen Sie wahr, dass sich im Gespräch die Gesichtsfarbe, Haltung, Mimik, Gestik ändert? Nur auf das, was wir frühzeitig mitbekommen, können wir auch reagieren. Sie können nachfragen, ansprechen, Abstand nehmen, abrechnen, Hilfe holen. Werden wir von Schwierigkeiten überrascht, ziehen wir meist den Kürzeren und das kann, wenn es um Sicherheit geht, gefährlich enden.



Beispiel einer verbalen Deeskalation

Richtig unangenehm können Worte sein. Auch wenn Beschimpfungen, Bedrohungen oder Beleidigungen meist gar nicht persönlich gemeint sind, treffen sie uns, manchmal mitten ins Herz. „Du hast ja keine Ahnung“ oder „wenn ich hier nicht weiterkomme, gehe ich an die Presse“, sind Sätze, mit denen wir unter Druck gesetzt werden sollen. Haben Sie keine Antwort parat, geht der Punkt an den Kunden.

Antworten, wie: „Doch ich habe Ahnung. Jetzt bleiben Sie aber mal sachlich“, können funktionieren. Doch den aufgebauten Druck nehmen Sie damit nicht raus.

Hinter dem Begriff sprachliche oder wie es korrekt heißt verbale Deeskalation verbergen sich unterschiedliche Methoden. Ob und wie sie funktionieren ist von der Situation abhängig und von der Person, die sie anwendet. Nicht jede Methode passt zu jedem. Eins ist ihnen gemeinsam. Die Antwort ist verblüffend – nicht belehrend oder besserwisserisch.

Deeskalationstipp Nr. 4: Hier finden sie drei mögliche Antworten auf den Satz: „Sie haben doch keine Ahnung“.

Antwort 1: „Stimmt. Es gibt viele Dinge, von denen ich keine Ahnung habe. (z.B.

Computertechnik) In diesem Fall kann ich Ihnen jedoch weiterhelfen.“

Antwort 2: Das kann sein, dass ich einen Aspekt übersehen habe. Lassen Sie uns die nächsten Schritte noch einmal zusammenfassen.

Antwort 3: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie glauben, dass ich gar keine Ahnung habe?

Sollte der Kunde darauf wider Erwarten mit Ja antworten, was er in 90 % der Fälle nicht tun wird, haben Sie folgende Möglichkeiten: „Okay, dann hole ich gerne einen Kollegen dazu.“ Oder, wenn kein Kollege zur Verfügung steht, sagen Sie: „Jetzt haben wir ein Problem. Ich würde gerne einen Kollegen dazu holen, aber der hat gerade Urlaub, mein Chef ist auf einer Fortbildung. Warten Sie einfach drei Wochen. Oder soll ich mich mit Ihrem Anliegen doch noch einmal befassen?“

Und was können wir sagen, wenn mit der Presse gedroht wird? Je besser Sie der drohenden Person signalisieren, dass Sie nicht erpressbar sind, desto eher verläuft diese Provokation im Sande. Ihre Antwort könnte zum Beispiel heißen: „Tun Sie das. Soll ich Ihnen noch die Adresse der Tageszeitungsredaktion heraussuchen?“

Warum funktioniert diese Methode? Weil wir Menschen unbedingt Recht

haben wollen. Wir wollen Recht haben mit unserer Meinung, unserer Ansicht, unseren Gefühlen, unserer Perspektive. Da all diese Dinge aber nicht limitiert sind, gibt es zu jeder Meinung auch eine andere, zu jedem Gefühl und zu jeder Ansicht zig Alternativen. Daher seien Sie kreativ und schauen Sie, wann Sie Ihrem Gegenüber in irgendeiner Form, und sei es nur bei einer Kleinigkeit, Recht geben können. Es wirkt. Wenn das Rechtgeben allerdings übertrieben wird und nicht ernst gemeint ist, klappt es nicht mehr. So nach dem Motto: „Du hast Recht und ich meine Ruh.“

Die letzte Maßnahme der Deeskalation ist das Grenzsetzen. Dazu gehört ein Gespräch abubrechen oder das Telefonat zu beenden und einen neuen Gesprächstermin anzubieten. Auch bei der letzten Deeskalationsstufe gibt es unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten, je nachdem wie aggressiv oder gefährlich Sie die Situation einschätzen. Manchmal müssen Kollegen, der Chef oder sogar die Polizei helfen eine gefährliche Situation wieder unter Kontrolle zu bringen. Immer gilt: Gehen Sie niemals völlig ungeschützt in Gefahrensituationen. Wenn es hart auf hart kommt, nehmen Sie wenigstens einen Aktenordner in die Hand und nutzen Sie diesen als kleines Schutzschild.

25 Jahre professionelle Selbsthilfeunterstützung in Baden-Württemberg

Von Johannes Fuchs, Konstanz

- Landesarbeitsgemeinschaft der Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen (LAG KISS) feiert Jubiläum
- immer mehr Landkreise bauen eigene Kontaktstellen für Selbsthilfe auf
- Landkreis Konstanz setzt auf enge Kooperation mit regionalem Gesundheitsnetzwerk

Ort und Zeitpunkt waren gründlich ausgesucht: mitten in Stuttgart, zentral gelegen, gut erreichbar und genau an dem Tag, an dem weltweit durch die UN der Internationale Freiwilligentag begangen wird.

Am 5. Dezember 2016 fanden sich die Vertretungen aus den Kontakt- und Unterstützungsstellen in Baden-Württemberg

im Hospitalhof zusammen, ebenso Repräsentanten des Sozialministeriums, der Liga- und Kassenverbände, Parlamentarier des Landtags und vereinzelt auch Akteure aus Selbsthilfegruppen. Der Anlass war die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfekontaktstellen in Baden-Württemberg 25 Jahre zuvor.

Hilde Rutsch von der Kontaktstelle in Stuttgart erinnerte an die Anfänge und die Entwicklung in den 25 Jahren. Sie betonte vor allem, dass der fachliche Austausch in all den Jahren wesentlich zu einer Profilschärfung der Kontaktstellen beigetragen habe und es inzwischen 35 Mitglieder seien. Bedauerlich sei, dass es aber noch weiße Flecken auf der Landkarte gäbe. Neben der Kernaufgabe, die allen Kontaktstellen gemein sei, nämlich die Beratung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, unterscheide man sich aber auch in vielen Punkten: langjährige Kontaktstellen und solche, die kaum zwei Jahre bestehen, unterschiedliche Träger, unterschiedliche Finanzierungen, unterschiedlicher Umfang in der Art und Tiefe der Aufgabenerledigung – auch abhängig vom jeweiligen Zeitbudget der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Insgesamt sei mit der wachsenden Anerkennung der Selbsthilfe als vierte Säule im Gesundheitswesen aber auch der Anspruch nach Mitwirkung in immer mehr Gremien gestiegen. Dass die Betroffenenkompetenz zunehmend auch in Fachkreisen wahrgenommen werde, sei auch eine Bestätigung der geleisteten Arbeit in den letzten 25 Jahren. Die wachsende Aufgabenfülle für die Kontaktstellen sei aber dauerhaft ohne eine hauptamtliche Landeskoordinierungsstelle kaum zu leisten. Mit dem Dank an das Land Baden-Württemberg für die Unterstützung mancher Kontaktstellen, aber auch dem Appell, dauerhaft eine Landeskoordinierungsstelle einzurichten, wagte Hilde Rutsch am Ende ihrer Begrüßung auch einen Blick in die Zukunft. Mit einem anstehenden Generationenwechsel in der Selbsthilfe, der Patientenbeteiligung in den Städten und Landkreisen sowie dem Öffnen der Selbsthilfestrukturen für Migrantinnen und Migranten stünden große Herausforderungen bevor.

Sozialminister Minister Manfred Lucha gratulierte in seinen Grußworten und hob auch die LAG KISS als wichtiges



Minister Manfred Lucha bei der Jubiläumsveranstaltung zu 25 Jahre LAG KISS Baden-Württemberg

Forum für Erfahrungsaustausch, Fortbildung und Qualitätssicherung der Arbeit für die Gruppen vor Ort hervor. Er verwies auf die Mitgliedschaft der LAG KISS im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, auf die Mitwirkung bei den Gesundheitskonferenzen und betonte, dass Selbsthilfe als spezielle Form des Bürgerschaftlichen Engagements Ausdruck einer lebenswerten und solidarischen Gesellschaft sei. Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung unter-

streiche an vielen Stellen die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements, so auch beim Thema Integration und der Quartiersentwicklung, die er als Leuchttürme der politischen Arbeit in den nächsten Jahren sehe.

Mit dem Vortrag des am Institut für Medizinische Soziologie, Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie der Universität Hamburg arbeitenden Wissenschaftlers Christopher Kofahl sowie zwei Podiumsrunden, die Hector Sala von der Selbsthilfekontaktstelle im Ortenaukreis und Bärbel Handlos vom Gesundheitstreffpunkt Mannheim moderierten, ging die Veranstaltung dann sehr in die fachliche Tiefe. Christopher Kofahl stellte umfangreiche Studien vor, die die Motive und Ziele der Akteure in der Selbsthilfe nochmals unterstrichen, die Kooperationen der Gruppen und die finanzielle Seite in den Fokus rückten und auch die strukturellen und funktionellen Arbeitsbedingungen von Kontaktstellenmitarbeitern untersuchten. Dass die Gewinnung neuer Mitglieder einer der größten Herausforderungen darstelle, konnte er auch durch groß angelegte Befragungen nachweisen. Und dass immerhin ca. 40 % aller Gruppen keine Kooperation nach außen suche und auch keine finanzielle Mittel beantrage, sei durchaus ein Phänomen, das bei vielen Organisationen für etwas Irritation Sorge. Dieser eher



Hector Sala aus Offenburg (Bildmitte) bei der Moderation eines Podiumsgesprächs mit Leiter(innen) aus Selbsthilfegruppen

wissenschaftliche Blick auf die Selbsthilfelandchaft wurde dann in teilweise sehr persönlichen Statements durch Menschen aus der Selbsthilfe in den Podiumsfragen ergänzt. Dass die Kontaktstellen für Menschen in der Selbsthilfe inzwischen eine sehr anerkannte und nicht mehr missen wollende Einrichtungen darstellen, wurde von allen anwesenden Akteuren sehr betont. Dazwischen sorgten die Künstler der Wilden Bühne aus Stuttgart, die fast gleichalt wie die LAG KISS auch schon auf 25 Jahre Bühnenerfahrung zurückblickt, für die musikalische und kulturelle Begleitung. Eines hat die Veranstaltung auf jeden Fall gezeigt:

Selbsthilfe und die sie unterstützenden Selbsthilfekontaktstellen sind integraler Bestandteil einer modernen Bürgergesellschaft und eines modernen Gesundheitssystems. Und dies erkennen auch immer mehr Landkreise.

Landkreise in Baden-Württemberg als Träger von Selbsthilfekontaktstellen

In Baden-Württemberg hat sich in den letzten 25 Jahren eine bunte Vielfalt an Trägerstrukturen entwickelt. Während die Kontaktstellen in Großstädten wie Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Heilbronn entweder eine Einrichtung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes oder als eigener Verein organisiert sind, die dann wieder mehr oder weniger stark durch Förderung der Krankenkassen, des Ministeriums und städtischer Zuschüsse finanziert werden, sind in den Landkreisen meist die Landkreise selbst die Träger. Dort, wo sie es nicht sind, übernimmt meist die AOK mit ihrem Sozialen Dienst eine Art Unterstützungsstelle, allerdings mit deutlich weniger Vernetzungscharakter. Entsprechend der Trägerstruktur und der fachlichen Besetzung arbeitet eine Kontaktstelle in Hauptaufgabe- oder einer Nebenaufgabe mit entsprechend auch geringerer Außen- und Breitenwirkung.

Mit den Landkreisen Ortenau, Calw, Rastatt, Lörrach, Rems-Murr, Schwarzwald-Baar, Böblingen, Tuttlingen, Ravensburg, Bodenseekreis und Konstanz haben mittlerweile immerhin elf Landkreise eigene hauptamtliche Kontaktstellenstrukturen aufgebaut. Diese Unterstützungsstruktur ist mehr als nur ein Auskunft- und Beratungsbüro für rat-suchende Menschen.

Aufgabenprofil am Beispiel der Selbsthilfekontaktstelle „Kommit“ im Landkreis Konstanz

Vor knapp 20 Jahren wurde sie Schritt für Schritt auf- und ausgebaut und erfährt inzwischen hohe Anerkennung in der Bevölkerung, Fachkreisen und der Politik. Die in all den Jahren entwickelten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, der Aufbau des Selbsthilfenetzwerkes „Kommit“ mit ca. 150 Selbsthilfegruppen im Landkreis, regelmäßige Info- und Selbsthilfetage, Vernetzungstreffen, aktive Mitwirkung in der Kommunalen Gesundheitskonferenz, dem Suchthilfenetzwerk und auch sonst eng vernetzt mit den fachlichen Strukturen des regionalen Gesundheitswesens, regelmäßig präsent bei allen regionalen Gesundheitsmessen ist die Selbsthilfekontaktstelle „Kommit“ des Landkreises Konstanz nicht mehr nur ein unscheinbarer und geduldeter Akteur, sondern ein immer stärker nachgefragter Partner für Gremien, Veranstaltungen und Gesundheitsmessen.

Mehr als nur eine Kontaktstelle

Mit den Veränderungen im Gesundheitswesen und der zunehmenden Technisierung, Bürokratisierung, Ökonomisierung und Digitalisierung der Medizin verändern sich auch die Rollen von Patienten und Angehörigen. Ihnen Platz und Stimme zu verleihen, die Themen Patientenmitwirkung, Patientenorientierung, Raum für Gespräche und Anliegen sowie Austausch zu ermöglichen, etwas

Orientierung und Übersicht in der Vielfalt an Angeboten zu verschaffen, wird künftig mehr und mehr Thema werden. In Zukunft werden sich für Selbsthilfekontaktstellen noch deutlich mehr Schnittstellen zu den Feldern Psychosomatik, Sucht, Pflege und Migration zeigen. Diese Prognose lässt sich aufgrund der Anfragen zu selbsthilfebezogenen Themen und Gruppen ableiten. Geschätzt ca. 80 % aller Anfragen per Telefon oder E-Mail an die Kontaktstelle des Landkreises Konstanz in den letzten drei Jahren bezogen sich auf die Themen „Depression“, „soziale Ängste“ und weitere sucht- und psychosomatisch bezogene Themen. Mit dem Wissen um solchen Tendenzen können diese Themen dann auch in die Kommunale Gesundheitskonferenz eingespeist werden und ggf. als Schwerpunktziele eingebracht werden. Aber dazu braucht eine Selbsthilfekontaktstelle auch eine entsprechende Position und ein Gewicht.

Als direkt dem Sozialdezernenten zugeordnete Stabsstelle erfährt die Selbsthilfekontaktstelle im Landkreis Konstanz nach „innen“ wie nach „außen“ auch die fachpolitische und verwaltungsorganisatorische Unterstützung. Und durch Zusammenlegung der Aufgaben der Geschäftsführung und Geschäftsstelle der Kommunalen Gesundheitskonferenz mit der Selbsthilfekontaktstelle nutzt der Landkreis Konstanz die Synergieeffekte und schafft eine effiziente Vernetzungsstruktur, die die ansonsten immer zeitaufwendigen Austauschformate überflüssig machen. Neben dieser organisatorischen Struktur innerhalb der Landkreisverwaltung ist es auch sehr bedeutsam, wie eine Kontaktstelle im Gesundheitsnetzwerk einer Region wahrgenommen wird. Besonders der Kontakt zu Kliniken und Therapeuten spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Der Aufbau und die Pflege dieser Kontakte ist für eine Kontaktstelle von wesentlicher Bedeutung, sei es, dass wir als Kooperationspartner für Veranstaltungen mit einbezogen werden oder auch immer



Öffentlichkeitsarbeit ist wichtiger Bestandteil der Arbeit einer Kontaktstelle, sei es durch Infostände, eigener Homepage, Auftritt in sozialen Medien oder enger Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Landratsamtes

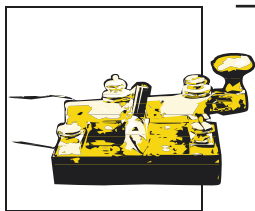
wieder die Arbeit von Selbsthilfegruppen den medizinischen Abteilungen vorstellen können. Dass z.B. im Landkreis Konstanz der Gesundheitsverbund des Hegau-Bodensee

Klinikums inzwischen der Selbsthilfe sowohl am Standort Konstanz als auch am Standort Singen Räume für Gruppentreffen und Beratungsecken zur Verfügung stellt, ist auch Ausdruck einer gewach-

senen wertschätzenden Zusammenarbeit mit der Kontaktstelle.

Und wenn vom Landkreis Konstanz immer wieder auch von einer Gesundheitsregion die Rede ist, dann ist sicher nicht in erster Linie die Präsenz der Selbsthilfekontaktstelle gemeint. Aber dass sie dazugehört, wird keiner der großen „Gesundheitsplayer“ im Landkreis Konstanz in Frage stellen. Und dass der Landkreis Konstanz ein selbsthilfefreundlicher Landkreis ist, zeigt auch der Umstand, dass die diesjährige bundesweite dreitägige Fachtagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfekontaktstellen mit etwa 140 Teilnehmern in Konstanz stattfinden wird und das Landratsamt selbst als örtlicher Gastgeber und „Tagungszentrum“ seine Räume für Vorträge und Workshops zur Verfügung stellen wird.

Johannes Fuchs leitet im Landratsamt Konstanz die Stabsstelle Gesundheits- und Sozialmanagement



NACHRICHTEN

Kommunalverwaltungen setzen auf Digitalisierung im Einkauf

Das Landratsamt Ostalbkreis und die Stadt Worms sparen Zeit und Geld durch Prozessoptimierung.

Strategen wissen es schon lange, Experten weisen immer wieder darauf hin: Die Digitalisierung des kommunalen Einkaufs sorgt für Transparenz und vereinfacht Abläufe. Sie eröffnet weitreichende Steuerungsmöglichkeiten, führt zu höherer Wirtschaftlichkeit und erheblicher Entlastung am Arbeitsplatz. Das Landratsamt Ostalbkreis in Aalen sowie die Stadt Worms entschieden sich aus diesen Gründen für den elektronischen Einkauf. Seither beschränkt sich der Abstimmungs- und Koordinationsaufwand zwischen Bestellern und Lieferanten auf wenige Minuten täglich. Arbeitsentlastung, höhere Wirtschaftlichkeit, Preisvorteile und strategische Mehrwerte sind nachhaltig zu verbuchen.

2006 entschied sich das Landratsamt Ostalbkreis für die Digitalisierung des Einkaufs und damit für einen strategischen Kurswechsel. Denn aus rein organisatorischer Sicht waren die bislang papiergestützten Beschaffungsvorgänge für rund 1900 Bedienstete in 20 Verwaltungsdienststellen sowie sieben landkreiseigenen Schulen kaum steuerbar. Man bewirtschaftete zwar ein Lager, doch umfassende Transparenz bezüglich der benötigten Verbrauchsartikel (C-Artikel) lag aufgrund unterschiedlicher Faktoren nicht vor. Die Ursache hierfür zeigte sich in einer dezentralen Ressourcenverwaltung und den damit verbundenen

papiergestützten Abläufen. Die tatsächlichen Kosten der Beschaffung, einschließlich Lagerhaltung und Abwicklung, waren unbekannt. Zudem entschieden die einzelnen Bedarfsträger über die Wahl der Produkte, deren Qualität und die verschiedenen Lieferanten. „Die Beschaffungsvorgänge wurden dabei unabhängig voneinander und parallel zum Angebot des internen Lagers abgewickelt“, berichtet Martin Brandt, Fachbereichsleiter Organisation beim Landratsamt Ostalbkreis. Auch in der Stadt Worms entschied man sich aus fast den gleichen Gründen für eine Digitalisierung des Einkaufs. Auch hier waren Lieferantenvielfalt, unbekanntes Sortiment und unterschiedliche Preise bis Ende 2013 an der Tagesordnung. Die nachfolgenden Abläufe der Beschaffung, wie die Rechnungsbearbeitung, gestalteten sich dementsprechend aufwändig.

Einsparungen von rund 70 000 Euro schon im ersten Jahr

Auf Grundlage der Webservices von TEK konnten sowohl im Landratsamt Ostalbkreis als auch bei der Stadt Worms nach einer kurzen Projektzeit von sechs bis acht Wochen die ersten zeitlich befristeten Rahmenverträge geschlossen und die einzelnen Kostenstellen mit Papier, Toner- und Tintenpatronen beliefert werden. Die Angestellten waren nach einer kurzen Eingewöhnungszeit sehr angetan von der Benutzerfreundlichkeit des Systems. Auch die Integration der unterschiedlichen Lieferanten war unproblematisch. „Binnen kürzester

Zeit wurde die elektronische Einkaufslösung maßgeschneidert für unsere Bedürfnisse und Anforderungen umgesetzt“, bestätigt Monika Winkler, stellvertretende Abteilungsleiterin Interner Service bei der Stadt Worms. Bis dahin hatten die häufigen Bestellungen im Bereich der C-Artikel die Aufmerksamkeit der Mitarbeiter stark gebunden. So lag es in der Verantwortung des Einzelnen, Bedarfe situativ selbst am Markt zu decken. „Alleine am Beispiel von 18 Außenstellen wurde der Aufwand deutlich“, so Winkler. Demnach kümmerten sich dort wöchentlich 18 Mitarbeiter mehrere Stunden um das Einkaufen im örtlichen Handel. Dies kann nun in wenigen Minuten am Rechner erledigt werden. Auch die Erhebung und Bedarfserfassung bestimmter Produkte für die Schulen in Worms stellte für den mit dieser Aufgabe betrauten Mitarbeiter einen erheblichen zeitlichen Aufwand dar. Waren die Sammelbestellungen für Kreide, Schulformulare oder Klassenbücher abgeschlossen, zeigte sich der Nachteil der damit verbundenen Bevorratung. Es wurde zu wenig oder notgedrungen zu viel bestellt, was im schlimmsten Fall im kommenden Schuljahr nicht mehr aktuell war und vernichtet werden musste. Die Lieferung erfolgen nun „Just in Time“, direkt an den Arbeitsplatz. Eine Bevorratung ist nicht mehr notwendig. Die Einführung des elektronischen Einkaufs führte sowohl in Worms als auch im Ostalbkreis rasch zu spürbaren Entlastungen in vielen Bereichen. „Bereits von Anfang an war die neue Lösung voll einsetzbar und schon nach kurzer Zeit zeigten sich die ersten Erfolge“, so Brandt.

Das veränderte Bestellverhalten, das nicht zuletzt auf einem stärkeren Verantwortungsbewusstsein der Zuständigen beruhte, führte im Ostalbkreis bereits im ersten Jahr zu Einsparungen von 70 000 Euro. In der Folge konnten die Lagerkapazitäten zunächst reduziert und schließlich die gesamte Vorratshaltung abgeschafft werden. Freigewordene Personalkapazitäten konnten so für die Verwaltung wertschöpfend an anderer Stelle eingesetzt werden. Seit 2016 kauft das Landratsamt auch den Hygienebedarf für die Verwaltungsgebäude, sowie die kreiseigenen Schulen elektronisch ein. Durch die lückenlose Dokumentation und die schlanken Prozesse ist das Landratsamt Ostalbkreis heute in der Lage, 226 Kostenstellen mit einem Jahresumsatz von 355 000 Euro über die Plattform zu steuern.

Im Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung, unter Berücksichtigung aller Kosten, wie Personal, Lagerhaltung und Logistik konnte eine jährliche Kostensenkung in Höhe von knapp 230 000 Euro errechnet werden. Als Lehrbeauftragter an der Hochschule für Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ermutigt Brandt seine Studenten daher aus eigener Erfahrung, keinesfalls in „Eh-da-Kosten“ zu denken. „Leistungen werden immer am Arbeitsplatz und während der Arbeitszeit erbracht. Damit unterliegen sie einer betriebswirtschaftlichen Bewertung“, so Brandt.

In Worms werden mittlerweile 184 Kostenstellen mit einem Jahresbedarf im Wert von 150 000 Euro beliefert. Tendenz steigend. „Der Einstieg in den Ausbau der Sortimente wurde erheblich durch den verwaltungsübergreifenden Dialog mit anderen TEK-Kunden vereinfacht“, berichtet Winkler. Durch die Bündelung von Bedarfen konnten sukzessive Schulen, Kindergärten und -tagesstätten in die Strategie mit einbezogen werden. Die erzielten Preisvorteile von durchschnittlich zehn und fünfzehn Prozent erscheinen gering, doch der eingesparte Zeitauf-

wand jedes einzelnen Bestellers durch Einführung des elektronischen Einkaufs ist erheblich. Bereits der Zeitgewinn hilft, den steigenden Anforderungen im Einkauf besser begegnen zu können.

Abstimmungsaufwand von wenigen Minuten pro Tag

Ganz ähnlich bewertet dies das Landratsamt Ostalbkreis. Auf Grundlage der durch TEK erstellten elektronischen Leistungsverzeichnisse verkürzte sich die erforderliche Zeit für die Ausschreibungsvorbereitung drastisch. Durch die Verknüpfung von E-Einkauf und E-Vergabe kann seither ohne großen Aufwand periodisch ausgeschrieben werden. „Der Abstimmungsaufwand mit den Lieferanten beschränkt sich seit der Einführung der Bestellplattform auf wenige Minuten am Tag“, bestätigt Brandt. „Viel wichtiger als die Preisvorteile, die wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren erzielt haben, ist die Unterstützung und

Entlastung, die wir durch den externen Dienstleister erfahren. Personelle Engpässe, die üblicherweise durch Krankheit oder Urlaub entstehen, lassen sich so problemlos kompensieren.“ Dem stimmt Winkler uneingeschränkt zu: „Gerade wenn personelle Veränderungen zu Mehrarbeit im eigenen Bereich führen, sind effiziente und wirtschaftliche Prozesse im internen Service unerlässlich.“ Der erste Schritt hin zu einer Revolution in der Organisations- und Personalentwicklung ist getan, prophezeit Brandt: „Wenn in fünf bis zehn Jahren die technischen, politischen und bürokratischen Hemmnisse beseitigt sind, wird E-Government die öffentliche Verwaltung grundlegend verändern. Schon in naher Zukunft werden Behördenangelegenheiten fast ausschließlich elektronisch erledigt werden. Daraus resultieren aller Voraussicht nach eine deutlich höhere Flexibilität sowie neue Arbeits- und Organisationsformen.“

Mehr Informationen unter www.ostalbkreis.de, www.worms.de und www.tek-service.de

Das **Landratsamt Ostalbkreis**, seit 1984 mit Hauptsitz in Aalen und Außenstellen in Schwäbisch Gmünd, Ellwangen und Bopfingen, ist die Behörde des 312 650 Einwohner zählenden Landkreises. Im Osten Baden-Württembergs gelegen, grenzt der Ostalbkreis an den Freistaat Bayern mit den Landkreisen Ansbach und Donau-Ries. Mit einer Fläche von rund 1,5 km² ist er der drittgrößte der 35 Landkreise in Baden-Württemberg. Da die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer klassischen Aufgaben, wie dem Betrieb öffentlicher Einrichtungen, an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen, übernimmt der Landkreis als Dienstleister zahlreiche ihm von seinen 42 Städten und Gemeinden übertragene Aufgaben. Darüber hinaus bietet das Ostalbkreishaus Raum für kulturelle, politische aber auch sonstige gesellschaftliche Veranstaltungen.

Die kreisfreie **Stadt Worms** liegt im südöstlichen Rheinland-Pfalz, jeweils am Rand der Metropolregionen Rhein-Neckar und Rhein-Main. Dienstleistung und Handel verzeichneten in der gut 85 000 Einwohner zählenden Stadt in den vergangenen Jahren ein starkes Wachstum. Daneben gibt es in Worms unter anderem eine Reihe von Logistikunternehmen, chemische Industrie und Kunststoffherstellung, Metallerzeugung und Maschinenbau sowie Holzverarbeitende Industrie. Außerdem ist die Gegend als traditionelles Weinanbau-Gebiet bekannt.

Die **TEK Service AG** mit Sitz in Lörrach wurde 2000 von Frank Schmierer sowie Monika Schmidt gegründet und bietet eine webbasierende Lösung, über die der Einkauf öffentlicher Verwaltungseinrichtungen bundesweit abgewickelt werden kann. Die Kommune definiert dabei die Zugriffsberechtigungen und Hierarchien,

während TEK diese abbildet und das Katalog- und Lieferantenmanagement des Kunden übernimmt. Die Produktpalette reicht dabei von Pflege-, Nahrungs- und Bastelprodukten für Kitas und Kindergärten sowie Schulbedarf, über Bedarfe für Arbeitssicherheit, Dienstleistungen, Mobiliar, Chemikalien oder Reinigungsmittel bis hin zum Bedarf für Flüchtlingsunterkünfte oder Elektroartikeln. Die Entwicklung der Technologie, der Verfahrensabläufe und Services, die Datenhaltung sowie deren Verarbeitung werden seit der Gründung am Standort Lörrach erbracht.

Quo vadis Europa – (Gem-)einsam stark? Bürgerdialog zur Zukunft Europas im Landratsamt in Aalen

Zu einem Diskussionsabend mit dem Titel „Quo vadis Europa – (Gem-)einsam stark?“ waren Bürgerinnen und Bürger

des Ostalbkreises Ende Juni ins Landratsamt nach Aalen eingeladen. Der Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg, Guido Wolf MdL, und der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, Richard Kühnel, waren vor Ort, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.



Zu sehen sind v. l. n. r.: Richard Kühnel, Minister Guido Wolf, Andrea Hahn (Leiterin des EUROPoint Ostalbkreis) und Landrat Klaus Pavel

Im März dieses Jahres wurde der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert. Sie waren der Grundstein für die Europäische Union. Aus ursprünglich sechs Gründernationen sind heute 28 Mitgliedsstaaten geworden. Die EU ist größter Binnenmarkt der Welt mit zahlreichen Errungenschaften, z.B. im Verbraucher- und Umweltschutz, bei der Strukturförderung oder der sozialen Marktwirtschaft. Aktuell steht die EU wieder vor großen Herausforderungen, seien es die Währungsstabilität, die Flüchtlingspolitik, eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur oder die Folgen des Brexit. In einem Diskussionspapier, dem sogenannten „Weißbuch zur Zukunft Europas“, hat die Europäische Kommission fünf mögliche Zukunftsszenarien beschrieben. Alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen darüber nachzudenken, welche Rolle die EU in einer globalisierten Welt spielen sollte und ob die Bedeutung der Grundwerte wie Frieden, Freiheit, Demokratie und Solidarität weiter zum Zusammenhalt beiträgt.

„Offene und transparente Debatten sind wichtiger denn je“, meint Landrat Klaus Pavel. Dem Europainformationszentrum des Ostalbkreises ist es daher ein Anliegen, dass nicht nur in Berlin oder Stuttgart mit und über die EU diskutiert werden kann, sondern auch vor Ort in Ostwürttemberg und im Ostalbkreis. Die rund zweistündige Veranstaltung startete mit einer Begrüßung durch Landrat Klaus Pavel. Im Anschluss sprach Europaminister Guido Wolf über „Quo vadis Europa? Die Europäische Union 60 Jahre nach ihrer Gründung“. Richard Kühnel als Vertreter der EU-Kommission in Deutschland führte in seinem Statement aus „Warum die Europäische Union unverzichtbar ist“. Nach den Impulsen konnten in einem von Landrat Pavel moderierten Bürgerdialog alle Interessierten ihre Fragen, Wünsche und Anregungen zu Europa einbringen.

„Wir brauchen für den Wald in Baden-Württemberg eine Lösung aus einem Guss“

Gemeinsame Sitzung der Spitzen der Kommunalen Landesverbände und der Hausspitze des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Kommunalen Landesverbände und der Hausspitze des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz haben sich die Beteiligten auf Folgendes verständigt: „Wir wollen eine zukunftsfähige und tragfähige Lösung aus einem Guss für alle Waldbesitzarten“, erklärten Minister Peter Hauk und die Präsidenten des Landkreis-, Städte-, und Gemeindetags am 24. März 2017 in Stuttgart.

Grund für das Treffen war der aktuell ergangene Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf zur gemeinsamen Rundholzvermarktung. Darin wurde dem Land untersagt, Holz in Betrieben mit mehr als 100 Hektar Waldfläche zu verkaufen. Darüber hinaus wurde dem Land untersagt, forstliche Tätigkeiten im Kommunal- und Privatwald über 100 Hektar anzubieten.

Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass das Land gegen den Beschluss des OLG Düsseldorf Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof einlegen sollte. Dies wird Minister Peter Hauk dem Ministerrat in seiner nächsten Sitzung vorschlagen.

Neben der Entscheidung des OLG Düsseldorf stellt das kürzlich novellierte Bundeswaldgesetz das Land, die Landkreise, Städte und Gemeinden vor die Aufgabe, eine zukunftsfähige Lösung für alle Waldbesitzarten (Staatswald, Kommunalwald und Privatwald) zu entwickeln. „Dazu werde ich, in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden, dem Ministerrat den Vorschlag machen, das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu beauftragen, Eckpunkte für nun notwendige Anpassungen der Forstverwaltung auszu-

arbeiten. Diese müssen im Rahmen einer Gesamtlösung allen Waldbesitzarten Rechnung tragen und in Umsetzung des Koalitionsvertrags auch die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts für den Staatswald beinhalten“, so Minister Peter Hauk.

„Unser gemeinsames Ziel dabei ist es, auch für die forstlich Beschäftigten, eine verlässliche Zukunftsperspektive zu entwickeln“, betonten Minister Hauk und der Präsident des Landkreistags, Joachim Walter.

„Ich erwarte, dass dabei auch etwaige organisatorische, personelle und finanzielle Auswirkungen auf die Kreise angemessen berücksichtigt werden“, ergänzte Joachim Walter.

„Mit einer solchen Lösung wollen wir auch die vielfältigen Funktionen des Waldes – von der Holzversorgung über ökologische Wirkungen bis hin zur Erholung im Wald – weiter garantieren“, sagte der Präsident des Städtetages Dr. Dieter Salomon.

„Für die Städte und Gemeinden geht es nun darum, mit Land und Landkreisen die jetzt notwendigen Handlungsoptionen zu erarbeiten, um auch in Zukunft eine wirtschaftliche und nachhaltige Waldbewirtschaftung zu ermöglichen“, erklärte der Präsident des Gemeindetages Roger Kehle.

Landkreistag begrüßt Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart zu kommunalen Krankenhausbeihilfen

Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp: „Der Angriff auf die kommunalen Krankenhäuser ist erneut grandios gescheitert“

„Durch das bekannt gegebene Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart ist eindringlich bestätigt worden, dass Landkreise ihren Krankenhäusern in wirt-

schaftlichen Notlagen finanziell unter die Arme greifen dürfen, um so eine angemessene medizinische Versorgung in der Fläche dauerhaft sicherzustellen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer der Landkreistags Baden-Württemberg, Professor Eberhard Trumpp, in Stuttgart.

Anlass war das gerichtliche Verfahren, das der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) gegen den Landkreis Calw auf Unterlassung von Krankenhausbeihilfen angestrengt hat. Bereits vor einem Jahr hatte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Klage im Kern abgewiesen, weil er jedenfalls keinen Verstoß gegen europäisches Beihilferecht erkennen konnte. Offen gelassen hatte das oberste deutsche Zivilgericht jedoch die Frage, ob europäisches Wettbewerbsrecht überhaupt anwendbar ist. Und deshalb war die Sache auch zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht Stuttgart zurückverwiesen worden.

Inzwischen wurde bekannt, dass die Berufung des BDPK zurückgewiesen worden ist und der Landkreis Calw vollumfänglich obsiegt hat. „Nahezu jedes zweite Krankenhaus in Baden-Württemberg schreibt rote Zahlen“, erläuterte Hauptgeschäftsführer Trumpp. „Für die Versorgungssicherheit hierzulande ist es daher von allergrößter Bedeutung, dass die Praxis der Defizitabdeckung bei kommunalen Häusern rechtlich auf soliden Beinen steht.“ Dazu trage die jüngste Entscheidung des Oberlandesgerichts entscheidend bei.

Zugleich machte Hauptgeschäftsführer Professor Trumpp deutlich, dass es auch ihm deutlich lieber wäre, wenn auf kommunale Krankenhausbeihilfen verzichtet werden könnte. „Würden Bund und Land die Krankenhäuser auskömmlich finanzieren, müssten die Kommunen ihren strukturell unterfinanzierten Häusern nicht mit eigenen Mitteln beispringen und wäre es erst gar nicht zu der gerichtlichen Auseinandersetzung mit der privaten Krankenhaus-Lobby gekommen“, betonte Trumpp.

Landrätekonzferenz in Donaueschingen: Breit- bandausbau vorantreiben! Land muss Schulterchluss mit Kommunen beibehalten!

**1 Milliarde Euro für die Breitband-
förderung bis 2020 gefordert**

Die baden-württembergischen Landrätinnen und Landräte haben sich im Rahmen einer Landrätekonzferenz am 5. Mai 2017 mit dem Breitbandausbau als eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen beschäftigt. Der Präsident des Landkreistags, Landrat Joachim Walter, Tübingen wies dabei auf die vielfältigen erfolgreichen Aktivitäten der Landkreise für einen möglichst flächendeckenden Breitbandausbau in Baden-Württemberg hin.

„Die Fortsetzung der Förderung des Breitbandausbaus in Baden-Württemberg ist für unser Land von größter Bedeutung. Angesichts der großen kommunalen Investitionen für den Breitbandausbau muss das Land bei der Breitbandförderung der kommenden Jahre weiterhin auf Verlässlichkeit und Kontinuität setzen. Haushaltszwänge des Landes dürfen nicht dazu führen, dass der Breitbandausbau zum Stocken kommt!“, forderte Walter.

Die Landrätinnen und Landräte waren sich dabei einig, dass das Land ausreichend Fördermittel komplementär zur Bundesförderung bereitstellen muss. Dabei forderten sie, künftig die Fördermöglichkeiten auch auf die urbanen Verdichtungsräume in der Förderkulisse auszuweiten.

„Investitionen der Städte, Gemeinden und Landkreise müssen integraler Bestandteil des Ausbaus des schnellen Internets in Baden-Württemberg bleiben. Deshalb muss das Land den Schulterchluss mit der kommunalen Seite beibehalten!“, hob der Landkreistagspräsident hervor.

Im Hinblick auf die bisher im Landshaushalt eingestellten Fördermittel und unter Würdigung des Ausbaubedarfs und der potenziellen Förderbedarfe fordert die Landrätekonzferenz das Land auf, für die nächsten 4 Jahre insgesamt mindestens 1. Mrd. Euro für die Förderung des Breitbandausbaus zur Verfügung zu stellen (mindestens 250 Millionen Euro jährlich).

Präsident Walter übergab am 5. Mai 2017 die Beschlussfassung der Landrätekonzferenz im Rahmen des Landräteseminars an den Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl. Er brachte dabei seinen Dank für das große Engagement des Landes für die Digitalisierung und den Breitbandausbau zum Ausdruck. Innenminister Strobl brachte

die Landrätinnen und Landräte anschließend auf den neuesten Stand zum Digitalisierungskonzept des Landes, das bis Mitte 2017 unter seiner Federführung fertiggestellt sein soll. Auch über einen möglichen „Digitalisierungspakt“ zwischen Land und Kommunen tauschte sich Minister Strobl mit den Landrätinnen und Landräten aus.

Forderungen der Landrätekonzferenz an die Landesregierung zum Breitbandausbau in Baden-Württemberg

**Beschlussfassung vom 4. Mai 2017,
Landrätekonzferenz des
Landkreistags Baden-Württemberg
in Donaueschingen**

1. *Landkreise setzen sich im Verbund mit den Gemeinden für den Breitbandausbau ein*

Die Landrätekonzferenz unterstreicht die Bedeutung des Breitbandausbaus als eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Es wird auf die vielfältigen Aktivitäten der Landkreise für einen möglichst flächendeckenden Breitbandausbau in Baden-Württemberg hingewiesen.

2. *Verlässliche und kontinuierliche Förderung des Breitbandausbaus – Einbeziehung urbaner Räume*

Die Landrätekonzferenz betont, dass die Fortsetzung der Förderung des Breitbandausbaus in Baden-Württemberg von größter Bedeutung ist. Dabei muss angesichts der großen kommunalen Investitionen für den Breitbandausbau ein Förderkonzept entstehen, das auf Verlässlichkeit und Kontinuität setzt. Haushaltszwänge des Landes dürfen nicht dazu führen, dass der Breitbandausbau ins Stocken kommt. Das Land muss deshalb ausreichend Fördermittel komplementär



zur Bundesförderung bereitstellen. Dabei muss künftig auch eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten für die urbanen Verdichtungsräume in der Förderkulisse erfolgen.

3. *Land muss Fördermittel an Bedarf anpassen und beträchtlich erhöhen – 1 Mrd. Euro für 4 Jahre*

Im Hinblick auf die bisher im Landeshaushalt eingestellten Fördermittel und unter Würdigung des Ausbaubedarfs und der potenziellen Förderbedarfe fordert die Landrätekonferenz das Land auf, für die nächsten 4 Jahre insgesamt mindestens 1. Mrd. Euro für die Förderung des Breitbandausbaus zur Verfügung zu stellen (mindestens 250 Millionen Euro jährlich).

4. *Schulterschluss zwischen Land und Kommunen beibehalten*

Da Investitionen der Städte, Gemeinden und Landkreise integraler Bestandteil des Ausbaus des schnellen Internets in Baden-Württemberg bleiben werden, geht die Landrätekonferenz davon aus, dass das Land den Schulterschluss mit der kommunalen Seite beibehalten wird. Das Innenministerium wird aufgefordert, die angedachten Eckpunkte einer neuen Breitbandförderung baldmöglichst mit der kommunalen Seite abzustimmen.

**Zumeldung zur
Pressemitteilung des
Berufsschullehrerverbands
Baden-Württemberg (BLV)
vom 8. Mai 2017:
„Diskussion über die
Oberstufe an Gemeinschafts-
schulen muss aufhören –
Die Beruflichen Schulen bie-
ten die Oberstufe bereits seit
Jahrzehnten erfolgreich an“**

Der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Eberhard Trumpp, betonte heute, dass der Landkreistag Baden-Württemberg den Berufsschullehrerverband Baden-

Württemberg, der einen Ausbau der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ablehnt, in dieser Position unterstützt. „Die beruflichen Gymnasien sind ein Erfolgsmodell! Dieser Schulbereich muss gestärkt werden – Doppelstrukturen sind zu vermeiden! Wir setzen auf Kooperationen zwischen Gemeinschaftsschulen in der Sekundarstufe I und Beruflichen Schulen. So kann Gemeinschaftsschülern frühzeitig die Angebotspalette der Beruflichen Schulen vermittelt werden!“, machte Trumpp klar.

„Gerade für Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss bieten die Beruflichen Schulen die Möglichkeit, nach der Sekundarstufe I zur Erlangung der Hochschulreife an ein berufliches Gymnasium zu wechseln oder den Weg einer dualen Ausbildung zu gehen“, so Trumpp weiter. „So haben wir auch bisher die Position der Kultusministerin verstanden und unterstützen sie dabei ausdrücklich!“.

Hauptgeschäftsführer Trumpp erklärte abschließend, dass der Aufbau der Sekundarstufe II an einer Gemeinschaftsschule daher nur dann zugelassen werden darf, wenn kein entsprechender Bildungsabschluss an allgemein bildenden oder beruflichen Gymnasien in zumutbarer Erreichbarkeit angeboten wird.

**Landkreistag unterbreitet
Vorschläge zur
Krankenhauspolitik**

**Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp:
„Bund und Land müssen Krankenhäuser
besser unterstützen“**

„Die baden-württembergischen Krankenhausträger haben in den vergangenen Jahren die Strukturen ihrer Häuser beharrlich und konsequent fortentwickelt“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Eberhard Trumpp, heute in Stutt-

gart. „So konnte in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten die Zahl der Krankenhäuser um rund 16 % und die Zahl der Krankenhausbetten um annähernd 13 % reduziert werden – und dies, obwohl die Patientenzahlen um zirka 15 % gestiegen sind“, erläuterte Trumpp. „Wenn trotz dieser gewaltigen Leistung aktuell nahezu jedes zweite Krankenhaus in Baden-Württemberg rote Zahlen schreibt, dann ist dies schlicht inakzeptabel und sind sowohl der Bund als auch das Land dringend aufgefordert, die systematische Unterfinanzierung der Krankenhäuser endlich zu beenden“, betonte Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp.

Die baden-württembergischen Landkreise haben vor diesem Hintergrund krankenhauspolitische Kernerwartungen an die Adresse von Bund und Land formuliert.

„Der Bund muss insbesondere dafür sorgen, dass das hierzulande überdurchschnittliche Lohnniveau in der Pflege, aber auch die im Bundesvergleich höhere Anzahl an Pflegekräften bei der Krankenhausvergütung angemessen berücksichtigt wird. Denn schließlich liegen die Gehälter der Pflegekräfte im Hochlohnland Baden-Württemberg um fast 7 % über dem Bundesdurchschnitt und arbeiten in den baden-württembergischen Häusern rund 5 % mehr Pflegekräfte als in anderen Bundesländern. Es ist hochgradig unfair, ja skandalös, wenn dies bei der Krankenhausfinanzierung durch den Bund einfach ausgeblendet wird“, hob Trumpp hervor.

„Vom Land erwarten die Landkreise, dass es die Mittel für die Einzel- und Pauschalförderung um mindestens 150 Mio. Euro pro Jahr aufstockt. Dass die entsprechenden Mittel in 2017 nicht nur nicht erhöht, sondern zugunsten des Krankenhausstrukturfonds gekürzt worden sind, ist angesichts der besorgniserregenden Lage vieler Häuser im Land unbegreiflich. Umso wichtiger ist es, dass das Land die erfreuliche Steuerentwicklung zum Anlass nimmt, um im nächsten

Doppelhaushalt ausreichend originäre Landesmittel für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung zu stellen“, erklärte Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp. Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp unterstrich, dass die Landkreise unverändert zu ihrer Verpflichtung stünden, eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern zu gewährleisten. „Ohne ausreichende Unterstützung durch den Bund und das Land wird sich die Krankenhausversorgung allerdings absehbar verschlechtern“, unterstrich Trumpp.

Kernerwartungen an die Krankenhauspolitik in Bund und Land

Ein Positionspapier des Landkreistags Baden-Württemberg

Die allermeisten Krankenhäuser in Baden-Württemberg haben – zumal in den letzten anderthalb Jahrzehnten – ihre strukturellen Hausaufgaben proaktiv und kontinuierlich erledigt. So konnte die Zahl der Krankenhäuser, die Zahl der Krankenhausbetten sowie die Verweildauer in den Krankenhäusern deutlich verringert werden – und dies, obwohl gleichzeitig die Zahl der zu behandelnden Patientinnen und Patienten gestiegen ist. Hinzu kommt, dass gerade auch viele kommunale Häuser hierzulande – früher als andernorts – auf die Vorteile der Verbundbildung gesetzt haben. Dass Baden-Württemberg die bundesweit niedrigste Bettenzahl hat, zeugt von diesem im Wesentlichen gelungenen Strukturwandel.

Ungeachtet dessen befinden sich die baden-württembergischen Krankenhäuser derzeit in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Situation. Nahezu jedes zweite Haus schreibt hierzulande rote Zahlen. Der Anteil der Häuser, die ein negatives Jahresergebnis aufweisen, ist in keinem Bundesland so hoch wie in Baden-Württemberg.

Dies kommt nicht von ungefähr. Vielmehr lässt sich sowohl bezüglich der vom Bund zu verantwortenden Betriebskostenfinanzierung als auch im Hinblick auf die dem Land obliegende Investitionsförderung eine strukturelle Unterfinanzierung diagnostizieren: Im Bereich der Betriebskosten werden die Personalkostenunterschiede zwischen den Bundesländern immer größer, während sich die Unterschiede bei den Krankenhausentgelten auf niedrigerem Niveau nivellieren – beides zu Lasten Baden-Württembergs, wo sich die Tariflohn-Erlös-Schere definitiv nicht mehr schließen lässt. Im Bereich der Investitionsförderung wiederum wird der vorhandene Investitionsstau nicht nur nicht abgebaut, sondern wächst aufgrund einer jährlichen Investitionslücke von rund 100 Millionen Euro kontinuierlich weiter an – mit der zusätzlichen Konsequenz, dass wegen der ausbleibenden Investitionen auch die Betriebskosten der betroffenen Häuser weiter steigen.

Bund und Land haben zuletzt diverse Anstrengungen unternommen, um die Krankenhäuser in ihrer wirtschaftlich prekären Lage zu unterstützen. Dies ist ausdrücklich anzuerkennen. So hat der Bund mit dem Krankenhausstrukturgesetz wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Das Land wiederum hat die Investitionsförderung substanziell erhöht. Dennoch bedarf es sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene weiterer Schritte, um die Krankenhausversorgung nachhaltig sicherzustellen.

Welche Kernerwartungen die baden-württembergischen Landkreise insoweit an Bund und Land haben, ist im Folgenden stichpunktartig aufgeführt. Die Landkreise stehen unverändert zu ihrer Verpflichtung, eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern zu gewährleisten. Ohne substanzielle Unterstützung durch Bund und Land wird dies jedoch – auf Dauer – vielerorts nicht mehr gelingen können.

Kernerwartungen an den Bund

1. Der grundsätzliche Ordnungsrahmen des Krankenhauswesens hat sich bewährt. So ist an der dualen Krankenhausfinanzierung festzuhalten. Demgemäß muss die finanzielle und planerische Verantwortung für die Krankenhausinfrastruktur umfangreich bei den Ländern verbleiben, von diesen aber auch umfassend wahrgenommen werden. Selektivverträge auch im stationären Bereich sind mit diesem Grundverständnis unvereinbar und werden daher strikt abgelehnt. Sie erhöhen nicht nur unnötig die Bürokratielasten, sondern gefährden überdies die stationäre Versorgung, insbesondere die Notfallversorgung in der Fläche, und schränken außerdem die Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten unzulässig ein.
2. Bei der Betriebskostenfinanzierung muss es zu Nachbesserungen kommen. Diese sollten sich an dem Leitbild orientieren, dass in einem Plan-Krankenhaus die praktisch erlösbaren Entgelte die tatsächlich anfallenden Kosten nachhaltig decken müssen – und zwar ohne dass man dafür zwingend in Mehrleistungen zu gehen braucht oder die Pflege am Bett ausdünnen muss. Diesem Leitbild widerspricht die aktuelle Betriebskostenfinanzierung in zumindest viererlei Hinsicht: Erstens fehlt es an einer Regelung, wonach ein überdurchschnittliches Personalkostenniveau und ein überdurchschnittliches Beschäftigungsniveau bei der Vereinbarung des Landesbasisfallwerts erhöhend zu berücksichtigen sind. Zweitens werden tariflich und gesetzlich verursachte Personalkostensteigerungen nur unzureichend ausgeglichen. Drittens wird die kostengerechte Anpassung des Landesbasisfallwerts über die Grundlohnrate bzw. den Veränderungswert sachwidrig gedeckelt. Viertens ist bislang nicht vorgesehen, dass Krankenhäu-

ser mit den Krankenkassen krankenhausesindividuelle Zuschläge vereinbaren können, wenn sich die Fallpauschalen aufgrund regionaler und struktureller Besonderheiten als nicht auskömmlich erweisen.

3. Das Krankenhausstrukturgesetz ist von den Landkreisen als guter Kompromiss begrüßt und gewürdigt worden. Positiv hervorzuheben sind insbesondere die Einführung des Pflegezuschlags, die vollständige Abschaffung der doppelten Degression sowie die Streichung des Investitionskostenabschlags bei der Vergütung ambulanter Leistungen des Krankenhauses. Anderthalb Jahre nach seinem Inkrafttreten ist das Krankenhausstrukturgesetz nunmehr freilich einem systematischen Monitoring zu unterwerfen. Dieses soll dazu beitragen, dass die in dem Reformgesetz vorgesehenen Instrumente auch tatsächlich ihren vom Gesetzgeber angestrebten Zweck erfüllen. Dies gilt zum einen und v. a. für den Bereich der ambulanten Notfallleistungen im Krankenhaus. Hier hat sich zwar die Kooperation mit der Vertragsärzteschaft deutlich verbessert. Jedoch ist der mit dem Krankenhausstrukturgesetz verfolgte Ansatz, die Vergütung der ambulanten Notfallbehandlung in den Kliniken durch eine stärkere Differenzierung des bestehenden Vergütungssystems zu verbessern, definitiv gescheitert. Daher sollte in Fortschreibung des Krankenhausstrukturgesetzes eine eigenständige gesetzliche Grundlage für die Vergütung der ambulanten Notfallleistungen geschaffen werden, damit die beiden an sich betroffenen Vertragspartner, nämlich Krankenkassen- und Krankenhausseite, die insoweit notwendigen Vereinbarungen treffen können. Zum anderen muss auch das mit dem Krankenhausstrukturgesetz nachgeschärfte Instrument des Sicherstellungszuschlags noch weiterentwickelt werden. Denn dessen Vo-

oraussetzungen greifen noch zu selten, als dass der strukturellen Unterfinanzierung von bedarfsnotwendigen Kliniken in der Fläche und speziell im ländlichen Raum auf breiter Front entgegengewirkt werden könnte.

4. Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, bedarf es eines Gesundheitssystems, das ungleich stärker als heute durch Vernetzung, Koordination und Integration der Versorgungsleistungen geprägt ist. Dem Krankenhaus wird in diesem Zusammenhang eine immer zentralere Rolle zuwachsen. Um den Übergang in dieses Gesundheitssystem der Zukunft zu gewährleisten, muss es mittelfristig zu einer sektorenübergreifenden Versorgungsplanung kommen, die von den für die Daseinsvorsorge zuständigen Ländern und Kommunen verantwortet wird. Zwischenschritte dorthin sind beispielsweise die Stärkung der Rolle von Ländern und Kommunen bei der vertragsärztlichen Bedarfsplanung, der Ausbau der ambulanten Krankenhausversorgung zu fairen Konditionen sowie die Privilegierung von medizinischen Versorgungszentren, die räumlich an ein Krankenhaus angegliedert sind, bei der Vergabe von Vertragsarztsitzen.
5. Im Gesundheitsbereich sind in der zurückliegenden Zeit zu viele für die Menschen, aber auch für die Krankenhäuser, zentral wichtige Entscheidungen entparlamentarisiert worden. Hier sind Korrekturen erforderlich. Insbesondere müssen Entscheidungen des Gemeinsamen Bundesausschusses, die sich für die Gesundheitsversorgung als wesentlich erweisen, einer parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden.

Kernerwartungen an das Land

1. Um den Investitionsstau im Krankenhausbereich nicht noch weiter anzuwachsen zu lassen, sondern sukzes-

sive abzubauen, muss das Land die Mittel für die Einzel- und Pauschalförderung um insgesamt 150 auf 600 Millionen jährlich aufstocken. Diese Aufstockung muss über originäre Landesmittel erfolgen, da die auskömmliche Krankenhausinvestitionsförderung Landesaufgabe ist. Mindestens ein Drittel des jährlichen Aufstockungsbetrags sollte dabei der zuletzt vernachlässigten Pauschalförderung zugute kommen. Von der Investitionsförderung strikt zu trennen ist dabei die Mittelbereitstellung im Rahmen des Krankenhausstrukturfonds. Schließlich dient die Einzel- und Pauschalförderung im Kern dazu, die notwendigen Investitionskosten von Plankrankenhäusern zu decken, damit im Ergebnis ausreichend Krankenhauskapazitäten vorgehalten werden. Demgegenüber sind die Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds insbesondere für Schließungs-, Konzentrations- und Umwandlungsvorhaben vorgesehen. Schon vor diesem Hintergrund sind die Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds grundsätzlich nicht geeignet, eine unauskömmliche Investitionsfinanzierung zu kompensieren oder gar eine Absenkung der Investitionsförderung zu rechtfertigen.

2. Das Land muss seine Krankenhausplanung nachschärfen und stärken. Denn es steht verfassungsrechtlich in der Pflicht, ein hinreichend dichtes Netz von qualitativ arbeitenden Krankenhäusern sicherzustellen und dadurch gleiche Gesundheitschancen für alle Bürgerinnen und Bürger sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum zu gewährleisten. Das zentrale Instrument des Landes, um diese sozialstaatliche Verpflichtung zu erfüllen, ist die Krankenhausplanung. Um diese zu ertüchtigen, sollte das Land in einem ersten Schritt ein Gutachten in Auftrag geben, um ausloten zu lassen, welche Gestaltungsspielräume die Länder haben,

wenn sie ihre Krankenhausplanung stärker in den Dienst der Struktursteuerung stellen möchten. Die Gutachter sollten auch um konkrete Regelungsvorschläge gebeten werden. Eine gesetzgeberisch nachgeschärfte Krankenhausplanung muss dabei insbesondere dazu beitragen, die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung in der Fläche sicherzustellen, regional den Aufbausktorenübergreifender, abgestufter Versorgungsstrukturen zu befördern und im Übrigen die hierzulande historisch gewachsene, bewährte Trägervielfalt zu bewahren.

- Die Krankenhäuser durchlaufen aktuell eine massive digitale Transformation. Damit diese gelingt und – auch im Patienteninteresse – möglichst viele Innovationspotenziale gehoben werden, müssen die Häuser massiv investieren. Vor diesem Hintergrund entspräche es nicht nur der gesetzlichen Finanzierungsverantwortung des Landes, sondern würde auch zur Digitalisierungsinitiative des Landes passen, wenn – parallel zur Digitalisierungsstrategie Medizin und Pflege – ein krankenhausspezifisches Investitions Sonderprogramm aufgelegt würde, um Investitionen der Häuser in die IT-Struktur zu refinanzieren.
- In den Krankenhäusern fehlt es zunehmend an Ärztinnen und Ärzten, an Pflegepersonal sowie an anderen Gesundheitsfachberufen. Das Land ist daher aufgerufen, ein Paket mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in den Krankenhäusern zu schnüren. Notwendige Bestandteile dieses Pakets sind die Erhöhung der Studienplatzzahlen im Fach Humanmedizin um mindestens 10 % sowie eine Bundesratsinitiative, die darauf abzielt, ärztliche Tätigkeiten in deutlich größerem Umfang als bisher auf nichtärztliche Gesundheitsfachkräfte zu delegieren bzw. durch sie zu substituieren.

- Es darf nie wieder dazu kommen, dass ein strukturell sinnvoller Zusammenschluss von Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft am Kartellrecht scheitert. Das Land muss daher die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag kurzfristig umsetzen und eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen starten. Ziel muss es sein, den Zusammenschluss von Plankrankenhäusern in den Fällen kartellrechtlich zu privilegieren, in denen der Träger der Krankenhausplanung die Fusion für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen und wirtschaftlichen Krankenhäusern unter Beachtung der Vielfalt der Krankenträger für erforderlich erklärt.

„Keine Diffamierung der Krankenhäuser!“

Engagierter Kommunalpolitiker übt scharfe Kritik an AOK-Landeschef und Sozialminister Lucha

Als „Wald- und Wiesen-Krankenhäuser“ hatte Christopher Herrmann die Kliniken im ländlichen Raum in Baden-Württemberg verunglimpft. Sie gehörten abgeschafft, so der Vorstandsvorsitzende der AOK Baden-Württemberg in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 4. April 2017. Karl Heinz Nesor reagierte scharf: „Er beleidigt damit die Bürger dieses Raums und diffamiert die in diesen Häusern erbrachten ärztlichen Leistungen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende im Neckar-Odenwald-Kreis in einem Leserbrief an die RNZ. Als Verbandsvertreter der AOK wäre ihm anzuraten, sachgerechter zu urteilen. Nesor weiter: „Die Beitragszahler der AOK sitzen auch im ländlichen Raum und erwarten, dass die Krankenkassen nicht Milliardenbeträge horten, sondern sie zielgerecht zum Nutzen der Allgemeinheit – auch der Bürger im ländlichen Raum einsetzen!“

Der engagierte Kommunalpolitiker forderte, die Krankenkassen sollten die Kliniken stattdessen endlich leistungsgerecht entgelten: „Ich wünsche mir von den Krankenkassen, dass sie die Kliniken nicht in den Ruin treiben, indem sie ihnen Leistungen seit Jahrzehnten vorenthalten, um selbst Gewinne zu scheffeln!“ Seit vielen Jahren seien beispielsweise Tarifierhöhungen und Preissteigerungen für die Krankenhäuser nicht annähernd ausgeglichen worden. Die Kreiskrankenhäuser kämen einem gesetzlichen Auftrag nach und seien für die Grund- und Regelversorgung unverzichtbar. „Sie gehören zur Daseinsvorsorge und sind gerade auf dem Land existenziell. Ohne die Kliniken würde sich die Infrastruktur des Kreises deutliche verschlechtern. Sie erfüllen diese Aufgabe sehr gut, wohl besser als manche Großklinik“, sagt Nesor.

Zeitgleich sprach sich auch Baden-Württembergs Sozialminister Manne Luche (B90/Die Grünen) für eine stärkere Konzentration von Krankenhausstandorten aus: In einer Pressemitteilung, ebenfalls am 4. April, kündigte er an, die Förderkriterien für die Krankenhausplanung bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Es sei Aufgabe des Landes, die vorhandenen Mittel im Krankenhausbereich so effizient und zielgerichtet wie möglich einzusetzen. „Wir müssen weg vom Gießkannenprinzip. Dafür brauchen wir einen Strukturwandel in unserer Krankheitslandschaft. Die Medizin wird immer ausgefeilter und komplexer. Künftig wird es deshalb größere und leistungsfähigere Kliniken geben, in denen leistungsstarke Angebote möglich sind.“ Durch die Konzentration von medizinischem Wissen an einem Standort werde die Versorgungsqualität der Menschen erheblich verbessert, so der Minister.

„Der Minister hat sich vor den Karren der AOK spannen lassen“, sagt Nesor. Dabei wäre es seine Aufgabe als Landesminister, mehr für die Kliniken im Land zu tun, nachdem Baden-Württemberg bundesweit schon die ge-

ringste Dichte an Krankenhäuser habe. Kahlschlag in der Fläche sei das falsche Rezept, so der Kommunalpolitiker. Vieles im System der Krankenhausfinanzierung sei nicht nachvollziehbar: So habe Baden-Württemberg als Bundesland mit sehr hohen Einkommen gegenüber dem Bundesdurchschnitt bundesweit den niedrigsten Landesbasisfallwert. Auch vom Sicherstellungszuschlag für Krankenhäuser in der Fläche bekomme wohl kein Krankenhaus in Baden-Württemberg etwas ab. Hier würde er sich den Einsatz des Sozialministers wünschen, so der CDU-Fraktionsvorsitzende im Neckar-Odenwald-Kreis.

Quelle: Katrin Rüter, „Das Krankenhaus“, 5/2017

Young Industrial Art Award wird ausgelobt

Warum es cool ist, Kunst zu machen

Im Rahmen der landesweiten Industriewoche 2017 haben der Ostalbkreis, der Landkreis Heidenheim, die IHK Ostwürttemberg und der Arbeitgeberverband Südwestmetall Ostwürttemberg erstmals einen Industriepreis ausgelobt. In der Technischen Schule am Beruflichen Schulzentrum Aalen stellten Landrat Klaus Pavel und Vertreter der beteiligten Institutionen am 21. Juni 2017 den Wettbewerb öffentlich vor. Auszubildende technischer Berufe sind aufgerufen, im Ausbildungsteam in Zusammenarbeit mit ihrem Unternehmen und der Berufsschule Kunstobjekte zu schaffen, die prämiert, ausgestellt und schließlich für einen guten Zweck versteigert werden sollen.

Die Industriewoche fand auf Initiative von Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut vom 17. bis 24. Juni 2017 in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie (LVI), dem Baden-Württember-

'17
YOUNG INDUSTRIAL ARTAWARD
KUNSTWERKE FÜR DEN INNENRAUM

ANMELEDÉSCHLUSS
14. AUGUST 2017

Unter Schirmherrschaft von:
Wirtschaftsministerin
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut
und
Landrat Klaus Pavel

MEHR INFOS
ERHÄLTST DU AUF
UNSERER WEBSITE

Bist Du Azubi in einem technischen Beruf und kommst im September ins zweite Lehrjahr? Hast Du Lust ein Kunstwerk entstehen zu lassen?

Dann melde Dich mit anderen Azubis als Team an. Für die besten Objekte erhaltet Ihr tolle Preise und den Award in Gold, Silber und Bronze.

Mach dein Ding. Mach Kunst. Mach es im Team.
DENN DU BIST EINZIGARTIG

JETZT ANMELDEN

www.young-industrial-art-award.de

Ausgelobt und Präsentiert von: OSTALBKREIS, IHK Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg, SÜDWESTMETALL Bezugsgruppe Ostwürttemberg, Landkreis Heidenheim

Im Rahmen der Industriewoche: IWO

Unterstützt durch: WIRO, frau und beruf, KAALEN, WIRTSCHAFT, Staat für Talente und Patente

gischen Industrie- und Handelskammer-tag (BWIHK), der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände, dem DGB, der IGM und der IGBCE statt. Landesweit wurden unter diesem Dach etwa 300 Veranstaltungen durchgeführt, die die Sichtbarkeit und Akzeptanz der Industrie erhöhen sollen. In Baden-Württemberg entfällt ein Drittel der Wertschöpfung auf die Industrie, ein wesentlicher Teil davon auf den Maschinenbau. Die Wirtschaft in Ostwürttemberg hat einen traditionellen Schwerpunkt im produzierenden und verarbeitenden Sektor

mit einem breit gefächerten Branchenmix. Um die Bedeutung der Industrie für die Region Ostwürttemberg darzustellen, finden auch hier in der Region zahlreiche Veranstaltungen statt. Im Rahmen der Industriewoche 2017 haben daher der Ostalbkreis, der Landkreis Heidenheim, die IHK Ostwürttemberg und der Arbeitgeberverband Südwestmetall Ostwürttemberg gemeinsam den Young Industrial Art Award Ostwürttemberg ausgelobt. Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und Landrat Klaus Pavel

haben die gemeinsame Schirmherrschaft für den Award. Ideell unterstützt wird der Wettbewerb von der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WiRO, der IG-Metall, der Monatszeitung Wirtschaft Regional, der Technischen Schule Aalen sowie der Kontaktstelle Frau und Beruf Ostwürttemberg – Ostalbkreis.

Der Award richtet sich an Auszubildende in technischen Berufsbildern wie etwa Industriemechaniker, Mechatroniker, Werkzeug- und Zerspanungsmechaniker etc., die im September ins 2. Ausbildungsjahr kommen. Die Auszubildenden sind in Abstimmung mit ihren Unternehmen aufgerufen, in ihren Ausbildungswerkstätten während einer kurzen Projektphase im Herbst freie Kunstobjekte bzw. Werk- oder Produktkunst im Kontext der industriellen Fertigung zu erstellen. Dabei sollen sie von ihren Ausbildungsbetrieben unterstützt werden – in Form von Materialien, Werkzeugen, Maschinen, Fachwissen, Projektbegleitung und Zeit.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden nach der Sommerpause zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres in Workshops auf diese Aufgabe vorbereitet werden. Die Workshops werden von vier renommierten Künstlern aus der Region – Paul Groll, Laszlo Haschka, Rudolf Kurz und Andreas Welzenbach – begleitet.

„Gemeinsam mit den Unternehmen und den Beruflichen Schulen im dualen Ausbildungssystem wollen wir junge Menschen ermutigen, aus ihrer beruflichen Tätigkeit und den Betrieben heraus im Ausbildungsteam Kunstobjekte zu fertigen“, erläuterte Landrat Klaus Pavel eines der Ziele des Wettbewerbs. „Diese werden zur Eröffnung des neuen IHK-Bildungszentrums im Dezember 2017 ausgestellt“, so Pavel weiter. Nach der Prämierung der drei besten Objekte durch eine Jury werden die Werke für einen guten Zweck versteigert. Den Teams mit den drei besten Kunstobjekten winken tolle Preise sowie der

Award in Gold, Silber und Bronze. Darüber hinaus erhalten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Award eine Anerkennung.

Die auslobenden Institutionen möchten außerdem mit dem Young Industrial Art Award Ostwürttemberg den Facettenreichtum der Industrie in der Region sichtbar machen und die Aufmerksamkeit auf die Schaffenskraft der Unternehmen und der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lenken. Im Hintergrund steht dabei auch die Annahme, dass industrielle Tätigkeiten im weitesten Sinne als kreative und künstlerische Prozesse bezeichnet werden, an deren Ende Kunstwerke stehen; denn „Kunst“ bezeichnet im weitesten Sinne jede entwickelte Tätigkeit, die auf Wissen, Übung, Wahrnehmung, Vorstellung und Intuition gegründet ist. Im engeren Sinne sind Ergebnisse gezielter menschlicher Tätigkeit gemeint, die nicht eindeutig durch Funktionen festgelegt sind. Außerdem dient Kunst – wie auch die industrielle Produktion – der Gesellschaft.

Der Preis hat zudem eine enge Beziehung zum Thema Fachkräfteentwicklung. Durch die Verbindung von Kunst und Industrie werden insbesondere auch weibliche Auszubildende angesprochen und darüber hinaus die Industrie für Mädchen und Frauen noch interessanter gemacht. Dies dient dem Zweck, diese Zielgruppe für MINT-Berufe zu gewinnen.

Thema des Awards in diesem Jahr sind „Kunstwerke für den Innenraum“. Der Wettbewerb soll bei erfolgreicher Durchführung in mehrjährigem Turnus mit neuen Schwerpunkten ausgelobt werden und längerfristig weitere Potenziale und Synergien heben.

Weitere Infos unter www.young-industrial-art-award.de

Ostalbkreis startet Online-Portal für sozialen Wohnraum

Vermieter können Wohnungen via Internet der Landkreisverwaltung melden

Sozialer Wohnraum für bedürftige Menschen ist knapp geworden. Egal ob alleinerziehende Mütter, Großfamilie, Rollstuhlfahrer oder Migranten, die Wohnungssuche im Ostalbkreis fällt momentan schwer. Noch schwerer wird es, wenn die Miete günstig sein muss oder die Wohnung barrierefrei sein soll. Der Ostalbkreis hat deshalb auf www.ostalbhelfer.de ein Wohnraumportal eingerichtet, das Eigentümern von leerstehenden Wohnungen, Häusern oder einzelnen Zimmern die Möglichkeit bietet, diese als sozialen Wohnraum beim Landratsamt anzubieten.

„Als der Landkreis im Herbst 2015 die vielen geflüchteten Menschen unterbringen musste, war die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung riesengroß. Uns wurden damals über 100 Wohnungen zur Unterbringung angeboten. Demnach gibt es Leerstände im Ostalbkreis, welche auch gut von bedürftigen Menschen genutzt werden könnten“, berichtet Landrat Klaus Pavel. Deshalb startet der Ostalbkreis auf der Seite www.ostalbhelfer.de unter dem Menüpunkt „Wohnraumportal“ nun einen Versuch, diesen Wohnraum zu aktivieren. Über dieses Wohnraumportal können Vermieter der Landkreisverwaltung alle Informationen über die Leerstände mitteilen und auch Wünsche bezüglich den zukünftigen Mietern äußern. Die Daten und Angaben der Vermieter werden dabei nicht an Dritte weitergegeben und sind nicht öffentlich einsehbar.

Die Mitarbeitenden und vor allem die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Landkreisverwaltung betreuen sehr viele Personen, die auf der Suche nach freiem Wohnraum sind. Aus diesem Kreis werden die für die angebotenen Woh-

nungen passenden Personen ermittelt. Anschließend findet die Besichtigung der Wohnung statt. Wenn der Vermieter einverstanden ist, wird ein Mietvertrag zwischen ihm und dem Wohnungssuchenden abgeschlossen. Der Vermieter hat den Vorteil, dass er sehr schnell und möglicherweise schon nach einer Besichtigung den passenden Mieter finden kann. Auch ist es wichtig zu wissen, dass die neuen Mieter von Mitarbeitenden des Landkreises betreut werden.

„Wir sind auf die Resonanz, die das Wohnraumportal findet, schon sehr gespannt und hoffen natürlich, dass potenzielle Vermieter das Portal gut annehmen und uns die Leerstände melden“, so der Landrat, „wenn wir 30 Wohnungen im Jahr erfolgreich vermitteln könnten, wäre das ein toller Erfolg!“

INFO: www.ostalbhelfer.de, Menüpunkt Wohnraumportal

Das Online-Meldeportal für sozialen Wohnraum ist ein kostenfreies Angebot des Landratsamts Ostalbkreis. Bevor ein Angebot eingestellt werden kann, muss sich der anbietende Vermieter registrieren.

Für Rückfragen stehen die Flüchtlingsbeauftragte des Ostalbkreises Diana Kurschat und die Gleichstellungsbeauftragte des Ostalbkreises Katharina Oswald gerne zur Verfügung (Tel. 0 73 61/ 5 03-1798).

OLG Stuttgart bestätigt Rechtmäßigkeit der Verlustausgleiche für die Kreiskliniken durch den Landkreis auch für 2012 und 2013

Das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart hat sich am 23.3.2017 klar dafür ausgesprochen, dass die durch den Landkreis Calw getätigten Verlustausgleiche der Kreiskliniken Calw und Nagold für die Jahre 2012 und 2013 rechtmäßig erfolgt sind. Es handle sich nicht um eine nach den EU-Wettbewerbsregeln verbotene

Beihilfe. Die Klage des Bundesverbands Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK) gegen den Landkreis Calw wurde abgewiesen und eine Revision vor dem Bundesgerichtshof abgelehnt.

„Wir freuen uns, dass das Oberlandesgericht unserer Argumentation gefolgt ist und wir nun unsere Vorgehensweise vollumfänglich bestätigt sehen“, resümierte der Calwer Landrat Helmut Rieger nach der Urteilsverkündung.

Durch das überwiegend lokal bzw. regional ausgerichtete Angebot der Kreiskliniken Calw und Nagold sowie ihrer Fokussierung auf Standardleistungen im Sinne der Grund- und Regelversorgung mit Schwerpunkten hätten die Verlustübernahmen durch den Landkreis nach Auffassung des OLG keine Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel gehabt. Auch eine durch sie verursachte Erschwernis des Marktzutritts bzw. des Bestehens am Markt für andere Klinikbetreiber konnten die Richter nicht feststellen. Insofern seien die Ausgleichszahlungen des Landkreises Calw zur Aufrechterhaltung des Betriebs der defizitär arbeitenden Kreiskliniken für die Jahre 2012 und 2013 – entgegen der Auffassung des BDPK – nicht als staatliche Beihilfen zu bewerten, die bei der Europäischen Kommission hätten angemeldet werden müssen. Daher wurde die Klage des BDPK auch in Hinblick auf die Jahre 2012 und 2013 zurückgewiesen. Das OLG Stuttgart hat darüber hinaus entschieden, den Fall nicht dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen und festgestellt, dass keine Gründe für eine Revision bestehen. Der Klägerseite bleibt also nur noch innerhalb eines Monats beim Bundesgerichtshof eine sog. Nichtzulassungsbeschwerde einzulegen.

Am 24. März 2016 hatte der Bundesgerichtshof (BGH) bereits die grundsätzliche Zulässigkeit der Verlustübernahme kommunaler Krankenhäuser durch ihre Träger unter bestimmten Voraussetzungen bestätigt. Allerdings hatte er die Klärung der Frage, ob die durch den Landkreis geleisteten Aus-

gleichszahlungen für die beiden Jahre 2012 und 2013 im Einzelfall allen rechtlichen Vorgaben entsprechen, an das OLG als zuständiges Berufungsgericht zurückverwiesen.

Als Beklagter hat der Landkreis Calw bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Durch das Urteil des OLG Stuttgart ist jetzt bestätigt worden, dass gerade kommunale Krankenhäuser auf die Übernahme ihrer Betriebsverluste durch die Träger angewiesen sind, um die medizinische Grund- und Regelversorgung der Bevölkerung sicherstellen zu können.

Hintergrund

Der BDPK hat den Landkreis Calw in einem Musterprozess mit bundesweiter Bedeutung auf „Unterlassung unlauteren Wettbewerbs“ verklagt, weil der Kreis die Verluste seiner Kliniken über Zuschüsse aus dem Kreishaushalt ausgleicht und Bürgschaften für die Kredite der Kreiskliniken gewährt. Eine gängige Praxis, vor allem bei Krankenhäusern in ländlichen Gebieten. Denn aufgrund der mangelhaften Finanzierung der Krankenhäuser durch Bund, Land und Krankenkassen, gelingt es den kommunalen Krankenhäusern immer weniger, ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erwirtschaften. Da die Träger der kommunalen Krankenhäuser im Rahmen der Daseinsfürsorge verpflichtet sind, rund um die Uhr eine flächendeckende, wohnortnahe, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Grund- und Regelversorgung sicherzustellen, sind sie immer öfter gezwungen, Betriebsverluste auszugleichen und Kliniken Bürgschaften für Kredite zu gewähren. Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) sieht darin einen Verstoß gegen Wettbewerbs- und EU-Beihilfenrecht. Nachdem sowohl das Landgericht Tübingen im Dezember 2013 als auch das Oberlandesgericht Stuttgart als zuständiges Berufungsgericht im November 2014 zugunsten des Landkreises Calw urteil-

ten, hatte im März 2016 der Bundesgerichtshof Karlsruhe als Revisionsgericht die grundsätzliche Zulässigkeit der finanziellen Unterstützung kommunaler Krankenhäuser bestätigt. Allerdings verwies er die Prüfung der Frage, ob die durch den Landkreis getätigten Verlustausgleiche der Jahre 2012 und 2013 im Einzelfall allen rechtlichen Vorgaben entsprechen an das OLG als zuständiges Berufungsgericht zurück.

Starke Partner in der Suchtvorbeugung – Kreissparkasse und Landkreis Esslingen engagieren sich für Kinder und Jugendliche

Die Suchtprophylaxe im Landkreis Esslingen basiert auf einem Erfolgsrezept: gute Konzepte und Organisation, engagierte Kooperationspartner sowie starke Unterstützer und Förderer wie die Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen. Sie ermöglicht aus Mitteln der PS-Sparen-Lotterie seit vielen Jahren Projekte in der Suchtvorbeugung in Kindergarten, Schule und Jugendarbeit. Dabei geht es vor allem darum, Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu stärken und sie zu befähigen, ihr Leben gut zu meistern.

Die Kreissparkasse stellt dem Landkreis jetzt weitere 42.900 Euro für Suchtprophylaxe-Projekte zur Verfügung. Kreissparkassen-Vorstandsvorsitzender Burkhard Wittmacher überreichte den Scheck an Landrat Heinz Eininger, Sozialdezernentin Katharina Kiewel sowie Elke Klös und Christiane Heinze von der Suchtprophylaxe des Landkreises. „Dank der Unterstützung der Kreissparkasse können wir landkreisweit eine ausgezeichnete Präventionsarbeit leisten“, betonte Landrat Eininger. Durch ihr finanzielles Engagement sichern die Kreissparkasse Projekte gerade im schulischen Bereich. Zielgruppe sind vor allem die 7. Klassen: „In diesem Alter beginnen Jugendliche erfahrungsgemäß mit

Suchtmitteln zu experimentieren – mit Alkohol, Zigaretten, Shisha-Pfeifen, mit illegalen Drogen, Legal Highs, mit Medien und Glücksspiel“, erklärte Sozialdezernentin Kiewel. Kinder und Jugendliche müssten lernen, mit Suchtmitteln umzugehen, eine Haltung für sich zu entwickeln und die Risiken gut einzuschätzen. Durch die Angebote der Suchtvorbeugung sollen sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Lebensbewältigung gestärkt werden. Fähigkeiten und Stärken, aber auch eigene Grenzen erkennen lernen, sind wichtige Bausteine der Suchtprophylaxe.

Ein bundesweit einmaliges und mehrfach prämiertes Projekt ist „*Future for all*“. Hier setzen sich ehemalige Drogenabhängige als Referenten schulischer Suchtvorbeugung mit Schülern über ihre Lebensgeschichte auseinander. Mit Theaterpädagogik und Rollenspielerarbeit werden Verhaltensalternativen für kritische und belastende Situationen in Elternhaus, Schule und Freizeit spielerisch ausprobiert und diskutiert. Insgesamt 125 Veranstaltungen mit Schülern und Eltern können jährlich in allen Schularten mit sehr guten Rückmeldungen umgesetzt werden. Bemerkenswert ist das Schülermultiplikatorenseminar, bei dem sich Schüler der 8. Klasse in dreitägigen Seminaren mit Suchtmitteln und Fragen der Suchtvorbeugung „von Schülern für Schüler“ auseinandersetzen. Jährlich werden bis zu 100 Jugendliche aus über 20 Schulen erreicht. Die Teilnehmer entwickeln in der Folge spannende, von ihren Mitschülern gut angenommene Aktionen in ihren Schulen oder im Freizeitbereich.

Beim *Peer-Projekt an Fahrschulen* setzen sich junge Leute mit „frischem“ Führerschein mit Fahrschülern über Alkohol und Drogen im Straßenverkehr auseinander. Im Rahmen dieser zusätzlichen Einheit an der Fahrschule entwickeln sie gemeinsam Strategien, wie man Feiern und Fahren verantwortlich miteinander vereinbaren kann. Ziel ist es, die häufig folgenschweren Disco- und Partyunfälle

zu verhindern. Etliche „Peers“ haben bereits kritische Situationen erlebt und wollen dafür ein Bewusstsein bei den Fahrfrischlingen schaffen.

Eine *Konzertierte Aktion zur Prävention von Essstörungen* will besonders Lehr- und Fachkräfte aus Schule und Jugendarbeit erreichen. Sichtungungsveranstaltungen von empfehlenswerten Präventionstheatern, Fachvorträge, Grundlagen- und Methodenfortbildungen sensibilisieren für den Umgang mit Jugendlichen und vermitteln Ideen und Methoden für die präventive Arbeit. „Bei der Umsetzung der Inhalte in der eigenen Schule oder in und das Kooperationstreffen Essstörungen praktische Jugendeinrichtungen leisten Suchtprophylaxe Hilfe. Bisher stießen alle Veranstaltungen auf eine erfreulich große Resonanz“, berichtet Katharina Kiewel.

Um bei 225 Schulen und zahlreichen Jugendeinrichtungen im Landkreis in die Breite wirken zu können, wurde die Idee eines Referentenpools geboren. Dabei werden junge sozialpädagogische Fachkräfte geworben und angeleitet, präventive Workshops mit Jugendlichen zu den Themen Alkohol, Rauchen, Essstörungen/Bodykult und Glücksspiel anzubieten. Die Workshops werden laut Kiewel landkreisweit beworben und gut angenommen. „Suchtvorbeugung will frühzeitig ansetzen, auch schon im vorschulischen Bereich mit Eltern und Erzieherinnen“, erklärt die Sozialdezernentin. Ehrenamtliche Männer und Frauen mit pädagogischer Vorbildung werden gewonnen und angeleitet, Elternabende in Kindertageseinrichtungen interaktiv und spielerisch zu gestalten. „Wir möchten Eltern für ihr Vorbildverhalten sensibilisieren und ihnen Orientierungshilfen für wichtige Erziehungsfragen geben“, erläutert Kiewel. Die Elternabende befassen sich beispielsweise mit Themen wie Essen, Naschen, Medien, und was Kinder für eine gute Persönlichkeitsentwicklung brauchen. Dabei geht es um Aspekte wie Freiraum und Grenzen, Körper- und Selbstbewusstsein, Kreativität und Phan-

tasie, Frustrationstoleranz und Konfliktfähigkeit, Selbstwert und Selbstvertrauen.

Mit den finanziellen Mitteln der Kreissparkasse organisiert die Suchtprophylaxe jährlich fast 200 Veranstaltungen für die über 100 000 Kinder und Jugendlichen im Landkreis Esslingen. „Ein tragender Ansatz dabei ist es, Multiplikatoren auszubilden, Ehrenamtliche und junge Menschen als Peers sowie Erwachsene für die Mitarbeit zu gewinnen, damit im Schneeballprinzip die Suchtvorbeugung auf vielen Schultern verteilt wird und so möglichst viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene erreicht werden können“, erklärt die Sozialdezernentin. Das Geld für die Suchtprophylaxe-Projekte stammt aus dem bekannten „PS-Sparen“ der Kreissparkasse. Bei dieser Sparer-Lotterie legen die Sparer einen Teil ihres Lottereeinsatzes fest an und haben zusätzlich die Chance auf einen Gewinn. Einen festgelegten Teil des Lotteriegeldes aus dem PS-Sparen führt die Kreissparkasse sozialen Zwecken zu. „Mit dem Geld unterstützen wir gezielt gemeinnützige Projekte im Landkreis. Auf diese Weise helfen unsere Kunden mit ihrem Dauerauftrag beim PS-Sparen auch anderen Menschen“, erklärte Vorstandsvorsitzender Burkhard Wittmacher. „Der enge Schulterschluss von Kreissparkasse und Landratsamt ermöglicht es, Tausende von Jugendlichen und ihre Eltern zu erreichen“, freut sich Landrat Heinz Eininger.

Ansprechpartnerinnen im Landratsamt Esslingen sind:

Beauftragte für Suchtprophylaxe
Elke Klös, Telefon 0711/39 02-25 71
E-Mail: Kloes.Elke@lra-es.de,
Koordination Suchtprophylaxe
Christiane Heinze,
Telefon 0 70 21/9 70 43-10
E-Mail: Heinze.Christiane@lra-es.de

Landkreis Tuttlingen erhält Förderzuschuss für die Einrichtung von zwei E-Ladestationen am Landratsamt Tuttlingen

Der Landkreis zählt damit zu den vier vom Bundesministerium geförderten Projekten in Baden-Württemberg.

Das laufende Projekt „Elektromobilität im Landkreis Tuttlingen – Aufbau einer landkreisweiten Ladesäuleninfrastruktur für Elektrofahrzeuge, Pedelecs und E-Bikes“ – wird im Rahmen der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (LIS) mit insgesamt 22 000 Euro durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert. Die Umsetzung der Förderrichtlinie wird von der NOW Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie koordiniert.

Mit dem Förderzuschuss sollen zwei öffentliche E-Ladestationen der EnBW AG mit 22 kW Leistung am Hauptgebäude des Landratsamtes Tuttlingen installiert werden. „Die Installation der E-Ladestationen bietet eine optimale Möglichkeit, Termine im Landratsamt mit dem Ladevorgang von Elektrofahrzeugen, Pedelecs und E-Bikes zu verknüpfen“ erklärt Adrienne Metzl, Klimaschutzmanagerin des Landkreises Tuttlingen.

Der Landkreis Tuttlingen hat sich bereits früh im Bereich der nachhaltigen (E-)Mobilität engagiert. Beispielhaft sind hier das Modellprojekt „3mobil“, die Mitwirkung im Regionalen Arbeitskreis E-Mobilität sowie die Installation erster Ladestationen für Elektrofahrzeuge, E-Bikes und Pedelecs im Landkreis zu nennen. „Durch die Installation der neuen Ladestationen gehen wir den nächsten wichtigen Schritt in Richtung flächendeckende und nutzerfreundliche Ladeinfrastruktur“, betont Michael Guse, Dezernent für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Kultur. „Ziel ist es – gemeinsam mit den Kreiskommunen – eine landkreisweite Ladesäuleninfrastruktur aufzubauen.“

In einer vom Landkreis angestoßenen Interessensabfrage wurde das große Engagement der Städte und Gemeinden für E-Mobilität noch einmal deutlich. Das gemeinsame Interesse am Aufbau einer landkreisweiten Ladeinfrastruktur soll durch ein durchgängiges Symbol bzw. einen Slogan für die Gestaltung der Ladestationen verdeutlicht werden. Aktuell werden hierfür Designvorschläge entworfen, die anschließend mit den Kreiskommunen abgestimmt werden.

Um eine optimale Lokalisierbarkeit der Ladesäulen zu gewährleisten, werden die zwei neuen Ladestationen am Landratsamt von der EnBW als POI (Point of Interest) in ein öffentliches Verzeichnis übertragen (Homepage, Navigationssysteme, App). Zusätzlich ist es angedacht, alle öffentlichen E-Ladestationen des Landkreises grafisch in einer so genannten „Mobilitätskarte“ darzustellen. Eine Abfrage bei den Kreiskommunen wird in Kürze durchgeführt, um eine Übersicht über die vorhandenen, öffentlichen Ladestationen zu erhalten.

Im Rahmen des ersten Aufrufs zur Antragseinreichung der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wurde ein Fördervolumen von insgesamt 561 759,63 Euro auf zehn Bundesländer ausgeschüttet. Neben dem Landkreis Tuttlingen erhielten in Baden-Württemberg die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH, das Hermann Geuder Elektrizitätswerk e.K. sowie die Gemeinde Berghülen einen Förderzuschuss.

Insgesamt stehen im Rahmen des Förderprogramms nach derzeitiger Finanzplanung bis zu 10 Mio. Euro Fördermittel für den Aufbau von Normalladeinfrastruktur zur Verfügung. „Viele unserer Kreiskommunen haben ebenfalls Förderanträge im Rahmen des Förderprogramms eingereicht. Wir hoffen, dass viele dieser Anträge in den folgenden Ausschüttungen der Fördergelder berücksichtigt werden um gemeinsam ein

flächendeckendes Netz an E-Ladestationen aufbauen zu können“, berichtet Landrat Stefan Bär. Mit der Installation der zwei E-Ladestationen am Landratsamt Tuttlingen soll noch dieses Jahr begonnen werden.

Landratsamt Ortenaukreis erteilt Baugenehmigung für „Europäisches Forum am Rhein“

Landrat Scherer:
„Potenzial für ein Wahrzeichen des Eurodistrikts in der Ortenau“

Landratsamt Ortenaukreis hat die baurechtliche Genehmigung zum Bau des „Europäischen Forums am Rhein“ (EFAR) in Neuried-Altenheim erteilt. Landrat Frank Scherer überreichte am 28. Juni 2017 dem Architekten und Bauherrn Jürgen Grossmann die Genehmigung für das geplante Gebäude auf der Gemarkung Altenheim in unmittelbarer Grenz Nähe zu Frankreich bei der Pierre-Pflimlin-Brücke.

Das „BAAL novo Theater Eurodistrikt“ steht bereits als Mieter fest und wird in den Räumlichkeiten eine neue Spielstätte mit Amphitheater und Proberaum beziehen. Vorgesehen sind auch eine gastronomische Nutzung mit einer Rhein-Terrasse sowie eine Marktpassage mit regionalen Produkten aus der Ortenau und dem Elsass. Gleichzeitig soll das EFAR Reisenden als neues Tor zur Ortenau und dem Schwarzwald dienen, mit einem Tourismusportal, Informationen und Tipps für Aufenthalte in der Region. Ein Info-Center des Regierungspräsidiums Freiburg wird zum Hochwasserschutz und dem Naturraum Oberrhein informieren. Auf dem Gesamtareal sind rund 200 Parkplätze geplant.

„Das Europäische Forum am Rhein wird nicht nur ein architektonischer Blickfang in exponierter Lage, sondern auch ein einmaliges touristisches und kulturelles Highlight im Eurodistrikt Strasbourg-



Landrat Frank Scherer (rechts) überreichte Jürgen Grossmann, Architekt und Investor des „Europäischen Forums am Rhein“, die Genehmigung für das geplante Gebäude an der deutsch-französischen Grenze bei Neuried-Altenheim.

Ortenau werden. Das Elsass und die Ortenau wachsen damit noch ein Stück näher zusammen. Ich freue mich sehr, dass wir nun die Baugenehmigung erteilen konnten, denn das Forum hat das Potenzial für ein Wahrzeichen des Eurodistrikts in der Ortenau“, sagte Landrat Scherer und gratulierte Jürgen Grossmann für dessen Durchhaltevermögen. Im mehrjährigen Planungs- und Genehmigungsverfahren mussten rund 25 Träger öffentlicher Belange und elf Fachbehörden angehört und deren Anliegen angemessen berücksichtigt werden.

„Was für ein außergewöhnlich schöner Tag“, sagte Investor und Architekt Jürgen Grossmann. „Nach neun Jahren Planung und Vorbereitung geht es jetzt mit Sieben-Meilen-Stiefeln dem Ziel entgegen: Das ist ein tolles Glücksgefühl.“

Bereits in zwei Jahren soll das Forum am Rhein eröffnet werden, so Grossmann. „Zunächst wird jetzt eine Trafo-Station versetzt, im August rollen dann die Bagger an. Bis Ende August wollen wir mit den Erdarbeiten soweit sein und mit der Bodenverdichtung beginnen. Im September soll dann die Grundsteinlegung stattfinden.“

Robert-Bosch-Stiftung fördert Gesundheitszentrum Schwäbische Alb

Mit dem Programm „PORT – Patientenorientierte Zentren zur Primär- und Langzeitversorgung“ unterstützt die Robert Bosch Stiftung bundesweit fünf Initiativen bei der Umsetzung modellhafter lokaler Gesundheitszentren. Die Bosch-Stiftung fördert die Umsetzung des Gesundheitszentrums Schwäbische Alb in Hohenstein in den kommenden Jahren mit bis zu 500 000 Euro. Die künftigen PORT-Zentren sollen die umfassende Grundversorgung der Bevölkerung in einer Region gewährleisten und insbesondere eine bessere Versorgung von chronisch kranken Menschen aus einer Hand ermöglichen.

Für das Gesundheitszentrum hatte sich federführend die Gemeinde Hohenstein beworben und gemeinsam mit allen Akteuren einen umfassenden Antrag ausgearbeitet: Ziel des Gesundheitszentrums ist es, den Bürgerinnen und Bürgern in Hohenstein und auf der Schwäbischen Alb eine auf den regionalen konkreten Bedarf abgestimmte umfassende Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Dies umfasst auch die Vorsorge und die Gesundheitsförderung. Damit die Versorgung patientenorientiert, koordiniert und kontinuierlich erfolgen kann, arbeitet im Zentrum ein Team aus verschiedenen Gesundheits-, Sozial- und anderen Berufen zusammen. Dabei werden neue Potenziale wie z.B. E-Health oder Telemedizin genutzt.

„Die Versorgung chronisch kranker Menschen findet vorwiegend in Hausarztpraxen statt, die trotz großen Engagements mit den zunehmenden Herausforderungen im Versorgungsalltag zu kämpfen haben. Auch für Patienten wird es zunehmend schwierig, das erforderliche Netzwerk an Unterstützern zu bilden und zu koordinieren. Wir freuen uns daher, dass wir mutige Pioniere gefunden haben, die gemeinsam mit uns Impulse setzen für eine Neuausrichtung der ambulanten Versorgung, für eine verbesserte und zukunftsfähige Versorgungsqualität, begründet Frau Dr. Bernadette Klapper, Leiterin des Bereichs Gesundheit das starke Engagement der Robert Bosch Stiftung.

Landrat Thomas Reumann und Bürgermeister Jochen Zeller freuen sich über die Förderung des Gesundheitszentrums und sehen sie als eine Bestätigung für den Ansatz, den Patienten in den Mittelpunkt zu stellen und die Angebote der Beteiligten bestmöglich miteinander zu vernetzen: „Wir haben im Landkreis Reutlingen frühzeitig das Thema Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung auf die Tagesordnung gesetzt. Gesundheit ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge. Das Gesundheitszentrum Schwäbische Alb in Hohenstein ist deshalb ein wichtiger und konsequenter weiterer Schritt, der auch die Prävention und Gesundheitsförderung einschließt“, unterstreicht Reumann.

„Die Förderung des Projektes durch die Robert-Bosch-Stiftung ist für die weitere Entwicklung von Hohenstein, das sich als gesunde Gemeinde zertifiziert hat eine wichtige Unterstützung. Sie ist auch eine Anerkennung und Wertschätzung der

Arbeit vieler Beteiligter in Hohenstein, die sich für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung und Prävention engagieren“ zeigt sich Bürgermeister Jochen Zeller erfreut.

Die Versorgung chronisch kranker Menschen ist eine der zentralen Herausforderungen des Gesundheitswesens. Bereits heute werden über 75 Prozent der Gesundheitsausgaben in Deutschland für die Behandlung chronisch Kranker benötigt. In den kommenden Jahren wird die Zahl der chronisch und mehrfach erkrankten Menschen weiter zunehmen. Gleichzeitig stehen weniger Gesundheitsfachkräfte zur Verfügung, vor allem in strukturschwachen Regionen. Diesen Herausforderungen hat sich der Landkreis Reutlingen und die Gemeinde Hohenstein frühzeitig gestellt.

Die Auswahl der künftigen PORT-Zentren erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren aus rund 60 Bewerbungen. Im ersten Schritt wurden acht Initiativen über mehrere Monate bei der Konzeptentwicklung von der Robert Bosch Stiftung begleitet und finanziell unterstützt. Aus den erarbeiteten Konzepten hat eine Expertenjury unter anderem Hohenstein ausgewählt.

Landrat Gerhard Bauer begrüßt Lehrer aus Zamosc (Polen) im Landratsamt

Nach der Flüchtlingswelle im Sommer 2015 leistet die Schullandschaft im Landkreis Schwäbisch Hall einen we-

sentlichen Beitrag zur Integration. Acht Lehrer von drei Privatschulen in Zamosc besuchten daher in der vergangenen Woche den Landkreis Schwäbisch Hall, im Rahmen eines Erasmus-Projektes zum Thema „multikulturelle Herausforderungen an Schulen“. Landrat Gerhard Bauer erzählte im gemeinsamen Gespräch von den großen Chancen die multikulturelle Schulklassen bieten.

„Das Beherrschen der deutschen Sprache ist für Zuwanderer die Eintrittskarte in das wirtschaftliche, kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben“, so beschreibt Landrat Gerhard Bauer die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration und damit die Teilhabe an der Gesellschaft. Gute Deutschkenntnisse bilden die Grundlage für qualifizierte Schulabschlüsse, erleichtern den Zugang zum Arbeitsmarkt, zur politischen Information und ermöglichen ein tieferes Verständnis der deutschen Gesellschaft. „Die Förderung der deutschen Sprache ist deshalb ein wesentlicher Schwerpunkt unseres Integrationskonzepts“, erklärt der Landrat.

Der kurze Einblick in die „gelebte Willkommenskultur“ im Landkreis hat die Delegation tief beeindruckt. „Wie schaffen Sie das?“, fragte Boguslaw Klimczuk, Leiter der Besuchsgruppe den Verwaltungschef. „Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nur gemeinsam gelingen. Das Wichtigste ist Offenheit und Toleranz“, so Landrat Gerhard Bauer.

Das Erasmusprogramm fördert drei weitere Besuche der polnischen Lehrer-



gruppe in Deutschland. „Deutschland hat es schon einmal geschafft viele Einwanderer zu integrieren, wir können hier vieles lernen“, ergänzte Boguslaw Klimczuk seinen Dank an den Landrat.

Landratsamt Sigmaringen veranstaltet „Tag der Führung“ unter dem Motto „Was wäre ich nur ohne meine Fehler?“

Im Mai 2017 wurde im Landratsamt Sigmaringen der erste „Tag der Führung“ abgehalten. Die Veranstaltung bot den aktuellen und zukünftigen Führungskräften des Hauses die Möglichkeit, sich dem Thema Führung zu widmen. Jongleur Andy Gebhardt gab zum Einstieg einen Impulsvortrag zum Thema „Was wäre ich nur ohne meine Fehler?“. Begleitet von einer eindrucksvollen Jonglage vermittelte er seine Gedanken und Erfahrungen zum Umgang mit Fehlern. Seine These lautet: „Ein Fehler ist besser als kein Fehler.“ Fehler sind bedeutend, denn sie haben immer eine Ursache und bieten die Chance zur Nachbetrachtung. Der Profi-Jongleur berichtete, dass ihm in seinem Jonglage-Training viele Fehler unterlaufen. Durch die Auseinandersetzung mit dem Fehler lernte er daraus und konnte sich so stetig verbessern. Seine Botschaft lautete: Ein offener und toleranter Umgang mit Fehlern unterstützt Lernkultur sowie Entscheidungskultur und verbessert das Arbeitsklima.

Im Anschluss an den bemerkenswerten Impulsvortrag ging die Führungsriege gemeinsam in einen offenen Dialog. In zwei Austauschrunden in der Form des „World Cafés“ machten sie sich Gedanken dazu, wie Fehler als Chance genutzt werden können und wie die Fehlerkultur im Landratsamt verbessert werden kann. Auch die hauseigenen Rahmenbedingungen zum Treffen von Entscheidungen wurden hinterfragt. Ihre Gedanken hielten die Fachbereichsleiter und die



Hausspitze auf Plakaten fest, um die Ergebnisse für alle Mitarbeiter zu dokumentieren.

Erstes Entwicklungsprogramm für Führungsnachwuchskräfte beim Landratsamt Sigmaringen abgeschlossen

An Führungskräfte werden heute immer höhere Anforderungen gestellt. Vor diesem Hintergrund und weil in den nächsten zehn Jahren fast die Hälfte der Führungskräfte im Landratsamt Sig-

maringen altersbedingt ausscheidet, führte die Kreisverwaltung das erste Entwicklungsprogramm für Führungsnachwuchskräfte durch. Elf Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden durch ein Assessment Center ausgewählt und nahmen an einem 19-monatigen Programm teil, das von einer externen Firma begleitet wurde. In dieser Zeit wurden die hausinternen Talente auf Führungsaufgaben vorbereitet. In einzelnen Modulen lernten sie z. B. Gesprächsführung, Konfliktmanagement, Personalrecht, Changemanagement und strategische Steuerung. Parallel hierzu hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschie-



Teilnehmer des Führungskräftenachwuchsprogramms und ihre Coaches.

dene Projekte zu bearbeiten. Landrätin Stefanie Bürkle machte bei einer Abschlussveranstaltung deutlich: „Die Entwicklung des eigenen Führungsnachwuchses ist ein wichtiger Baustein, um unsere Kreisverwaltung auch künftig gut zu aufzustellen.“ An die jungen Mitarbeiter gerichtet, betonte sie: „Sie sind unsere Investition in die Zukunft.“ Zum Abschluss bekamen die Nachwuchstalente Gelegenheit, sich und ihre Projekte vor allen Führungskräften des Landratsamtes Sigmaringen zu präsentieren.

Breitbandförderprogramm des Bundes: Rückenwind für den Ausbau des schnellen Internets im Landkreis Tübingen

Mit einem breit aufgelegten Förderprogramm unterstützt die Bundesregierung deutschlandweit den Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze in Regionen, in denen ein flächendeckender, privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist. Damit Kommunen in unterversorgten Gebieten entsprechende Projekte auf den Weg bringen können, fördert der Bund Beraterleistungen, die die Planung und Durchführung dieser Projekte ermöglichen sollen. Hiervon profitiert auch der Landkreis Tübingen, der für die Förderung des Glasfaserausbau in unterversorgten Gewerbegebieten einen Zuschuss in Höhe von 50 000 Euro erhält. Hans-Erich Messner, erster Landesbeamter des Landkreises Tübingen, nahm in Vertretung von Landrat Joachim Walter am Montag, 29. Mai 2017 den Förderbescheid von Enak Ferlemann MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur entgegen. „Ein hochleistungsfähiges Breitbandnetz ist einer der zentralen Standortfaktoren für die Zukunftsfähigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Betriebe und damit auch unserer Kommunen. Mit dem Fördergeld des Bundes

erfährt der Ausbau des schnellen Internets im Landkreis Tübingen einen deutlichen Schub“, so Messner bei der Übergabe in Berlin.

Insbesondere könne man mit dem Geld nun externe Beraterleistungen in Anspruch nehmen, mit denen für den Glasfaserausbau in Gewerbegebieten, die bislang noch unterversorgt seien, die entsprechenden Anträge auf konkrete Projektförderung gestellt werden können.

Sein Dank gelte dem Bund für dieses wichtige Signal an unsere Kommunen, betonte Messner. Insbesondere danke er der Parlamentarischen Staatssekretärin und Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Tübingen-Hechingen Annette Widmann-Mauz MdB, die die jetzt von Erfolg gekrönte Antragstellung mit großem Engagement begleitet habe.

Eine im Herbst 2016 von der Landkreisverwaltung durchgeführte Markterkundung hatte ergeben, dass in mehr als der Hälfte der kreisangehörigen Kommunen im Hinblick auf schnelles Internet noch zahlreiche sog. „weiße Flecken“ bestehen, vor allem in Gewerbe- und Industriegebieten in Tübingen, Rottenburg, Hirrlingen, Neustetten und im Steinlachtal. Um diese Versorgungslücken baldmöglichst zu schließen, bereitet die Landkreisverwaltung aktuell gemeinsam mit den betroffenen Kommunen, deren interessierten Gewerbebetrieben und einem Planungsbüro die weitergehende Antragstellung auf Förderungen von Bund und Land vor. Ziel ist es, in das „Sonderprogramm für Industrie- und Gewerbegebiete“ aufgenommen zu werden, das durch anteilige Mitförderung durch das Land immerhin mit einer Förderquote bis zu 70 % den Glasfaserausbau für ein künftiges Datenvolumen von 1 G/bit bezuschusst. „Damit wir dieses Ziel erreichen können, arbeiten wir zügig und intensiv weiter – damit das schnelle Internet im Landkreis weiter Fahrt aufnehmen kann“, gibt sich Hans-Erich Messner zuversichtlich.

Mit Kopf, Herz und Hand für den Klimaschutz im Rems-Murr-Kreis

Projekt „Weltenretter“ startet in die neue Saison: Neue Angebote für Vereine, Verbände und Schulen sind ab sofort buchbar

Die Natur- und Umweltpädagogen des Kreisjugendrings Rems-Murr e.V. sind wieder im Namen des Klimaschutzes unterwegs: Mit Unterstützung des Rems-Murr-Kreises vermittelt der Kreisjugendring Kindern und Jugendlichen, was Klimawandel bedeutet und was sie selbst im täglichen Leben unternehmen können. Ganz nach dem Prinzip „vom Erleben zum Handeln“ werden die Angebote in erster Linie im Freien durchgeführt und sind für Vereine, Verbände und Schulen ab sofort buchbar.

Mit Unterstützung des Landkreises und der Rems-Murr-Stiftung hat der Kreisjugendring sechs praxisorientierte Module entwickelt, in denen sich Kinder und Jugendliche mit den Phänomenen Klimawandel und Wetter, den erneuerbaren Energien und dem Ressourcenschutz beschäftigen können. Trotz der ernsten Inhalte geht es nicht darum, mit erhobener Zeigefinger die Kinder zu ermahnen. „Die Experimente mit eigenen Messungen, Bastelaktionen, das Werken und Bauen machen Spaß und sprechen die Kinder in ihrer eigenen Lebenswelt an“, weiß die Projektleiterin Simone Maile. Sie hat die „Weltenretter“-Module im vergangenen Sommer bereits mit einigen Kindergruppen erprobt. „Klimaschutz und Klimawandel sind wichtige Zukunftsthemen in unserer Gesellschaft. Ein Bildungsprojekt für Kinder, bei dem sie spielerisch etwas über den Klimawandel lernen können, ist für mich eine tolle und gute Sache. Wir sind vorausschauend für unseren Landkreis unterwegs, wenn wir unserem Nachwuchs diese Themen schon frühzeitig näher bringen“, betont auch Landrat Dr. Richard Sigel. Neben baulichen und technischen



Klimaschutzlösungen fördert der Rems-Murr-Kreis deshalb auch die Umweltbildung und Gestaltungskompetenz von Kindern und Erwachsenen im Rahmen des kreiseigenen Klimaschutz-Handlungsprogramms 2016 bis 2018. Die „Weltenretter“-Module richten sich an Kindergruppen im Alter von fünf bis zehn und zehn bis 15 Jahren. Sie sind flexibel anwendbar, dauern in der Regel zwei bis vier Stunden und werden jeweils von zwei Umweltpädagogen des Kreisjugendrings geleitet. Bei Buchungen und Fragen können Sie sich an info@jugendarbeit-rm.de wenden.

Überblick über das Angebot:

Diese „Weltenretter“-Module sind ab sofort wieder buchbar:

- *Wetterfrosch und Wolkenschloss*
Wetter und Klima entdecken, verstehen und schützen – Theorie mit Praxisexkursion
- *Sonne, Wasser, Wind und Biomasse*
Erneuerbare Energie verstehen und erleben – Experimente und Basteln
- *Klimawandel – Was geht?*
Über Klimawandel informieren und sensibilisieren – gerne in Kombination mit *Hau rein!*

- *Klimawandel – Hau rein!*
Wie sich jeder einzelne für Klimaschutz einsetzen kann – Tipps und sofort praktische Umsetzung
- *Die 3rrr – reduce, reuse, recycle*
Ressourcen sparen und schützen – mit Mitmachaktionen
- *Plastik – Fluch oder Segen*
Informationen zum Thema Plastik und Wege zur Müllvermeidung
- *Nahrung ist mehr als Essen*
Was hat unsere Nahrung mit Klima zu tun – mit leckeren Probierlein / klimafreundlichem Kochen

Keiner wird vergessen – Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit hoher Bleiberechtswahrscheinlichkeit frühzeitig in den Arbeitsmarkt integrieren

Der Landkreis Waldshut setzt sein erfolgreiches Projekt „MiKA“ fort. In diesem Projekt werden Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit hoher Bleiberechtswahrscheinlichkeit noch im laufenden Asylverfahren an den Arbeitsmarkt herangeführt. Nachdem im Jahr 2016 im Rahmen dieses Projekts bereits 24

Personen ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gefunden haben, wird das Projekt im Jahr 2017 fortgesetzt.

Nicht erst seit den Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre ist klar, dass es unter den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zahlreiche Personen gibt, die gut ausgebildet sind und schulische oder berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten mitbringen. Dieses Potenzial gilt es frühzeitig bei der Integration in Arbeit, auch als Integration in die Gesellschaft, zu nutzen.

Im anzuwendenden Asylbewerberleistungsrecht sind jedoch keine Leistungen vorgesehen, die auf die Integration in den Arbeitsmarkt abzielen. Jobcenter dürfen mit diesen Personen nicht arbeiten, da sie aufgrund des fehlenden Bleiberechtsstatus keinen Zugang zu den Leistungen des Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) haben. Deutsch- und Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stehen seit kurzer Zeit nur einem eingeschränkten Personenkreis zur Verfügung. Die Vermittlungsangebote der Bundesagentur für Arbeit (BA) können nur von Personen genutzt werden, die dem Arbeitsmarkt, auch aufgrund ausreichender Deutschkenntnisse, zur Verfügung stehen.

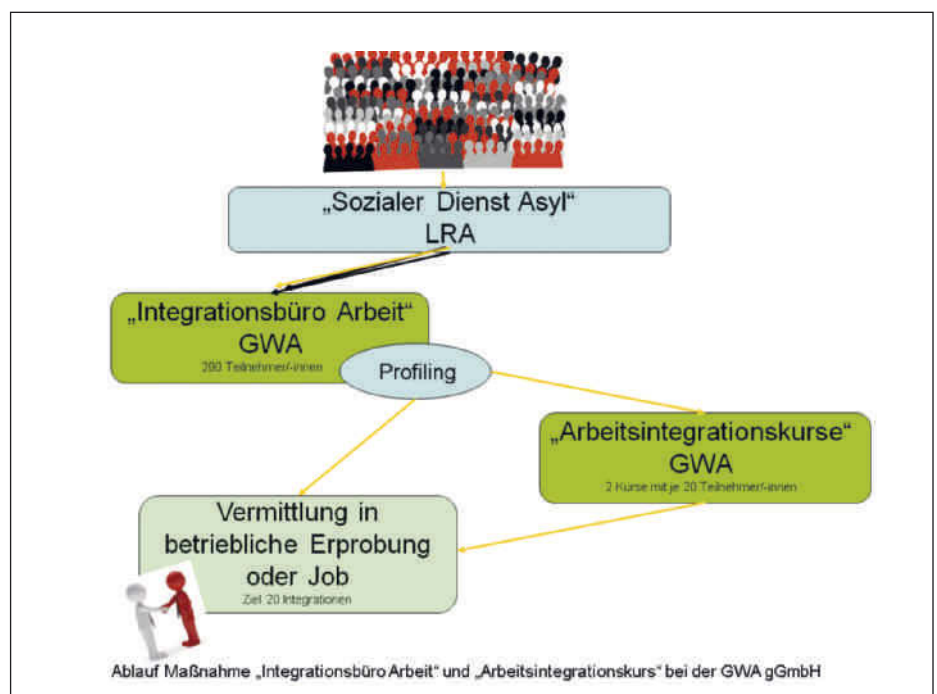
Der Landkreis Waldshut hat daher mit den Planungen für ein entsprechendes Projekt bereits Mitte des Jahres 2015 und damit vor der Flüchtlingswelle begonnen. Im November 2015 erfolgte dann der Beschluss der Kreisgremien, die bestehende Lücke durch ein eigenes Projekt des Landkreises zu schließen. Im Januar 2016 startete mit einer Finanzierung des Landkreises in Höhe von 100 000 Euro das neu entwickelte Projekt „MiKa“. Der Name des Projekts beinhaltet sogleich das wesentliche Ziel des Projekts: **Migranten integrieren in Kultur und Arbeit**. Zur Durchführung dieses Landkreisprojekts konnte auf die GWA gGmbH zurückgegriffen werden. Hierbei handelt es sich um eine bereits seit 1.4.1996 be-

stehende gemeinnützige Gesellschaft des Landkreises Waldshut und der Handwerkskammer Konstanz. Ziel der GWA gGmbH ist die Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitssuchenden und von Arbeitslosigkeit Bedrohten. Sie arbeitet seit vielen Jahren eng mit dem Landkreis Waldshut – speziell bis 2004 mit dem Kreissozialamt (BSHG – Hilfe zur Arbeit) und als zugelassenem kommunalen Träger (zKT) mit dem Jobcenter Waldshut im Bereich des SGB II und den regionalen Betrieben zusammen. Auf dieser Grundlage verfügt die GWA gGmbH über ein breites Wissen bezüglich der Anforderungen des regionalen Arbeitsmarktes und hilfreichen Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt. Das Projekt MiKA besteht aus einem „Integrationsbüro Arbeit“ und zwei „Arbeitsintegrationskursen“. In das Projekt werden Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit hoher Arbeitsmotivation und Bleiberechtswahrscheinlichkeit, aber einer zu erwartenden längeren Verfahrensdauer beim BAMF, aufgenommen. Da syrische Flüchtlinge in der Vergangenheit eine recht schnelle Anerkennung erhalten haben, können diese auch sehr schnell von den Maßnahmen des Jobcenters profitieren – eine Teilnahme dieser im Projekt MiKA ist daher nicht vorgesehen. Die freiwillige Teilnahme setzt voraus, dass keine gesundheitlichen Einschränkungen bestehen, die einer Arbeitsaufnahme entgegenstehen könnten. Unabdingbar sind zumindest rudimentär vorhandene Kenntnisse der deutschen oder englischen Sprache. Potenzielle Teilnehmer/innen werden vom Sozialen Dienst der Unteren Aufnahme- und Eingliederungsbehörde des Landkreises an das „Integrationsbüro Arbeit“ gemeldet. Mit bis zu 200 Projektteilnehmer/innen pro Jahr werden dort Bewerberprofile und Bewerbungsunterlagen erstellt/ergänzt und die Personen in eine Bewerberdatenbank aufgenommen. Anhand



dieser Daten wird dann zu potentiellen Arbeitgebern der Region Kontakt aufgenommen und gegebenenfalls auch mit dem Bewerber oder der Bewerberin ein Vorortbesuch dort durchgeführt. Die Mitarbeiter des Integrationsbüros Arbeit stehen den potentiellen Arbeitgebern jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung. Sie sind insbesondere behilflich bei Fragen zur betrieblichen Erprobung oder zu erforderlichen Dokumenten hinsichtlich der notwendigen Arbeitsgenehmigungen.

Vom „Integrationsbüro Arbeit“ werden jährlich 40 Projektteilnehmer/innen für den im Projekt beinhalteten „Arbeitsintegrationskurs“ vorgeschlagen. Pro Jahr werden zwei Kurse für jeweils 20 Teilnehmer/innen angeboten. In diesen „Arbeitsintegrationskursen“ werden die Teilnehmer/innen durch eine vierwöchige Theoriephase und eine anschließende siebenwöchige betriebliche Erprobung auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet. Zudem verbessern die Teilnehmer/innen ihre Deutsch-





kenntnisse und ihren Wortschatz im betrieblichen Umfeld.

Eine zweimonatige Nachbetreuung für den Arbeitgeber und die vermittelte Person nach erfolgreicher Arbeitsmarktintegration runden das Betreuungsangebot innerhalb des Projektes ab.

Im Jahr 2016 wurde das selbst gesetzte Ziel von 20 Integrationen übertroffen. Aus 61 betrieblichen Erprobungen konnten 24 Personen während oder im Anschluss an die Maßnahme eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen. Dadurch, dass die betreffenden Personen nun frühzeitig ganz oder zumindest überwiegend unabhängig von staatlichen Sozialleistungen leben, haben sich aus Sicht des Landkreises die eingesetzten finanziellen Mittel mehr als amortisiert.

Auch für die Arbeitgeber des Landkreises hat das Projekt positive Auswirkungen auf der Suche nach geeigneten Arbeitskräften – so ist es kaum verwunderlich, dass für die seit Projektbeginn gesamt 79 beruflichen Erprobungen und 29 Integrationen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen (drei weitere Personen warten derzeit auf die Arbeitsgenehmigungen) zwischenzeitlich 50 Betriebe des Landkreises gewonnen werden konnten.

Im ersten Arbeitsintegrationskurs des

Jahres haben sich bereits weitere 20 motivierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf den Weg gemacht, alsbald finanziell auf eigenen Beinen zu stehen und ihre Integration mit großen Schritten voranzutreiben.

Der große Erfolg des Projekts, die positive Resonanz bei den Arbeitgebern und die ausgeprägte Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat die Kreisgremien des Landkreises Waldshut überzeugt, das Projekt MiKA auch im Jahr 2017 fortzuführen.

Der Erfolg des innovativen Projekts hat bereits mehrfach zu Berichterstattungen in der lokalen Presse geführt.

Zweite Bildungskonferenz im Zollernalbkreis

Anfang Mai fand die zweite Bildungskonferenz im Zollernalbkreis mit dem Titel: „Versetzung gefährdet! Braucht Baden-Württemberg Nachhilfe in Sachen Bildung?“ statt. Der renommierte Bildungsforscher Prof. Dr. Ulrich Trautwein von der Universität Tübingen referierte vor Vertretern von Schulen, des Schulamts, Industrie, Handwerk, Kommunalpolitik und vielen Interessierten in der Hohenzollernhalle in Bisingen zu diesem Thema. Er erklärte die Kluft zwischen dem Anspruch des „Muster-



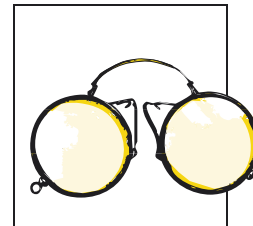
lände“, bei dem für Landrat Günther-Martin Pauli „Durchschnitt gar nicht geht“, und dem tatsächlichen Bildungsstandard.

Laut Trautwein hätten andere Bundesländer aus dem „Pisa-Schock“ vor rund 17 Jahren gelernt und sich verbessert. Baden-Württemberg sei jedoch auf dem damaligen Niveau verharrt und damit im Ländervergleich konsequent abgefallen. Den Grund sieht Trautwein in der

Konzentration auf die sogenannten „Sichtstrukturen“, die den Rahmen der Unterrichtsgestaltung vorgeben. Hierzu zählen neue Unterrichtsmethoden, auf die man in Baden-Württemberg in den letzten Jahren den Fokus gelegt habe. Hier wurden traditionelle Unterrichtsformen wie der Frontalunterricht umgestellt, während Forschungen ergeben haben, dass die „Tiefenstrukturen“ des Unterrichts sich viel mehr auswirken. So

seien das frühe Einführen von Regeln und Routinen, der konsequente Umgang mit Fehlern und Störungen und eine gut geplante Bereitstellung von Unterrichtsmaterial viel wichtiger.

Bei der Fragerunde und dem anschließenden Stehempfang hatten die etwa 200 Zuhörer Gelegenheit, die aufgeworfenen Fragen mit dem Bildungsforscher und untereinander zu diskutieren.



PERSONALIEN

Dr. Alexis von Komorowski wird neuer Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg

**Einstimmige Wahl durch die
Landrätekonferenz in Donaueschingen**

Neuer Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg wird Dr. Alexis von Komorowski. Die Landrätekonferenz wählte ihn am 4. Mai 2017 einstimmig in Donaueschingen zum Nachfolger des bisherigen Amtsinhabers, Prof. Eberhard Trumpp, der das Amt seit 1993 inne hatte und zum 31. Juli 2017 in den Ruhestand tritt.

Dr. Alexis v. Komorowski ist 46 Jahre alt, verheiratet und hat 3 Kinder. Er ist seit Sommer 2010 Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg.

Dr. Alexis v. Komorowski studierte Rechtswissenschaften an der Albert-Ludwigs-



Universität Freiburg und promovierte dort zu einem demokratierechtlichen Thema. Von 1995 bis 2005 war er am Institut für Öffentliches Recht der Universität Freiburg tätig. Es folgten bis 2010 verschiedene Verwendungen in der baden-württembergischen Ministerial- und Innenverwaltung. Am 13. Juli 2010

wurde er zum Stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Landkreistags gewählt und verließ das Umweltministerium, wo er zuletzt im Personalbereich tätig gewesen war. Beim Landkreistag hat er in den vergangenen sieben Jahren u. a. die Bereiche Gesundheit, Umwelt und Bauen verantwortet. Seit 2013 ist er Lehrbeauftragter für Umwelt-, Planungs- und Baurecht der Universität Stuttgart. „Herr Dr. von Komorowski hat das Amt des Stellvertretenden Hauptgeschäftsführers seit nahezu 7 Jahren exzellent ausgefüllt. Die Landrätinnen und Landräte sind sich sicher, dass er den Landkreistag Baden-Württemberg als Hauptgeschäftsführer fachlich und persönlich hervorragend nach außen und innen vertreten wird“, erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, Tübingen nach der Wahl.

Hintergrund:

Die Amtszeit des Hauptgeschäftsführers beträgt 8 Jahre. Der Landkreistag ist der Verband der 35 baden-württembergischen Landkreise. Er hat als kommunaler Landesverband die Aufgabe, die Interessen und Anliegen der Landkreise gegenüber der Landesregierung, dem Landtag und anderen Institutionen und Verbänden zu vertreten. Gleichzeitig obliegt ihm die Beratung der Landkreise zu grundsätzlichen, politischen Fragen als auch in der täglichen Praxis. Auch der Kommunalverband für Jugend und Soziales sowie die kommunalen IT-Dienstleister (Rechenzentren) sind Mitglied beim Landkreistag Baden-Württemberg. Die Geschäftsstelle des Landkreistags hat ihren Sitz in Stuttgart.



Wiederverpflichtung Landrat Edgar Wolff

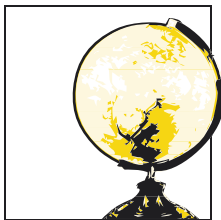
Der Stuttgarter Regierungspräsident Wolfgang Reimer hat am 16. Mai 2017 den neuen und alten Landrat des Landkreises Göppingen, Edgar Wolff, in seinem Amt wiederverpflichtet.

Den Kreisrätinnen und Kreisräten dankte Wolff für ihr Vertrauen, das sie ihm bei der Landratswahl am 7. April 2017 ausgesprochen haben und freute sich, den gemeinsamen guten Weg weiter gehen zu dürfen.

Der Landkreistag gratuliert herzlich!



Regierungspräsident Wolfgang Reimer (rechts) verpflichtet Landrat Edgar Wolff für seine zweite Amtszeit am 16. 5. 2017 im Göppinger Kreistag.



SPEKTRUM

Soziales

Landkreis Sigmaringen: Nachbarschaftshelfer werden zu Demenzbegleitern ausgebildet

Im Mai 2017 haben 30 ehrenamtliche Mitarbeiter der Nachbarschaftshilfen im Landkreis Sigmaringen eine Fortbildung zur Demenzbegleitung absolviert. Die 28 Frauen und 2 Männer aus Pfullendorf, Herdwangen-Schönach, Meßkirch, Krauchenwies, Illmensee, Ostrach-Einhart und Heiligenberg wurden im Kurs befähigt, Menschen, die an Demenz erkrankt sind, zu begleiten und zu betreuen. Hans-Peter Oßwald, Fachbereichsleiter Soziales im Landratsamt Sigmaringen, überreichte den Absolventinnen und Absolventen die Zertifikate in einer Feierstunde in den Räumlichkeiten der Spitalpflege Pfullendorf. Dort fanden auch die 32 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten

statt. Veranstalter war die Spitalpflege unter der Leitung von Sabine Jehle in Kooperation mit dem Pfullendorfer Bürgerhilfsverein.

Oßwald zollte den neuen Demenzbegleitern Respekt und dankte ihnen für ihr Engagement. Immerhin hatten diese an acht intensiven Veranstaltungstagen jeweils mittwochs und samstags ihre Freizeit geopfert, um sich für den Umgang mit demenzkranken Menschen fortzubilden. „Sie, die sich ehrenamtlich im Einsatz für den Nächsten einbringen, sind ein wertvoller Schatz und eine starke Masche im landkreisweiten sozialen Netzwerk“, so Oßwald weiter. Nachdem zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zu Hause von Angehörigen betreut werden, sei auch die Unterstützung dieser Angehörigen immer wichtiger. Der Landkreis fördere daher diese wichtige Arbeit.

Der Dank des Fachbereichsleiters galt ebenso allen Referenten, die im Kurs nicht nur Kenntnisse in der Betreuung

demenzkranker Menschen vermittelten, sondern auch die juristische Seite der Betreuungsarbeit beleuchteten.

Die AOK Bodensee-Oberschwaben unterstützte die Qualifizierungsmaßnahme durch die Übernahme aller anfallenden Kosten.

Landkreis Sigmaringen: Pflegenetzwerk im Landkreis trifft sich zur Frühjahrstagung

Zweimal jährlich trifft sich das Pflegenetzwerk des Landkreises Sigmaringen unter der Federführung des Pflegestützpunktes zum Informationsaustausch. Hans-Peter Oßwald, Fachbereichsleiter Soziales beim Landratsamt Sigmaringen, konnte am 18. April 2017 im Sitzungssaal des Landratsamtes über 60 Vertreter der im Pflegenetzwerk organisierten Dienste und Einrichtungen begrüßen. Vom medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) referierte Dr. med. Hans-Peter Schneider über die Neuerungen des Pflegestärkungsgesetzes II. Zum 1.1.2017 sind einschneidende Veränderungen bei der Definition der Pflegebedürftigkeit und der Systematik der Begutachtung in Kraft getreten. Dass seit Jahresbeginn die bisherigen drei Pflegestufen von den nunmehr fünf Pflegegraden abgelöst wurden, war den meisten Anwesenden bereits bekannt. Nach welchen Überleitungsregeln dies die Pflegekassen aber zu bewerkstelligen hatten und vor allem, wie das neue Begutachtungsverfahren konkret abläuft, erläuterte der Referent ausführlich. „Das Pflegestärkungsgesetz II schafft mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes einen grundlegenden



Das Foto zeigt die Teilnehmer



Über 60 Mitglieder des Pflegenetzwerkes verfolgen aufmerksam die Ausführungen des Referenten Peter Schneider vom medizinischen Dienst der Krankenversicherung aus Tübingen.

Systemwechsel in der Pflegeversicherung“ erläuterte Dr. Schneider. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff ändert nicht nur die Begutachtung und Einstufung der Pflegebedürftigen, er verbessert auch die Leistungen und die pflegerische Versorgung. „Insbesondere die Belange der Menschen mit Demenz werden nun besser berücksichtigt“, ergänzte der Fachmann aus Tübingen.

Elisabeth Wölke-Brändlin, Altenhilfefachberaterin des Landkreises, informierte im Anschluss über die neue Verordnung der Landesregierung über die Anerkennung der Angebote zur Unterstützung im Alltag. Aus den bisherigen niederschweligen Betreuungsangeboten sind nun die Angebote zur Unterstützung im Alltag geworden. Was die Anbieter, überwiegend die Nachbarschaftshilfen, hinsichtlich der Anerkennung und Förderung alles zu beachten haben, war für die meisten Zuhörer noch neu.

Im Oktober 2017 finden wieder die Aktionswochen des Pflegenetzwerkes statt. Marga Blumer und Claudia Krall vom Pflegestützpunkt informierten über den aktuellen Stand der Planungen. Unter dem Arbeitstitel „Caring Community – sorgende Gemeinde“ sollen kreisweit wieder viele interessante und unterschiedliche Veranstaltungen angeboten werden. Landrätin Stefanie Bürkle hat bereits die Schirmherrschaft übernom-

men, auch Sozialminister Manne Lucha hat seine Teilnahme an der Abschlussveranstaltung zugesagt.

Ortenaukreis: Taschenwegweiser zum Thema Sucht aktualisiert

Suchtgefährdungen und Suchterkrankungen sind keine gesellschaftlichen Randerscheinungen, sondern zählen zu den größten Gesundheitsproblematiken überhaupt. Auch im Ortenaukreis sind viele Menschen betroffen, entweder selbst oder in ihrem direkten familiären und sozialen Umfeld. Das Thema Sucht reicht dabei in alle Lebensbereiche hinein. Neben dem Umgang mit der Krankheit geht es dabei auch um die



Nicht nur Alkohol, Tabak, Cannabis und Medikamente, sondern auch digitale Medien, Smartphone und Co. können zu Abhängigkeit und Sucht führen.

Bewältigung dieser zusätzlichen und vielschichtigen Probleme. Das Amt für Soziale und Psychologische Dienste im Landratsamt Ortenaukreis hat als eine Hilfestellung deshalb seinen Wegweiser zum Thema Sucht aktualisiert und in einer neuen Auflage herausgegeben. Der Wegweiser passt in jede Tasche und gibt schnell und direkt einen Überblick der Beratungsstellen, Ansprechpartner und Kontaktmöglichkeiten zum Thema Sucht im Ortenaukreis. „Es ist uns ein großes Anliegen, damit allen Ratsuchenden eine Unterstützung an die Hand geben zu können“, sagt Landrat Frank Scherer.

„Suchterkrankungen wirken sich nicht nur schädlich auf den Körper aus, sondern beeinträchtigen auch stark das soziale Umfeld der Betroffenen. Diese sozialen Auswirkungen bereiten auch in der Familie und darüber hinaus oft immense Probleme“, weiß Ullrich Böttinger, Leiter des Amts für Soziale und Psychologische Dienste. Nicht nur Alkohol, Tabak, Cannabis und Medikamente, sondern auch digitale Medien, Smartphone und Co. können zu Abhängigkeit und Sucht führen. „Ein wichtiger Schritt heraus aus der Sucht ist die Bereitschaft, sich professionell helfen zu lassen. Im Ortenaukreis gibt es viele kompetente Fachstellen, an die sich Hilfesuchende wenden können. Dort bekommen sie qualifizierte Antworten auf die komplexen Fragen, die im Zusammenhang einer Suchtproblematik auftreten können“, sagt Böttinger. In dem aktualisierten und übersichtlich gestalteten Wegweiser sind die Fachstellen und Institutionen neutral aufgelistet. In dem Nachschlagewerk, das in jede Tasche passt, sind wesentliche Informationen und Hilfen für Sucht-Betroffene komprimiert aufgeführt, so dass wichtige Angebote und Ansprechpartner auch über den Ortenaukreis hinaus schnell und unkompliziert gefunden werden können.

Der Wegweiser Sucht kann auf der Internetseite des Landratsamtes (www.ortenaukreis.de, Suchwort „Wegweiser Sucht“) als PDF heruntergeladen oder

kostenlos im Landratsamt bestellt werden (Tel. 07 81/8 05 97 90 oder per E-Mail: suchthilfe@ortenaukreis.de).

Schwarzwald-Baar-Kreis: Spaß mit Rollatoren in sommerlicher Hitze

Bei sommerlichen Höchsttemperaturen fanden über 60 Rollatorfahrer den Weg zum Rollortag in Donaueschingen. Organisiert wurde die Veranstaltung durch die Pflegestützpunkte und die Beratungsstelle „Alter & Technik“ des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis. Diese gehören zum Sachgebiet Hilfe zur Pflege unter der Leitung von Jürgen Schweizer. Gut angenommen wurde auch der kostenlose Fahrdienst zum Aktionstag, der durch das Deutsche Rote Kreuz Donaueschingen übernommen wurde. Die Sanitätshäuser Orthopädie + Vital Zentrum Piro, PfaNie, Reichmann, Schlather und Trapp hielten für diesen Tag spezielle Angebote parat. An verschiedenen Stationen konnten die Besucher zum Beispiel den eigenen



Die über 100-jährige Besucherin und Johanna Wetzel, Ansprechpartnerin des Pflegestützpunktes Süd in Donaueschingen hatten viel Freude beim Rollortag.

Rollator überprüfen und individuell einstellen lassen sowie einen Rollatorparcours durchfahren. Durch das warme Wetter und einen schwingvollen Rollortanz der Seniorengymnastik Bräunlingen kamen sowohl die älteren als auch die jüngeren Besucher ins Schwitzen. Die freudige Stimmung wurde durch ein Freigetränk und das reguläre Angebot des Eiscafés Rialto verstärkt. Sieglinde Gramse unterhielt die Besucher mit Geschichten und Erzählungen von und über Donaueschingen. Auf die Frage, nach ihrem Rezept für Gesundheit bis ins hohe Alter, antwortete die älteste Besucherin mit über 100 Jahren, man müsse immer neugierig bleiben. Durch die gute Zusammenarbeit und Initiative der beteiligten Akteure wurde der Tag zu einem rundum gelungenen Event.

Schwarzwald-Baar-Kreis: Die neue Broschüre „Alterszeit“ ist da

Der Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis präsentiert bereits die 7. Ausgabe des beliebten Nachschlagewerks für Senioren. Neben zahlreichen Informationen rund um die Themen Pflege, Versorgung und Wohnen bietet die Broschüre „Alterszeit“ Bürgerinnen und Bürgern eine detaillierte Übersicht über

Pflegedienstleister, Unterstützungsangebote und Anlaufstellen im Schwarzwald-Baar-Kreis. Wo finde ich die nächste Tagespflege? Welche Leistungen gibt es von der Pflegekasse? Für was benötige ich eine Vorsorgevollmacht? Wie erhalte ich einen Pflegegrad? Wie finde ich das passende Hilfsmittel?

Inhalte der aktuellen „Alterszeit“ sind unter anderem die Vorstellung des Pflegestützpunktes Schwarzwald-Baar-Kreis und der Beratungsstelle „Alter & Technik“ mit der barrierefreien Musterwohnung BEATE sowie des Projektes „Smart Home & Living“. Außerdem werden die aktuellen Neuerungen in der Pflegeversicherung vorgestellt. Die Broschüre informiert über Grundlagen einer rechtlichen Betreuung sowie über Behandlungskonzepte für ältere Menschen. Weiter wird ein Einblick in die Arbeit des Palliativzentrums am Schwarzwald-Baar Klinikum gegeben.

Die Broschüre ist kostenlos im Pflegestützpunkt, bei den Ortsverwaltungen, bei Hausärzten, und im Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis erhältlich. Für Rückfragen steht der Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis unter Telefon: 0 77 21/9 13-54 56 (Donaueschingen) und 0 77 21/9 13-74 56 (VS-Villingen) sowie E-Mail: pflegestuetzpunkt@lrasbk.de zur Verfügung.



Simone Moosmann, Carina Burger, Diana Griebhaber, Johanna Wetzel vom Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis.

Viel Wissenswertes im neuen Seniorenwegweiser des Landkreises Rastatt

Der Landkreis Rastatt hat die Broschüre „Seniorenwegweiser“ aktualisiert und neu aufgelegt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt die Lebensqualität im Alter immer mehr an Bedeutung. Sie wird vor allem von der eigenen körperlichen und geistigen Mobilität und einem altersgerechten, möglichst vertrauten Wohnumfeld bestimmt.

Dafür haben die Akteure in der Altenhilfe im Landkreis Rastatt ein vielseitiges Netz an Unterstützung geschaffen. „Die mittlerweile 7. Auflage unseres Seniorenwegweisers vermittelt einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Einrichtungen, ambulanten Dienste und Angebote für Seniorinnen und Senioren“ so Landrat Jürgen Bäuerle im Vorwort der zusammen mit dem Mediaprint-In-foverlag veröffentlichten Broschüre.

Die hundert Seiten starke Broschüre ist ein Nachschlagewerk für Ältere, Angehörige und Fachkräfte, die im Bereich der Seniorenarbeit und Altenhilfe tätig sind. Der von der Sozialplanung im Landratsamt erstellte Wegweiser enthält auch rechtliche Hilfestellungen, Tipps zur Gestaltung der dritten Lebensphase sowie für die Freizeit und einen Überblick über Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitwirkung.

Die Broschüre liegt in den Rathäusern der Städte und Gemeinden aus und ist beim Pflegestützpunkt im Landratsamt erhältlich.

Schulen

Hohenlohekreis: Mitarbeiter der Offenen Hilfen besuchen die Kaufmännische Schule Öhringen – Interessante Einblicke in die Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres

Einen Vormittag lang boten die Offenen Hilfen (OH!) Heilbronn und Öhringen, Mitglieder im Diakonischen Werk Württemberg, Einblicke in ihre Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung und deren Familien. Rund 225 Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums und der Berufsfachschule der Kaufmännischen Schule Öhringen zeigten großes Interesse an der Arbeit der „OH!“ und den Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die „OH!“ bieten auch Stellen für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ).

„Hilfe zur Selbständigkeit bei Handicap“, fasste Nadine Heyberger, zuständig für Ehrenamtskoordination der „OH!“, das breite Angebot zusammen. Hilfe im Haushalt, bei Behördengängen und beim immer mehr gefragten Bereich inklusiver Wohngemeinschaften. Stefanie Buksch von den „OH! Öhringen“ stellte den Schwerpunkt stationäre Betreuung vor und berichtete über die Tätigkeiten in Öhringen. „Freizeit ist Leben!“, so Nadine Heyberger. Daher bieten „OH!“ Freizeitaktivitäten an, unterstützen Familien mit Kindern mit Handicap oder organisieren Aktionen, die eine Familie alleine kaum stemmen kann.

Für all diese Angebote werden Fachkräfte benötigt, aber auch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade bei Schülerinnen und Schülern sehen die „OH!“ eine interessante Zielgruppe. Es ist eine Win-Win-Situation: soziales Engagement, soziales Lernen, mal über den eigenen Tellerrand schauen, die eigenen sozialen und personalen Kompetenzen stärken und dabei noch etwas verdienen. Umgekehrt freuen sich die

LANDKREIS RASTATT



SENIORENWEGWEISER



Mitarbeiter der Offenen Hilfen Heilbronn und Öhringen berichteten in der Kaufmännischen Schule Öhringen über ihre Arbeit.

Mitarbeiter der „OH!“ über aufgeschlossene, junge Menschen und deren Art, Dinge anzugehen. Die Schüler erfuhren, dass sozialer Einsatz notwendig ist, wenn wir in einer fairen, hilfsbereiten und offenen Gesellschaft leben möchten.

Amelie Bleickert berichtete begeistert von ihrem FSJ bei „OH! Heilbronn“, von ihrem Arbeitsgebiet als Reisebegleiterin, Kursleiterin und Betreuerin. Gespannt hörten die Schülerinnen und Schüler zu, als Paula Balint, selbst mit Handicap, über ihr persönliches Schicksal und ihre Erfahrungen mit „OH!“ erzählte. Immer wieder fiel dabei das Wort Selbständigkeit. Den jungen Menschen wurde bewusst, wie wenig selbstverständlich Selbständigkeit sein kann.

Auf die Frage, was man als Ehrenamtliche/r mitbringen müsse, antwortete Nadine Heyberger: Motivation und die Fähigkeit, Menschen auf Augenhöhe zu begegnen. Und Paula Balint ergänzte: Geduld, zuhören können und auf Menschen eingehen können, die etwas anders sind.

„Ich bin schon gespannt, ob sich jemand meldet. Es würde mich sehr freuen“, schloss Nadine Heyberger den Informationstag. Das Interesse an dieser lohnenswerten Arbeit wurde durch diesen

spannenden Vormittag sicherlich geweckt. Weitere Informationen zu den Angeboten der Offenen Hilfen gibt es unter www.oh-heilbronn.de und unter www.oh-oehringen.de.

Hohenlohekreis: Was ist eigentlich Heimat? – Alessa Panarotto vom Wirtschaftsgymnasium Öhringen gewinnt den Essay-Wettbewerb des Landes Baden-Württemberg

Ganz spontan hatte sich Alessa Panarotto, Schülerin des Wirtschaftsgymnasiums der Kaufmännischen Schule Öhringen, zur Teilnahme eines vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg ausgeschriebenen Wettbewerbs „Heimat – Baden-Württemberg und das östliche Europa“, entschieden. Der Essay-Wettbewerb fand unter der Schirmherrschaft des Innenministeriums und des Kultusministeriums Baden-Württemberg statt. Aufgabe war es, einen Essay zum Thema „Was ist eigentlich Heimat?“ zu schreiben.

„Ich hatte gerade nicht so viel zu tun, da habe ich gedacht, ich mache mit“, so die Schülerin. Dass aus spontanen Ideen sehr viel Gutes entstehen kann, weiß Alessa Panarotto jetzt aus erster Hand.

Ohne größere Erwartungen, aber mit Spaß am Schreiben, hat sie einen vielschichtigen Aufsatz geschrieben, der dann auch die Preisrichter überzeugte. Urplötzlich stand sie als eine der Gewinnerinnen da und wurde am 14. Juli 2017 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart geehrt. Zusätzlich gewann sie eine einwöchige Rundreise durch Bulgarien.

Alessa Panarotto schreibt nicht nur über Heimat, sie fotografiert auch leidenschaftlich gerne, und wurde mit ihren Fotos Zweite bei der 58. Landesfotomeisterschaft Baden-Württemberg.

Eine Vernissage in der Kaufmännischen Schule Öhringen mit ihren und anderen fotografischen Werken von Schülerinnen und Schülern der Kaufmännischen Schule ist bereits geplant.

**Landkreis Böblingen:
Fachschule für Technik wird
60 Jahre alt – Am 29. Mai 2017
wurde das Jubiläum gefeiert**

Die Techniker Ausbildung an den Gottlieb-Daimler-Schulen 1 und 2 in Sindelfingen gibt es seit 60 Jahren. Landrat Roland Bernhard, der Sindelfinger Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer, Michael Krüger vom Kultusministerium Baden-Württemberg, die ehemaligen Schulleiter Wolfgang Wirtky und Robert Kienle, die jetzigen Schulleiter Karin Bieber-Machner und Holger Esch, Marc-Oliver Füger von der Daimler AG und der CEO Cobo Consulting und Vorstand des Fördervereins der Gottlieb-Daimler Schule 2 Dieter Faude sowie Firmenvertreter, Lehrer, Schüler und Absolventen feierten am 29. Mai 2017 in der Schulaula das 60-jährige Jubiläum.

„Der Landkreis Böblingen ist stolz auf seine beruflichen Schulen. Die Gottlieb-Daimler Schulen setzen mit der Techniker Ausbildung seit 60 Jahren Standards. Ich gratuliere zum Jubiläum ganz herzlich“, erklärte Landrat Roland Bernhard bei der Veranstaltung in seinem Grußwort. „Unsere Region lebt von der Entwicklung und vom Export technologie-

intensiver Investitionsgüter. Deren Herstellung erfordert ein umfangreiches Fachwissen und hochqualifizierte Mitarbeiter. Die Techniker Ausbildung an den Gottlieb-Daimler-Schulen macht junge Menschen fit dafür“, führte Bernhard weiter aus.

Schulleiterin Karin Bieber-Machner und Schulleiter Holger Esch erläuterten: „Wichtiger Bestandteil der Ausbildung ist die enge Zusammenarbeit mit zahlreichen Betrieben der Region. Ziel ist es, auf neue Entwicklungen in der Wirtschaft möglichst schnell zu reagieren und möglichst nahe am Arbeitsmarkt und den Bedürfnissen der Wirtschaft auszubilden“.

So sind zahlreiche Technikerprojekte als Auftrag der betreuenden Firmen entstanden und wurden eins zu eins in die Praxis umgesetzt. Neben der fundierten fachlichen Ausbildung werden die Schüler auf ihre Funktion als Führungskraft vorbereitet. Die Schulung von Präsentationstechniken gehört deshalb ebenso zur Ausbildung wie die Arbeit an Strategien der Konfliktbewältigung und die Vorbereitung auf Mitarbeitergespräche. Die Absolventen der Technikerschule erwerben nicht nur den Berufsabschluss zum „staatlich geprüften Techniker“ sondern auch die Fachhochschulreife.

Der Landkreis stellt als Schulträger die Gebäude samt Einrichtung zur Verfügung und finanziert die Kosten für das nichtlehrende Personal.

In den 60 Jahren seit der Entstehung verließen ca. 2700 Absolventen die Schule. In den letzten 12 Jahren wurden an den Gottlieb-Daimler-Schulen 1 und 2 im Schnitt jährlich 400 Technikerschüler unterrichtet. Bis 2013 bedeutete dies eine Absolventenzahl von 200, seit 2013 durch die zusätzliche Ausrichtung auf die Beschichtungstechnik von 220 an beiden Schulen gemeinsam. Zugleich präsentieren diese Schüler jeweils über 60 Projekte auf einer jährlich stattfindenden Technikermesse.

Die Fachschule für Technik ist die zweitälteste in Deutschland. Sie wurde 1957

unter der Trägerschaft der Stadt Sindelfingen mit einer Klasse aus der Taufe gehoben. Der Fachbereich Blechbearbeitung sollte als Tagesschule im Vollzeitunterricht geführt werden. Bereits ein Jahr später etablierte die Gottlieb-Daimler-Schule Abendtechnikerkurse für Elektronik. 1961 kam die Fachrichtung Werkzeuge / Maschinen / Vorrichtungen und 1962 die Tagedechnikerschulklasse Elektronik hinzu, um dem Boom in diesem Jahrzehnt und dem Bedarf an Fachkräften Herr zu werden. Am 1. Januar 1969 wurde die Trägerschaft an den Landkreis übergeben. Zu Beginn der 80er Jahre machte sich der Struktur- und Technikwandel bemerkbar, so dass die Fachrichtung Blech abgelöst wurde und Maschinenbau expandierte. Zudem ergänzten die Bereiche Elektronik und Mechatronik nun die Elektrotechnik. Die letzte Neuerung datiert aus dem Jahr 2012. Die GDS 1 initiierte den Ausbildungsgang Industrielle Beschichtungstechnik als erste Schule im gesamten süddeutschen Raum. Dieser Fachbereich präsentierte dann erstmalig im letzten Jahr seine Abschlussarbeiten auf der Messe.

**Landkreis Böblingen:
Gemütlich staunen an besonderen
Aussichtspunkten in Schönbuch
und Heckengäu – Schüler der
Gottlieb-Daimler-Schule 2, Sindelfingen,
entwerfen Sitzmöbel für besonders
schöne Aussichtspunkte – 6 Modelle
mit Preisgeldern bedacht**

Der Landkreis Böblingen und die kreiseigene Gottlieb-Daimler-Schule 2 in Sindelfingen haben wieder einmal ein gemeinsames Projekt umgesetzt. An besonders schönen Aussichtspunkten möchte der Landkreis eine spezielle Möblierung installieren, damit die Menschen dort gemütlich den herrlichen Ausblick in die Kulturlandschaft genießen können. In Sachen Gestaltung der künftigen „Sitzmöbel“ waren die Schülerinnen und Schüler des Berufskollegs

Produktdesign (BKPD) gefragt. Sie durften sich im Rahmen einer Projektarbeit Gedanken über geeignete Sitzmöbel machen.

Konkret geht es um drei Aussichtspunkte: Zwei davon auf Jettinger Markung, auf dem Kühlenberg (ehemaliger Waserturm) und am Platz „Dreieck“, zwischen Oberjettingen und Emmingen. Der dritte Platz liegt oberhalb von Schönaich, am Rauhen Kapf. „Von allen Standorten hat man tolle Ausblicke in die Kulturlandschaft von Schönbuch oder Heckengäu“, schwärmte der stellvertretende Landrat Martin Wuttke und Dezernent für Umwelt und Bauen im Landratsamt Böblingen im Rahmen der Präsentation der insgesamt 17 Schülerentwürfe. Die Arbeiten wurden von BKPD-Schülern in Kleingruppen im letzten halben Jahr erstellt „Im Rahmen ihrer Abschlussarbeit erstellen die Schülerinnen und Schüler eigene kreative Entwürfe für einen konkreten ‚Kundenauftrag‘. Dabei wenden sie an, was sie im Unterricht über Formen, Farben und Materialien gelernt haben. Was an Detailwissen fehlt, muss selbst recherchiert werden“, so beschreibt Abteilungsleiter Rainer Mack das Konzept.

Als besonderen Anreiz in Sachen Zusammenarbeit mit dem Landkreis Böblingen gibt es von dort Preisgelder für insgesamt sechs Entwürfe, die sich die ersten 5 Plätze teilen. Eine Jury, zusammengesetzt aus Vertretern der Regionalentwicklung, Architekten und Werbefachleuten, hat sich die Modelle angesehen und nach den Kriterien, die man seitens der Landkreisverwaltung an die Ausstattung der Aussichtspunkte hat, eine Wertung vorgenommen. „Wir freuen uns über diese gelungene Kooperation mit der Schule“, betonte Martin Wuttke. „Die Wahl ist der Jury sehr schwer gefallen und die Arbeiten liegen alle, insbesondere die sechs Preisträger, eng beieinander.“ Entsprechend müsste allen Schülerinnen und Schülern ein dickes Kompliment für die gelungene Projektarbeit ausgesprochen werden, so der stellvertretende Landrat. „Alle Schüler



erhalten eine Bescheinigung über die Teilnahme an diesem Wettbewerb.“

Das Ergebnis der Landkreis-Jury ist: Platz 1 teilen sich das Modell „Heimatwelle“ von Vanessa Fuhr, Sebastian Rudolph und Simon Hettinger und die „LCD Curvs“ von Dominik Wolf, Luan Oetker und Cedrik Schönleber. „Die Heimatwelle ist sehr vielseitig in ihrer Nutzung und ihrer Einsatzmöglichkeit“, so die Begründung. „Die LCD Curvs treten zunächst fast skulptural in Erscheinung und sind, bei aller Reduziertheit in der Form auch sehr vielseitig in ihrer Einsetzbarkeit als Möbelstück.“

Auf Platz 2 kommt das Modell „Silly“ von Christoff Dudeck, Harun Türköz und Jerome Reinhardt. Hier fand die Jury, dass mit der Kippfunktion des Möbels ein hoher Design-Wert erreicht wurde und auch die Komponenten Technik und Möblierung sehr gut verbunden und herausgearbeitet wurden. Platz 3 belegt das Modell „View“ von Vanessa Pollak, Vivienne Nitschke und Valentin Böhm. Ein äußerst multifunktionales Möbel, das vielseitig zum Sitzen oder Liegen einlädt und attraktiv für Jung und Alt ist. Statt Plätze 4 und 5 gibt es noch einmal eine Doppelbelegung auf dem 4. Platz. Zum einen das Modell „Active Nature“,

das die Jury mit einer hohen, individuellen Kreativität überzeugte, mit der sich ein Aussichtspunkt spannend gestalten ließe. Zum anderen das Modell „Schönbuchmatte“, das ebenfalls sehr kreativ ist und im Erscheinungsbild und der tatsächlichen Umsetzung einen starken regionalen Bezug hat.

Blieb abschließend die Frage, wann man an die tatsächliche Umsetzung an den drei Standorten bei Jettingen und Schönaich geht und ob einer der Entwürfe zum Zug kommt. Dazu könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen, so der stellvertretende Landrat. „Die Entwürfe werden jetzt auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft.“ In einem herrscht jedoch Klarheit. Nämlich dass diese neuerliche Kooperation des Landkreises mit der Gottlieb-Daimler-Schule 2 ein voller Erfolg war.

**Landkreis Karlsruhe:
Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter
unterstützen Jugendliche in der Schule
und beim Übergang zum Beruf –
Positive Bilanz nach zehn Jahren**

Monim Ayadi, der in Spanien aufgewachsen ist, kam als Schüler ohne Deutschkenntnisse nach Deutschland. Sein Weg

führte ihn von einer Vorbereitungs-klasse auf die Realschule. Dort erhielt er Unterstützung von Brigitte Eberhard. Sie ist eine von vielen ehrenamtlichen Lernbegleiterinnen und Lernbegleitern, die Schülerinnen und Schüler im Landkreis Karlsruhe unterstützen. Drei Jahre begleitete sie den Jugendlichen bei seinem schulischen Werdegang, erlebte die positive Entwicklung mit und freute sich mit ihm über seinen Abschluss der Mittleren Reife.

Das Beispiel von Monim Ayadi zeigt, wie junge Menschen von der Individuellen Lernbegleitung (ILB), einem Angebot des Jugendamtes des Landratsamtes Karlsruhe, profitieren können. „Wir haben das Projekt im Jahr 2007 ins Leben gerufen, um Schülerinnen und Schülern insbesondere an Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen zu helfen, ihren Schulalltag und ihre schulischen Erfolge zu verbessern. Dabei helfen ihnen ehrenamtlich engagierte Personen als sogenannte Lernbegleiter. Im Vordergrund steht die persönliche Situation der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers. Die Hilfestellung ist sehr individuell auf die jeweilige Person abgestimmt“, berichtet Margit Freund, Jugendamtsleiterin des Landratsamtes Karlsruhe.

Bei wöchentlichen Treffen helfen die Ehrenamtlichen beim Lernen, Wiederholen und Einüben des Unterrichtsstoffes. Sie unterstützen die Jugendlichen beim Strukturieren der Unterrichtswoche, bei der Vorbereitung auf Klassenarbeiten und geben Tipps bei der beruflichen Orientierung. So war es auch bei Brigitte Eberhard und Monim Ayadi. Jede Woche saßen sie gemeinsam über den Hausaufgaben, übten für bevorstehende Klassenarbeiten und freuten sich über jede bestandene Prüfung. „Weil ich als Mutter selbst weiß, wie wichtig es ist, Erfolge zu haben, habe ich mich für diese Aufgabe entschieden“, erzählt Brigitte Eberhard über ihre Motivation. „Mir macht es unglaublich viel Freude zu sehen, wie sich junge Menschen mit etwas Unter-



V.l.n.r. Ein eingespieltes Team: Monim Ayadi und seine frühere Lernbegleiterin Brigitte Eberhard

stützung entwickeln. Ich bin seit neun Jahren als Lernbegleiterin aktiv, habe Erfolgsgeschichten miterlebt und auch mitgestaltet und auf diesem Weg viele neue Menschen und Lebenswelten kennengelernt“, berichtet sie mit Begeisterung.

Monim Ayadi besucht mittlerweile die 12. Klasse des Ettlinger Albert-Einstein-Gymnasiums und benötigt schon seit einer Weile keine Lernbegleitung mehr, steht aber noch in engem Kontakt mit Brigitte Eberhard. „Ich bin ihr für ihre Unterstützung sehr dankbar und finde es toll, dass es so ein Angebot wie die ILB gibt“, meint er. „Es ist wichtig, Neuem gegenüber aufgeschlossen zu sein, Mut zu haben, sich nicht einschüchtern zu lassen und positiv zu denken. Denn so kann man seine Ziele erreichen“, ermutigt er die Jugendlichen.

Nach zehn Jahren zieht Jugendamtsleiterin Margit Freund eine positive Bilanz. „Die Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter haben vielen Jugendlichen geholfen, sich in der Schule zu verbessern und ihre beruflichen Perspektiven positiv zu gestalten. Aufgrund eigener Erfah-

rungen können sie den jungen Menschen wertvolle Tipps geben“, lautet ihr Resümee. Interessierte Personen, die sich als Lernbegleiterin oder Lernbegleiter engagieren wollen, finden ausführliche Informationen im Internet unter www.ILB-karlsruhe.de oder können sich direkt an die ILB-Koordinatorin im Landratsamt Karlsruhe, Jessica Loos, wenden, E-Mail: ilb@landratsamt-karlsruhe.de, Telefon: 0721/936-69310. Die Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter erhalten während der Tätigkeit regelmäßig Unterstützung in Form von Fortbildungen.

**Landkreis Ludwigsburg:
Schulversuch „Tablet-Einsatz“ in der
Robert-Franck-Schule (RFS) präsentiert**

Der Schulversuch „Tablet-Einsatz in anerkannten Ausbildungsberufen in Baden-Württemberg“ ist am 31. Mai 2017 in der Robert-Franck-Schule (RFS) präsentiert worden. Die Berufliche Schule des Landkreises ist im kaufmännischen Bereich als eine von fünf Projektschulen im Land für den Schulversuch ausgewählt worden. Das auf drei Schuljahre angelegte

Projekt startete an der RFS zum Schuljahr 2016/2017 im Ausbildungsgang „Kaufrau/Kaufmann für das Büromanagement“ mit einer von fünf Eingangsklassen. „Aus Sicht des Landkreises als Schulträgers gehört der Einsatz von Tablets zu einer zeitgemäßen Allgemeinbildung und Medienkompetenz zur Vorbereitung auf die gewandelte Berufswelt in der Industrie 4.0. Die beruflichen Schulen bilden traditionell die Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitswelt“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas.

Bei der Präsentation wurden die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten der Tablets deutlich. Sie reichen vom Zeitmanagement und Einsatz digitaler Lehrbücher über die Stärkung der Kommunikationsfähigkeit und die Nutzung von Lexika bis zum Projektmanagement und zur Darstellung von Geschäftsprozessen. Ziele des Projekts sind unter anderem die Entwicklung von tragfähigen Konzepten zur erfolgreichen Integration der Tablets in den Lernprozess, die Förderung der IT- und Medienkompetenz bei Schülern und Lehrern, die Stärkung der Verantwortungsbereitschaft und die Förderung der Selbstorganisation bei den Schülern.

Insgesamt 24 Tablets stehen der RFS für den Schulversuch zur Verfügung. Die Anschaffungskosten der Geräte von rund 27500 Euro hat der Landkreis in einem ersten Schritt übernommen. „Der Landkreis wird, wie schon bisher, alles tun, um durch eine moderne und innovative Ausstattung der Beruflichen Schulen die optimalen Rahmenbedingungen für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Auf diese Weise investieren wir in die Zukunft der nachwachsenden Generation“, sagte Landrat Haas. Er fuhr fort: „Die Digitalisierung wird in den kommenden Jahren zu einem immer bestimmenderen Thema an den Beruflichen Schulen werden. Gemäß dem Koalitionsvertrag soll jeder Schüler auf die digitale berufliche Zukunft vorbereitet werden. Zur Ent-

wicklung der ‚Beruflichen Schulen 4.0‘ im Landkreis Ludwigsburg sollen daher verstärkt neue Medien eingesetzt und pädagogisch-didaktische Modelle eingeführt werden.“

Ein weiterer Schulversuch („Einsatz von Tablets im Unterricht an Beruflichen Schulen“) wird im Schuljahr 2017/2018 am Beruflichen Schulzentrum (BSZ) Bietigheim-Bissingen beginnen. Auch dafür hat der Landkreis als Schulträger Mittel im Haushaltsplan 2017 und in der mittelfristigen Finanzplanung bereitgestellt.

Lernfabrik 4.0: Projekt geht an den Zentren beruflicher Schulen im Rhein-Neckar-Kreis an den Start

An der Hubert-Sternberg-Schule und Johann-Philipp-Bronner-Schule im Zentrum beruflicher Schulen in Wiesloch und an weiteren vier Zentren beruflicher Schulen in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises wurde am 20. Juni 2017 die Lernfabrik 4.0 offiziell in Betrieb genommen. Es ist eine von 16 Lernfabriken in Baden-Württemberg, die das Land Baden-Württemberg mit einer halben Million Euro unterstützt hat. Zum einen lernen hier künftig Auszubildende in Industrieberufen wie Mechatroniker und Elektrotechniker unter modernen Anforderungen, zum anderen wird die Lernfabrik kleinen und mittelständischen Unternehmen der Region als Demonstrations- und Weiterbildungszentrum angeboten.

Landrat Stefan Dallinger sagte: „Die Lernfabrik 4.0 an sechs beruflichen Schulen an fünf Standorten im Landkreis ist ein wichtiger Schritt in Richtung vernetzte Arbeitswelt und digitale Zukunft.“ Die durch Hochleistungsglasfaserkabel vernetzten Schulen arbeiten dabei nach einem einheitlichen pädagogischen Konzept. Daten werden dabei gemeinsam in eine Cloud eingestellt. Die Strukturen orientieren sich dabei an der sogenannten Industrie 4.0 an.

„Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, mit unserer vernetzten Lernfabrik 4.0 in



der dualen Ausbildung ganz vorn dabei zu sein und einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in der digitalen Transformation der Unternehmen und Betriebe zu leisten“, so der Landrat. Er habe daher keine Sekunde gezögert, als ihn der Projektauftrag des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums erreichte.

Ministerialdirektor Hubert Wicker vom baden-württembergischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau bezeichnete die Lernfabrik 4.0 als Vorzeigeobjekt. „Die intelligente Produktion ist der Schlüssel, mit der Wirtschaft und Industrie ihre Position in der Welt halten und sichern kann.“ Die industrielle Revolution sei eine Abkehr von der bisherigen Fließband- und Serienfertigung. Kundenwünsche erforderten individuelles Handeln. Es sei jetzt wichtig, Unternehmen in der Fläche zu erreichen. Hier gebe es derzeit noch ein starkes Gefälle. Dies liege zum einen an den hohen Investitionskosten, zum anderen an der fehlenden Qualifizierung des Personals. „Die Lernfabrik ist wichtig für die Ausbildung der zukünftigen Fachkräfte hier in der Region“, betont Jürgen Becker, Leiter der Hubert-Sternberg-Schule im Zentrum beruflicher Schulen in Wiesloch.

Auf über 140 Quadratmetern entstand eine komplexe und vernetzte Produktionsanlage, welche aus mehreren Modulen unterschiedlichster Hersteller zu-

sammengefügt wurde. Hier lassen sich beispielsweise individualisierte Handyschalen gestalten und produzieren. Darüber hinaus lassen sich auf dem smarten Produktionsstand der Fa. SEW Eurodrive beliebige Elektroantriebe herstellen. Die Anlage mit Rohstofflager, Förderband, smarten Montagestand, 3-D-Drucker, Montagepresse und Roboter, der die Werkstücke aufnimmt und ablegt, ist in Modulen aufgebaut, die miteinander vernetzt sind. Die Pläne für die Lernfabrik 4.0 wurden von technischen und wissenschaftlichen Lehrkräften der beteiligten beruflichen Schulen mit Unterstützung aus der Industrie entwickelt und umgesetzt.

„Mit der Lernfabrik 4.0 lassen sich die Herausforderungen des digitalen Wandels fachgerecht und zielgruppenorientiert angehen. Dabei wollen wir über die berufliche Bildung hinaus auch ein Umdenken bei den kleineren und mittelständischen Unternehmen sowie der Gesellschaft vorantreiben, damit Digitalisierung erfolgreich gelingt und jeder davon profitiert“, so Sinan Topaloglu, der Projektmanager der Lernfabrik 4.0.

Neben einer halben Million Euro, die das Land beisteuerte, unterstützte auch der Kreis die Lernfabrik 4.0 mit über 700 000 Euro. Weitere 220 000 Euro steuerten regionale Unternehmen bei. Insgesamt standen für die Einrichtung

der Lernfabrik 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. „Die Investitionen in die Lernfabrik 4.0 sind sehr gut angelegtes Geld“, so der Landrat Stefan Dallinger. Er dankte dem Land Baden-Württemberg, den Sponsoren und den Mitgliedern des Kreistags für die großzügige finanzielle Unterstützung. „Ich bin sehr optimistisch, dass unsere Lernfabrik 4.0 im Echtbetrieb an unseren beruflichen Schulen zu einem echten Vorzeigebildungsobjekt wird“, so das Fazit des Landrats.

Die Lernfabrik 4.0 ist ein Labor, das im Aufbau und in der Ausstattung industriellen Automatisierungslösungen gleicht und in dem Grundlagen für anwendungsnahe Prozesse erlernt werden können. Maschinenbau, Elektrotechnik und Informationstechnologie werden dabei durch professionelle Produktionssteuerungs- und Datenauswertungssysteme verknüpft. Auch die kaufmännische Seite ist dabei über ein Warenwirtschaftssystem abgedeckt. Zielgruppe der Lernfabrik 4.0 sind insbesondere Auszubildende in dualen Ausbildungsgängen des produzierenden Gewerbes und der IT-Branche. Darüber hinaus wird die Lernfabrik 4.0 auch Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Weiterbildungsprogrammen z. B. im Rahmen einer Techniker Ausbildung zugänglich gemacht. Außerdem soll die Lernfabrik 4.0 kleinen und mittelständischen Unternehmen als Demonstrationszentrum dienen und die Möglichkeiten im digitalen Zeitalter aufzeigen, um dadurch die Affinität zur Digitalisierung zu steigern. Dies alles geschieht in Kooperation mit den beteiligten Zentren beruflicher Schulen in Eberbach, Schwetzingen, Sinsheim, Weinheim und Wiesloch, Wirtschaftsorganisationen, angewandten Hochschulen und der Allianz Industrie 4.0 Baden-Württemberg. Mit den Einrichtungen von Lernfabriken werden die Voraussetzungen geschaffen, um den Fachkräftenachwuchs praxisnah aus- und weiterzubilden und so auf den bevorstehenden Wandel vorzubereiten.

Ortenaukreis: Einweihung der Lernfabrik 4.0 an der Gewerblich-Technischen Schule Offenburg

Die Gewerblich-Technische Schule des Ortenaukreises in Offenburg ist seit 29. März 2017 eine von 15 beruflichen Schulen im Land, an denen die Fach- und Nachwuchskräfte von morgen optimal auf die Digitalisierung in der Arbeitswelt im Zeitalter der sogenannten „Industrie 4.0“ vorbereitet werden. Landrat Frank Scherer weihte zusammen mit dem Staatssekretär im Kultusministerium, Volker Schebesta, und dem Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein (IHK), Armin Stolzer, die „Lernfabrik 4.0“ ein. Die Lernfabriken 4.0 an beruflichen Schulen sind als Trainingszentren sowohl für die Auszubildenden der Fachbereiche Metall- und Elektrotechnik als auch für die mittelständische Industrie in der Region konzipiert. Sie gleichen im Aufbau und in der Ausstattung industriellen Automatisierungslösungen, an denen die Nutzer die digitalen Produktionsprozesse trainieren und vernetzte Abläufe selbst steuern können.

„Heute gilt es beim Thema Digitalisierung für jede und jeden in allen gesellschaftlichen Bereichen up to date zu bleiben – gerade auch für unsere Unternehmen, für sie ist es sogar existenziell“, so Landrat Frank Scherer. „Deshalb gehört es meines Erachtens auch zum bildungspolitischen Pflichtprogramm auf allen verantwortlichen Ebenen dafür zu sorgen, dass auch unsere Lern- und Ausbildungsstätten und unsere Lehrkräfte in Sachen Digitalisierung up to date sind. Und deshalb habe ich auch keine Sekunde gezögert, als mich der Projektauftrag zur Lernfabrik 4.0 erreichte. Ich freue mich sehr und bin stolz darauf, dass wir hier im Ortenaukreis im Schulterschluss mit der IHK dieses Leuchtturm-Projekt für die Wirtschafts- und Bildungsregion am südlichen Oberrhein realisieren konnten. Und ich bin sehr dankbar für die finanzielle Beteiligung des Landes, der IHK und von 16 Unternehmen aus der Ortenau und darüber hinaus, ohne die wir das Projekt nicht hätten stemmen können.“

Werner Reif, Leiter Geschäftsbereich Innovation und Umwelt bei der IHK Südlicher Oberrhein, betonte: „Es ist nicht selbstverständlich, dass so viele Unter-



V.l.n.r.: Projektleiter Jochen Dapp, Werner Reif von der IHK, Landrat Frank Scherer, Staatssekretär Volker Schebesta, Schulleiterin Monika Burgmaier und der Vizepräsident der IHK Armin Stolzer weihen die Lernfabrik 4.0 an der Gewerblich-Technischen Schule des Ortenaukreises in der Moltkestraße 23 in Offenburg ein.

nehmen aus der Region, über die Ortenau hinaus, quasi auf Zuruf Geld für die Lernfabrik 4.0 gegeben haben. Und dass die Summe aus der Wirtschaft am Ende mehr als doppelt so hoch wie gefordert ausfiel, macht den Wert dieses Projekts für unsere Betriebe besonders deutlich.“ Reif sieht die Lernfabrik 4.0 als idealen Baustein des von der IHK gegründeten Kompetenzzentrums Industrie 4.0. Dessen wesentliche Elemente sind Beratung, Austausch und Weiterbildung. Gerade die Möglichkeit, die digitalen Abläufe in der Praxis üben zu können, bezeichnete Armin Stolzer als essenziell. „Hier können wir Industrie 4.0 erlebbar machen“, sagt der geschäftsführende Gesellschafter von Kasto Maschinenbau und Vizepräsident der IHK Südlicher Oberrhein. „Das ist wichtig, sonst geht der klassische Facharbeiter, ein bedeutender Standortfaktor in Deutschland, verloren.“ Scherer dankte in seiner Rede der Schulleiterin Monika Burgmaier, dem Projektleiter und stellvertretendem Schulleiter Jochen Dapp sowie allen beteiligten Lehrkräften für die Pionierarbeit und ihr Engagement, ohne das die Konzeption für die neue Lernfabrik und ihre Realisierung an der Kreisschule nicht möglich gewesen sei.

Auf Scherers Initiative hin hatte sich der Ortenaukreis mit der Gewerblich-Technischen Schule in Offenburg in Zusammenarbeit mit der IHK um die Förderung beworben. Der Kultur- und Bildungsausschuss des Kreises hatte sich einstimmig dafür ausgesprochen. Für die Realisierung der Lernfabrik 4.0 entstehen dem Ortenaukreis als Schulträger Gesamtkosten in Höhe von 836 000 Euro. Das Land gewährt einen Zuschuss von 384 000 Euro, die regionale Wirtschaft und die IHK Südlicher Oberrhein steuern 195 000 Euro bei. Die verbleibenden Kosten in Höhe von 257 000 Euro trägt der Landkreis.

Jugend

„Wählerisch mit 4? Diät mit 9? Magersucht mit 12? – Fachtag des Ortenauer Präventionsnetzwerks zum Thema „Kinder stärken. Essstörungen vermeiden“

Ein Tag zum Thema „Kinder stärken. Essstörungen vermeiden“ des Präventionsnetzwerks Ortenaukreis (PNO) lockte am 2. Mai 2017 rund 80 Fachkräfte aus Bildung, Jugendhilfe und Gesundheitswesen in die Hector Kinderakademie nach Kehl.

„Der Informationsbedarf zum Thema Ernährung und Vorbeugung von Essstörungen ist groß“, weiß Michaela Tisch, Präventionsbeauftragte der Region Kehl. Nach Angaben der KiGGS-Studie, einer Langzeitstudie des Robert Koch-Instituts zur gesundheitlichen Lage der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, zeigten etwa ein Fünftel der elf- bis 17-jährigen Kinder in Deutschland erste Anzeichen einer Essstörung. Diese Zahl und die Nachfrage von Fachkräften aus der Region Kehl veranlasste laut Tisch das Präventionsnetzwerk Ortenaukreis (PNO), sich mit Vorträgen und Work-

shops den Themen rund um Ernährung und Essprobleme im Kindesalter zu widmen.

Renate Lieberknecht, Diplom-Oecotrophologin und Mitarbeiterin des Sozialpädiatrischen Zentrums in Frankfurt, machte deutlich, dass Essstörungen wie etwa Anorexie oder Bulimie zahlreiche Ursachen haben und erst während der Pubertät entstehen. Sie beruhigte: „Die meisten Essprobleme bei Kindern sind vorübergehend und die Kinder entwickeln sich völlig normal.“ Sie machte auch darauf aufmerksam, dass Kinder mit Übergewicht oder Adipositas häufig übersehen werden. „Aber leider werden aus übergewichtigen Kindern häufig übergewichtige Jugendliche oder Erwachsene. Und dann ist eine Behandlung viel schwieriger“, betonte Lieberknecht. Schon Kinder würden lernen, Gefühle durch Essen zu kompensieren oder äußern Hunger, obwohl es sich bei dem Gefühl auch um Wut oder Traurigkeit handeln kann. Sie empfiehlt Eltern, nicht mit „gesund“ zu argumentieren: „Für ein Kind ist das kein Argument, denn es wird ja nicht sofort krank, wenn es kein Gemüse isst. Ein Kind interessiert nur, ob das Essen lecker ist oder nicht. Es geht



Zahlreiche Fachkräfte aus Bildung, Jugendhilfe und Gesundheitswesen informierten sich in Vorträgen verschiedener Referentinnen beim Fachtag des Ortenauer Präventionsnetzwerks zum Thema „Kinder stärken. Essstörungen vermeiden“.

darum, gesunde Lebensmittel auf den Tisch zu bringen, nicht darüber zu reden, aber selber Vorbild zu sein und mit Genuss und Spaß zu essen.“

Vegan, low-carb & Co. – einen Überblick über verschiedene Ernährungsformen gab Birgit Becke, Diplom-Oecotrophologin und Ernährungstherapeutin, und erklärte, wie diese zu einer gesunden Entwicklung beitragen oder auch nicht. „In erster Linie muss es um das Wohl der Kinder gehen“, betonte Becke. Sie ging auf die Aspekte einer „klugen“ Ernährung für Kinder ein. Eine ausgewogene und abwechslungsreiche Ernährung sei oberstes Ziel.

In vier Workshops widmeten sich die Teilnehmer den Themen „Gute Gefühle – aber bitte kalorienfrei“, „Zuckersüße Kinder – Umgang mit Süßem in der Kita“, „Vernetztes Arbeiten in der Beratung von Kindern und Familien mit Essstörungen“ sowie „Ernährung erleben in Kita und Schule“.

„Kitas und Schulen können themenübergreifende Aspekte des Fachtags wie etwa die Stärkung der Selbstregulation, das Beschreibenlernen von Gefühlen und den Umgang mit herausfordernden Verhaltensweisen in auf ihren Bedarf abgestimmten Fortbildungen vertiefen“, informierte Michaela Tisch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Angebote des PNO. Ullrich Böttinger, Leiter des Amtes für Soziale und Psychologische Dienste beim Landratsamt Ortenaukreis und Leiter des PNO, äußerte sich sehr zufrieden: „Wir haben ein Thema aufgegriffen, das sowohl in den Kindertagesstätten und Schulen wie auch in den Familien immer größere Bedeutung gewinnt. Wichtig ist vor allem, das Thema früh und offen, aber auch mit den nötigen Hinweisen auf problematische Entwicklungen anzugehen und mit allen Beteiligten dazu ins Gespräch zu kommen. Das PNO bietet dazu ein sehr gutes und nachhaltiges Forum. Wir werden das Thema gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern weiter behandeln.“

Kooperationsworkshop mit Jobcenter und Jugendamt im Landkreis Sigmaringen

Am 17. Mai 2017 trafen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters Sigmaringen und des Fachbereichs Jugend im Landratsamt anlässlich ihrer Kooperationsvereinbarung zu einem gemeinsamen Workshop, um sich über bisherige und aktuelle Entwicklungen zu informieren. Ziel war es die Angebote für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern.

Durch die Sozialgesetzbücher II und VIII haben die Vertragspartner einen vergleichbaren Auftrag, sie sollen Leistungsberechtigte so unterstützen, dass ein eigenverantwortliches und von Leistungen unabhängiges Leben möglich ist. Zu den Aufgaben der Jugendhilfe und der Träger der Grundsicherung gehören die Förderung der beruflichen und sozialen Integration sowie der Ausgleich sozialer Benachteiligungen und die Überwindung der individuellen Beeinträchtigungen.

Nach den Grußworten durch die Geschäftsführerin des Jobcenters Sigmaringen, Frau Sigrid Jerg überbrachte Jugendhilfeplaner Andreas Birkle die herzlichen Grüße des Amtsleiters, der durch die Stellvertretende Leitung des Fachbereichs Jugend, Frau Eva Bader

vertreten wurde. Anschließend stellten sich die Mitarbeiter des Jobcenters und Jugendamtes mit ihren jeweiligen Aufgabengebieten gegenseitig vor. In Kleingruppen wurde mit konkreten Beispielen an der Verbesserung der Zusammenarbeit gearbeitet. So sind z.B. gegenseitige Hospitationen in der jeweiligen anderen Behörde, ein gemeinsamer Newsletter und Schulungen besprochen worden.

„Ein regelmäßiger Austausch ist schon allein wegen der zahlreichen neuen Kolleginnen und Kollegen sehr wichtig“, so Jerg.

Durch die Kooperation soll die Zusammenarbeit und Abstimmung nachhaltig optimiert und eine Förderung des informellen Austausches gewährleistet werden. Die Beteiligten beider Institutionen hoffen auf eine zeitnahe Umsetzung und eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit.

Das gesamte Vorbereitungsteam, bestehend aus Frau Baumann, Frau Gräser, Frau Stump und Herr Birkle freute sich über eine gelungene Veranstaltung.

Landratsamt Rastatt: Beim Netzwerk „Frühe Hilfen und Kinderschutz“ greifen viele Rädchen ineinander

Rund 80 Fachleute des Netzwerkes „Frühe Hilfen und Kinderschutz“ im Landkreis Rastatt trafen sich zu ihrer



Sigrid Jerg, die Geschäftsführerin des Jobcenter Sigmaringen (mittlere Reihe 1. v.l.) freut sich mit ihrem Team und den Partnern im Fachbereich Jugend über eine gelungene Kooperationsveranstaltung.

jährlichen Tagung im Landratsamt. Im Mittelpunkt des fachlichen Austauschs standen die Hilfemöglichkeiten und die Vorgehensweise des Jugendamtes bei unterschiedlichen Kindeswohlgefährdenden Anlässen. Darüber hinaus wurde den Netzwerkpartnern die Sozialpädagogische Hilfeplanung der Sozialen Dienste vorgestellt.

Wie das Jugendamt konkret arbeitet, konnten die Teilnehmer in fünf Schwerpunktgruppen zu den Themen „Schulvermeidendes Verhalten“, „Auffälliges Verhalten in Kindergarten/Schule“, „Umgangsregelungen bei hochstrittigen Scheidungen“, „Vernachlässigung“ sowie „Kinder psychisch kranker Eltern“ anhand konkreter Beispiele nachvollziehen und die Zusammenarbeit zu einzelnen Kooperationspartnern der Jugendhilfe im jeweiligen Einzelfall beleuchten. Hierbei wurde deutlich, so Klaus Kaiser, Leiter der Sozialen Dienste des Jugendamtes im Landratsamt, dass die Netzwerkpartner frühzeitig den Kontakt zum Jugendamt suchen, wenn sie Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern feststellen, um frühzeitig Hilfeangebote machen zu können.

Mittlerweile gehören dem Netzwerk „Frühe Hilfen und Jugendschutz“ rund 230 Partner verschiedenster Institutionen, Praxen und Einrichtungen an, die in ihrer Aufgabenstellung mit Kindern und Jugendlichen Kontakt haben. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, die Kommunikation und den Austausch in Fragen des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen untereinander zu fördern sowie ein Frühwarnsystem aufzubauen.

Projekt „ECHT DABEI – Gesund groß werden im digitalen Zeitalter“ für Kindertageseinrichtungen im Raum Lahr gestartet – Präventionsnetzwerk Ortenaukreis (PNO) bietet Programm bald im ganzen Landkreis an

Ab sofort können Kindertageseinrichtungen im Raum Lahr am Programm „ECHT DABEI – Gesund groß werden im

digitalen Zeitalter“ des Präventionsnetzwerks Ortenaukreis (PNO) teilnehmen. Das neue Programm des PNO vermittelt verschiedenen Zielgruppen, wie Kinder im digitalen Zeitalter gesund groß werden, wie Medienchancen genutzt und Risiken vermieden werden können. ECHT DABEI steht für mehr bildschirmfreie, „echte“ Zeit. Neben einer Fortbildung für die pädagogischen Fachkräfte der Einrichtung umfasst es einen Elternabend, der von einem ECHT DABEI-Coach durchgeführt wird. Ein eigens konzipiertes Kindertheater rundet das Programm ab. Am 27. April 2017 hat das PNO das Projekt Interessierten aus Lahr und Umgebung vorgestellt.

Bei der Auftaktveranstaltung für den Raum Lahr konnten sich Eltern, Elternvertretungen, Leitungen und pädagogische Fachkräfte aus Kindertageseinrichtungen, Trägervertretungen sowie weitere Fachkräfte aus Jugendhilfe und Gesundheitswesen informieren, austauschen und Materialien sichten. Darüber hinaus erhielten sie erste Tipps, wie man das Thema praktisch angehen kann. Michaela Armbruster, ECHT DABEI-Coach, stellte Risiken der digitalen Medien, aber auch Chancen vor und gab Empfehlungen zum Medieneinsatz im Kindesalter.

„Die Meinungen bei den Eltern und pädagogischen Fachkräften sind sehr verschieden und es bestehen viele Unsicherheiten, wie oft, in welchem Umfang und ab welchem Alter die Kinder die digitalen Medien nutzen sollten“, erläutert Claudia Ohnemus, regionale Präventionsbeauftragte im Raum Lahr. „Wissenschaftler und Expertengruppen sind sich jedoch einig: Der tatsächliche Medieneinsatz bei Kindern ist doppelt so hoch wie empfohlen. Daher gilt es, Kinder im ‚echten‘ Leben zu stärken!“

Als Ansprechpartnerin für Interessierte aus dem Raum Lahr steht die regionale Präventionsbeauftragte Claudia Ohnemus unter Telefon 078 21/9157 2529 oder E-Mail claudia.ohnemus@ortenaukreis.de zur Verfügung. Ausführliche In-

formationen zum PNO und zum kreisweiten Projekt ECHT DABEI stehen auf der Internetseite www.pno-ortenau.de bereit.

Krankenhaus – Gesundheit

Landkreis Tuttlingen wird Modellregion für Telemedizin

Im Landkreis Tuttlingen wird die Fernbehandlung online oder per Telefon ab Jahresende als Modellversuch getestet. Dann können sich Kranke telefonisch und ohne vorherigen Termin an die Kassenärztliche Vereinigung wenden. Dort werden medizinische Notfälle an den Rettungsdienst weitergeleitet, die Beschwerden aufgenommen und in ein Portal eingestellt, für das sich Ärzte angemeldet haben, die für eine Online-Beratung per Telefon oder Video zur Verfügung stehen. Diese Ärzte kontaktieren den Patienten zeitnah und klären die weitere Behandlung ab. Im Idealfall müssen die Patienten dann nicht mehr in eine Arztpraxis gehen. Falls dennoch eine Untersuchung erforderlich ist, stehen Ärzte im Landkreis Tuttlingen zur Verfügung, die den Patienten dann weiter behandeln.

„Wir freuen uns sehr, dass der Landkreis Tuttlingen beim Modellversuch zur Online-Sprechstunde zum Zuge kommt. In unserer Kommunalen Gesundheitskonferenz haben wir uns immer wieder mit diesem Thema beschäftigt und aus diesem Kreis kam auch die Anregung, sich für die Teilnahme zu bewerben“, erläutert Landrat Stefan Bär. „Als ländlich geprägte Region bietet sich der Landkreis Tuttlingen für die Testphase besonders an. Die Telemedizin wird beispielsweise in der Schweiz bereits erfolgreich praktiziert und wir sind der Überzeugung, dass sie auch bei uns Zukunft haben kann. Von dem Angebot werden sowohl jüngere Menschen profitieren, die ortsunabhängig und mit geringen Wartezeiten einen

Arzt konsultieren können, als auch ältere Menschen, die den Weg zum Arzt nicht alleine bewältigen können. Die Einrichtung von Online-Sprechstunden kann langfristig auch zu einer Entlastung der Notfallpraxen und -ambulanzen führen“, ist der Landrat überzeugt.

Schwarzwald-Baar-Kreis: Erste Selbsthilfefreundliche Reha-Klinik Baden

Als erste „Selbsthilfefreundliche Reha-Klinik“ Baden-Württembergs wurde die Schloss-Klinik Sonnenbühl in Bad Dürrenheim feierlich ausgezeichnet. Bundesweit nur fünf Reha-Kliniken haben die Qualitätskriterien für selbsthilfefreundliche Reha-Kliniken erfolgreich umgesetzt. Mit den Kooperationspartnern freuten sich Joachim Gwinner, Erster Landesbeamter des Kreises, und Antje Liesener, die Koordinatorin des Netzwerks Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen aus Berlin.

Dr. Kayed Marzouq, der die Klinik seit diesem Jahr ärztlich leitet, lobte die Mitarbeit im Projekt und äußerte Anerkennung für das Engagement der Selbsthilfebeauftragten Cornelia Pallenbach. Antje Liesener vom Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen überreichte die Auszeichnung, die zwei Jahre gültig ist, in denen die Zusammenarbeit weiter ausgebaut und die Umsetzung der Qualitätskriterien konkretisiert werden soll. Sie dankte Sascha Seyer, dem Verwaltungsdirektor der Schloss-Klinik dafür, dass er das Projekt angestoßen hatte. Sie bedankte sich auch bei Joachim Gwinner, dass durch die Mitarbeit von Stefanie Kaiser in der Selbsthilfekontaktstelle des Landratsamtes nun die erste Rehaklinik im Land beteiligt ist, und ganz besonders den neun beteiligten Selbsthilfegruppen für ihre kontinuierliche Mitarbeit in den zurückliegenden zwei Jahren. Selbsthilfefreundliche Rehaklinik zu werden, bedeutet, sich zusammen dem Auftrag zu stellen, Selbsthilfe für die Patienten zugänglich zu machen. Mit



Stefanie Kaiser, Dr. Kayed Marzouq, Cornelia Pallenbach, Sascha Seyer.

der Auszeichnung erfolgt die Bestätigung des Netzwerks Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen über die professionelle Zusammenarbeit aller Netzwerkpartner. Gemeinsam wurden verbindliche Maßnahmen für die folgenden fünf Kriterien erarbeitet: So ist zum Beispiel Informationsmaterial ansprechend an mehreren Stellen ausgelegt. Alle Mitarbeitenden der Klinik werden zum Thema Selbsthilfe in Gruppen geschult. Ärzte, Therapeuten und andere Fachkräfte weisen auf Selbsthilfe als sinnvolle Ergänzung hin. Eine Selbsthilfebeauftragte wurde für die Klinik benannt. Die Zusammenarbeit wurde in einer Kooperationsvereinbarung verbindlich vereinbart. Auf diese Weise bekommen Patienten Wege aufgezeigt, wie sie mit Unterstützung von Selbsthilfegruppen zu Hause mit ihrer Erkrankung oder Behinderung besser zurechtkommen. Antje Liesener würdigte im Namen des Netzwerks die geleistete Arbeit und das große Engagement, hinter dem weitreichendes Erfahrungswissen steht. Sie überreichte stellvertretend für die Klinik die Urkunde an Cornelia Pallenbach als Ansprechpartnerin für Selbsthilfe in der Schloss-Klinik Sonnenbühl.

Joachim Gwinner schätzte die Bedeutung der Auszeichnung als erste Rehaklinik nicht nur in Baden-Württemberg, sondern im ganzen süddeutschen Raum. Er zählte die Projektschritte auf: Im April 2016 wurde der Öffentlichkeit die neue Informationswand in der Schloss-Klinik Sonnenbühl präsentiert. Im Januar 2017 wurde als vorläufig letzte Maßnahme die Kooperationsvereinbarung zwischen der Klinik und der Selbsthilfekontaktstelle im Landratsamt unterschrieben. In dieser verbindlichen Basis mit genau festgelegten und nachprüfbaren Strukturen sieht er eine nachhaltig wirksame Arbeit. Er würdigte die zunehmende Bedeutung von Selbsthilfegruppen und wünschte sich für die Zukunft eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Er könne sich auch gut vorstellen, dass weitere Kliniken diesem Beispiel folgen würden. Folgende Selbsthilfegruppen kooperieren mit der Reha-Klinik:

- AMSEL-Kontaktgruppe der Aktion Multiple Sklerose Erkrankter
- Anonyme Alkoholiker
- Bluthochdruck
- Depressionen St. Georgen
- Emotions Anonymous Rottweil
- Herzkrankte
- Morbus Bechterew

- Parkinson Regionalgruppe Schwarzwald-Baar-Kreis
- Schnarchen-Schlafapnoe Schwarzwald-Baar-Kreis
- Tinnitus und Morbus Menière
- Behindertenbeauftragter Schwarzwald-Baar-Kreis

Gesundheitsdezernat des Landratsamts Ludwigsburg erhält Förderpreis für Darstellung eines Impfprojekts

Bei der 5. Nationalen Impfkonzferenz in Oldenburg hat das Gesundheitsdezernat des Landratsamtes Ludwigsburg den Förderpreis 2017 für die Darstellung des Impfprojektes „kleiner pix, mega schutz“ im Bereich Berufsschule gewonnen. Prof. Dr. Fred Zepp, Direktor des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin an der Universität Mainz, Mitglied der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut, übergab eine Urkunde und hob den kreativen, zielgruppenspezifische Ansatz des Projektes besonders hervor.

Unter dem Motto „Impfen in unterschiedlichen Lebenswelten – Gemeinsam Impflücken schließen!“ trafen sich Akteurinnen und Akteure des Impfwezens aus ganz Deutschland. Anwesend waren Ärztinnen und Ärzte aus der ambulanten, stationären und betriebsärztlichen Versorgung sowie des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter der Kostenträger und der Impfstoffhersteller.

Das Projekt, das Dr. Uschi Traub, Leiterin der Gesundheitsförderung beim Landratsamt, im Namen aller Mitwirkenden vorstellte, umfasste einen Plakatwettbewerb, die Überprüfung von Impfausweisen sowie zwei Befragungen – vor und nach einer Plakataktion – von Schülerinnen und Schülern des kreiseigenen Berufsschulzentrums am Römerhügel. Insgesamt 216 Berufsfachschüler und Gymnasiasten nahmen an der ersten Befragung teil, 395 an der zweiten. Nur jeder Zehnte kannte die HPV-Impfung (Humane Papillomviren), jeder Vierte die



Diphtherie- und Pneumokokken- und jeder Zweite die FSME-Impfung (Frühsummer-Meningoenzephalitis). Nach der Plakataktion stieg die HPV-Kenntnis auf 30 %. Als Informationsquelle spielten Ärzte die größte Rolle mit 43 %, Eltern mit 31 % die zweitgrößte. Internet (9 %) und Freunde (5 %) hatten eine untergeordnete Rolle. 45 % vertrauen Ärzten, ohne weitere Informationen einzuholen, 36 % ihren Eltern, nur 5 % ihren Freunden. Vor der Aktion fühlten sich nur 28 % der Berufsfachschüler gut oder sehr gut über Vor- und Nachteile des Impfens informiert, danach 47 %. 25 % der Berufsfachschüler und 30 % der Gymnasiasten waren bei der ersten Befragung für eine gesetzliche Impfpflicht, bei der zweiten Befragung waren es 52 % und 37 %. Große Defizite bei Wissensfragen rund ums Thema Impfen wurden festgestellt, beispielsweise wussten nur 10 % der Berufsfachschüler und 21 % der Gymnasiasten, dass die Grundimmunisierung bei Hepatitis B aus drei Impfungen besteht. Über 70 % fanden es gut, dass junge Menschen Plakate für ihre Mitschüler erstellen. Drei Viertel der Befragten wollten, dass diese Aktion auch an anderen Schulen angeboten wird. Impfausweise wurden bei 236 Personen überprüft. Generell waren Gymnasiasten besser geimpft als Berufsfachschüler,

außer bei Hepatitis A-, FSME- und Windpocken-Impfung. Größere Defizite wurden sogar bei Tetanus- und Masern-Impfung festgestellt. Die niedrigste Durchimpfung wurde bei Windpocken (24 % Berufsfachschüler, 8 % Gymnasiasten), HPV (31 %, 37 %) und Keuchhusten (66 %, 64 %) festgestellt.

Tourismus

Einheitliche Beschilderung für Wanderwege – Startschuss für die Montage der neuen Beschilderung für das kreisweite Wanderwegenetz im Landkreis Göppingen

Am Parkplatz Reußenstein in Wiesensteig fiel 30. Mai 2017 um 11 Uhr der Startschuss für die Montage der neuen und einheitlichen Beschilderung des kreisweiten Wanderwegenetzes. Landrat Edgar Wolff montierte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Verbands Region Stuttgart Thomas S. Bopp und Bürgermeister Gebhard Tritschler unter Anleitung der beauftragten Beschilderungsfirma die ersten Wanderschilder an die neu gesetzten Metallpfosten.

„Ich freue mich sehr, dass wir heute mit der Montage der ersten Schilder begin-

nen können. Dies ist das Ergebnis von langen und intensiven Planungen“, sagte Landrat Wolff. Nicht einmal drei Jahre ist es her, dass der Verwaltungsausschuss des Göppinger Kreistages das Projekt der Freizeitwegekonzeption auf den Weg gebracht hat. „Die verschiedenen Freizeitmöglichkeiten wie Wandern, Mountainbiken und Reiten werden dadurch im Landkreis Göppingen noch attraktiver.“

Der Tourismusmanager des Landkreises, Holger Bäuerle, leitet das Projekt federführend. „Wir sind froh, dass wir unseren Zeitplan bisher einhalten konnten. Dies ist vor allem auch der Verdienst der vielen am Projekt beteiligten Akteure, denn ohne deren großes Engagement und Fachwissen wären wir heute mit Sicherheit noch nicht so weit.“

„Das Besondere an dem vom Landkreis verwendeten Beschilderungssystem der Wanderwege ist, dass dieses nicht nur regional begrenzt Anwendung findet, sondern in den nächsten Jahren auf der gesamten Schwäbischen Alb umgesetzt werden soll“, erläutert Landrat Wolff. Das anzuwendende Konzept enthält eindeutige Vorgaben im Hinblick auf Schildergröße, Schrift, Inhalt, Farbe und Materialwahl. So werden das Grundwegenetz

und die Fernwege des Schwäbischen Albvereins künftig gelbe Schilder, die lokalen Rundwanderwege im Gegensatz dazu grüne Schilder bekommen.

Das neue Wanderwegenetz im Landkreis umfasst etwa 1220 Kilometer, die neu zu beschildern und zu markieren sind. Dabei werden je 600 neue Stahl- und Holzpfosten gesetzt, rund 6000 neue Schilder montiert und etwa 16000 Markierungszeichen an Bäume, Laternenmasten oder Verkehrszeichen angebracht. Ebenso werden bereits vorhandene Pfosten aufgestockt, um dadurch Platz für die neuen Schilder zu gewinnen. Begonnen wird dabei im südwestlichen Teil des Kreises im Bereich des Oberen Filstals bei Wiesensteig. Dem Verlauf der Fils folgend soll dann spätestens bis zum Jahresende das gesamte Kreisgebiet einheitlich ausgeschildert und markiert sein. „Hier liegt noch ein großes Stück Arbeit vor uns“, betont Bäuerle und verweist auf die vielen Mitstreiter, die bei den Markierungsarbeiten in Wald und Flur unterstützend tätig sind.

Im Rahmen des Projektes wurde das ursprüngliche Wegenetz im Kreis zudem um etwa 300 Kilometer bereinigt, denn im Altbestand gab es viele parallele

Wegeführungen, die teilweise gar nicht mehr genutzt werden.

Die Kosten für die neue Beschilderung der Wanderwege, die vom Kreis als infrastrukturelle Maßnahme in konsequenter Umsetzung der Tourismuskonzeption aus 2013 übernommen werden, belaufen sich auf rund 390000 Euro. Das beauftragte Beschilderungsunternehmen hat sich im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung beworben und per Vergabeentscheid den Zuschlag erhalten. Im Preis enthalten sind Material- und Montagekosten sowie die Demontage der alten wegweisenden Beschilderung. Erfreulich ist die bereits erteilte Förderzusage des Verbands Region Stuttgart für das Projekt in Höhe von 125000 Euro.

Das infrastrukturelle Projekt der Freizeitwegekonzeption beinhaltet jedoch nicht nur die Neubeschilderung der Wanderwege, sondern zielt auch auf die Ausweisung von Single-Trails für Mountainbiker, die Schaffung von Ruhezeiten und die Entlastung von Landschaftsteilen ab. Ebenso sollen eine bessere Vernetzung der Wege mit dem ÖPNV, der Sehenswürdigkeiten sowie den Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben erreicht werden. Mit einem Planungsbüro und vielen Akteuren wie dem Schwäbischen Albverein, dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub, dem Forstamt, der Kreisjägersvereinigung, des Kreisbauern- und des Landesnaturschutzverbands, den Naturschutzbehörden sowie Vertretern von lokal organisierten Mountainbike-Gruppierungen, den Tourismusverbänden sowie den 38 kreisangehörigen Städten und Gemeinden konnte die Basis für diese Ziele erarbeitet werden.

Um im mittlerweile hart umkämpften Wandermarkt auch überregional mitspielen zu können, ist die Zertifizierung von mehreren Halbtages- und Tageswanderungen auf Kreisgebiet durch den Deutschen Wanderverband vorgesehen. Diese neuen Qualitätswege sollen dann unter dem Markendach der „Löwenpfade“ vermarktet werden.



V.l.n.r.: Bürgermeister Gebhard Tritschler, Landrat Edgar Wolff und Verbandsvorsitzender Thomas S. Bopp beim Montieren der Schilder

Landesminister Wolf offen für Tourismusprojekte des Landkreises Lörrach

Die Zukunftsstrategie des Landkreises Lörrach im Blick, lud Landrätin Marion Dammann kürzlich den auch für Tourismus zuständigen Landesminister der Justiz und für Europa, Guido Wolf, in den Landkreis ein. Dammann, ELB Ulrich Hoehler und kommunale Vertreter präsentierten bei dem Besuch verschiedene Projekte im Hinblick auf eine Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm. Ziel ist es, durch eine nachhaltige Entwicklung die bestehenden Sehenswürdigkeiten stärken und ausbauen zu können. Mit dem Förderprogramm werden wirtschafts- und strukturverbessernde Investitionen angestoßen, die Arbeitsplätze schaffen, überwiegend im ländlichen Raum.

Todtnauer Wasserfall als attraktive Destination stärker hervorheben

Am Todtnauer Wasserfall erklärte der stellvertretende Todtnauer Bürgermeister Franz Wagner dem Minister den Siegerentwurf des Ausschreibungswettbewerbs für ein neues Portal. Dieser sieht eine über dem Hang schwebende verglaste Aussichtsplattform in einer modernen Holz- und Stahlkonstruktion mit integriertem Kiosk und eine für den Wasserfall symbolische Natursteinmauer vor. Das Wasserfall-Portal soll zudem ein Informations- und Weiterbildungsangebot beinhalten. Eine angeschlossene Gastronomie würde das Angebot abrunden. Für die Umsetzung dieses Projektes, welches eine Aufwertung für die gesamte Region bedeutet und weitere Besucher anziehen wird, wünscht sich der Landkreis eine entsprechende Förderung.

Ländlichen Raum stärken

Am idyllischen Holzer Kreuz mit Ausblick auf das Biosphärengebiet Schwarzwald gratulierte Wolf zur Unesco-Anerkennung desselben. Hier überreichte die



Landesjustizminister Guido Wolf besucht den Todtnauer Wasserfall
Von links: Franz Wagner, Guido Wolf, Marion Dammann

Landrätin dem Minister eine Broschüre mit Wünschen und Anregungen zu den Themen Tourismus und grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Angesprochen werden darin unter anderem die Verlängerung der Belchenbahn, die Radverkehrsförderung im Landkreis und die kleine Außenpolitik vor Ort. „Es gibt unterschiedliche Anforderungen in den jeweiligen Tourismusorten, aber alle Gemeinden sind voller Energie, ihre Attraktivität weiter zu entwickeln“, erklärte Dammann. Schönaus Bürgermeister Peter Schelshorn betonte, seine Gemeinde setzt auf einen sanften und ganzjährigen Tourismus. Von engagierten Bürgerprojekten und Schwierigkeiten der kleinen Schwarzwaldgemeinden berichtete Fröhnds Bürgermeisterin Tanja Steinebrunner. Besonders hob sie das Projekt der neuen Ortsmitte in Fröhnd hervor: An die Stelle des Gemeindehauses soll ein neues Bauwerk kommen, für das ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben war. „Ich freue mich sehr auf das neue Bürgerhaus mit Mehr-

zweckhalle und Marktscheune und hoffe damit auf eine bessere Vermarktung unserer hochwertigen Produkte“, so Steinebrunner.

„Eine Naturlandschaft ohne Unterstützung aufzuwerten ist nicht möglich“, ist sich Wolf bewusst. Der Spielraum hätte sich diesbezüglich erweitert, wurden doch die Landesmittel für die Förderung des Fremdenverkehrs dieses Jahr von fünf auf sieben Millionen Euro angehoben.

410 000 Euro für Bad Bellingen

In Bad Bellingen überreichte Wolf den Förderbescheid aus dem Tourismusinfrastrukturprogramm 2017 in Höhe von 410 000 Euro an Bürgermeister Dr. Christoph Hoffmann für die geplante Neugestaltung des Rheinufer zu einem Erlebnisbereich. „Es ist eine hervorragende Idee, Zugänge zum Rhein zu schaffen und damit die Verbindung zwischen Stadt und Fluss herzustellen. Das neugestaltete Rheinufer wird Bad Bellingen weiter aufwerten und für Einheimische wie Touristen ein attraktives Freizeitangebot schaffen“, so Wolf.

Am Ende seines Besuches schloss der Landesminister: „Mich beeindruckt das breite touristische Angebot hier im äußersten Südwesten.“

Landkreis Karlsruhe:

Unterstützung für den Tourismus in der Kraichgau-Stromberg Region – Minister Guido Wolf übergibt Förderbescheid für Wanderwegekonzept

Unbestritten ist die sanfte Hügellandschaft des Kraichgaus und des Strombergs mit seinen zahlreichen Weinbergen, urigen Besenwirtschaften und vielfältigen Freizeitangeboten eine attraktive Urlaubsregion. Über 1 Mio. Übernachtungen zählt das Gebiet der Tourismusgemeinschaft Kraichgau-Stromberg-Tourismus e.V. (KST). Insbesondere der Fahrradtourismus hat in den vergangenen Jahren enorm zugenommen, doch auch Wandern steht bei Na-



V.l.n.r.: Ein attraktives Wanderangebot für jegliche Ansprüche als weiteres Zugpferd für den Tourismus im Kraichgau-Stromberg: Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf MdL (Bildmitte), überreicht den Förderbescheid zur Unterstützung des Projekts zur Freude von Fabian Gramling MdL, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, KST-Geschäftsführerin Christina Lennhof, KST-Vorsitzendem und Oberbürgermeister Martin Wolff, Joachim Kößler MdL und Ulli Hockenberger MdL.

turliebhabern, Ausflüglern und Genießern hoch im Kurs. „Um der großen Nachfrage insbesondere nach Halbtages- und Tageswanderungen nachzukommen, haben der KST in Kooperation mit den Naturparks Neckartal-Odenwald und Stromberg-Heuchelberg ein Konzept entwickelt, um die schönsten Rundwanderwege einheitlich auszuschildern und als attraktives Gesamtangebot zu vermarkten. Dafür haben wir im Rahmen des Tourismusinfrastrukturprogramms des Landes Baden-Württemberg Fördergelder beantragt und auch bewilligt bekommen“. Mit diesen Worten begrüßte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel am 12. April 2017 die Gäste, die zur offiziellen Überreichung des Förderbescheids ins Landratsamt nach Karlsruhe gekommen waren. Guido Wolf MdL, Minister der Justiz und für Europa, überreichte den Bescheid über rund 112 T€ persönlich. „Baden-Württemberg ist ein Tourismusland mit vielen Destinationen. Jeder kennt den Schwarzwald oder auch den Bodensee,

aber es sind viele weitere Regionen, die zur touristischen Vielfalt in unserem Land beitragen. Mit über 52 Mio. Übernachtungen im vergangenen Jahr haben wir einen Spitzenwert erreicht, zu dem auch Kraichgau-Stromberg beigetragen hat“, gab Minister Wolf einen Überblick über den Tourismus im Land. Mit dem Tourismusinfrastrukturprogramm will das Land die Destinationen nachhaltig unterstützen und Impulse für neue Projekte geben und genau dies treffe auf die Wanderwegekonzeption im Kraichgau-Stromberg zu, so der Minister weiter. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel nahm den Förderbescheid stellvertretend für alle Projektbeteiligten im Beisein von einigen Abgeordneten des Landtags entgegen. „Die Förderung dieser Konzeption ist ein wichtiger Beitrag für die touristische Infrastruktur im Landkreis Karlsruhe und der gesamten Kraichgau-Stromberg Region“, war sich Landrat Dr. Christoph Schnaudigel mit Martin Wolff, Oberbürgermeister von Bretten und Vorsitzender von KST, und KST-Geschäfts-

führerin Christina Lennhof einig. „Das Land der 1000 Hügel ist bestens geeignet, schöne und abwechslungsreiche Wanderwege zu erschließen. Gerade Themenwege werden sehr gut angenommen und werden für einen weiteren Aufschwung sorgen“, ergänzte KST-Vorsitzender Martin Wolff. Rund 40 Wanderwege in der gesamten Kraichgau-Stromberg-Region mit einem Gesamtwegenetz von 500 Kilometern werden bis Frühjahr 2018 einheitlich beschildert, mit informativen Wandertafeln und Bänken zum Ausruhen versehen.

Wie groß das Gebiet der KST ist, zeigt sich daran, dass neben den lokalen Abgeordneten Ulli Hockenberger und Joachim Kößler auch Fabian Gramling aus dem Wahlkreis Bietigheim-Bissingen zu dem Termin gekommen war. Zur KST gehören 43 Mitgliedskommunen aus den Landkreisen Enzkreis, Heilbronn, Karlsruhe, Ludwigsburg und Rhein-Neckar.

**Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord:
Neuer Wegweiser für den
Wandertourismus vorgestellt –
Wander-Handbuch für den Schwarzwald
wichtiger Leitfaden für
einheitliche Ausschilderung –
Minister lobt wegweisendes Konzept**

Wer im Schwarzwald wandern geht, ist gut aufgehoben: Rund 24.000 Kilometer lang ist das Wanderwegenetz zwischen Karlsruhe und Pforzheim im Norden und der Schweizer Grenze im Süden Baden-Württembergs. Die durchweg einheitliche Ausschilderung mit der markanten Raute ist einzigartig für eine derart große Region in Deutschland. Damit der Schwarzwald auch in Zukunft seinem Ruf als erstklassige Wanderdestination gerecht wird, stellten Vertreter der beiden Schwarzwälder Naturparke, des Schwarzwaldvereins, der Schwarzwald Tourismus GmbH und weiterer Partner am 29. März 2017 in Bühlertal (Landkreis Rastatt) einen neuen Leitfaden vor – das „Wander-Handbuch für den Schwarzwald“.



Stellten das neue Wander-Handbuch für den Schwarzwald vor (von links): Christoph Kunz (Schwarzwald Tourismus GmbH), Hannelore Reinbold-Mench (Stellvertretende Vorsitzende Naturpark Südschwarzwald), Minister Peter Hauk, Hans-Georg Sievers (Planungsbüro für Wandertourismus), Georg Keller (Präsident Schwarzwaldverein), Landrat Jürgen Bäuerle (Vorsitzender Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord) und Andrea Wagner (Tour Konzept).

Rund 80 Gäste, darunter Bürgermeister und Vertreter von Tourismus- und Sportorganisationen, waren zur Vorstellung gekommen. Der für die Naturparke zuständige Minister Peter Hauk MdL betonte die große Bedeutung des Wanderns als Wirtschaftsfaktor. „Der Schwarzwald ist weltweit bekannt und als Wanderregion beliebt. Bei der Förderung eines sanften Tourismus spielt die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums eine bedeutende Rolle. Hier sind die Naturparke starke Impulsgeber für die gesamte Region“, lobte Hauk die Rolle der beiden Schwarzwälder Naturparke bei der Umsetzung des Projekts. So konnte das Wander-Handbuch dank der Naturpark-Förderung realisiert werden: Rund zwei Drittel der Gesamtkosten haben der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord und der Naturpark Südschwarzwald mit Fördermitteln bezuschusst. Möglich ist dies durch die finanzielle Unterstützung des Landes, der Europäischen Union und der Lotterie Glücksspirale. Auch die Schwarzwald Tourismus GmbH hat sich finanziell an der Umsetzung beteiligt.

Das erste Wander-Handbuch wurde 2002 vorgelegt. Seitdem haben sich zahlreiche Rahmenbedingungen geändert, und es mussten Lösungen für aktuelle Fragen und Probleme gefunden werden. Dazu zählt die gemeinsame Nutzung von Wegen durch Wanderer und Mountainbiker. Zwischen beiden Nutzergruppen kam es in den vergangenen Jahren vereinzelt zu Konflikten. „Die große Mehrheit der Mountainbiker und Wanderer geht rücksichtsvoll miteinander um“, stellte Landrat Jürgen Bäuerle, Vorsitzender des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord und selbst passionierter Mountainbiker, fest. Lediglich eine kleine Gruppe halte sich nicht an Regeln. Die sukzessive Umsetzung des neuen Leitfadens werde dabei helfen, das Konfliktpotenzial noch weiter zu reduzieren, zeigte sich Bäuerle zuversichtlich. Auch neue Wanderprodukte – darunter touristische Fernwege und zertifizierte Qualitäts- oder Premiumwege wie die Schwarzwälder Genießerpfade – forderten eine Anpassung der Beschilderung. Die jetzt festgelegten Standards sollen auch künftigen touristischen An-

forderungen und Trends standhalten. „Mit dem neuen Wander-Handbuch stellen wir gemeinsam die Weichen für die Zukunft“, ist sich auch Georg Keller, Präsident des Schwarzwaldvereins, sicher. „Wenn die formulierten Standards eingehalten werden, bleibt der Schwarzwald mit der Qualität der Beschilderung sicher an der Spitze der deutschen Wanderdestinationen.“ Christoph Kunz, Themenmanager Wandern bei der Schwarzwald Tourismus GmbH, sieht die Entwicklung positiv. „Als Wegweiser für den Wandertourismus wird der neue Leitfaden das Angebot nochmal deutlich verbessern“, so Kunz. Hannelore Reinbold-Mench, stellvertretende Vorsitzende des Naturparks Südschwarzwald, wies auf die notwendige Umsetzung der Ergebnisse hin: „Jetzt gilt es, die Qualität des Wanderangebots im Schwarzwald für den Gast weiter zu verbessern.“ Für die Neuausweisung und Überarbeitung von Wanderstrecken stünde die Möglichkeit der Naturpark-Förderung bereit.

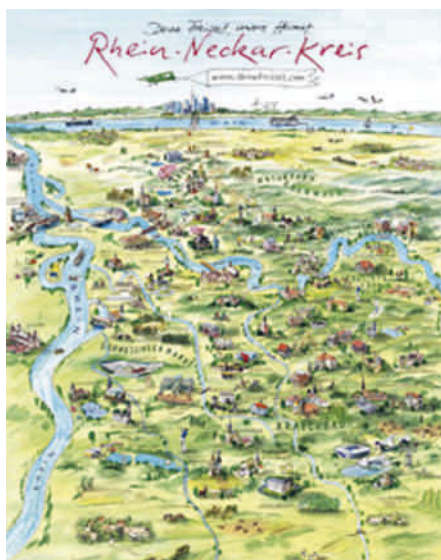
Radeln und Genießen in den .tübinger um:welten: Tourenbuch der beliebten „Vesper-Tour“ neu aufgelegt

Unter dem Motto „Heimat genießen mit allen Sinnen“ steht die Vesper-Radtour, die der Landkreis Tübingen gemeinsam mit der Kronenbrauerei Schimpf in Neustetten-Remmingsheim präsentiert. Nun wurde das Tourenbuch neu aufgelegt. Es enthält wertvolle Informationen zu den sogenannten Erlebnisstationen entlang der Strecke und hält neben einer Kartendarstellung, Höhenprofil und Wegbeschreibung weitere nützliche Hinweise zum Thema „regionaler Genuss“ bereit. Ab sofort ist das Tourenbuch kostenlos unter anderem bei der Tourismusförderung des Landkreises Tübingen unter tourismus@kreis-tuebingen.de oder Telefon 070 71/2 07-4410 erhältlich. Unter www.tuebingen-umwelten.de stehen die Tourdaten und die Broschüre auch zum Download zur Verfügung. Die Vesper-Tour führt auf einer aus-

geschilderten Strecke mit einer Länge von 42 km und rund 350 Höhenmetern durch den westlichen Landkreis und widmet sich der regionalen Produzierung und -vermarktung. Die Tour führt an heimischen Getreidefeldern, Wasserquellen, Erzeugern und Verarbeitern, sowie an ausgewählten Museen vorbei. So erfahren die radelnden Besucher einiges über die Tradition des Hopfenanbaus im Stäble und darüber, woher die hochwertigen Zutaten für die Herstellung von Brot und Bier kommen. Brauereien, Gaststätten, Cafés, Mostbesen, Hof- und Mühleäden entlang der Strecke laden zum Genießen der heimischen Produkte ein.

**Rhein-Neckar-Kreis:
Gezeichnete Landkreis-Karte wirbt
für das neue Freizeitportal
www.deinefreizeit.com/Kreiskommunen
mit typischen Motiven versehen**

Für das im vergangenen Jahr online gegangene Internetportal www.deinefreizeit.com, bei dem sich alles rund ums Thema Freizeit im Landkreis dreht, wirbt der Rhein-Neckar-Kreis nun mit einer gezeichneten Landkarte. Auf dieser hat der Künstler Stephan Maria Glöckner alle Städte und Gemeinden des Kreises mit für sie typischen Motiven versehen. So zeichnete er als Symbole für die Großen Kreisstädte Schwetzingen das Schloss samt Moschee und den Spargel, für Hockenheim natürlich die Rennstrecke und für Weinheim die Burgen samt Altstadt, während für Leimen das Rathaus und das Zementwerk, für Wiesloch die Reste der Stadtmauer, die erste „Tankstelle“ und das Bertha-Benz-Denkmal und für Sinsheim das Fußballstadion, das Auto- und Technikmuseum sowie der Steinsberg als Charakteristika stehen. Der Betrachter schaut aus der Vogelperspektive auf die mit viel Liebe zum Detail gezeichnete Karte, die auf den ersten Blick einem der besonders bei Kindern beliebten „Wimmelbilder“ ähnelt. Auf dem etwa 50 mal 40 Zenti-



meter großen Plakat sind neben allen Namen der 54 kreisangehörigen Kommunen auch die von benachbarten Städten und Gemeinden wie Mannheim, Heidelberg, Speyer oder Hirschhorn zu lesen. Die Faltkarte bietet nicht nur einen hübschen Überblick über alle Kommunen des Rhein-Neckar-Kreises, sondern eignet sich auch gut zum Aufhängen in den heimischen vier Wänden. Auf der Rückseite sind für alle eingezeichneten Kommunen stichwortartig touristische Highlights beschrieben. „Viele weitere Tipps für Ausflüge und Unternehmungen finden sich auf dem Portal www.deinefreizeit.com“, sagt die Tourismusbeauftragte des Kreises, Beate Otto. Die Seiten bieten unter dem Slogan „Deine Freizeit. Unsere Heimat“ viele Informationen zu den Freizeitangeboten der Region. Hinter dem Portal verbirgt sich eine umfangreiche Datenbank, die modular und flexibel genutzt wird. Das Portal bietet dem Besucher hilfreiche Such- und Filterfunktionen an und stellt so Kommunen übergreifend die Informationen rund um das Thema Freizeit bereit. Diese bestehen aus wenig Text, viel Bildmaterial und den jeweiligen Kontaktdaten. „Ein Schwerpunkt sind die Erlebnistouren mit dem Rad oder zu Fuß“, erklärt Beate Otto. Mithilfe eines Tourenplaners kann jeder Nutzer eine ausgewählte

Tour detailliert im Straßen- und Höhenprofil anschauen, ausdrucken und bei Bedarf die jeweilige GPX-Datei (Format zur Speicherung von Geodaten) herunterladen. Vorgeschlagenen Rundtouren sind detailliert beschrieben und geben mit ausdrucksstarken Bildern einen guten Vorgeschmack auf die Ausflugsziele. Die Karte ist kostenlos in den Rathäusern aller Kommunen des Kreises, in den Tourist-Informationen sowie im Landratsamt in Heidelberg erhältlich.

Umwelt

Bundesarbeitsgemeinschaft Gastbaumarten tagte in der Ortenau – Wissenschaftlicher Besuch im Amt für Waldwirtschaft

Auf Einladung des Amtes für Waldwirtschaft im Landratsamt Ortenaukreis kam kürzlich die Bundesarbeitsgemeinschaft Gastbaumarten zu ihrer diesjährigen Jahrestagung in der Ortenau zusammen. Bei dem zweitägigen Kongress befassten sich die aus ganz Deutschland angereisten rund 20 Wissenschaftler in Fachvorträgen, Diskussionen und bei Exkursionen mit Baumarten mittels derer heimische Wälder vor dem Hintergrund von Klimaveränderung und eingeschleppten Schädlingen krisensicherer und produktiver gestaltet werden können. So haben Walnussbäume und Edelkastanien, die in den Wäldern des Ortenaukreises erfolgreich etabliert wurden, Vorbildcharakter als sogenannte Gastbaumarten.

Holger Schütz, Leiter des Amtes für Waldwirtschaft, freute sich über so prominenten wissenschaftlichen Besuch im Ortenaukreis: „Gerade vor dem Hintergrund der massiven Schäden durch das Eschentriebsterben in unseren Auewäldern, erhoffen wir uns Anregungen unsere Wälder durch neue Baumarten risikoärmer, stabiler und ertragreicher zu gestalten.“



Zu einer Fachtagung traf sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Gastbaumarten kürzlich im Ortenaukreis. Die Wissenschaftler tauschten sich in Fachvorträgen, Diskussionen und bei Exkursionen über neue Baumarten aus, die heimische Wälder risikoärmer, stabiler und ertragreicher machen.

Im Rahmen der Fachtagung hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, in einem Wald bei Karlsruhe vor Jahrzehnten eingebrachte Platanen zu begutachten. Diese beeindruckten die Fachleute durch ihr rasches Wachstum, ihre hervorragenden Stammformen sowie ihre Anpassungsfähigkeit an ihr neues Umfeld. Bei einer Versuchsflächenanlage im benachbarten Landkreis Rastatt ging es darüber hinaus um Nussbaumarten, wie die ursprünglich aus heimischen Wäldern stammende Walnuss, südeuropäische Baumhaseln sowie amerikanische Butternussbäume und Hickorys. Zudem präsentierten und diskutierten die Tagungsteilnehmer Konzepte und Ergebnisse von Forschungen im Umfeld eingeführter Baumarten.

Als konkretes Ergebnis für die Ortenau wurde vereinbart, dass die im Rheintal inzwischen etablierte Amerikanische Roteiche als Teil eines bundesweiten Versuchs wissenschaftlich bearbeitet werden soll. Angeregt wurde auch, die Verbreitung und die Erfahrungen mit den im Kreis neu angebauten Baumarten zu dokumentieren.

Die AG Gastbaumarten ist ein Zusammenschluss innerhalb des „Verbands Deutscher Forstlicher Forschungsanstalten“. Sie koordiniert und tauscht Forschungsergebnisse aus und versorgt

Waldbesitzer und Förster mit Expertenwissen über Gastbaumarten.

Hohenlohekreis: Fachkongress Nahwärme in Kupferzell war voller Erfolg – Auftaktveranstaltung für regionale Zusammenarbeit

„Die Wärmewende ist entscheidend“, das ist das Fazit des Fachkongresses Nahwärme, der kurz vor Ostern in Kupferzell (Hohenlohekreis) stattfand. Rund 150 Teilnehmer waren der Einladung der vier Landräte Detlef Piepenburg (Landkreis Heilbronn), Dr. Matthias Neth (Hohenlohekreis), Reinhard Frank (Main-Tauber-Kreis) und Gerhard Bauer (Landkreis Schwäbisch-Hall) gefolgt. Mit dabei war

auch der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller. Die vier Landkreise haben sich im Rahmen eines regionalen Förderprogrammes zu einer Initiative zum Aufbau von Nahwärmenetzen zusammengeschlossen. Aufgrund der hohen Anmeldezahlen musste der Veranstaltungsort kurzerhand von der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in die Carl-Julius-Weber-Halle der Gemeinde verlegt werden.

Neben zahlreichen Bürgermeistern, Kreis- und Gemeinderäten aus der Region Heilbronn-Franken konnte der Hohenloher Landrat Dr. Matthias Neth auch eine ganze Reihe namhafter Referenten begrüßen. „Wir Landkreise haben uns auf die Fahnen geschrieben, die Wärmewende in unserer Region voranzutreiben“ so Neth. Die große Resonanz unter den kommunalen Entscheidungsträgern zeige, dass das Thema erneuerbare Wärmeenergie in den Köpfen angekommen ist. Gerade Städte und Gemeinden haben viele Möglichkeiten, die Wärmewende vor Ort aktiv zu gestalten. Alleine im Hohenlohekreis sind in den letzten Jahren schon drei sogenannte Bioenergiedörfer entstanden.

Das Land Baden-Württemberg unterstützt die Initiative der vier Landkreise und hat sie daher in das breit angelegte Förderprogramm „Energieeffiziente Wärmenetze“ aufgenommen. Umweltminister Franz Untersteller unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung von



Mit rund 150 Teilnehmern war der Fachkongress Nahwärme in Kupferzell ein voller Erfolg.

Nahwärmenetzen. Diese ermöglichten es, erneuerbare Energien, hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung und Abwärme in Einklang zu bringen und möglichst effizient zu nutzen. Daher stelle das Land den vier Landkreisen zum Aufbau von Netzstrukturen und für Informations- und Wissensvermittlung in den nächsten Jahren finanzielle Mittel zur Verfügung.

Auf steigende Energiekosten gebe es nur eine Antwort: „Energie effizient nutzen, Energie sparen und Erneuerbare Energien zielgerichtet einsetzen“, so der Geschäftsführer der Energieagentur Main-Tauber-Kreis Frank Künzig, der die neue regionale Zusammenarbeit und die spezifische Förderkulisse auf dem Kongress in Kupferzell vorstellte. Demnach bieten sich Kommunen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich mit den Überlegungen zu einem Wärmenetz befassen, finanzielle Optionen bereits im Vorfeld der konkreten Planung. Für Infoveranstaltungen und Informationsfahrten, aber auch für Potenzialuntersuchungen und Machbarkeitsstudien sind sie aufgerufen, auf die jeweiligen Energieagenturen bzw. Klimaschutzstellen ihres Kreises zuzugehen und hier die mögliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Organisation und Abwicklung der möglichen finanziellen Förderung erfolgen dann einfach und unbürokratisch über diese Stellen.

Rund zwei Drittel der in Deutschland benötigten Energie ist Wärmeenergie. Der Aufbau einer erneuerbaren Wärmeversorgung, in Kombination mit Energieeinsparungs- und Energieeffizienzmaßnahmen, ist daher der entscheidende Baustein einer erfolgreichen Energiewende. Wenn die Klimaschutzziele erreicht werden sollen, muss in Zukunft mehr Wärme aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Dabei ist das Potenzial der regenerativen Energien gerade im Wärmebereich besonders groß. Alleine in Baden-Württemberg existieren rund 800 Biogasanlagen und 50 Holzkraftwerke. Die meisten dieser Anlagen

verfügen über kein sinnvolles Wärme-konzept.

Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Wärmeenergie kann erhebliche ökologische und ökonomische Vorteile bringen. Bene Müller, Vorstandsmitglied des Singener Bürgerunternehmens Solarcomplex, das sich seit rund 15 Jahren in Sachen Energiewende engagiert, plädierte für den Umbau der Energiewirtschaft hin zu heimischen, erneuerbaren Energien. Am Beispiel der Region Bodensee verdeutlichte Müller wie durch dezentrale Versorgungsstrukturen regionalwirtschaftliche Vorteile erzielt werden können. Über 100 Millionen Euro konnte die Solarcomplex AG, ein laut Müller „regeneratives Stadtwerk in breitem Streubesitz“ bereits in nachhaltige Projekte investieren. Geld, das nicht für fossile Energien ins Ausland abfließt und Solarcomplex zur zentralen Kraft beim Ausbau erneuerbarer Energien im Süden Baden-Württembergs macht.

Besonders im Fokus des Fachkongresses Nahwärme stand die Einbindung von großen solarthermischen Anlagen in Wärmenetze. So liege der Ertrag von Solarkollektoren auf 1 Hektar bei 1,2 Mio kWh, der Zuwachs je Hektar Wald allerdings nur bei rund 20 000 kWh. Dieses enorme Potenzial soll künftig auch in der Region genutzt werden. So wurden in Kupferzell Beispiele aus Süddeutschland, aber auch aus Dänemark aufgezeigt, die schon erfolgreich Solarthermie als Energiequelle nutzen. Ganz praktische Einblicke in die Leistungsfähigkeit moderner Wärmeleitungen lieferte eine Ausstellung im Foyer der Carl-Julius-Weber-Halle. Durch die Flexibilität moderner Leitungen können beim Verlegen verschiedene Methoden angewendet werden. Ein aufwendiges Verlegen durch umfangreiche Grabarbeiten ist, je nach Projekt, durch moderne Einpflüg- oder Spülbohrverfahren überflüssig und deutlich schneller und effizienter als bisher zu erledigen.

Der Fachkongress Nahwärme lieferte überzeugende Argumente für den Einsatz von erneuerbarer Wärmetechnologie. Die Notwendigkeit der Umstellung ist unbestritten. Mehr und mehr Städte und Gemeinden entscheiden sich deshalb für eine eigene, zukunftssichere, kommunale Energieversorgung. „Gerade den Kommunen kommt hier eine Schlüsselfunktion zu. Mit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien nehmen sie eine Vorbildfunktion ein“, unterstrich Dr. Wolfgang Eißer, Dezernent für den Ländlichen Raum im Hohenlohekreis in seiner Zusammenfassung. Ziel ist es, die Region auf erneuerbare Energien umzustellen. Dem Thema erneuerbare Wärmeenergie könne sich heute keine Kommune mehr verschließen. Die Realisierung von Wärmenetzen setzt Engagement und Motivation vieler verschiedener Akteure voraus. Nur so kann die entscheidende Wärmewende gelingen.

Ansprechpartner im Hohenlohekreis ist das Regionalbüro der Bioenergie-Region in Öhringen unter 0 79 40/18-6 01.

Klimahaus-Kampagne gestartet – Der Landkreis Böblingen bietet das „Klimahaus Baden-Württemberg“ an

Die Klimahaus-Kampagne der KEA – Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg ist im Landkreis Böblingen angekommen: Hier wird die Energieeffizienzkampagne für private Wohngebäude erstmals in einem Landkreis umgesetzt. Die Energieagentur Kreis Böblingen übernimmt die Kampagnenarbeit vor Ort.

Um die Auszeichnung zu erhalten, können Hausbesitzer, die energetisch saniert oder energieeffizient gebaut haben, bei der Energieagentur des Landkreises einen Antrag stellen. Neubauten ab dem Standard eines KfW-Effizienzhauses 70 sowie Bestandsgebäude ab dem Niveau eines KfW-Effizienzhauses 115 bzw. Denkmal können prämiert werden. Mit einem



Dieses Haus wurde aufgrund seiner hohen Energieeffizienz als Vorbild für den Klimaschutz ausgezeichnet.

34

Durch die neu gestartete Klimahaus-Kampagne werden auf der individuellen Hausnummer die gut sanierten oder neu gebauten Häuser im Straßenbild hervorgehoben.

einfachen Fragebogen werden die Daten des Gebäudes erfasst und dann geprüft, ob das Gebäude ein „Klimahaus“ ist. Das Teilnahmeformular steht auf der Internetseite der Energieagentur Böblingen unter www.ea-bb.de/Projekte bereit und kann bequem am Bildschirm ausgefüllt werden. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das Siegel kostenfrei.

Der Kreis Böblingen will mit der Kampagne „Klimahaus Baden-Württemberg“ seine Bürgerinnen und Bürger für die energetische Gebäudesanierung sensibilisieren. Durch die individuelle Hausnummer werden die gut sanierten oder neu gebauten Häuser im Straßenbild

hervorgehoben und regen so zur Nachahmung an. „Bei der Energieeffizienz im Gebäudebereich schlummern noch erhebliche Potenziale“, so Berthold Hanfstein, Geschäftsführer der Energieagentur Kreis Böblingen. Neben finanziellen Hemmnissen halten Informationsdefizite und Unsicherheiten gegenüber Sanierungsvorhaben die Bürger in vielen Fällen von wirtschaftlich sinnvollen Sanierungsmaßnahmen ab. Hier setzt die Initiative laut Nadine Derber, als Klimaschutzmanagerin des Landkreises u.a. für Öffentlichkeitsarbeit zuständig, an: „Indem wir gute Beispiele für energieeffiziente Sanierungen öffentlichkeitswirksam auszeichnen, sollen andere Bau- und Sanierungswillige für das Thema sensibilisiert und zum Handeln angeregt werden.“

Auch Dr. Volker Kienzlen, Geschäftsführer der KEA, freut sich, dass das Klimahaus nun vor Ort angekommen ist: „Der Landkreis Böblingen setzt als Pilotlandkreis ein deutliches Zeichen. Nachdem der Landkreis mit der Sanierung und dem Energiemanagement der eigenen Liegenschaften vorangegangen ist, geht man nun den nächsten Schritt und nimmt systematisch auch die Wohngebäude in den Blick.“ Mit Blick auf die Landesziele ergänzt Kienzlen: „Ich hoffe sehr, dass das gute Beispiel nun Schule macht und sich weitere Landkreise der Kampagne anschließen werden. Erst wenn der Klimaschutz in der Fläche gelebt wird, ist die Energiewende in Baden-Württemberg zu schaffen.“

**Landkreis Göppingen:
Mit den Füßen im kühlen Sand und dem Kopf im Wind –
Vermittlung erneuerbarer Energien im vorschulischen Bereich**

Erzieher/innen und Erzieher/innen-schüler testen Spiele und Bastelangebote zum Thema Erneuerbare Energien im Seminar der Umweltakademie und des Landkreises Göppingen. „Wow, jetzt machen wir ganz schön

Wind“, stellen die Schüler der Fachschule für Sozialpädagogik Göppingen fest, als sich fröhlich die Windrädchen drehen. Sie sind mit weiteren Erzieher/innen und Multiplikatoren im Umweltbildungsbereich auf Einladung der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg und des Landkreises Göppingen am 18. Mai 2017 ins Landratsamt Göppingen gekommen, um mehr über erneuerbare Energien zu erfahren und praktische Anregungen zur spielerischen Vermittlung des Themas durch Experimente, Basteleien, Spiele und Lieder auszuprobieren.

Eine Fundgrube an Informationen und praktischen Anregungen bieten hierfür das Kinderheft Carolyns Wunderlampe, sowie das für den Vorschulbereich konzipierte Arbeitsbuch „Sonne, Wasser Wind“. Beide von der Umweltakademie herausgegeben Bücher bilden die Grundlage des praxisorientierten Workshops. Der nachhaltige Umgang mit Energie insbesondere der verstärkte Einsatz von erneuerbaren Energien hängt wesentlich davon ab, dass viele Menschen fundiertes Wissen über Energie und den Folgen der Energienutzung für den Klimaschutz besitzen.

Aber trotz vieler Informationsmöglichkeiten nimmt die Wissenserosion zu, betont die Umweltakademie. Deshalb verdeutlicht Dominik Seck von der Klimaagentur des Landkreises Göppingen anschaulich die Möglichkeiten der Energiegewinnung und ihren Einfluss auf den Treibhauseffekt und damit auf unser Klima.

Genau hier ist der Ansatzpunkt der Akademie. Wichtig findet Referentin Claudia Dichtl, dass neben der Vermittlung grundlegender Informationen Spiel und Spaß für Kinder dabei nicht zu kurz kommen: Welchem Kind machen nicht pusten, drehen, hüpfen oder singen Spaß? Die gezielte Berücksichtigung der spielerischen Vermittlung der erneuerbaren Energien, wenn sich beispielsweise wie von Geisterhand der Propeller des Solarflugzeugs in der Sonne dreht, sollen



Referentin Claudia Dichtl (l.) mit Teilnehmer/innen des Seminars „Erneuerbare ganz praktisch“

darüber hinaus die kindliche Neugier anfeuern und den Forscherdrang wecken.

Unterschiedliche Materialien heizen sich verschieden stark in der Sonne auf, so dass große Temperaturunterschiede fühlbar werden. Die Wärme reicht an einem sonnigen Tag, um Wasser zum Händewaschen aufzuwärmen. Mit ein bisschen Glück, lässt sich sogar das Spiegelei auf dem Solarkocher braten.

Gefälle bringt Bewegung ins Spiel, das weiß jedes Kind, das schon mal gerutscht ist. Aber das es auch die Ursache für Drehbewegungen sind, das lässt sich leicht an selbstgebastelten Wasser- und Windrädern erproben. Und wenn man durch Drehen der Kurbel der Dynamo-Taschenlampe Strom erzeugt, kann man damit eine kleine Taschenlampen-Dia-show betreiben.

Das Thema Energie spielt in unserem Alltag eine zentrale Rolle: unsere Nahrung enthält die Energie, die unser Körper für alle wichtigen Lebensfunktionen benötigt. Die gut funktionierende Zentralheizung oder der gemütliche Kaminofen bieten wohlige Wärme an nasskalten Wintertagen, Strom für Licht und andere elektrische Geräte rund um die Uhr sind selbstverständlich, ebenso wie die Möglichkeit bequem mobil zu sein mit Bus, Bahn oder dem Auto auf dem Weg zur Arbeit oder in der Freizeit. Energie

scheint ein allzu selbstverständliches Gut in unserem Alltag zu sein.

Aber die Kehrseiten unseres Energiekonsums haben einen zentralen Stellenwert, wie uns Schlagzeilen über Feinstaubbelastungen, besonders in unseren Städten, Verknappung von fossilen Energieressourcen und der drohende, menschenverstärkte Klimawandel verdeutlichen. Atomunglücke belegen das Risiko, das in der Nutzung radioaktiven Brennstoffe birgt.

Der daraus resultierende Wille eine Energiewende herbeizuführen, weg von fossilen und radioaktiven Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energiequellen, ist nur allzu nachvollziehbar. „Bis zum Jahr 2050 strebt der Landkreis Göppingen eine bilanzielle Deckung des gesamten Endenergiebedarfs durch regionale regenerative Energien an“, erklärt Susanne Berger von der Geschäftsstelle Klimaschutz des Landkreises.

„Der vorschulische Bereich spielt für die Etablierung von Kenntnissen, die Entwicklung von Bewusstsein und einer resultierenden Handlungsmotivation eine wichtige und bisher viel zu wenig genutzte Rolle“, betont Hiltrud Wilhelmi von der Umweltakademie Baden-Württemberg. Sind doch wissbegierige und interessierte kleine Energiekenner letztlich die aufgeklärten und bewussten Ver-

braucher und Entscheidungsträger von morgen und der nachhaltige Umgang mit Energie ein wichtiger Beitrag zum aktiven Klimaschutz, so Wilhelmi weiter.

Landkreis Karlsruhe: Mobilität sichern – Innovative Straßenleuchten spenden weitaus mehr als nur Licht

Im Landkreis Karlsruhe stehen seit kurzem vier innovative Straßenlaternen. Sie beleuchten nicht nur das Gelände einer Wohnanlage für Flüchtlinge in Eggenstein-Leopoldshafen und einen Radweg zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT), sondern können weitaus mehr.

Seit November 2016 genießen Benutzer des Geh- und Radweges entlang der Landesstraße L 559 zwischen Eggenstein-Leopoldshafen und dem Campus des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) einen besonderen Komfort. Drei neue LED-Straßenleuchten spenden bei Dunkelheit sanftes Licht und machen damit das Gehen und Radfahren in der Dunkelheit sicherer. Die im modernen Design gestaltete Leuchten sind darüber hinaus mit einer Vielzahl weiterer Funktionen ausgestattet, unter anderem mit WLAN-Routern. Fußgänger und Radfahrer können sich bei einem Stopp schnell ins Internet einloggen, um zum Beispiel Straßenkarten oder Radrouten aufs Smartphone zu laden. Jede Leuchte verfügt daneben über einen Notrufknopf, über den man direkt mit der Notrufzentrale des Deutschen Roten Kreuzes verbunden wird, ein Blinklicht an der Spitze des Leuchtenmastes macht im Falle eines Falles von Weitem auf den Ort des Notrufs aufmerksam. Außerdem verfügen die Masten über Messtechnik, mit der sich Umweltdaten wie Luftqualität, Kohlendioxid-Gehalt oder Temperatur erfassen lassen.

Die multifunktionalen Straßenleuchten tragen den Namen SM!GHT, der sich aus den Begriffen „Smart“, „City“ und „Light“ zusammensetzt. Entwickelt wurden sie am Karlsruher Innovationscampus, dem



Die brasilianische Delegation mit ihren deutschen Gastgebern vor einer der neuen SM!GHT-Leuchten in Eggenstein-Leopoldshafen

Start-up des Energiekonzerns EnBW. Die Fertigung erfolgte im nahegelegenen Graben-Neudorf und die erstmalige Aufstellung in Kooperation mit dem Landkreis Karlsruhe. Der Standort bei den neu errichteten Wohneinheiten bot sich an, weil die Räume nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Studierende des KIT im Rahmen eines gemeinsamen Wohnprojekts nutzen können.

„Hightech-Unternehmen sind bei uns ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und viele von ihnen leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz“, begründet Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, warum die Wahl auf das neuartige Produkt gefallen ist. Überzeugend sei die multifunktionale Ausstattung der Leuchten, die insbesondere einen leistungsfähigen Zugang zum Internet ermöglichen, auch an Orten, bei denen das bislang nicht möglich war. Dies sei ein wichtiger Beitrag zu einer noch besseren Mobilität.

Gemeinsam mit der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen hat die Kreisverwaltung die multifunktionalen SM!GHT-Leuchten nach den spezifischen Bedürfnissen vor Ort konfiguriert, was sich aufgrund des Baukastenprinzips einfach gestaltet. Die auf dem Ge-

lände der Wohnunterkunft positionierte Leuchte ist am umfangreichsten ausgestattet: Neben dem eingebauten WLAN-Router, mittels dem sich die 100 Bewohner der Unterkunft schon heute kostenlos ins Internet einloggen können, wurde diese Leuchte zusätzlich mit Lade-technik für Elektrofahrzeuge ausgerüstet. Dahinter stand die Überlegung, dass derjenige, der am renommierten KIT studiert technischen Dingen zugewandt ist und die Vorzüge des elektrischen Fahrens im öffentlichen Bewusstsein voranbringen kann. An zwei Steckdosen lassen sich sowohl E-Autos wie auch Pelelecs aufladen. Das Laden soll kostenlos sein, eine automatische Abrechnung wäre aber genauso möglich, da sich alle Daten per Funk an einen Zentralrechner übertragen lassen.

Die SM!GHT-Technologie spielt aber nicht nur im Hinblick auf Energieeffizienz und emissionsarme Mobilität vor Ort eine Rolle, sondern auch auf internationaler Ebene innerhalb des bundesweiten Klimaschutzprogramms „50 Kommunale Klimapartnerschaften“. In dessen Rahmen engagieren sich der Landkreis Karlsruhe und die Stadt Brusque im brasilianischen Bundesstaat

Santa Catharina gemeinsam für die Schonung der Ressourcen und den Schutz der Umwelt. Als eines von mehreren Projekten ist SM!GHT am Start; geplant ist, die Straßenbeleuchtung der befreundeten Stadt mit der intelligenten Technologie und sparsamen LED-Modulen auszustatten. Dabei kommt der Messtechnik eine besondere Bedeutung zu: Mit ihr lässt sich zum Beispiel feststellen, wie hoch die Belastung mit Feinstaub, Stickoxiden oder Ozon ist. Ein im Mast eingebauter Sensor kann außerdem registrieren, wie oft Fahrzeuge und Fußgänger die Stelle passieren. Diese Daten geben wertvolle Hinweise für die Stadtplanung. Welche Schlüsse man daraus ziehen kann – das wollen Wissenschaftler der Hochschule Karlsruhe und der brasilianischen Universität UNIFE in einem wissenschaftlichen Projekt erforschen. Die Ergebnisse könnten helfen, den Verkehr besser zu lenken und in der Innenstadt zum Beispiel schnell freie Parkplätze zu finden und dadurch Staus und Luftbelastungen zu minimieren.

Längst ist SM!GHT nicht nur in Deutschland im Einsatz. In den vergangenen Monaten hatten sich auch Gemeinden in Norwegen, Tschechien und in der Schweiz dafür entschieden. Und schon seit knapp einem Jahr setzt die westaustralische Stadt Caloundra auf die Technik aus Karlsruhe.

Das Bundesprojekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ initiiert bzw. stärkt die fachliche Zusammenarbeit deutscher Städte mit Kommunen im globalen Süden in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Themen sollen dabei systematisch in die bestehende kommunale Partnerschaftsarbeit integriert werden. Dazu erarbeiten die kommunalen Partnerschaften konkrete und gemeinsame Handlungsprogramme mit Zielen, Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Das Projekt wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global in

Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) seit 2011 durchgeführt. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Landkreistag unterstützen das Projekt. Auftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der Abschlussworkshop, in dem die 50 Partner ihre Handlungsprogramme vorgestellt und weitere Schritte zur Zusammenarbeit festgelegt hatten, fand 21. bis 23. November 2016 in Karlsruhe statt. Zu den 50 Partnern gehören auch der Landkreis Karlsruhe und die brasilianische Stadt Brusque.

**Landkreis Ludwigsburg:
Klimaschutzkonzept –
Veranstaltung zu kommunalen
Energieeffizienz-Netzwerken**

Die erste Veranstaltung im Rahmen des Klimaschutzkonzepts für den Landkreis Ludwigsburg fand kürzlich im Kreishaus statt. Schwerpunkt der Veranstaltung war das Thema kommunale Energieeffizienz-Netzwerke. Das Angebot KEEn (Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke in Baden-Württemberg) soll Städte und Gemeinden beim kostensparenden Energiemanagement in ihren Liegenschaften unterstützen. Die Veranstaltung richtete sich an kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Energiethemen befasst sind. „In dem Netzwerk sollen unsere Städte und Gemeinden unter der Leitung eines Netzwerkmanagers voneinander lernen und Erfahrungen austauschen. Die Kommune profitiert durch die Einsparungen von Energiekosten und lernt durch die Erfolge und Fehler anderer Nachbarkommunen. Die Steigerung der Energieeffizienz nutzt dem Klima – und über geringere Energiekosten auch dem kommunalen Haushalt“, fasste Dennis Fricken, Klimaschutzmanager des Landkreises, die Vorteile des Netzwerks zusammen.

Claus Greiser von der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (KEA) stellte verschiedene Energieeffizienz-Netzwerke vor und berichtete von ihren Erfahrungen und Erfolgen. Ein weiteres Thema der Veranstaltung war das Projekt „i_city“: In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik Stuttgart werden darin landkreisweit 3-D-Stadtmodelle entwickelt, mit denen unter anderem die Energiebilanz und das Photovoltaik-Potenzial für Gebäude simuliert werden können.

Zum Abschluss der Veranstaltung ging es darum, was sich die Kreiskommunen vom Klimaschutzkonzept erwarten und in welchen Projekten eine engere Zusammenarbeit oder Unterstützung erwünscht ist.

Das inzwischen erstellte Klimaschutzkonzept für den Landkreis Ludwigsburg gibt eine systematische Übersicht über die Potenziale in allen Handlungsfeldern und liefert Impulse für die weitere Verringerung von Energieverbrauch und Kohlendioxid-Emissionen. Ein Gebäudemodell und ein Straßenverkehrsmodell sind Teile des Klimaschutzkonzepts. Auf der Basis der Energie- und Kohlendioxid-Bilanzen wurden die Einsparpotenziale ermittelt, verschiedene Klimaschutz-Szenarien entwickelt und Ziele für die Kohlendioxid-Minderung definiert. Die Klimaschutz-Szenarien waren die Grundlage für die Erarbeitung von Maßnahmen und Handlungsempfehlungen. Daran schließt sich nun die schrittweise Realisierung der definierten Maßnahmen an.

Am Integrierten Klimaschutzkonzept für den Landkreis Ludwigsburg sind 34 der 39 Städte und Gemeinden des Landkreises beteiligt. Die Städte Freiberg, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Ludwigsburg und Tamm haben ein eigenes Klimaschutzkonzept entwickelt und zudem am Klimaschutzkonzept für den Landkreis Ludwigsburg mitgewirkt.

**Preisträger bei landesweitem
Wettbewerb HolzProKlima –
Regionale Holzkompetenz-Initiative
ausgezeichnet**

Der Kommunalwettbewerb *HolzProKlima* in Baden-Württemberg prämiert vorbildliches Engagement durch Holzverwendung zugunsten des Klimas. Nun wurden in Stuttgart die Preisträger durch Forstminister Peter Hauk ausgezeichnet, darunter auch die Initiative „Holzkompetenz hoch drei“ der Landkreise Heidenheim, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall sowie der regionalen Wirtschaftsförderung WiRO, die den erstmals vergebenen Sonderpreis des Landes einheimste.

Wie wichtig die vermehrte und verantwortungsvolle Holzverwendung bei der Erreichung der Klimaziele ist, wurde bei der Preisverleihung des vom Land geförderten Kommunalwettbewerbs *HolzProKlima* in Baden-Württemberg 2016/2017 deutlich. Hier wurden Städte, Gemeinden und Landkreise ausgezeichnet, die die bewusste politische Entscheidung getroffen haben, durch den zunehmenden Einsatz der nachwachsenden Ressource Holz einen Beitrag zum Klimaschutz in ihrer Region zu leisten. Die Initiative *HolzProKlima* ist dabei ein Aktionsbündnis aus vierzehn Bundesverbänden und Organisationen der Forst- und Holzwirtschaft, deren Ziel es ist, der Politik und Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass die Verwendung von Holzprodukten zum Bauen und Wohnen aktiver Klimaschutz ist.

Zu den Preisträgern, die aus insgesamt vierzig Bewerbungen von einer Fachjury unter Vorsitz des aus Aalen stammenden Bauingenieurs und Architekten Professor Dr. Werner Sobek ermittelt wurden, gehört auch die Initiative „Holzkompetenz hoch drei“. Sie erhielt den von Sobek in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk *proHolzBW* entwickelten Sonderpreis des Landes Baden-Württemberg, mit dem die Jury das außergewöhnliche Engagement der Initiative würdigte. Zu dieser hatten sich im Jahr 2011 die Land-



V.l.n.r.: Christoph Jost (proHolzBW), Klaus Pavel (Landrat Ostalbkreis), Forstminister Peter Hauk, Dr. Ursula Bilger (Wirtschaftsförderung Ostwürttemberg), Prof. Dr. Werner Sobek (Juryvorsitzender), Thomas Reinhardt (Landrat Landkreis Heidenheim).

kreise Heidenheim, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall gemeinsam mit der regionalen Wirtschaftsförderung WiRO zusammengeschlossen, um dem in der Raumschaft reichlich vorhandenen Rohstoff Holz und dessen wirtschaftlicher wie auch gesellschaftlicher Bedeutung gerecht zu werden. Seither werden zum Beispiel Planer, Bauherren sowie Holzbauunternehmer in langjähriger Kontinuität insbesondere bei den regionalen Holzbautagen an einen Tisch gebracht, um dort die Chancen und Potenziale des privaten und öffentlichen Holzbaus aufzuzeigen. Dieses Engagement habe, so die Jury, Leuchtturmcharakter für andere Landkreise und wirke weit über die Landesgrenzen hinaus.

Forstminister Peter Hauk ehrte die Gewinner des Wettbewerbs persönlich: „Der Bedarf an dem klimapositiven Material Holz ist groß, die Verwendungsmöglichkeiten werden durch Innovationen immer vielfältiger.“ Dies zeige in beispielhafter Weise die Initiative „Holzkompetenz hoch drei“, für die die Landräte Klaus Pavel (Ostalbkreis) und Thomas Reinhardt (Landkreis Heidenheim) sowie WiRO-Geschäftsführerin Dr. Ursula Bilger den von Werner Sobek in

Form einer Laube gestalteten Preis entgegen nahmen.

**Rems-Murr-Kreis:
Deutscher Holzbaupreis für
Modulbauten im Schelmenholz –
Verleihung in Hannover –
Jury: Antwort auf drängendes Thema,
das neue Baukultur werden kann**

Die innovativen Modulbauten im Winnender Schelmenholz haben den Deutschen Holzbaupreis 2017 in der Kategorie „Komponenten/Konzepte“ gewonnen: Professor Werner Sobek, die AH Aktiv-Haus GmbH, und die Kreisbaugruppe nahmen den Preis am 23. Mai 2017 in Hannover entgegen. Er gilt als die wichtigste Auszeichnung für Gebäude aus Holz in der Bundesrepublik.

In der Begründung heißt es: „Das Aktivhaus zeigt, dass man dem drängenden Thema der Zeit, nämlich kurzfristig Wohnraum zu schaffen, auch mit hochwertigen, durchdachten Modullösungen entsprechen kann. Sind diese langfristig gedacht, können sie Teil einer Baukultur werden, die mehr und mehr die vielfältigen Vorteile des Bauens mit Holz integriert.“

Landrat Dr. Richard Sigel, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Kreisbaugruppe ist, sieht dieses innovative Projekt durch den Holzbaupreis einmal mehr bestätigt. Er hatte den renommierten Architekten Professor Werner Sobek mit der Kreisbaugruppe zusammen gebracht. „Sozialer Wohnungsbau ist das Top-Thema schlechthin. Mit diesem Modellprojekt in Winnenden haben alle Beteiligten gemeinsam gezeigt, wie innovatives und vorausschauendes Bauen gelingen kann“, sagt Dr. Richard Sigel. „Schön, dass wir die Jury damit überzeugen konnten.“

Vorausschauend ist das Projekt auch für Dirk Braune, Vorsitzender der Geschäftsführung der Kreisbaugruppe: „Das Prinzip der Nachhaltigkeit haben wir bei dieser kleinen Siedlung nicht nur werkstofflich und energetisch, sondern auch wohnungswirtschaftlich mit der Option einer späteren Nutzung als bezahlbare Mietwohnungen umgesetzt“, so Braune. Auch Winnendens Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth freut sich über die Auszeichnung: „Für die Kreisbau und für Aktivhaus eine herausragende Anerkennung. Für Winnenden ein Glücksfall, da die Häusergruppe sich hervorragend integriert in die städtebauliche Situation des Wohngebiets Schelmenholz – mit der jetzigen und mit einer späteren Nutzung. 2017 ist nun das Jahr der nationalen Bau-Preise in Winnenden – das neue Besucherzentrum von Kärcher hat soeben den Deutschen Ziegelpreis bekommen.“

„Der Deutsche Holzbaupreis, über den wir uns wirklich sehr gefreut haben, ist ein weiterer Beweis dafür, wie gelungen unsere erste Aktivhaussiedlung geworden ist“, sagt Professor Werner Sobek. Auch Stephanie Fiederer, Geschäftsführerin der AH Aktiv-Haus GmbH, freut sich über die Auszeichnung: „Der Deutsche Holzbaupreis 2017, den wir für unser erstes Projekt zusammen mit der Kreisbaugesellschaft erhalten haben, ist uns Bestätigung und großer Ansporn zugleich.“



Freuen sich über den Deutschen Holzbaupreis 2017 (von links): Winnendens Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth, Stephanie Fiederer, Geschäftsführerin der AH Aktiv-Haus GmbH, Professor Werner Sobek, Dirk Braune, Vorsitzender der Geschäftsführung der Kreisbaugruppe sowie Dr. Richard Sigel, Landrat und Aufsichtsratsvorsitzender der Kreisbaugruppe.

Der Deutsche Holzbaupreis wird verliehen von Holzbau Deutschland – Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Der diesjährige Preis wurde am 23. Mai 2017 auf der LIGNA, der laut Veranstalterangaben weltweit wichtigsten Messe für Maschinen, Anlagen und Werkzeuge für die Holzbe- und -verarbeitung, in Hannover überreicht.

In diesem Jahr wurden zwei Neubau-Projekte sowie zwei Projekte, in der Kategorie „Komponenten / Konzepte“ ausgezeichnet, deren unterschiedliche Ausprägung vorbildlich das Anwendungsspektrum des Baustoffes Holz darstellt. Die Fachjury unter Leitung des Architekten Dipl.-Ing. Arch. Christoph Schild, BDB Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V. in Berlin, hatte rund 200 eingesendete Arbeiten zu bewerten, die von anspruchsvollen Neubauten über erfinderische Gebäudesanierungen bis zu zukunftsweisenden Entwicklungen auf dem Produktsektor reichten. Es wurden insgesamt vier Preise und sieben Anerkennungen vergeben.

Wir sind überzeugt, dass Nachhaltigkeit, kostengünstiges Bauen und gute Architektur kein Widerspruch sind.“

Rhein-Neckar-Kreis schafft Transparenz im Klimaschutz: Kreisweite CO₂-Bilanz fortgeschrieben und veröffentlicht

Der Rhein-Neckar-Kreis ist gemeinsam mit seinen Kommunen jetzt einen Schritt weiter und schafft Transparenz im Klimaschutz. Ab sofort ist die Fortschreibung der kreisweiten CO₂-Bilanz auf der Website www.klimaschutz-rnk.de abrufbar. Die überarbeitete Website zeigt die Energiebilanzen der Städte und Gemeinden bezogen auf die Endenergie und ist nach Sektoren aufgeteilt. Die darauf aufbauenden CO₂-Bilanzen der Kommunen sind

ebenfalls abgebildet und nach den jeweiligen Sektoren „private Haushalte“, „Gewerbe“, „verarbeitendes Gewerbe“, „kommunale Liegenschaften“ und „Verkehr“ sowie Zeitreihen aufgegliedert. Energie- und Treibhausgasbilanzen sind ein wichtiges Klimaschutz-Monitoring-Instrument, um langfristige Entwicklungen bei den Klimaschutzbemühungen einer Kommune aufzuzeigen. „Mit der Fortschreibung der Energie- und CO₂-Bilanzen der einzelnen Kommunen bieten wir den Einwohnerinnen und Einwohnern des Rhein-Neckar-Kreises nun die Möglichkeit, sich über den aktuellen Stand der Klimaschutzaktivitäten zu informieren“, sagt Landrat Stefan Dallinger. „Zudem geben wir Kommunen ein Controlling-Instrument an die Hand, mit

dem sie die Auswirkungen ihrer Maßnahmen abbilden und ihre Erfolge aufzeigen können“, erläutert der Landrat weiter. Die Erfassung und Darstellung sowie Fortschreibung einer kommunenscharfen kreisweiten CO₂-Bilanz sei bundesweit bisher einmalig, freut sich der Kreischef.

Die Kreisbilanz zeigt, dass im Vergleich zum Jahr 2010 rund 2 Prozent der anfallenden Treibhausgasemissionen reduziert wurden. Der Landrat betont jedoch, dass im Rhein-Neckar-Kreis der direkte Einfluss der Kommunen auf den CO₂-Ausstoß über die eigenen Liegenschaften bei lediglich 2 Prozent liegt. Neben der Wahrnehmung der Vorbildfunktion der Kommunalverwaltungen sie die aktive Beteiligung der Bürgerschaft und Wirtschaft maßgeblich den Erfolg des kommunalen Klimaschutzes verantwortlich.

Der Rhein-Neckar-Kreis verpflichtete sich im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landkreis und 52 seiner Städte und Gemeinden im Jahr 2014, eine kommunenscharfe CO₂-Bilanz bereitzustellen. Mit deren Erstellung und Fortschreibung sowie graphischen Aufbereitung wurde die Klimaschutz- und Energie-Beratungsagentur Heidelberg-Rhein-Neckar-Kreis gGmbH (KliBA gGmbH) beauftragt.

Verkehr

Erste ADFC-Reparaturstation in Göppingen – ADFC Kreisverband Göppingen und Landratsamt Göppingen errichten gemeinsam eine weitere Reparaturstation im Landkreis

Nachdem in Süßen, Wärschenbeuren und Bad Boll bereits drei Stationen im Landkreis installiert wurden, steht seit ein paar Tagen auch vor dem Landratsamt in Göppingen eine ADFC-Reparaturstation. Hier soll es Radlern einfach gemacht werden, kleine Pannen des Alltags oder



Die neue ADFC-Reparaturstation

auch Routineuntersuchungen schnell und kostengünstig abwickeln zu können. Das Fahrrad kann auf Augenhöhe eingehängt werden, sodass man sich zum Schrauben und Flickern nicht auf den Boden legen muss. Eine kurze Gebrauchsanweisung ist auf der Station abgedruckt.

Neben Inbus, Schraubenzieher, Schraubenschlüssel und vielem mehr, findet man auch eine Luftpumpe mit Druckanzeige. Die Reparaturstationen sollen das Radfahren im Landkreis Göppinge noch attraktiver machen, deshalb möchte der ADFC Kreisverband Göppingen nach und nach weitere Stationen in allen Ecken des Landkreises installieren. Das Landratsamt begrüßt diese Initiative ausdrücklich und möchte mit gutem Beispiel voran gehen. Ab sofort haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, diesen Service vor dem Haupteingang des Landratsamts Tag und Nacht zu nutzen.

Auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts soll die Nutzung des Fahrrads für Dienstfahrten attraktiver gestaltet werden, deshalb wurden zwei neue Dienstpedelecs angeschafft. „Aufgrund des Fahrkomforts und der Ausstattung der neuen Räder hoffen wir, dass noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts die umweltschonenden und gesundheitsfördernden Verkehrsmittel für die kurzen

Dienstwege nutzen werden. Sie stehen ab sofort zu Verfügung“, erklärte der Radverkehrskordinator des Landkreises, Marco Schwab.

Somit konnte der zweirädrige Fuhrpark auf insgesamt ein E-Bike, drei Pedelecs und ein herkömmliches Fahrrad erweitert werden.

Abfall

Die neue AVR Bioabfallvergärungsanlage in Sinsheim: Landesweites Vorzeigeprojekt geht in die Realisierungsphase – 45 Millionen Investition für „aus Müll wird grüne Energie“!

Man kann es mit Fug und Recht als historischen Meilenstein in der Geschichte des Rhein-Neckar-Kreises bezeichnen. Ein ambitioniertes Vorzeigeprojekt, das dem Landkreis selbst und insbesondere seiner hier agierenden Tochter, der Sinsheimer AVR-Gruppe, in der Region und weit darüber hinaus Anerkennung, Zuspruch und Beachtung einbringt. Mit seiner Zustimmung vom 4. April 2017 hat der Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises als zuständiges Gremium jetzt grünes Licht für das Projekt „AVR Bioabfallvergärungsanlage“ gegeben.

Für Peter Mülbaier eine überaus bedeutende und gleichermaßen wegweisende Entscheidung, denn hinter dem Geschäftsführer der AVR UmweltService GmbH und seinem engagierten Team liegen viele aufreibende Monate anspruchsvoller Planungen, aufwändiger Ausschreibungsverfahren, akribischer Wirtschaftlichkeitsberechnungen und strategischer Feinarbeiten. „Ich freue mich sehr über das positive Feedback, denn jetzt kann es in die Realisierungsphase gehen. Der Baubeginn ist – nach Abschluss der vorgeschalteten Genehmigungsverfahren – auf Beginn 2018 terminiert, die finale Abnahme soll nach erfolgreichem Probetrieb im Frühjahr

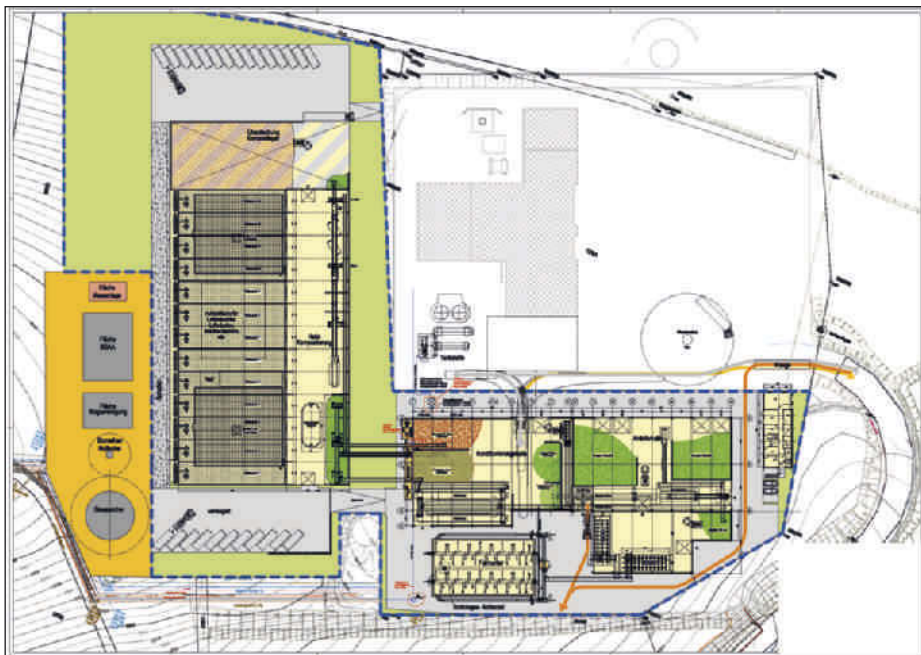
2019 erfolgen. Das ehrgeizige Leuchtturmprojekt mit einem Investitionsvolumen von rund 45 Millionen Euro stellt damit zum einen die langfristige Versorgungssicherheit des Rhein-Neckar-Kreises sicher, zum anderen bringt es die politisch gewollten Ziele wie regionalen Klimaschutz oder autarke regionale Energieversorgung einen entscheidenden Schritt voran“, sagt Mülbaier und bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich für das konstruktive Teamwork aller Beteiligten.

Die BioEnergieTonne als Energieressource der Zukunft

Früher war Müll einfach nur Müll. Heute sind Abfälle längst zu einer bedeutenden Energiequelle geworden. Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Deshalb ist der Weg, Wertstoffe zu sammeln, stofflich und energetisch zu verwerten und im Ergebnis mittels moderner technischer Verfahren aus Abfallstoffen „grüne Energien“ zu gewinnen, konsequent und zukunftsweisend. Bereits seit 2011 bietet die AVR den Bürgerinnen und Bürgern im Rhein-Neckar-Kreis die Möglichkeit, Biomüll (beispielsweise Küchenabfälle und Grünabfälle) über die gebührenfreie BioEnergieTonne (braune Tonne) getrennt zu sammeln und Grünschnitt gebührenfrei an den verschiedenen AVR-Anlagen abzugeben. Damit setzt die AVR-Gruppe in einer Art Vorreiterrolle bereits seit mehreren Jahren die nunmehr seit 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes um. Soll heißen: die flächendeckende Einführung der BioEnergieTonne und im Nachgang die so genannte „Kaskaden-Nutzung“, was so viel bedeutet wie eine mehrfach hintereinander geschaltete, stoffliche und energetische Verwertung der gesammelten Abfallmengen.

Der Weg zu neuen ökologischen und ökonomischen Potenzialen

Die jährlich im Rhein-Neckar-Kreis gesammelten Mengen an Biomüll weisen



Konzept der neuen AVR Bioabfallvergärungsanlage in Sinsheim

seit Jahren rasante Steigerungsraten auf. Von rund 7000 Gewichtstonnen im Jahr 2011 auf rund 47000 Gewichtstonnen in 2015, Prognose weiter steigend auf bis zu 60000 Tonnen und mehr in den kommenden Jahren. Diese Mengen sind gleichzeitig der Ausgangspunkt für die Nutzung neuer ökologischer und ökonomischer Potenziale: der Bioabfallvergärung.

Aktuell sind rund 100000 Abfallsammelgefäße als BioEnergieTonnen im Einsatz. Und es sollen nach realistischen Schätzungen noch deutlich mehr werden im Laufe der kommenden Monate und Jahre. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der Rhein-Neckar-Kreis ist ein attraktiver Standort mit gefragten Arbeitsplätzen und einer hoher Lebensqualität, seine Bevölkerung wächst stetig und ist zudem in weiten Teilen nachweislich „grüne-Energien-affin“. Wenn also zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger die Strategie des getrennten Sammelns mittels der BioEnergieTonne verinnerlichen und sich damit der Idee anschließen, durch eigenes Zutun am Ende hochwertige Produkte für die hiesige Landwirtschaft und grünes Bioerdgas für eine saubere Energieversorgung zu

generieren, dann ist das Plus an Mengen sichergestellt. Um die gewünschte Unterstützung der Bevölkerung entsprechend zu befördern, auch, was das Thema „Verbesserung der Müllqualität“ durch konsequentes Trennen angeht, wird die AVR-Gruppe demnächst mit einem eigens dafür erarbeiteten Kommunikationskonzept an den Start gehen.

Die AVR BioTerra GmbH & Co. KG

Um für die Sparten Kompost und Bioerdgas rechtssichere Organisationsstrukturen zu schaffen und das komplexe Gesamtprojekt gleichzeitig auf eine möglichst breite Know-how-Basis zu stellen, hat man im Vorfeld zwei neue Gesellschaften gegründet. Mit diesem Schritt werden vorhandene Kompetenzen und externer Sachverstand für die anstehenden Aufgaben und Vorhaben zielgerichtet gebündelt. Die gesammelten Stoffströme werden künftig in einer hochmodernen Anlage vergoren, getrocknet und anschließend als gütegesicherter, zertifizierter Frischkompost für die Landwirtschaft vermarktet. Aus einer europaweiten Ausschreibung ist die Firma REMONDIS hier als künftiger AVR-Partner hervorgegangen. Ein Part-

ner, der seine weitreichenden Erfahrungen als größter europäischer Entsorger mit einbringt und zudem in Deutschland bereits mehrere Anlagen dieser Art gebaut hat und betreibt. „REMONDIS Region Südwest“ wird mit 49 % an der AVR BioTerra GmbH & Co. KG beteiligt und wird außerdem die Bioabfallvergärungsanlage als Generalübernehmer zu einem vertraglich vereinbarten Festpreis errichten. Damit sind unerwünschte Budgetüberschreitungen bereits im Vorfeld definitiv ausgeschlossen. 51 % an der AVR BioTerra GmbH & Co. KG verbleibt in Händen des Rhein-Neckar-Kreises. Die Geschäftsführung wird von der AVR UmweltService Verwaltungs GmbH gestellt.

Die AVR BioGas GmbH

Im zweiten Schritt wird das durch den Vergärungsprozess erzeugte Rohgas von der AVR BioGas GmbH zu Bioerdgasqualität aufbereitet und anschließend direkt in das öffentliche Erdgasnetz eingespeist. An der AVR BioGas GmbH sind die MVV Energie AG mit 41,5 %, die Stadtwerke Sinsheim Versorgungs GmbH & Co. KG mit 7,5 % und die AVR Energie GmbH mit 51 % beteiligt. Gleiches wie bei der Sparte der Bioabfallvergärung gilt auch für die strategische Vorgehensweise bei der AVR BioGas GmbH. Durch die Beteiligung der renommierten und erfahrenen MVV Energie AG und der Stadtwerke Sinsheim Versorgungs GmbH & Co. KG sind auch hier kompetente Partner mit an Bord. Im Rahmen eines Projektentwicklungs- und Baumanagement-Vertrags bringt die MVV Energie AG ihre Kompetenz auf dem Gebiet der Biogasaufbereitung und Netzeinspeisung direkt in das Projekt ein.

Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit, Synergieeffekte

Die mehrstufige Konzeption der Bioabfallvergärungsanlage erfüllt gleich eine Vielzahl markanter Kriterien, von der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit über diverse Synergieeffekte bis hin zur

konsequenter Nutzung von staatlichen Förderrichtlinien.

Beispiel Nutzung von Förderrichtlinien: der Gesetzgeber fördert im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verstärkt Biogas aus der kommunalen Abfallverwertung. Ein Umstand, dem mit den Produktionsabläufen in der neuen Vergärungsanlage vollauf Rechnung getragen wird.

Beispiel Synergieeffekte: ein Teil der Abwärme des direkt benachbarten AVR-Biomasseheizkraftwerks wird künftig nicht mehr „in die Luft geblasen“, sondern für die Trocknung der flüssigen Gärreste verwendet. Damit ist ein weiterer Ressourcenkreislauf ökologisch und vor allem auch ökonomisch sinnvoll geschlossen, denn die Akteure haben bei der künftigen Form der Abfallverwertung nicht nur die Beförderung der regionalen Klimaschutzziele, sondern auch die Wirtschaftlichkeit und eine stabile Rentabilität fest im Blick.

Technik, Mengen, neue Arbeitsplätze

Die Bioabfallvergärungsanlage verfügt über modernste Verfahrenstechnik, wird nach heutigem Erkenntnisstand im Bereich Bioabfall/Kompost einen täglichen Durchlauf von 260 Tonnen verarbeiten, wird an sechs Tagen die Woche im Zweischichtbetrieb gefahren und wird darüber hinaus auch noch 13 neue Vollzeitarbeitsplätze schaffen. Und sollte sich dennoch das eine oder andere unerwünschte Teilchen eingeschlichen haben, sorgt eine akribische manuelle Auslese für „lupenreines Ausgangsmaterial“ bei der Komposterzeugung.

Die garantierte Produktionsmenge im Bereich der Bioerdgasaufbereitung beträgt 25 Mio. kWh pro Jahr, die final angestrebte Quote liegt hier bei ca. 37 Mio. kWh pro Jahr. Die Bioabfallvergärungsanlage wird aus Sicherheitsaspekten in ihren wesentlichen Teilen redundant ausgeführt, ein tatsächliches Ausfallrisiko geht damit gegen Null. Nicht zu vergessen die komplette Einhausung der Anlage, sozusagen das i-Tüpfelchen eines

innovativen und beeindruckenden technischen Gesamtwerkes. Unterdruck und zahlreiche Biofilteranlagen stellen sicher, dass im Regelfall keinerlei Gerüche nach außen dringen. Eine vergleichbare Anlage der Partnerfirma REMONDIS in Witten befindet sich übrigens nur wenige Meter von der dortigen Hausbebauung entfernt. Ein Musterbeispiel gelungener Ingenieurskunst, das jetzt in Sinsheim seine Fortsetzung erfahren wird. Übrigens auch jederzeit zu besichtigen. Die AVR-Gruppe steht bei der entsprechenden Reiseorganisation gerne zur Verfügung, falls Interesse bei der hiesigen Bevölkerung bestehen sollte.

Der Standort Sinsheim

Bei der Standortwahl für die AVR-Biovergärungsanlage wurde besonders darauf geachtet, dass die notwendige Infrastruktur bereits weitgehend vorhanden ist und sowohl verkehrstechnische als auch sonstige eventuelle Belästigungen der Bürgerinnen und Bürger beim Bau oder dem späteren Betrieb somit auszuschließen sind. Das Gelände auf der Deponie Sinsheim, im direkten Umfeld des AVR-Biomasseheizkraftwerkes, bietet dafür in jeder Hinsicht die notwendigen Voraussetzungen. Von technischen Einrichtungen über Waagen bis zu einem

modernen Maschinenpark ist bereits alles vorhanden.

Für die AVR-Gruppe ist der neuerliche, partnerschaftliche Schulterschluss mit der Stadt Sinsheim zudem ein klares Bekenntnis zum Unternehmenssitz und ein Zeichen der Verbundenheit zum AVR-Standort. Nach dem Willen der AVR soll auch die Stadt von den künftigen Aktivitäten der AVR BioTerra GmbH & Co. KG und der AVR BioGas GmbH mittel- und langfristig profitieren.

Landkreis Böblingen: Abfallwirtschaftsbetrieb stellt neues Sperrmüllsammelfahrzeug mit elektrischem Nebenantrieb vor

Beim Einsatz für den Klima- und Ressourcenschutz setzt der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen jetzt auch bei seinen Müllfahrzeugen auf innovative Antriebstechniken. Dies hat positive Auswirkungen auf Umwelt und Wirtschaftlichkeit.

Stolz präsentierten Landrat Roland Bernhard und Werkleiter Wolfgang Bagin am 9. Mai 2017 in Böblingen ein neues Sperrmüllsammelfahrzeug. Dessen Presswerk von der Firma FAUN Umwelttechnik aus Osterholz-Scharnbeck verfügt über einen elektrischen Nebenantrieb. Der



Landrat Roland Bernhard und Werkleiter Wolfgang Bagin mit dem neuen Fahrzeug.

Treibstoffverbrauch sowie Lärm- und CO₂-Emissionen sollen damit langfristig vermindert werden. „Ab sofort setzen wir den neuen LKW mit E-Power zum Einsammeln von Sperrmüll im gesamten Landkreis ein“, teilt Landrat Roland Bernhard mit.

Bei einem herkömmlichen Fahrzeug muss der Dieselmotor zum Pressen des Sperrmülls im Stand weiterlaufen und die Motordrehzahl sogar erhöht werden. Das führt nicht nur zu höherem Kraftstoffverbrauch und höheren CO₂-Emissionen bei jedem Pressvorgang, sondern auch zu einer Lärmbelastung für die Anwohner bei der Sperrmüllsammmlung in Wohngebieten. Treibt ein Elektromotor das Presswerk an, kann der Motor des Fahrgestells im Sperrmüllbetrieb abgeschaltet werden. Der entstehende Lärmpegel beim Pressvorgang wird für die Anwohner dadurch deutlich gesenkt und damit als erheblich leiser wahrgenommen. Der Hersteller verweist darauf, dass der Schalleistungspegel in 60 m Entfernung vergleichbar ist mit der Geräuschentwicklung in einem ruhigen Wohnzimmer. „Auch für unsere Müllwerker verbessert sich die Arbeitssituation durch die geringere Lärmentwicklung ganz erheblich, denn Lärm wirkt sich auf Dauer gesundheitsschädigend aus“, erklärt Wolfgang Bagin. Zudem werde der Straßenverkehr akustisch besser wahrgenommen, was die Sicherheit der Müllwerker deutlich erhöhe.

Das neue Müllfahrzeug mit E-Power hat gegenüber einer konventionell angetriebenen Presse einen geringeren Treibstoffverbrauch und verursacht somit auch weniger Feinstaub-, Stickoxid- und CO₂-Emissionen. Der E-Motor bezieht seine Energie aus einem großen Batteriepaket für den Betrieb des Aufbaus und des Lifters. Der Batteriesatz wird über Nacht wieder aufgeladen. Strom kommt für den AWB dabei nicht einfach nur aus der Steckdose. Mit dem Restmüllheizkraftwerk, der Vergärungsanlage Leonberg und mittlerweile 11 Photovoltaik-Anlagen werden durch Anlagen des

Landkreises jährlich über 80 000 MWh regenerativen Strom erzeugt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss des Kreistags hatte dem Kauf einer Presse mit Hybrid-Technik trotz deutlich höherer Anschaffungskosten gegenüber einem herkömmlichen Antrieb zugestimmt. Die höheren Anschaffungskosten des Fahrzeugs amortisieren sich zum Teil durch den geringeren Kraftstoffverbrauch. Laut Herstellerangaben könnten bei 50 Sammelstellen und 5 Pressvorgängen pro Sammelstelle bis zu 20 Liter Diesel pro Tag eingespart werden.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb beabsichtigt mittelfristig, auch seinen PKW-Fuhrpark auf Elektroautos oder Fahrzeuge mit Hybridtechnik umzustellen. Mit diesen umweltfreundlichen Dienstwagen sollen die Mitarbeiter dann künftig zu ihren Vor-Ort-Terminen innerhalb des Landkreises gelangen können.

Ortenaukreis:

Delegation um Landrat Scherer von erfolgreichen Vertragsverhandlungen aus China zurückgekehrt

Unter der Leitung von Landrat Frank Scherer reiste eine Delegation des Beirats der MYT Business Unit GmbH (MYT) vom 20. bis 25. März 2017 nach China. MYT ist eine eigens für Vermarktungszwecke gegründete Firma, die gemeinsam mit industriellen Partnern das technologische Know-how der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlage des

Zweckverbandes Abfallbehandlung Kahlenberg (ZAK) weltweit vertreibt.

In den Millionen-Metropolen Hangzhou und Changzhou, die rund 200 Kilometer westlich von Shanghai liegen, wurde nun nach Beratungen des MYT-Beirats vor Ort der Startschuss für weitere Vereinbarungen mit den Firmen „Jiangsu Welle Environmental“ sowie der „Hangzhou Environmental Group“ gesetzt.

„Ich freue mich, dass wir mit unseren chinesischen Partner in sogenannten letters of intent, also Absichtserklärungen, die Zusammenarbeit für Vorhaben in Asien, die gemeinsame Entwicklung und Erprobung innovativer Projekte sowie Forschungs- und Entwicklungskonzepte vereinbaren konnten“, informiert Landrat Frank Scherer. „Die Erlöse aus der Lizenzvermarktung kommen unmittelbar den Gebührenzahlern im Ortenaukreis und im Landkreis Emmendingen zugute“, so der Ortenauer Landrat. Der Delegation gehörte auch der Emmendinger Landrat Hanno Hurth an. „China ist ein großer Markt für Umwelttechnik. Darin liegt auch eine Chance für unsere innovative MYT-Technik“, betonte er.

Mit der „Maximum Yield Technology“ (MYT), einem patentierten Abfallbehandlungsverfahren, das vom Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg entwickelt wurde, können maximale Rohstoff- und Energiepotenziale aus Resthausabfällen gewonnen werden. Seit ihrer Inbetriebnahme 2006 wurden



Die Mitglieder der Delegation mit den chinesischen Vertragspartnern nach den Vertragsunterzeichnungen

in der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlage auf dem Kahlenberg in Ringsheim schon über eine Million Tonnen Abfälle behandelt und rund 50 Millionen Kubikmeter Biogas erzeugt. Bereits 2012 hat sich ein Zweckverband in Hénin-Beaumont, nahe der nordfranzösischen Stadt Lille, für diese innovative Technologie entschieden. In Hangzhou, im Osten Chinas, läuft eine Anlage im Probetrieb, die nun erstmals von Mitgliedern des MYT-Beirats besucht wurde.

Verschiedenes

Auch Profis müssen trainieren – Sicherheitskurs „Holz in Spannung“ für Forstwirte des Rhein-Neckar-Kreises

Holz unter Spannung – also zum Beispiel vom Sturm umgeworfene Bäume, die wie Mikadostäbchen übereinander liegen – birgt enorme Gefahren für diejenigen, die wieder Ordnung schaffen wollen. Dies ist allen, die mit der Motorsäge arbeiten, bestens bekannt. Um sich möglichst gut auf solch „explosive“ Situationen vorzubereiten, nahmen 16 Forstwirte aus dem Rhein-Neckar-Kreis an einem speziell dafür ausgelegten Sicherheitstraining teil. Und dies auf den ausdrücklichen Wunsch der Forstwirte, nach einem betriebsinternen Workshop „Arbeitssicherheit“ im Herbst letzten Jahres. „Dies ist ein Baustein im vielfältigen Mosaik der sicheren Waldarbeit“, betont der Leiter des Kreisforstamtes, Dr. Dieter Münch. Und ergänzt: „Hier haben unsere Mitarbeiter die Gelegenheit, unter fachkundiger Anleitung die besten Arbeitstechniken für richtig gefährliche Situationen unter realistischen Bedingungen zu üben.“ Der forstliche Hauptstützpunkt im benachbarten Schwarzach bot dazu einen Trainingskurs „Holz in Spannung“ an. Lehrgangsinhalt war das sichere Einschätzen der unterschiedlichen Spannungsverhältnisse, die Wahl der geeig-



Ein Forstwirt des Kreisforstamtes nimmt einen Trennschnitt vor an einem Stamm, dessen Spannung künstlich vom Spannungssimulator erzeugt wurde.

neten Schnitttechnik und das sichere und fachgerechte Abtrennen der Stämme mit der Motorsäge. Die abschließende Besprechung mit den fachkundigen Forstwirtschaftsmeistern war sehr hilfreich, da hier die unterschiedlichsten Erfahrungen aus dem Holzerntealltag der Forstwirte zur Sprache kamen.

„Der hohe Anteil an praktischer Übungszeit am gefährlichen Objekt macht diesen Kurs so wertvoll“, ist sich Dr. Münch sicher. Und dass man auch nach über 30 Jahren Waldarbeit noch etwas dazu lernen kann, stellte Vorarbeiter Peter Hirt fest: „Der Zapfenschnitt, um einen Stamm gefahrlos vom Wurzelteller abzutrennen, war mir bisher unbekannt; aber das ist eine feine Sache!“ Die Unfallzahlen im Wald sind im gesamten Land Baden-Württemberg unverändert hoch. Der Landesbetrieb ForstBW reagiert darauf mit einem vielfältigen und aufeinander abgestimmten Maßnahmenpaket. Dazu gehört auch der Trainingskurs „Holz in Spannung“. „Jede Verletzung, die unseren Mitarbeitern durch richtiges Einschätzen der Spannungsverhältnisse und entsprechendes Verhalten erspart bleibt, ist ein Gewinn für uns alle“, versichert Dr. Münch abschließend.

Delegation des polnischen Partnerlandkreises Lubliniec zu Gast im Landkreis Lörrach – Fachlicher Austausch zur beruflichen Schulbildung / Sportlertreffen

Anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der partnerschaftlichen Beziehung zwischen den Landkreisen Lörrach und Lubliniec empfing Landrätin Marion Dammann Ende Juni 2017 bereits zum zweiten Mal eine Delegation um Landrat Joachim Smyla. Während des dreitägigen Besuchs stand, neben kulturellen Veranstaltungen, ein Erfahrungsaustausch rund um die berufliche Schulbildung im Mittelpunkt der Gespräche. Aus dem polnischen Partnerlandkreis reiste außerdem eine Jugendmannschaft an, für die eine sportliche Begegnung mit verschiedenen Badminton-Vereinen aus dem ganzen Landkreis im SAK Lörrach organisiert wurde.

Bei einem Besuch der Gewerbeschule Rheinfelden wurden Katarzyna Dworok, Koordinatorin für Berufsbildung, und der übrigen Delegation die beruflichen Schularten vorgestellt sowie Labore und Werkstätten besichtigt. Ergänzende Vorträge über das duale System im Landratsamt und die Schulentwicklung im

Landkreis vervollständigten das Bild der hiesigen beruflichen Bildungslandschaft. Mit einem kleinen Rundgang durch die Altstadt des Schweizer Rheinfeldens und der Eröffnung der Gemeinschaftsausstellung der Kunstvereine Weil am Rhein und Lörrach mit dem Titel „Reflection – Kunst Südwest“ in der Weiler Galerie „Stapflehus“ kam auch die Kultur nicht zu kurz.

Landrat Joachim Smyla unterstrich am Ende seines Besuchs, dass er sich über den steten Erfahrungsaustausch und die enge Verbindung freut. „Der Blick über die eigenen Grenzen hinweg ist für beide Seiten eine Bereicherung und eröffnet neue Perspektiven“, bestätigte auch Landrätin Dammann.

Der Landkreis Lörrach pflegt seit 2002 eine intensive Partnerschaft mit dem Landkreis Lubliniec. Sie wurde auf der Grundlage initiiert, historische Missverständnisse zu überwinden und eine Brücke zwischen den beiden Kulturen zu schlagen. Heute soll der Austausch auf kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Ebene zur Bildung des europäischen Bewusstseins beitragen. Der „Arbeitskreis Lubliniec“, der 2014

gegründet wurde und aus Vertretern verschiedener Organisationen und Institutionen aus dem Landkreis als auch Kreisräten besteht, fördert außerdem regelmäßig Partnerschaftsprojekte zwischen den beiden Landkreisen.

Der Kreis im östlichen Oberschlesien hat 80 000 Einwohner und ist besonders in der Jugendarbeit engagiert.

Weitere Informationen zum Partnerlandkreis Lubliniec sind zu finden unter www.loerrach-landkreis.de/lubliniec und www.lubliniec.starostwo.gov.pl.

Enzkreis und Land Baden-Württemberg arbeiten an einer „Denkmal-Topographie“ – Ambitioniertes Projekt soll Kulturerbe dokumentieren

An einem ehrgeizigen Projekt arbeiten der Enzkreis und das Landesamt für Denkmalpflege seit dem letzten Jahr: Auf 800 Seiten werden die mehr als 2700 Kulturdenkmale im Kreisgebiet aufgeführt, beschrieben und gewürdigt. Erscheinen soll das Werk, das vom Land und dem Kreisarchiv gemeinsam herausgegeben wird, im Jahr 2020.

Der Enzkreis verfügt mit Anteilen an ehemals badischen, württembergischen, klösterlichen und reichsritterschaftlichen Gebieten über eine vielgestaltige Denkmal-Landschaft. „Engagement für dieses Kulturerbe hat bei uns Tradition“, betont Landrat Karl Röckinger. In den vergangenen Jahrzehnten habe man sich für die Erschließung und Dokumentation dieses Erbes eingesetzt. Als Beispiele nennt er den 1991 gemeinsam mit der Stadt Pforzheim erstellten Führer „Kunst- und Kulturdenkmale in Pforzheim und im Enzkreis“, von dem auch eine Neuauflage inzwischen wieder vergriffen ist, das Projekt „Kleindenkmale“ oder die Jahrbuchreihe „Historisches und Aktuelles“.

In den Jahren 2002 bis 2009 haben im Enzkreis 60 Heimat- und Geschichtsfreunde ehrenamtlich über 5000 Kleindenkmale inventarisiert und fotografisch dokumentiert. „Das Projekt bekam dann eine gewisse Eigendynamik“, erinnert sich Kreisarchivar Konstantin Huber: So entstand 2013 das Buch „Kleindenkmale im Enzkreis. Verborgene Schätze entdecken“, das laut Huber guten Absatz findet. Ein Kalender mit Grenzsteinen folgte 2015.

Mit der „Denkmal-Topographie“ schließt sich der Enzkreis nun einem bundesweiten Dokumentationsprojekt an, das einen Überblick über die Denkmal-Landschaft in Deutschland liefern soll. Das Nachschlagewerk dient in erster Linie zur Information der Bevölkerung, aber auch als Planungshilfe und Grundlage für die Denkmalbewertung. Für Baden-Württemberg sind bisher acht Werke erschienen, die sich überwiegend auf Städte beziehen, darunter 2006 für die Stadt Pforzheim und ihre Stadtteile. Der Denkmalbestand eines gesamten Landkreises wird nun erstmals im Kreis Rottweil und im Enzkreis erfasst. Außer in der landesweiten Buchreihe soll das voluminöse Werk zugleich als Band 15 der wissenschaftlichen Schriftenreihe des Kreisarchivs erscheinen.



Delegation aus dem polnischen Partnerlandkreis Lubliniec mit Landrat Joachim Smyla vor der Gewerbeschule Rheinfeldens, begleitet durch Landrätin Marion Dammann und Fraktionsvertretern
 Von links, vordere Reihe: Heinz Thomann (Oberstudienrat im Ruhestand), Tadeusz Konina, Landrat Joachim Smyla, Landrätin Marion Dammann, Paul Renz (CDU), hintere Reihe: Bernhard Fleck (Studiendirektor), Wolfgang Roth-Greiner (FDP), Katarzyna Dworok, Jerzy Cyruлик, Martin Bühler (Freie Wähler), Herbert Baier (SPD), Rivana Mrugalla, Marek Wreczycki



Das markante Schloss in Königsbach ist in Privatbesitz und der Öffentlichkeit nicht zugänglich; für die „Denkmal-Topographie“ wird es ebenso erfasst wie 2700 weitere Kultur-Denkmale im Enzkreis.

Für die „Topographie“ werden nun die gut 400 archäologischen sowie 2300 Bau- und Kunstdenkmale, nach Gemeinden gegliedert, mit einem kurzen Text und einem Foto vorgestellt und in ihren zeitlichen und räumlichen Zusammenhang gestellt. Historische und aktuelle Karten sowie Luftbilder runden das Werk ab. „Die Darstellungen reichen von der Vorgeschichte bis in die jüngste Vergangenheit, von markanten Burgen über kunsthistorisch bedeutende Kirchen, Kleindenkmale wie Brunnen, Gefallenendenkmale oder Wegkreuze bis hin zu Industriebauten“, erläutert Kristina Hagen, die das Projekt beim Landesamt für Denkmalpflege federführend bearbeitet.

Hagen verfasst wesentliche Teile des Textes und koordiniert die Beiträge der anderen Fachautorinnen und -autoren. Derzeit sind sie und Kollegen der Denkmalbehörde im Enzkreis unterwegs, um die einzelnen Kulturdenkmale zu dokumentieren und zu fotografieren. „In Einzelfällen werden sie um Zutritt zu einem Gebäude bitten, um die erhaltenswerte Innenausstattung besichtigen zu können“, sagt Kristina Hagen und bittet auf diese Weise um Unterstützung.

Hohenlohekreis: Fachtag für Weltoffenheit und Demokratie – Zeichen setzen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Am 31. März 2017 fand der erste Hohenloher Fachtag für Weltoffenheit und Demokratie im Hohenloher Integrationszentrum statt. Landrat Dr. Matthias Neth hatte unter dem Eindruck der Brandanschläge gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte in Pfedelbach und Neuenstein zu dieser Veranstaltung nach Gaisbach eingeladen. Viele engagierte Bürger folgten seinem Aufruf, ein

Zeichen gegen Gewalt zu setzen. „Wir möchten mit dieser Veranstaltung deutlich machen, dass wir jede Form von Extremismus und fremdenfeindliche Aktionen nicht dulden“, so Neth in seiner Begrüßungsansprache. Den anonymen Terror, der keinen Beitrag zur demokratischen Debatte liefere, verurteilte er entschieden.

Prof. Dr. h.c. Reinhold Würth bot in seinem Grußwort eine kurze Rückschau über Immigration in den Hohenlohekreis in den letzten 80 Jahren: „Solange ich denken kann, ist Künzelsau immer Einwanderungsland gewesen“.

Anschließend referierte Angelika Vogt vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg über Formen des Extremismus und Rechtspopulismus und erläuterte, wie man durch Aufklärung und Sensibilisierung rechter Gewalt präventiv und nachhaltig entgegenwirken kann. Frank Buchheit vom Landeskriminalamt betonte ebenfalls die Bedeutung von Prävention und lieferte konkrete Zahlen zu politisch motivierter Kriminalität.

Im Rahmen einer Gesprächsrunde mit Firmenvertretern, moderiert von Matthias Stoll, berichteten die Podiumsteilnehmer über ihre langjährige Erfahrung mit der Integration von Zugewanderten. Michael Liberatore vom Unternehmen Bürkert Fluid Control Systems in Ingelfingen informierte über



Von links: Michael Liberatore (Firma Bürkert Fluid Control Systems), Mario Retzbach (Firma R. Stahl AG), Landrat Dr. Matthias Neth, Prof. Dr. h.c. Reinhold Würth, Angelika Vogt vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg und Helmut M. Jahn (Würth GmbH & Co. KG) diskutierten beim Fachtag für Weltoffenheit und Demokratie über Integration und Wertevorstellungen.

ein Qualifikationsprogramm für Geflüchtete, bei dem sich die Praktikanten in den Bereichen Elektronik und Metalltechnik erproben können. Von den positiven Erfahrungen mit Auszubildenden mit Fluchthintergrund erzählte Ausbildungsleiter Mario Retzbach von der R. Stahl AG Waldenburg. Helmut M. Jahn hob als Vertreter der Würth GmbH & Co. KG die Relevanz von Werten wie Respekt vor Vielfalt und Offenheit gegenüber anderen hervor, ohne die ein weltweit agierendes Unternehmen keinen Erfolg haben könne. Entsprechend betonte Landrat Neth: „Der wirtschaftliche Erfolg vieler hiesiger Unternehmen wäre ohne gelebte Weltoffenheit nicht möglich gewesen.“ Bei dieser Runde und auch bei der Vorstellung des Hohenloher Integrationszentrums durch Barbara Bürkle, Leiterin des Amts für Bildung und Integration, wurde deutlich, was im Hohenlohekreis schon seit vielen Jahren an Integrationsarbeit geleistet wird.

Im Anschluss an das Programm, das durch die musikalischen Beiträge der Musiker Osman Baskin und Yahya Dimli bereichert wurde, bestand ausreichend Gelegenheit für angeregte Gespräche und die Besichtigung des Hohenloher Integrationszentrums.

Der Fachtag wird keine Einzelaktion bleiben. Am 12. Juli wird ein weiterer Fachtag zur Demokratiebildung stattfinden, welcher gemeinsam von den Kreisjugendreferaten des Hohenlohekreises, des Landkreises Schwäbisch Hall und des Main-Tauber-Kreises organisiert wird und sich speziell an Fachkräfte in der Schul-, Jugend- und Sozialarbeit wendet.

Integrierte Leitstelle eingeweiht – Notrufnummer 112 läuft im Stadt- und Landkreis Karlsruhe nur noch an einer Stelle auf

Die neue Integrierte Leitstelle (ILS) wurde am 18. Mai 2017 von Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl zusammen mit Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Landrat Dr. Chris-



Übergaben offiziell die neue Integrierte Leitstelle ihrer Bestimmung: Kreisbrandmeister Thomas Hauck, Mayor Alons Schuster, Regional Council Sha'ar Hanegev, Innenminister Thomas Strobl, DRK Kreisverbandsvorsitzender Heribert Rech, Lagedienstführer Roland Willhauck, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup (Karlsruhe), Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick (Bruchsal), Oberbürgermeister Martin Wolff (Bretten) (v. r. n. l.)

toph Schnaudigel und dem Kreisverbandsvorsitzenden des Deutschen Roten Kreuzes Heribert Rech eingeweiht. Damit ist die Einrichtung, die ihren Platz auf dem Gelände der sich im Bau befindlichen neuen Hauptfeuerwehrwache südlich des Messplatzes in der Stadt Karlsruhe gefunden hat und ihre Arbeit bereits seit mehreren Wochen aufgenommen hat, nun auch ganz offiziell in Betrieb. Mit dabei war eine Delegation aus der israelischen Partnerregion Sha'ar Hanegev, die auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes im Austausch mit dem Landratsamt Karlsruhe steht.

Die ILS wird gemeinsam von der Stadt und dem Landkreis Karlsruhe sowie dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Karlsruhe, betrieben. Sie ersetzt die bislang im Landratsamt Karlsruhe untergebrachte gemeinsame Leitstelle der Feuerwehren des Stadt- und Landkreises sowie die Rettungsleitstelle des DRK in Bruchsal.

Innenminister Thomas Strobl bezeichnete die neue Integrierte Leitstelle als das Herzstück des Sicherheitskonzepts für die Stadt und den Landkreis Karlsruhe und gratulierte zu dem markanten Bau. „Das ist eine große und eine gute Investition“

machte Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup klar, „denn wir haben in die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen investiert. Alles aus einer Hand kann im Notfall wichtige, lebensrettende Minuten sparen“. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel bezeichnete die neue Integrierte Leitstelle als Musterbeispiel interkommunaler Zusammenarbeit. Er wies darauf hin, dass allein aus dem Landkreisgebiet Daten aus über hundert Ortschaften im System hinterlegt und aktuell gehalten werden müssen. Die enge Zusammenarbeit führe zu einem sehr positiven Miteinander, weshalb er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch der Vorsitzende des DRK Kreisverbandes Karlsruhe-Land Heribert Rech begrüßte, dass Feuerwehrangehörige und Mitarbeiter des DRK die Notfälle gemeinsam bearbeiten und dankte ebenfalls allen Beteiligten, die zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben. Die ILS ist rund um die Uhr mit vier bis 15 Disponenten bzw. Lagedienstführern besetzt, die von den Trägern gestellt werden. Sie ist zuständig für die Abfrage der Notrufnummer 112 und die Disposition und Abwicklung der Einsätze zur nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr im

Stadt- und Landkreis Karlsruhe. Darüber hinaus werden auch der Krankentransport sowie der ärztliche Bereitschaftsdienst aus der ILS heraus koordiniert. Die entsprechenden Rufnummern, wie die 192 22, sind weiterhin geschaltet und werden in der ILS abgefragt. Mit einer Zuständigkeit für circa 750 000 Menschen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich leben, ist sie die größte Leitstelle der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr des Landes Baden-Württemberg. Sie setzt die gesetzlichen Vorgaben um, wonach in Baden-Württemberg Integrierte Leitstellen verbindlich vorgeschrieben sind. 22,4 Millionen Euro hat der Neubau gekostet, wovon etwa 5,6 Millionen auf die Leitstellentechnik entfallen. Der Kostenanteil des Landkreises beträgt rund 1,25 Mio Euro, daneben beteiligt sich der Kreis mit jährlich 130 000 Euro an den Betriebskosten.

Landkreis Karlsruhe:

Ausbildung mal anders – Bühne frei für den Landratsamt-Nachwuchs

Fester Bestandteil der beruflichen Ausbildung verschiedener Berufsgruppen im Landratsamt Karlsruhe ist im ersten Ausbildungsjahr die Teilnahme am Projekt Theaterpädagogik. Denn nicht nur fachliche Lerninhalte spielen eine wichtige Rolle, sondern auch die Persönlichkeitsentwicklung jedes Einzelnen. Der Effekt, den die Auszubildenden aus diesem Prozess mitnehmen, ist für den Einzelnen unterschiedlich: Jeder Teilnehmer entdeckt bei sich neue Fähigkeiten, ob es um die Verbesserung in Stimme, Körperhaltung, Ausdruck, Selbstbewusstsein oder Teamfähigkeit geht. Vom Ergebnis des Projektes konnten sich bei der Präsentation der erarbeiteten Stücke Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, Kolleginnen und Kollegen, Ausbilder sowie die Eltern überzeugen. Die 21 Auszubildenden nahmen hierzu verschiedene Rollen ein. In diesem Jahr ging es darum, sich mit dem Thema „Zufriedenheit“ in Beziehung zu setzen. Geboten wurde ein breites Spek-



Auszubildende bei der Theaterpädagogikaufführung zum Thema „Zufriedenheit“.

trum, das aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet wurde: Szenen aus dem Leistungssport, aus der Schule, aus dem Alltags- und Berufsleben sowie aus der Wirtschaft.

„Die Erfahrungen, die die jungen Erwachsenen als Akteure auf der Bühne sammeln, sind für sie selbst und für ihr späteres Berufsleben sehr wichtig. Ich bin sehr stolz auf die Entwicklung unserer Auszubildenden“, erklärte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel. Die neu gewonnenen Fertigkeiten im Hinblick auf Kommunikation, Selbsteinschätzung oder auch Kritikfähigkeit kommen allen nachhaltig zu Gute und können in der Praxis umgesetzt werden.

Der Landrat zeigte sich angesichts der kreativen Leistung der Auszubildenden beeindruckt. Auch unter dem Aspekt, junge Menschen für eine Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung zu gewinnen, sei eine abwechslungsreiche und attraktive Ausbildung äußerst wichtig. Deshalb dankte er besonders Daniela Stadler und Karin Köhler, die diese Ausbildungseinheit bereits seit acht Jahren für die Auszubildenden des Landratsamtes Karlsruhe leiten und die Theateraufführung für alle immer wieder aufs Neue zu einem Erlebnis machen.

Landkreis Karlsruhe: Verbraucherverhalten gestalten für Nachhaltigkeit und Qualität bei Produktion und Ernährung – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch zu Besuch im Ernährungszentrum

Gemüse wurde geschnitten und gekocht, Teig geknetet, geformt und gebacken und zum Schluss das Ergebnis probiert. Tatkräftige Unterstützung bekamen die Erzieherinnen und Erzieher, die am 8. Mai 2017 am Kurs „Kochen und Backen in der Kita“ des Ernährungszentrums des Landratsamtes Karlsruhe in Bruchsal teilnahmen, von Friedlinde Gurr-Hirsch, Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Sie besuchte das Ernährungszentrum, von denen es in Baden-Württemberg nur vier gibt und die Aufgabe haben, überregional Verbraucherinnen und Verbraucher zu Fragen rund um Lebensmittel und Ernährung zu informieren und zu sensibilisieren.

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und Renate Pabst, Leiterin des Ernährungszentrums, hießen den Gast aus Stuttgart willkommen und stellten ihr bei einem Rundgang die unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte der Einrichtung

vor. „Unser breitgefächertes Angebot richtet sich zielgruppenorientiert zum einen an Multiplikatoren wie z.B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kindertagesstätten (Kita) und Schulen, als auch direkt an den Verbraucher“, erläuterte Renate Pabst. Sie informierte die Staatssekretärin, dass interessierte Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit haben, jederzeit das neue Veranstaltungsprogramm mit vielen interessanten Praxisveranstaltungen rund um das Kochen online abrufen können unter www.karlsruhe.landwirtschaftsverwaltung-bw.de. „Durch umfassende Informationen über Lebensmittel, von der Produktion bis zur Verarbeitung, sowie über die Möglichkeiten, bewusst einzukaufen und sich gesund zu ernähren, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Ernährungsbildung“, so Renate Pabst weiter.

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel wertete es als Erfolg der Arbeit des Ernährungszentrums, dass sich das Verbraucherbewusstsein ändert. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher wissen um die Qualität der heimischen Produkte und kaufen zunehmend direkt ab Hof bei den vielen landwirtschaftlichen Betrieben im Kreis. Große Vielfalt, kurze Wege, frische saisonale Ware und der persönliche Kontakt zum Erzeuger – dafür steht die Landwirtschaft in der Region“, äußerte sich der Landrat. Ihm war auch wichtig zu erwähnen, dass das Ernährungszentrum seit nunmehr zwanzig Jahren ein verlässlicher Partner sowohl für die landwirtschaftlichen Betriebe ist und diesen beratend und unterstützend zur Seite steht, als auch für das Land Baden-Württemberg. „Die landesweite Aktion „Gläserne Produktion“ ist seit Jahren fester Bestandteil der Arbeit des Ernährungszentrums. Zudem tragen auch die Angebote des Ernährungszentrums für Kitas, die die Landesertifizierung Beki für ernährungsbewusste Kitas erhalten wollen, dazu bei, das Anliegen des Landes auf Förderung frühkindlicher Bildung umzusetzen“.



Landrat Dr. Christoph Schnaudigel (links) und Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (rechts), ließen es sich nicht nehmen, die praktischen Tipps rund um das Thema Kochen gemeinsam mit zwei Kursteilnehmerinnen in die Tat umzusetzen.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch bedankte sich für den informativen Besuch und lobte das herausragende Engagement und die hohe fachliche Kompetenz der Mitarbeiterinnen des Ernährungszentrums.

**Landkreis Rastatt:
50 Jahre Partnerschaft mit Vantaa –
Ehrungen für Landrat Jürgen Bäuerle
und Dezernent Claus Haberecht**

Im Rahmen der 50-jährigen Partnerschaftsfeier zwischen der Stadt Vantaa und dem Landkreis Rastatt wurden



Landrat Jürgen Bäuerle, Dezernent Claus Haberecht und Stadtdirektor Kari Nenonen, der die Auszeichnungen überreichte.

Landrat Jürgen Bäuerle und Dezernent Claus Haberecht geehrt. Landrat Bäuerle erhielt vom Finnischen Städte- und Gemeindeverband den Goldenen Orden in Anerkennung für die verdienstvolle Arbeit zugunsten der Kommunalverwaltung verliehen. Dies ist die höchste Auszeichnung im Bereich des Kommunalwesens in Finnland.

Dezernent Claus Haberecht wurde in Anerkennung seines langjährigen Engagements zugunsten der Partnerschaft zwischen der Stadt Vantaa und dem Landkreis Rastatt mit der Vantaa-Medaille, der höchsten Würdigung der Stadt Vantaa, ausgezeichnet.

Landrat Bäuerle und Claus Haberecht waren freudig überrascht ob dieser besonderen Ehrungen, die sie bei ihrem Besuch im Hohen Norden in Empfang nehmen durften.

**Landkreis Schwäbisch Hall:
Neuer Bürgerservice –
Bürgerinnen und Bürger können sich
zukünftig per E-Mail darüber
benachrichtigen lassen, wann eine
neue Öffentliche Bekanntmachung
online veröffentlicht wurde**

Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Schwäbisch Hall werden seit 1. Januar 2017, soweit keine sondergesetzlichen Bestimmungen bestehen, nicht mehr in den Kreiszeitungen veröffentlicht. Bürgerinnen und Bürger finden diese auf der Homepage des Landkreises www.LRASHA.de unter der Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen“.

Darüber hinaus können Bürgerinnen und Bürger sich ab sofort über die Homepage auch für das neue „Newsletter-System“ anmelden. „Die Kreisverwaltung ist auch Dienstleister für die rund 189 000 Einwohner unseres Landkreises. Wir stellen uns daher immer auch die Frage: Wie können wir unseren Service für unsere Bürger verbessern? Hier haben wir mit dem ‚Newsletter-System‘ eine weitere gute Lösung gefunden“, so Landrat Gerhard Bauer.

Einfach auf der Homepage E-Mail-Adresse eingeben und registrieren. Registrierte Bürger erhalten im Anschluss tagesaktuell immer dann eine Meldung per E-Mail, wenn eine neue Öffentliche Bekanntmachung auf der Homepage des Landratsamtes veröffentlicht wurde. „Wichtig: Jeder registrierte Bürger erhält sofort nach der Anmeldung eine erste E-Mail mit einer Bestätigungsbitte – es ist wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger diese bestätigen, um den Registrierungsvorgang abzuschließen“, so die Bürgerreferentin im Landratsamt Schwäbisch Hall, Christina Ilg-Müller. Bei Fragen rund um die Anmeldung, kann sie telefonisch unter 0791/755-7841 kontaktiert werden. Die öffentlichen Bekanntmachungen des Landkreises Schwäbisch Hall können außerdem während der allgemeinen Öffnungszeiten bei der Bürgerinformation im Foyer des Landratsamtes Schwäbisch Hall (Münzstraße 1, 74532 Schwäbisch Hall) kostenlos eingesehen werden und sind gegen Kostenerstattung als Ausdruck zu erhalten. Ebenfalls können Ausdrücke der Öffentlichen Bekanntmachungen unter Angabe der Bezugsadresse gegen Kostenerstattung zugesandt werden.

**Landratsamt Karlsruhe praktiziert
familien- und lebensphasenbewusste
Personalpolitik – Verwaltung hat
sich Auditierungsverfahren der
berufundfamilie Service GmbH erneut
erfolgreich unterzogen**

Eine Personalpolitik zu schaffen, die Familien und die individuellen Lebensphasen der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt, dieser Aufgabe hatte sich das Landratsamt Karlsruhe in den vergangenen zwölf Monaten erneut gestellt. Das Landratsamt hat das Auditierungsverfahren der berufundfamilie Service GmbH erfolgreich abgeschlossen, das die Arbeitgeber darin unterstützt, maßgeschneiderte und gewinnbringende Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben um-

zusetzen und die Vereinbarkeit in der Unternehmenskultur zu verankern, und wurde hierfür jetzt zum zweiten Mal mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet. Die Urkunde zu diesem Qualitätssiegel konnte der Leiter des Personal- und Organisationsamtes Ulrich Max zusammen mit weiteren Unternehmen, Institutionen und Hochschulen aus den Händen von Dr. Katarina Barley, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dirk Wiese, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, John-Philip Hammersen, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, und Oliver Schmitz, Geschäftsführer der berufundfamilie Service GmbH in Berlin entgegen nehmen.

Bei der Zertifikatsverleihung betonte Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley: „Familienfreundlich zu sein und auf Vereinbarkeitsfragen einzugehen, lohnt sich für jeden Arbeitgeber: Die Motivation der Beschäftigten steigt und die Bindung an das Unternehmen wächst. Ich freue mich, dass dies immer mehr Arbeitgeber erkennen. Sie wissen, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute beides wollen – Zeit für die Familie und Zeit für den Beruf. Familienfreundliche Maßnahmen sind für die Beschäftigten wichtig, um beruflichen und familiären Verpflichtungen nachkommen zu können. Daher sind parallel zu staatlichen Investitionen in die Betreuung und in gezielte Familienleistungen auch Investitionen der Unternehmen in familienfreundliche Angebote notwendig. Dazu gehören zum Beispiel mobiles Arbeiten, Betriebskittas und innovative Arbeitszeitmodelle. Bessere Arbeit und Erfolg durch mehr Familie: Davon profitieren wir auch im Bundesfamilienministerium. Ich bin stolz, dass mein Ministerium heute zum fünften Mal das Zertifikat erhält.“

Das Landratsamt Karlsruhe hat sich als moderner Arbeitgeber mit über 2000 Beschäftigten schon seit Jahren struk-



Der Leiter des Personal- und Organisationsamtes Ulrich Max (3. v.l.) mit anderen Zertifizierungsempfängern und Staatssekretär Dirk Wiese

turiert am Veränderungsprozess in der Arbeitswelt eingebracht. Für Personalchef Ulrich Max stehen die Themen von der Kinderbetreuung über pflegebewusste Angebote bis hin zu Lösungen zur erhöhten Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand im zentralen Mittelpunkt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fragen vermehrt individuelle Lösungen nach. Das ist ein Effekt des Megatrends der Individualisierung, wird aber auch durch die Möglichkeiten, die die Digitalisierung erhoffen lässt, befördert. Führungskräfte befinden sich damit in einem wachsenden Spannungsfeld zwischen den betrieblichen und persönlichen Belangen und den Belangen des Teams. Lösungen, die alle Drei zufriedenstellen, lassen sich nur in dem finden, was wir als Vereinbarkeits-Trialog bezeichnen: ein strukturierter und inhaltlich ausgestalteter Aushandlungsprozess, der die Tätigkeit des Beschäftigten und die betrieblichen Erfordernisse in den Blick nimmt, auf die Belange des Beschäftigten zugeschnitten und auf die Bedarfe des Teams abgestimmt ist.

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel freut sich über die erneute Auszeichnung. „Das Qualitätssiegel stärkt unsere Arbeitgeberattraktivität und dokumentiert, dass

Familiensinn und ein partnerschaftlicher Umgang wichtig für unsere Unternehmenskultur sind. Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein selbstverständlicher Teil unserer Personalpolitik geworden. Das ist wichtig, weil wir uns auch weiterhin als leistungsstarker und kundenorientierter Arbeitgeber ausrichten wollen.“

**Ortenaukreis:
20 Jahre Ernährungszentren
in Baden-Württemberg –
Wichtige Schnittstelle zwischen
Verbraucher und Erzeuger**

Rund 100 Gäste begrüßte Landrat Frank Scherer am 26. Juni 2017 im Großen Sitzungssaal des Landratsamt zum Festakt „20 Jahre Ernährungszentren in Baden-Württemberg“. Gemeinsam mit Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch vom Ministerium Ländlicher Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg hatte Scherer zur Jubiläumsfeier nach Offenburg eingeladen. Unter den rund 100 Gästen aus Politik, Verwaltung und Berufsverbänden war auch die frühere Landwirtschaftsministerin Gerdi Staiblin, die vor über zwei Jahrzehnten die Idee zur Einrichtung der Ernährungszentren hatte.

Seit zwanzig Jahren gibt es die vier landesweiten Ernährungszentren an den Standorten Ludwigsburg, Karlsruhe, Offenburg und Bad Waldsee. Als neutraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um Essen und Trinken verbinden sie Theorie und Praxis und geben praktische Hilfen zu mehr Genuss und Wohlbefinden im Alltag. Dabei verfolgen sie das gemeinsame Ziel, die Bevölkerung über Lebensmittel von der Produktion bis zum Verbrauch zu informieren und die praktischen Kompetenzen der Menschen zu stärken.

„Gute Lebensmittel sind heute in Mitteleuropa reichlich vorhanden. Dennoch greifen viele Menschen zu minderwertigen Nahrungsmitteln. Oft fehlt es an der Bereitschaft, eine ausgewogene Ernährung im eigenen Leben umzusetzen. Auch, weil häufig die Alltagskompetenzen im Bereich Nahrungszubereitung und Haushaltsführung fehlen. Viele haben es nicht gelernt, auch einfachste Gerichte zu kochen und worauf beim Einkauf geachtet werden sollte. Deshalb brauchen wir unsere Ernährungszentren, die genau hier ansetzen und wichtige Hilfe und Unterstützung geben. Sie zeigen seit 20 Jahren als Schnittstelle zwischen Verbraucher und Landwirt, wie Nahrungsmittel vor Ort auf den landwirtschaftlichen Betrieben erzeugt werden und wie man daraus lecker, vielseitig und zeitgemäß kocht“, betonte Landrat Scherer zur Eröffnung des Festakts.

„Bei der Fülle der Informationen rund um die Ernährung, die es im Internet, in sozialen Netzwerken, Blogs, über Apps oder Videos gibt, suchen Verbraucherinnen und Verbraucher nach Orientierung und verlässlicher Information. Die Ernährungszentren sind die kompetenten Ansprechpartner vor Ort“, betonte Friedlinde Gurr-Hirsch, Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

In der Talkrunde „Die Arbeit der Ernährungszentren aus verschiedenen Perspektiven“ mit Martin Schreiner, Dezernent für den Ländlichen Raum im



Landrat Frank Scherer und Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch mit der früheren Landwirtschaftsministerin Gerdi Staiblin, die die Ernährungszentren im Land initiierte und von Landrat Scherer als „Mutter unserer Ernährungszentren“ begrüßt wurde.

Landratsamt Ortenaukreis, Präsidentin Rosa Karcher vom Landfrauenverband Südbaden, Ex-Speerwerf-Weltmeisterin Christina Obergföll und Hochschulprofessor Steffen Schaal plädierte die Staatssekretärin für einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln. „Wer sich im Klaren darüber ist, mit welchem Aufwand Lebensmittel produziert werden und welche Mühe damit verbunden ist, geht sorgfältiger und bewusster mit ihnen um“, erklärte Gurr-Hirsch. In Deutschland seien dies pro Jahr und Person rund 82 Kilogramm, was in etwa 235 Euro entspreche.

„Warum sollten wir Lebensmittel aus der Ferne kaufen, wenn so gute Produkte direkt vor unserer Haustür wachsen?“, fragte Martin Schreiner, Dezernent für den Ländlichen Raum im Landratsamt Ortenaukreis und konstatierte: „Brombeeren, Erdbeeren, Johannisbeeren oder Walnüsse – in der Ortenau wächst heimisches Superfood auf Hunderten von Hektar. Unser Ernährungszentrum vermittelt als wichtige Bildungseinrichtungen dazu die ernährungsphysiologischen Grundlagen. Ausgewogene Ernährung ist mit heimischen Produkten jederzeit möglich. Daher sollte unser

Ziele sein, mehr Ortenau auf dem Teller in heimischen Küchen und Gastronomie zu bekommen“, bekräftigte der Dezernent.

Das Veranstaltungsprogramm des Offenburger Ernährungszentrums „Südlicher Oberrhein“ gibt es auf den Internet-Seiten des Amtes für Landwirtschaft (www.ortenaukreis.de/Politik-Verwaltung/Verwaltung/Ländlicher-Raum/Amt-für-Landwirtschaft) unter dem Link „Hauswirtschaft und Ernährungszentrum“.

Allgemeine Informationen zur Arbeit der Ernährungszentren: www.ernaehrungszentren-bw.de.

Zweiter Kreisbesuch von Ministerin Hoffmeister-Kraut führte sie in den Landkreis Freudenstadt

Begleitet von Landrat Dr. Klaus Michael Rückert besuchte die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, am Donnerstag, 16. März fünf Stationen im Landkreis Freudenstadt.

Landrat Dr. Rückert war stolz darauf, der Wirtschaftsministerin die komplette Bandbreite des Landkreises als Wirtschaftsstandort präsentieren zu können, von den führenden, innovativen Familienunternehmen wie den fischerwerken und der Firma ARBURG über das unternehmensgetragene Netzwerk INNONET Kunststoff und den Mittelstand bei KOCH Pac-Systeme in Pfalzgrafenweiler bis hin zum Vorzeigebetrieb im Dienstleistungsgewerbe, dem Hotel Lauterbad.

Ministerin Hoffmeister-Kraut zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt und Stärke der Region, fernab von den großen Ballungszentren und doch so erfolgreich. Es sei ihr wichtig „im engen Dialog mit den Menschen vor Ort Lösungsansätze für Zukunftsthemen wie zum Beispiel Fachkräftesicherung, Wohnungsbau oder Digitalisierung zu diskutieren“.

Das gelang ihr nach Ansicht von Landrat Dr. Rückert rundum und so lautete sein Fazit nach diesem Tag: „Ich habe die Ministerin als sehr aufgeschlossen, sympa-



Landrat Dr. Klaus Michael Rückert (links) im Gespräch mit Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und ARBURG-Firmengründer Eugen Hehl.

thisch und nah an den Menschen erleben dürfen. Sie vereint das Know-how aus der Wirtschaft optimal mit dem Blick aus der Politik.“

Besuch im Bodenseekreis aus Partnerlandkreis Tschenstochau

Der Landrat des polnischen Partnerkreises Tschenstochau hat am 8. und 9. Juni 2017 gemeinsam mit polnischen Kommunalpolitikern den Bodenseekreis besucht. Krzysztof Smela, der erst seit vier Monaten im Amt ist, wurde am ersten Besuchstag Schwerpunkte der Arbeit des Bodenseekreises vorgestellt. So führte Landrat Lothar Wölfle die 13-köpfige Gruppe zum Entsorgungszentrum Weiherberg bei Friedrichshafen, in die Straßenmeisterei Tettngang und zum aktuell entstehenden Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in der Tettnanger Narzissenstraße. Auch die gemeindliche Anschlussunterbringung in Eriskirch haben die polnischen Gäste in Augenschein genommen, um sich ein Bild zu machen, wie vor Ort der Umgang mit dem Thema Flüchtlinge funktioniert. „Ich bin dankbar für die mittlerweile langjährige Freundschaft unserer beiden Landkreise. Sie gibt uns immer wieder Gelegenheit, Einblicke in die Arbeit und das Leben des anderen zu bekommen.



Frank Scherer ging bei der fünften Ausgabe von „Landrat unplugged“ in lockerer Atmosphäre auf die Anliegen der Ortenauer ein. Rechts neben Scherer sitzt seine Stabsstellenleiterin Bettina Ebert.

So etwas fördert den Zusammenhalt in Europa“, sagte der polnische Landrat Smela.

Am zweiten Besuchstag unternahm die Gruppe dann eine Schifffahrt nach Konstanz, spazierte durch Meersburg und Überlingen, und besuchte die Galerie Bodenseekreis in Meersburg.

Der Bodenseekreis unterhält seit 1999 eine Partnerschaft zum Landkreis Tschenstochau im Süden Polens. Regelmäßig gibt es hier Fachgespräche zwischen den beiden Kreisverwaltungen, beispielsweise im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, des Straßenbaus oder der Sozialarbeit.

„Landrat unplugged“: Frank Scherer nimmt sich Zeit für die Anliegen der Ortenauer

Bürgernähe und direkter Austausch sind Landrat Frank Scherer sehr wichtig. Deshalb hat er die Gesprächsrunde „Landrat unplugged“ ins Leben gerufen, bei der in lockerer Atmosphäre Bürger ihre Anliegen mit dem Landrat besprechen können. Vergangene Woche fand die Veranstaltung bereits zum fünften Mal statt. Im kleinen Sitzungssaal des Landratsamts nahmen 15 Männer und Frauen an der offenen Gesprächsrunde teil. Erneuerbare Energien, Offenhaltung der Landschaft und Nahversorgung im ländlichen Raum sowie der ÖPNV im Ortenaukreis waren die großen Themen im breit gefächerten Spektrum. Landrat Scherer nahm sich viel Zeit für die Angelegenheiten, die die Ortenauer beschäftigen. Die Moderation übernahm wie in den Vorjahren Markus Knoll von Hitradio Ohr.

Angesprochen wurde Scherer auf den aktuellen Stand eines geplanten Geothermie-Projektes in Neuried und wie der Schutz des Trinkwassers gewährt werden kann. „Die Entscheidung über das Projekt obliegt nicht uns, sondern dem Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau“, informierte Scherer. Der Landrat verwies auf die hohen Sicherheitsvorkehrungen bei Bohrungen, die



Die polnische Besuchergruppe gemeinsam mit Landrat Lothar Wölfle und Führungskräften der hiesigen Verwaltung vor dem Landratsamt Bodenseekreis, ganz vorne Krzysztof Smela, neuer Landrat des Landkreises Tschenstochau.

eine Gefahr für das Trinkwasser ausschließen. Die Energiewende sei politisch gewollt und damit die Suche nach alternativen Energiequellen zwingend, weshalb man auch die Tiefengeothermie nicht von vorneherein ausschließen dürfe. Er könne aber den geäußerten Wunsch nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung verstehen. „Ein öffentlicher Austausch, so wie wir es bei dem Ausbau der Rheintalbahn beispielsweise praktiziert haben, ist wichtig und kann zur Aufklärung und Akzeptanz beitragen. Über transparente Bürgerbeteiligung können viele Fragen beantwortet und Missverständnisse ausgeräumt werden“, so Scherer.

„Von ganz unten kommen wir nach ganz oben: Windräder sind unser nächstes Thema“, leitete Moderator Markus Knoll zum nächsten Thema über. Auch hier bezog der Landrat klar Stellung. „Der Ortenaukreis engagiert sich für den Ausbau der Windkraft – aber nicht um jeden Preis. Das ist uns wichtig. Wir realisieren das in einem vernünftigen Rahmen und wägen immer zwischen Wirtschaftlichkeit und Eingriffen in die Natur und Landschaft ab.“ Auch dürfe der Tourismus nicht unter zu vielen Windrädern leiden.

Mit gezielter Werbung für angehende Mediziner, der Gründung eines Hebammenvereins oder der Einführung von sogenannten Rufautos unterstützt der Landkreis die Nahversorgung der Bürger. „Die Stärkung des ländlichen Raums liegt mir seit meinem ersten Arbeitstag am Herzen“, betonte der Landrat. „Deshalb habe ich bereits 2010 den Unterausschuss „Gesamtstrategie Ländlicher Raum“ initiiert. Hier arbeiten Kommunalpolitiker und externe Experten aus der Land- und Forstwirtschaft, den Kammern und aus den Bereichen Tourismus, Gesundheit, Familie, Senioren und Jugend zusammen und entwickeln Projektideen zu einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums im Ortenaukreis“, so Scherer. Der Landrat erinnerte dabei auch an die Wichtigkeit

der Offenhaltung der Landschaft und erläuterte dabei die Rolle des Landschaftserhaltungsverbands (LEV), der dafür als Leuchtturmprojekt des Unterausschusses gegründet worden war.

Beim Thema ÖPNV wurden fehlende Toiletten in den Ortenau-S-Bahnen kritisiert. Bei längeren Fahrten seien vor allem ältere Menschen oder Familien mit Kindern auf Toiletten angewiesen, so ein Besucher. „Der Ortenaukreis wird das Problem beim Verkehrsministerium ansprechen“, schloss der Landrat nach über 120 Minuten regen Austauschs und dankte den Teilnehmern für ihr Interesse.

Technische Verwaltung

Bodenseekreis: Deutsch-polnische Kreispartnerschaft – Straßenbau-Experten treffen sich zum Austausch

Im Rahmen der Kreispartnerschaft zwischen dem Bodenseekreis und dem polnischen Landkreis Tschenschau ist Ende April eine vierköpfige Delegation des Straßenbauamtes Bodenseekreis für Fachgespräche in die polnische Kreis-

stadt Tschenschau gereist. Die deutschen Straßenbauer informierten sich über laufende Straßenbauprojekte und die derzeitigen personellen und finanziellen Strukturen. Hier konnten sowohl Gemeinsamkeiten bei Fragen der Co-Finanzierung, als auch strukturbedingte Unterschiede festgesellt werden. „Es zeigte sich, dass wir letztlich trotz unterschiedlicher finanzieller und personeller Rahmenbedingungen vor den selben Herausforderungen stehen, insbesondere mit Blick auf die hohen Verkehrsbelastungen in den Siedlungsbereichen“, so Tobias Gähr, Leiter des Straßenbauamtes Bodenseekreis.

Der stellvertretende Landrat des Kreises Tschenschau Henryk Kasiura begrüßte gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des dortigen Straßenbauamtes die Gäste aus dem Bodenseekreis. „Wir waren nunmehr zum zweiten Mal zu Gast im Landkreis Tschenschau und lernten erneut den engagierten und offenen Umgang unserer Kollegen sehr zu schätzen“, sagt Tobias Gähr. „Maßgeblichen Anteil an der sehr guten Gesprächsatmosphäre hatte, neben unseren polnischen Straßenbauamtskollegen, auch Johanna Dudzinski-Tann, die Kreispartnerschaftsbeauftragte des Bo-



Freuen sich schon auf das nächste Treffen im Bodenseekreis (vorne von links): Bozena Zalewska (Amtsleiterin Straßenbauamt Tschenschau), Henryk Kasiura (stellvertretender Landrat Tschenschau) und Tobias Gähr (Amtsleiter Straßenbauamt Bodenseekreis).

denseekreises, die als Dolmetscherin agierte“, so Gähr weiter. Neben dem fachlichen Austausch im Landratsamt konnten die deutschen Gäste gemeinsam mit ihren Kollegen unter anderem auch eine eindrucksvolle Autobahnbaumaßnahme mit einer Gesamtlänge von rund 130 Kilometern östlich von Tschenschow besichtigen.

Um die deutsch-polnische Partnerschaft weiterhin mit Leben zu füllen, hat Gähr und sein Team vor Abreise die Einladung zum erneuten Gegenbesuch ausgesprochen.

**Landkreis Lörrach:
Bestimmung des Erdumfangs
per Smartphone –
Girls' Day beim Fachbereich
Vermessung & Geoinformation**

Zum bundesweiten Berufsorientierungstag „Girls' Day“ für Mädchen ab der fünften Klasse lud zum zwölften Mal auch der Fachbereich Vermessung & Geoinformation ein. Elf Mädchen aus Schulen des ganzen Landkreises folgten dieser Einladung. Nach Vorstellung des Fachbereiches ging es hinaus in die Fußgängerzone von Lörrach, um ein Experiment umzusetzen: den Erdumfang per Smartphone bestimmen.

Ausbilder Rolf-Dieter Rausch begrüßte die jungen Damen und stellte ihnen kurz die Aufgaben des Fachbereichs vor. Persönliche Einblicke gewährte Jasmin Laile, Auszubildende zur Vermessungstechnikerin; Sie erzählte den interessierten Schülerinnen, warum sie diese Berufsausbildung gewählt hat. Schließlich wurde das Bürgergeoportal von Vermessungstechniker Joao Neves präsentiert. Den Höhepunkt des Tages bildete aber das Experiment zum Thema „digitales Lernen“, das auch in verschiedenen Schulen angewandt wird: Die Bestimmung des Erdumfangs mit dem eigenen Smartphone. Dafür luden alle Teilnehmerinnen die kostenlose Anwendung „GPS Status“ auf ihr Mobiltelefon. Zur Bestimmung der Längen des Breiten- und Längen-



Schülerinnen nehmen Messdaten in der Lörracher Innenstadt auf

kreises auf der Höhe von Lörrach bedurfte es zwei etwa 50 Meter lange Strecken in exakter Ost-West- und Nord-Süd-Richtung. Dank des in der Anwendung hinterlegten Kompasses stellten die Mädchen vor Ort schnell fest, dass die Lörracher Fußgängerzone an der Kreuzung Turmringer Straße/Turmstraße in Richtung Senser Platz genau nach Norden und in Richtung Teichstraße klar nach Westen geht. So konnten beide Basislinien schnell festgelegt und gemessen werden. An drei Punkten wurden Messwerte aufgenommen und die jeweiligen geografischen Koordinaten notiert. Zurück im Vermessungsamt erfolgte die Auswertung. Mit verschiedenen mathematischen Formeln zur Kreisberechnung wurden die Längen der Breitenkreise und des Längenkreises durch Lörrach rund um die Erde berechnet. Die Mädchen waren mit Begeisterung und Interesse dabei.

Abschließende kleine Aufgaben am Bürgergeoportal des Landkreises rundeten das Programm ab. Besonders beliebt war die Aufgabe: „Wie finde ich das Wohnhaus meiner Oma und drucke ein Luftbild davon aus?“ Mit umfangreichem Material zur Ausbildung beim Landratsamt Lörrach und im Besonderen zum Themenbereich Vermessung und Geoinformation endete der Mädchen-Zukunftstag.

Forstwirtschaft

**Erleben, wie Wald tickt –
Waldbox steht im Forstamt Esslingen
bereit, um Kinder und Jugendliche
für den Wald zu begeistern**

Mobil, vielseitig und griffbereit, so ist ein neues und bundesweit einzigartiges Waldpädagogikkonzept aufgebaut, das jetzt vom Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg in Form einer sogenannten „Waldbox“ an die Forstämter der Land- und Stadtkreise herausgegeben wurde. Im Kreis Esslingen wird die Waldbox mit Beginn des nächsten Schuljahres im Einsatz sein. Minister Peter Hauk MdL übergab die PKW-Anhänger in der vergangenen Woche an die örtlichen Waldpädagogen. Die Waldbox wurde von ForstBW entwickelt und finanziert.

„Woher kommt unser Holz, saubere Luft und frisches Trinkwasser? Welche Pflanzen und Tiere leben in unseren Wäldern und wie hängen die Arten voneinander ab? Wie wird ein Baum gefällt, eine Kluppe eingesetzt und was ist ein Kohlenstoffspeicher? Diese und noch viel mehr Fragen beantworten die Förster und Försterinnen des Forstamtes Esslingen regelmäßig bei walddpädagogischen Veranstaltungen im Wald. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird diese Arbeit



Försterin Elke Rimmel-Mohl vom Kreisforstamt Esslingen nimmt von Minister Peter Hauk Mdl den Schlüssel zur „Waldbox“ entgegen.

durch die Inhalte der Waldbox erleichtert. Über 100 Bildungsaktivitäten rund um den Wald sind hier passend zum Bildungsplan der Schulen mobil und griffbereit vorbereitet.

„Unser vielseitiger Mischwald im Landkreis Esslingen eignet sich hervorragend als außerschulischer Lernort“, betont die

Esslinger Waldpädagogin und Försterin Elke Rimmel-Mohl. Diese Form des grünen Klassenzimmers sei für Kinder und Jugendliche ein wertvolles Kontrastprogramm zur virtuellen Medienwelt.

„Vielen Menschen, vor allem in den Großstädten, ist nicht klar, welche Leistungen eine moderne Waldwirtschaft

für die Gesellschaft erbringt“, sagte Minister Peter Hauk Mdl bei der Übergabe der Waldboxen. Aufgabe der Politik und der Forstverwaltung sei es deshalb, ihr Handeln zu erklären: „Das Projekt bringt uns auf diesem Weg einen guten Schritt voran“.

Der Wunsch nach Lernen mit Lebensweltbezug außerhalb des Klassenzimmers, so die Erfahrung der Forstleute, wird immer häufiger geäußert – nicht nur durch die neuen Bildungspläne der allgemeinbildenden Schulen, in denen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eine wichtige Leitperspektive darstellt. Viele Unterrichtsinhalte lassen sich von der Theorie in der Schule in die Praxis im Wald übertragen. An realen Beispielen im Wald lernen die Schülerinnen und Schüler ihr Wissen einzusetzen, zu verknüpfen, entsprechend zu handeln. „Einmal erleben ist besser als hundertmal hören“, ist die Erfahrung von Elke Rimmel-Mohl, „es gibt keinen besser ein Lernort als den Wald, um Nachhaltigkeit in all ihren Dimensionen deutlich zu machen.“

LANDKREIS TUTTLINGEN



Regierungsbezirk Freiburg
Einwohnerzahl: 136 606 (Stand 31.12.2015)
Fläche in km²: 734 (Stand 31.12.2015)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 35
davon Große Kreisstädte: 1

Hausanschrift:
Landratsamt Tuttlingen
Bahnhofstraße 100
78532 Tuttlingen

Postanschrift:
Landratsamt Tuttlingen
Postfach 44 53
78509 Tuttlingen

Zentrale:
Telefon: 0 74 61 / 9 26-0
Telefax: 0 74 61 / 9 26-30 87
E-Mail: info@landkreis-tuttlingen.de

Pressestelle:
Telefon: 0 74 61 / 9 26-91 02
Telefax: 0 74 61 / 9 26-99 91 02
E-Mail: n.seibert@landkreis-tuttlingen.de

Wirtschaftsförderung:
Telefon: 0 74 61 / 9 26-91 30
Telefax: 0 74 61 / 9 26-99 91 30
E-Mail: m.guse@landkreis-tuttlingen.de

Tourismus:
Telefon: 0 74 61 / 7 80-16 75
Telefax: 0 74 61 / 7 80-16 76
E-Mail: info@donaubergland.de



Landrat:
Stefan Bär
seit 18.4.2012

Mandatsverteilung:

Gesamt 43 Sitze, davon	
CDU:	19
Freie Wähler:	8
SPD:	6
OGL:	6
FDP:	4

Geografische Lage:



Mehr Infos:
<http://www.landkreis-tuttlingen.de>

Wissenswertes

Der Landkreis Tuttlingen zählt zu den Hochburgen der mittelständischen Industrie in Deutschland. Seit dem späten 19. Jahrhundert wandelte sich die ursprünglich landwirtschaftlich geprägte Region zu einer blühenden Gewerbelandschaft mit enormer Industriedichte. Die außerordentliche Wirtschaftskraft und der Erfinderreichtum seiner Unternehmen ist der besondere Stolz des Landkreises. Hier ist das „Weltzentrum der Medizintechnik“ zu Hause: Mit rund 400 Betrieben stellt das Cluster Medizintechnik im Landkreis Tuttlingen eines der größten seiner Art in ganz Deutschland dar.

Aber auch Weltfirmen im Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik oder namenhafte Automobilzulieferer in der Drehteile- und Zerspanungstechnik haben sich im Landkreis Tuttlingen angesiedelt. Viele Betriebe nehmen immer wieder Vorreiterrollen in der Entwicklung neuer, innovativer Produkte ein. Der Mittelstand bildet das Rückgrat für den Landkreis: Kleine, mittlere und auch einige große Mittelständler sorgen für die wirtschaftliche Stabilität der Region.

Der Landkreis Tuttlingen umfasst eine Fläche von 734,4 Quadratkilometern und zählt über 136 000 Einwohner. Abzüglich der Kreisstadt Tuttlingen verteilen sich 100 000 Einwohner auf 34 selbstständige Gemeinden. Die Große Kreisstadt Tuttlingen erfüllt die Aufgaben eines Mittelzentrums. Ebenfalls eine herausgehobene Bedeutung haben die klassischen Unterzentren Spaichingen und Trossingen. Ein vorbildliches Bildungs- und Sozialgefüge, attraktive Kultur- und Freizeitangebote und eine leistungsfähige Infrastruktur bieten den Bewohnern eine überdurchschnittlich hohe Lebensqualität in einem familienfreundlichen Umfeld.

Darüber hinaus verfügt der Landkreis Tuttlingen über eine einzigartige Naturlandschaft. Geographisch umfasst das Kreisgebiet die südwestlichen Ausläufer der Schwäbischen Alb (Heuberg, Baaralb, Hegaualb) und den östlichen Teil der Baar. Das wildromantische Donautal, ausgedehnte Wacholderheiden auf der Albhochfläche oder das einmalige Naturschauspiel der Donauversickerung prägen das abwechslungsreiche Landschaftsbild des Landkreises Tuttlingen.



Donautal – Blick vom Eichfelsen